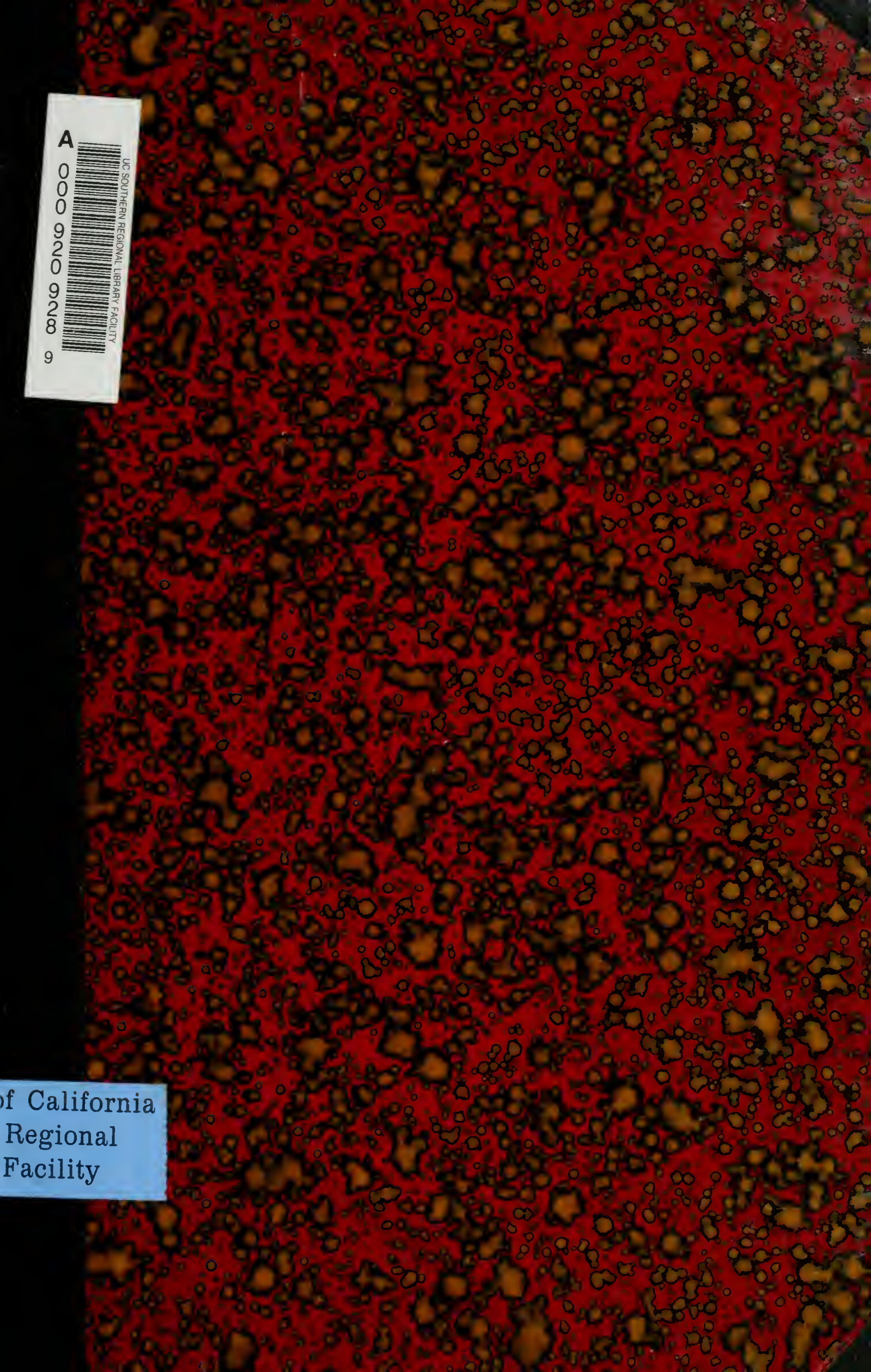

A
000 920 928
9
UC SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
of California
Regional
Facility



Aus Österreichs Revolution

Militärpolitische Erinnerungen

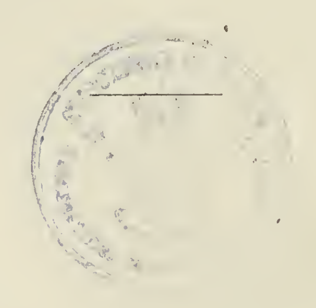
Von Dr. Julius Deutsch

Staatssekretär a. D.



Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien, 6. Bezirk, Gumpendorferstraße 18

Inhaltsverzeichnis.



„Vorwärts", Wien V

I. Von der Monarchie zur Republik.

1. Vor dem Umsturz.

Einige Wochen nach der letzten Isonzoschlacht war meine Batterie zur Küstenverteidigung an die Adria kommandiert worden und bezog dort, wo der Krieg zumeist nur in einer gegenseitigen Beobachtung bestand, eine Art Ruhestellung. Während wir noch mit den Einbauarbeiten beschäftigt waren, kam ein telegraphischer Befehl, der mich nach Wien in die Kriegswirtschaftliche Abteilung des Kriegsministeriums berief. Ohne zu wissen, welche Aufgaben mir zugedacht waren, reiste ich ab und erfuhr erst in Wien, worum es sich bei dieser Berufung eigentlich handelte.

Die Arbeiterschaft befand sich um diese Zeit in einem Zustand rasch fortschreitender revolutionärer Gärung. Die immer trostloser werdende Ernährung, der Mangel an Wäsche, Kleidung und allen anderen Lebensnotwendigkeiten, nicht zuletzt auch die Mißachtung jedes Menschenrechtes durch die Kommandanten der militärischen Betriebe, hatten eine Stimmung erzeugt, die sich stündlich in einen Verzweiflungsstreich zu entladen drohte. Die führenden Militärs — es haben damals nur die Militärs geführt, und die Zivilisten, auch wenn sie an höchsten Stellen standen, hatten nicht viel dreinzureden — bekamen Angst und sannen auf Mittel, dem drohenden Unheil zu begegnen.

Eines dieser Mittel sollte die Berufung eines Vertrauensmannes der Arbeiter in das Kriegsministerium sein. Die bisherigen Mittel der Gewalt zur Niederhaltung der Arbeiter fingen an brüchig zu werden, weshalb man allerlei andere Versuche unternahm, um die Arbeiter zum weiteren Durchhalten zu bewegen. Kleine sozialpolitische Reformen sollten als Köder für ein geduldiges Ertragen des Krieges verlockend ausgehängt werden.

Schon im Sommer 1917 war unter der Hand bei der Gewerkschaftskommission angefragt worden, ob sie einen ihr nahestehenden Soldaten namhaft machen könne, der als sozialpolitischer Referent im Kriegsministerium zu fungieren imstande wäre. Selbstverständlich müsse das aber ein Offizier sein, weil die Berufung einer Mannschaftsperson auf einen Referentenposten im Kriegsministerium das System der k. u. k. Militärbürokratie gestört hätte, das nur Offiziere für würdig erachtete, qualifizierte Arbeit zu leisten, und von diesem Vorrecht der Offiziere auch in diesem Falle nicht abgehen wollte. Die Gewerkschaftskommission machte mich namhaft, worauf meine Kommandierung erfolgte.

Als ich mich zum Dienstantritt im Kriegsministerium meldete, erfuhr ich von einem Generalstabsoffizier, welche Aufgabe mir zugedacht war, und zugleich hörte ich, daß nicht nur die Organisation der

Arbeiter, sondern auch die der Unternehmer aufgefordert worden war, einen Vertrauensmann namhaft zu machen. Die Vertreter der wirtschaftlichen Verbände sollten von Fall zu Fall ihr Gutachten abgeben, wobei eine vorherige Einigung der beiden erwünscht sei. Der Unternehmervertreter Dr. Weiß-Wellenstein saß bereits im Amte. Es war ein alter, freundlicher Herr, sozialpolitisch sehr gebildet, alles eher denn ein Scharfmacher. Mit ihm auszukommen bot, wie es sich alsbald zeigte, keine allzu große Schwierigkeit. Freilich haben unsere Gutachten, ganz gleichgültig, ob wir sie gemeinsam erstatteten oder infolge nicht zustande gekommener Einigung getrennt vorlegten, keine großen Erfolge erzielt. Die Generalstabsoffiziere, die wir berieten, waren meistenteils von einer grotesken Verständnislosigkeit für sozialpolitische Fragen. Verstand aber der eine oder der andere schließlich doch einmal, worauf es ankam, dann hütete er sich wohlweislich, seine Ansicht wirksam zu vertreten, weil ihn das „oben" hätte mißliebig machen können. Was ein richtiger österreichischer Offizier war, hatte keine größere Sorge als nur ja „oben" nicht anzustoßen. Und nun gar erst in den Fragen des Arbeiterschutzes! Also Achtung — ausweichen!

Ob wir über die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit gutachteten oder über die Vereinheitlichung des Arbeiterrechtes in den Kriegsbetrieben oder über irgendeine andere Frage — das Ergebnis blieb immer so ziemlich das gleiche: unsere schönen Abhandlungen wurden, wie es in unserer köstlichen Amtssprache hieß, „asserviert", nämlich sie wurden in einen Kasten gesperrt und dort liegen gelassen. Wenn sie keine Aufräumerin inzwischen weggeworfen hat, liegen sie noch heute dort.

Bei meinem Dienstantritt hatte der Abteilungsleiter Oberst Wachtel eine recht schwungvolle Ansprache an mich gehalten. Ich glaube, es kamen in dieser Ansprache sogar Aussprüche von Kant und Leibnitz vor; der Herr Oberst war ein sehr belesener Mann. Aber bei dieser erstmaligen Würdigung des Einzuges eines Arbeitervertreters ins Kriegsministerium blieb es. Dieser leitende Offizier der Kriegswirtschaft hatte so viel zu tun, daß er sich um die Sozialpolitik nicht auch noch kümmern konnte. Weshalb sollte er das auch, da er zu ihr keine anderen Beziehungen hatte als die, daß sie zufällig in sein Ressort fiel.

Die Sozialpolitik hat also von meiner Tätigkeit im Kriegsministerium nicht viel Nutzen gehabt. Für mich war diese Zeit aber doch keine verlorene, denn ich hatte nun Gelegenheit, den Dienstbetrieb dieses riesenhaftesten aller österreichischen Ministerien kennen zu lernen. Im Kriegsministerium wurden mir die Mysterien militärischer Verwaltungskunst in ihrer ganzen Verzerrung klar.

Bald erwies es sich aber, daß ich dort auch nach einer anderen, von meinen Vorgesetzten allerdings nicht gewollten Richtung tätig sein konnte. Meine Stellung im Kriegsministerium verschaffte mir die Kenntnis von allerlei Maßnahmen der Herrschenden gegen die Arbeiter, die für das taktische Verhalten der sozialdemokratischen Partei nützlich gemacht werden konnten.

In die ersten Wochen meiner Tätigkeit war der Jännerstreik 1918 gefallen. Fiebernd vor Unruhe und Erwartung, dann wieder zweifelnd an der Kraft der Arbeiterschaft, habe ich diesen Streik miterlebt. Bei Tag als Offizier im Kriegsministerium, des Nachts — gewöhnlich übrigens in Uniform, weil ich nicht Zeit hatte, die Kleider zu wechseln — in den Vertrauensmännerversammlungen der Partei. Im Amte hatte ich es mir so einrichten können, daß die amtlichen Meldungen, die sonst nur an die Abteilungsvorstände gingen, auch in meine Hand

gelangten. Sobald ich eine wichtigere Nachricht hatte, eilte ich damit zu Otto Bauer, der damals in der im selben Hause untergebrachten Kriegswissenschaftlichen Abteilung des Kriegsministeriums Dienst machte.

Auf dem Gange auf und ab gehend, um ungestört von den anderen Offizieren miteinander reden zu können, haben wir sorgsam jeden Situationsbericht beraten.

Als der Streik ausbrach, war die militärische Situation in Wien für die Regierung recht ungünstig. In den Kriegskanzleien, die so zahlreich waren wie der Sand im Meere, ferner in den Spitälern und Anstalten gab es eine Fülle von Soldaten. Diese waren aber zu einem Kampf gegen streikende Arbeiter nicht zu gebrauchen, denn sie waren für einen solchen Zweck nicht militärisch organisiert und übrigens durch ihren mehr oder weniger langen Aufenthalt im Hinterland auch nicht in jener Stimmung, die sie zu einer Hilfstruppe gegen das Volk hätte zuverlässig erscheinen lassen. Wie ich aus einem amtlichen Bericht an das Kriegsministerium ersah, verfügte die Regierung am Tage des Streikausbruches nur über 3000 Mann wirklicher Kampftruppen.

Das hat sich freilich in den nächsten Tagen gründlich geändert. Es kamen rumänische und ruthenische Frontbataillone an, über die die Regierung ohne weiteres und gegen jedermann verfügen konnte. Ein Teil der Angekommenen wurde in der Stiftskaserne, also im Zentrum der Stadt, untergebracht, wo man sie gleich zur Hand hatte, falls das den kommandierenden Generalen nötig erschien. Die Machtmittel der Regierung waren nach vier bis fünf Tagen groß genug, um jede „Ausschreitung" der Streikenden im Blute zu ertränken. Die weitere Fortführung des Streiks unter dem Kriegsrecht und unter den drohenden Bajonetten volksfremder Soldaten war zu einem gefährlichen Wagnis geworden. Wozu noch kam, daß sich die Wiener und die niederösterreichische Arbeiterschaft in ihrem Kampf alsbald auf sich allein gestellt sah. Ein ungarischer Genosse, der in den letzten Streiktagen nach Wien kam, berichtete, daß der gleichzeitige Streik der Budapester Arbeiter sich nicht mehr lange werde halten können. Die tschechischen Arbeiter hatten, von einigen kleinen Gruppen abgesehen, überhaupt nicht gestreikt. Diese Umstände waren entscheidend. Wenn die tschechischen Arbeiter überhaupt nicht mittaten, die ungarischen Arbeiter nicht länger aushalten konnten und in Wien die Regierung inzwischen Bataillon auf Bataillon einmarschieren ließ, mußte an den rechtzeitigen Abbruch des Streiks gedacht werden, sollte die Arbeiterschaft nicht eine schwere Niederlage erleiden.

Die sehr schmerzliche Erkenntnis, daß diesmal die Arbeiterschaft noch zu schwach war, einen durchgreifenden Erfolg zu erringen, mußte unser Handeln bestimmen. Der Jännerstreik war ein Sturmzeichen, noch nicht der Sturm...

Von höheren Offizieren des Kriegsministeriums hörte ich während des Jännerstreiks wiederholt erbitterte Drohungen gegen die Streikenden. Am liebsten wären sie gleich „dreingefahren". Sie mußten ihrer Courage aber Zügel auferlegen, bis die militärische Macht für derlei Unternehmungen genügend gut organisiert war. Daß in den ersten Streiktagen die militärische Macht nicht ausreichend war, hat die Kommandierenden bitter gekränkt. Das sollte nun für die Zukunft anders werden! An verschiedenen Anzeichen konnte ich merken, daß an militärischen Gegenmaßnahmen für den Fall eines neuen Streiks gearbeitet wurde. Ein Streik in Graz anfangs Mai, dann der große Junistreik in Wien ließen die general-

stäblerischen Pläne rasch reifen. Eines Tages ließ mich der dienstführende Generalstabsoffizier meiner Abteilung, Hauptmann Zdenko Kolowratnik, rufen und teilte mir mit, daß sich das Kriegsministerium entschlossen habe, einen großzügigen militärischen Apparat gegen Streiks oder andere revolutionäre Erhebungen zu schaffen. Es würden eigene Formationen aufgestellt werden, die, über das ganze Reich zweckentsprechend verteilt, dazu berufen seien, die Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Er zeigte mir den Aufstellungsplan dieser Abteilungen, die „Assistenzkompagnien" geheißen waren. Sie sollten eine besonders sorgfältige Ausbildung für Straßenkämpfe erhalten.

Im ersten Augenblick war es mir nicht klar, ob man tatsächlich gegen die Arbeiterschaft mobilisiere oder ob nicht vielleicht nur ein solcher Anschein erweckt werden sollte, um uns zu schrecken. Für die letztere Annahme schien der Umstand zu sprechen, daß man mir ganz offiziell die Aufstellung der „Assistenzkompagnien" durch meinen Vorgesetzten sozusagen notifizierte. Anderseits konnte diese Mitteilung auch den Zweck haben, etwelchen späteren Enthüllungen von unserer Seite von vornherein die Spitze abzubrechen und uns eine Tatsache mitzuteilen, mit der wir von nun an eben zu rechnen hätten.

Wie es sich alsbald zeigte, war es in der Tat so. Ich bekam von meinen Gewährsmännern vertrauliche Mitteilungen, die erkennen ließen, daß der Mobilisierungsplan gegen die Arbeiter mit großer Energie in die Tat umgesetzt wurde. Genaue Angaben über die Dislokation, die Stärke und Bewaffnung jeder einzelnen Truppe sowie über ihre Kommandoverhältnisse kamen in meine Hand. Ich erhielt auch auf geheimen Wegen regelmäßig Feldruf und Losung dieser Truppen, die von den Erkennungszeichen der anderen Abteilungen verschieden waren.

Nunmehr schien es mir geboten, von unserer Seite auf Gegenmaßnahmen zu sinnen. Wir durften nicht tatenlos zuschauen, wie die Militärs einen eigenen Apparat zur blutigen Niederwerfung der Arbeiterschaft schufen. Die Möglichkeit einer Gegenaktion schien mir größer zu werden, je mehr mit dem Fortschreiten der Kriegsmüdigkeit die Soldaten anfingen, unzuverlässig zu werden. Aus allen Teilen der Monarchie lagen bereits Meldungen über Soldatenmeutereien vor. In Cattaro hatte der größte Teil der dort stationierten Kriegsflotte die rote Fahne gehißt und sich einige Tage gegen die Kaisertreuen behauptet. Anfangs Mai hatte das Infanterieregiment Nr. 17 in Judenburg gemeutert, einige Tage später war ein Aufstand des ungarischen Infanterieregiments Nr. 6 in Fünfkirchen zu verzeichnen, fast gleichzeitig erhob sich das tschechische Landwehrinfanterieregiment Nr. 7 in Rumburg. Eine Meutereimeldung überholte die andere. Aber noch gelang es, alle Meutereien blutig niederzuwerfen. Und nachher bekam der Henker reiche Arbeit!

Über die Meuterei der Kriegsflotte in Cattaro hatten wir von dem in der Bocche als Leutnant diensttuenden Genossen Julius Braunthal zuverlässige Nachrichten erhalten. Diesem raschen Nachrichtendienst verdankten wir die Möglichkeit, nach der Niederwerfung des Aufstandes in das Prozeßverfahren rechtzeitig eingreifen zu können. Der Intervention sozialdemokratischer Abgeordneter beim Kriegsminister Stöger-Steiner und beim Chef des Armeeoberkommandos, Generaloberst Arz, gelang es, die meisten der standrechtlich zum Tode verurteilten Matrosen ihrem Henker zu entreißen. Einige der Bravsten, unter ihnen der tapfere Unteroffizier Rasch,

waren leider nicht mehr zu retten. Sie starben. Aber noch auf dem Todeswege zeigten sie sich als aufrechte Männer, die ungebeugt und unerschüttert ihr Schicksal ertrugen.

Der Zerfall der militärischen Macht der Habsburger trat immer deutlicher zutage. Nichtsdestoweniger war aber, wie der Ausgang der Meutereien zeigte, im offenen Kampf noch kein durchschlagender Erfolg zu erzielen. Der sterbende Militarismus mußte im Falle eines direkten Angriffes wie sinnlos um sich schlagen und blutige Opfer sonder Zahl heischen. War er diese Opfer noch wert? Sollte es nicht möglich sein, den Habsburgermilitarismus ohne blutigen Kampf zu besiegen? Der Versuch hiezu mußte jedenfalls gemacht werden.

Ich begann unter den Soldaten der Wiener Kasernen nach Vertrauensmännern Umschau zu halten. Bald hatte ich fast in jedem deutschen Truppenkörper Soldaten oder Unteroffiziere gewonnen, die mich über alle Vorkommnisse in den Kasernen auf dem laufenden erhielten. Allmählich zog sich das Netz dieses Vertrauensmännersystems, in das auch einige Offiziere miteinbezogen werden konnten, dichter. Auch in den Kanzleien fanden wir Eingang, was bewirkte, daß alsbald kein Befehl, kein wichtigeres Dienststück abgefertigt werden konnte, ohne nicht auf dem kürzesten Wege zu meiner Kenntnis zu gelangen.

Als es so weit war, konnte ich, gestützt auf die Mitarbeit der Vertrauensmänner, einen Schritt weitergehen. Die Agitation gegen den Krieg war ohnehin bereits in vollem Gange und brauchte durch unsere Militärorganisation kaum mehr ernstlich betrieben zu werden. Sie ging durch die Presse, durch die Versammlungen, durch den Einfluß der Angehörigen der Soldaten und vor allem durch die Kriegserlebnisse jedes einzelnen Mannes ihren tausendfältigen Gang. Wir brauchten sie nur für unsere engeren, rein militärischen Zwecke zu benützen. Es kam da vor allem darauf an, einzelne Formationen so weit zu bringen, daß sie im Ernstfall nicht mehr den Befehlen ihrer Vorgesetzten, sondern den Weisungen meiner Vertrauensmänner folgten. Dabei war anfänglich immer nur an die Defensive gedacht. Die Mannschaften sollten sich weigern, auf Arbeiter zu schießen! Erst später, als der Krieg schon fast in sich zusammengebrochen war und es, wie uns schien, nur mehr eines entschlossenen Stoßes bedurfte, um die Militärherrschaft in den wohlverdienten Abgrund zu stürzen, gaben wir die Parole aus, sich auch zu einem offensiven Eingreifen an der Seite der Arbeiterschaft bereitzuhalten.

Eine Verbindung mit den an der Front befindlichen Truppen hatten wir nicht und strebten sie auch nicht an. Das Gerede vom Dolchstoß von hinten, der die Front umgebracht haben soll, ist nichts als ein unsinniges Gewäsch. Unsere Militärorganisation vermied absichtlich jede Agitation an der Front. Wir begnügten uns mit der Werbearbeit in den Kasernen Wiens, weil uns im Wesen nichts anderes vorschwebte, als zur Verteidigung gegen militärische Exzesse, die das Proletariat bedrohten, gerüstet zu sein.

Der Anklang, den wir in den Kasernen fanden, war selbstverständlich nicht überall der gleiche. In einigen Kasernen, insbesondere in denen, die eine größere Anzahl russischer Heimkehrer beherbergten, fanden wir einen günstigen Boden, während es in anderen schwieriger war. Auch in Spitälern und anderen militärischen Anstalten gewannen wir Anhänger. Es war aber nicht immer so, daß etwa nur organisierte Sozialdemokraten zu Vertrauensmännern wurden, obwohl die selbstverständlich den Grundstock bildeten, sondern es sammelten sich da alle möglichen radikalen Elemente, die nur in

einem einig waren: im Haß gegen den Krieg und gegen die Herrschenden, die an ihm schuldtrugen.

Es war notwendig, die sich entwickelnde Militärorganisation geheimzuhalten. Wurde sie vorzeitig entdeckt, so mußten wir unser Vorhaben mit dem Leben bezahlen. Das herrschende Kriegsrecht — das wußten wir nur zu gut — wäre gewiß in seiner ganzen Strenge gehandhabt worden. Deshalb war jeder Vertrauensmann zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet. Es wurde ihm insbesondere eingeschärft, keinerlei Aufzeichnungen zu machen, auch nichts schriftlich mitzuteilen, sondern seine Meldungen stets mündlich zu erstatten. Das wurde bis in die letzte Zeit hinein gehandhabt. Dann kamen allerdings auch schriftliche Berichte, weil die Schwäche der Herrschenden immer offenbarer wurde und die Furcht schwand. Anfangs sprach ich auch jeweils nur mit einem Vertrauensmann allein, der ausschließlich mit mir verkehrte und von den anderen gewöhnlich nicht einmal die Namen wußte. Auf diese Weise wollte ich verhindern, daß im Falle einer Entdeckung ein Schwächling die anderen hätte verraten können. Später konnten wir auch in dieser Beziehung lax sein und die Vertrauensmänner direkt miteinander in Verbindung treten lassen.

Lange Zeit war ich der Meinung, daß diese Militärorganisation tatsächlich geheim geblieben war, denn nichts deutete darauf hin, daß Verrat geübt worden wäre. Und doch war dem so. In seinem Buche „Vom roten zum schwarzen Prinzen" (Ullstein-Verlag, Berlin und Wien, 1920) berichtet der Prinz Ludwig Windischgraetz, der um diese Zeit gemeinsamer Ernährungsminister der Monarchie gewesen ist, auf Seite 373 folgendes:

> „Wie ich aus den Kreisen ehemaliger Kameraden und des Kriegsministeriums erfuhr, begann einer seiner (Otto Bauers) Anhänger, ein Fähnrich namens Deutsch, mit der Organisation von Soldatenräten und Roten Garden.
>
> Als Andrassy dies erfuhr, forderte er von den Militärbehörden energische Gegenmaßregeln; aber das Kriegsministerium erwies sich bereits zu ängstlich und zu schwach. Wir konferierten mit dem Armeeoberkommando und verlangten den Abtransport von Truppen nach Wien, da Anzeichen darauf hindeuteten, daß auch in der österreichischen Hauptstadt sich eine Revolution vorbereite. Andrassy betonte die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung gemeinsamer Militärbehörden, damit die Maßnahmen für die Demobilisierung einheitlich in die Wege geleitet werden können.
>
> Aber es erschienen sehr bald Generale beim König und erklärten, daß sie keine Gewalt über die Truppen mehr besitzen; die Truppen wollen nicht mehr gehorchen."

Aus der Darstellung, die ich oben gegeben habe, ist der wahre Kern der von Windischgraetz behaupteten Begebenheiten bereits zu ersehen. Er hat meine Charge nicht genau gewußt und hat die später erfolgte Wahl von Soldatenräten, die, wie ich noch zeigen werde, der Bildung von Roten Garden entgegenwirkte, mit ebendiesen Roten Garden in einen Topf geworfen. Aber daß in den Wiener Kasernen irgend etwas vorging, war dem Minister bekannt geworden. Die Herrschenden hatten auf irgendwelche Weise Mitteilungen über die geheime Militärorganisation erhalten, die sie aber nicht mehr gegen uns auswerten konnten. Es war zu spät geworden! Wie aus Windischgraetz' Darstellung hervorgeht, waren die einen für unsere Verhaftung, die anderen aber dagegen; und bevor man sich noch darüber einigen konnte, waren beide — gewesen.

Windischgraetz erzählt im Anschluß daran, daß der Kaiser Karl sich schon im Sommer 1918 gegen einen schärferen Kurs im Hinter-

land gewehrt habe, damit es zu keinem Blutvergießen komme, welcher Haltung er dann im Oktober, als die geheime Militärorganisation den Generälen bekannt geworden war, treu geblieben sei. Das ist eine der üblichen monarchistischen Schönfärbereien, die alles Gute, was geschieht, dem Kaiser zuschreiben möchte. Die Tatsache aber, daß zur blutigen Niederwerfung der Arbeiter eigene Assistenzkompagnien geschaffen wurden, können auch die Monarchisten nicht leugnen und ebensowenig, daß der Kaiser Karl von dieser Gründung sehr genau unterrichtet war. Man kann mit gutem Grunde sagen: Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nicht der Kaiser und seine Generäle, sondern die Soldaten, die in der geheimen Militärorganisation wirkten, haben das drohende Blutvergießen verhindert, indem sie es für die Reaktion von vornherein aussichtslos machten.

Als ich meine Aktion begonnen hatte, sprach ich darüber ausführlich mit Otto Bauer und später auch mit Viktor Adler. Beide brachten der Sache nicht nur ein sehr großes Interesse, sondern auch ein bedeutendes Verständnis entgegen, was mich wohl nicht von Bauer, der selbst Soldat war, um so mehr aber von Viktor Adler wunderte. Der greise Führer hatte ein ungemein feines Gefühl für Machtfragen.

Nachdem die Organisation schon eine gewisse Entwicklung erreicht hatte, fragte ich Adler, ob es nicht meine Pflicht sei, dem Parteivorstand Mitteilung hievon zu machen. Er riet ab. „Was soll der Parteivorstand", so meinte er mit Recht, „mit Ihrer Mitteilung anfangen? Er kann eine Verschwörung — und das ist Ihre Aktion doch — weder selbst führen noch von seinen Organen führen lassen, ohne eine Mitverantwortung zu übernehmen. Daß sich die Leitung einer Partei mit einer solchen Verantwortung belasten könnte, ist ganz ausgeschlossen. Sie müssen schon allein und auf eigene Verantwortung handeln!"

Das sah ich denn auch ein und hielt mich danach. Erst zwei bis drei Wochen vor dem Umsturz, also in der ersten Oktoberhälfte, zog ich einige Obmänner von Wiener Bezirksorganisationen ins Vertrauen, um eine Verbindung der militärischen Vertrauensleute mit der Parteiorganisation anzubahnen. Ansonsten blieben wir vorerst auf uns allein angewiesen.

2. Der Zusammenbruch.

Die erste Sitzung der deutschen Abgeordneten des alten österreichischen Parlaments, die am 21. Oktober im niederösterreichischen Ständehaus zusammentrat, hatte noch kein Echo der Straße geweckt. Als ich zur Versammlung ging, boten die Straßen der Inneren Stadt das gewöhnliche Bild. Nur vor dem Landhaus standen einige hundert Neugierige, die aber nicht auf ihre Rechnung kamen.

Die Tagung selbst kam mir recht gedämpft, um nicht zu sagen katzenjämmerlich, vor. Die bürgerlichen und bäuerlichen Abgeordneten zeigten wenig Begeisterung für die Geburtsstunde der Eigenberechtigung des deutschen Volkes. Man hörte kaum ein lautes Wort von ihnen, nicht ein einzigesmal einen wirklich herzlichen Beifall. Sie waren elegisch und in ihrer elegischen Stimmung ratlos. Von der Republik war bei dieser Tagung noch sehr wenig die Rede. Die Sozialdemokratie war die einzige Partei, die klar und unzweideutig für die republikanische Staatsform eintrat. Die Vertreter der kleineren bürger-

lichen Parteien wagten keine offene Stellungnahme, während die Redner der großen bürgerlichen Parteien sogar noch ein feierliches Bekenntnis zur Monarchie ablegen zu müssen glaubten. Für die Christlichsozialen beteuerte Schraffl ihre „grundsätzliche Festhaltung an der monarchischen Regierungsform", während für die Deutschnationalen der alte Steinwender erklärte, daß sie „überzeugte Anhänger der konstitutionell-monarchischen Staatsform" bleiben wollten.

Aber alles, was in dieser Versammlung gesagt wurde, klang gequält und unsicher. Es wußte niemand recht, was jetzt eigentlich werden sollte.

Die einzigen, die wußten, was sie wollten, waren Otto Bauer und seine engeren Freunde. Bauers Anschlußparole, die er in diesen Tagen kraftvoll in den politischen Vordergrund geschoben hatte, begann nicht allein die sozialdemokratische Partei zu beherrschen, sondern rüttelte auch die bürgerliche Intelligenz und einen beträchtlichen Teil des Offizierskorps auf. Bauer hatte in den ersten Oktobertagen eine Artikelserie in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht, die innerhalb und außerhalb der Partei wie das weithin sichtbare Entrollen einer Fahne wirkte. Innerhalb der Partei war die Stellung der noch immer an die Erhaltung und Erneuerung Österreichs Glaubenden bereits sehr schwach geworden. Die Anschlußartikel Bauers gaben den Gegnern Altösterreichs eine klare, einfache Richtung, die sich nun mit unwiderstehlicher Gewalt durchsetzte. Außerhalb der Partei griffen Studenten, Reserveoffiziere und auch aktive Offiziere die Anschlußparole auf. Während bisher der Anschlußgedanke als eine ferne Utopie erschienen war, machte ihn die Tatsache, daß eine große Partei sich nunmehr offen dafür einzusetzen begann, zu einer realen politischen Möglichkeit.

Der Einfluß Otto Bauers war in diesen Tagen sehr bedeutend. Er reichte über den Rahmen unserer Partei hinaus und diktierte in den entscheidenden Punkten auch unseren Gegnern das Gebot des Handelns.

Alle wichtigeren Beschlüsse, die die erste Sitzung der deutschen Abgeordneten faßte, waren von Bauer konzipiert worden. Ich kannte sie bereits aus den Sitzungen des Parteivorstandes, in denen sie vorher beraten worden waren, und es war ein eigenartiges Gefühl, sie nun von parteifeindlichen Abgeordneten widerspruchslos angenommen zu sehen. Zum Teil wurden sie — einer internen Vereinbarung gemäß — sogar von ihnen gestellt und begründet.

Am Tage nach dieser Sitzung ging ich nicht mehr ins Kriegsministerium. Ich arbeitete von nun an für den neugeschaffenen Vollzugsausschuß der deutschen Abgeordneten, der seinen Sitz im Parlament aufgeschlagen hatte. Das war dort ein ununterbrochenes Kommen und Gehen, ein zeitraubendes Verhandeln mit allen möglichen Deputationen und Einzelpersonen, ein endloses Verweilen in ermüdenden Sitzungen. Den ganzen Tag und so ziemlich die halbe Nacht wurde geredet und geredet.

Inzwischen drangen immer aufregendere Gerüchte in die Massen. Es wurde von großen Soldatenmeutereien erzählt. Einzelne wollten wissen, daß die Front ins Wanken gekommen sei, ja sich bereits in voller Auflösung befinde. Während diese Nachrichten in allen Kaffeehäusern der Stadt von Mund zu Mund gingen, durften die Zeitungen keine Silbe davon schreiben. Sie hatten die Gerüchte über die beginnende Neugestaltung in Böhmen und Ungarn gebracht, aber jeder Hinweis auf die Rückwirkung dieser Ereignisse auf die Armee war

ihnen verwehrt. Noch schwang das Kriegspressequartier seine geistige Peitsche. Der Erfolg war, daß noch hundertmal mehr erzählt wurde, als tatsächlich bereits geschehen war. Die Zensur bewirkte wieder einmal, daß die Gerüchte den Tatsachen weit voraus eilten.

Am größten war die Fieberspannung in den Kasernen. Dort hatte die Friedenssehnsucht ihren stärksten Sitz und ihre eifrigsten persönlichen Interessenten. Jeder Soldat, der sich aus irgendwelchen Ursachen gerade in Wien befand, sei es, daß er auf Urlaub war oder dienstlich hier weilte, zitterte bei dem Gedanken, daß er noch einmal an die Front hinaus sollte. Die Soldaten waren die fanatischesten Agitatoren gegen die Fortsetzung des Krieges. Ihr Gehirn kannte keinen anderen Gedanken als den des Friedens, ihr Mund sprach kein anderes politisches Wort. Nicht vergessen darf schließlich werden, daß sich seit Monaten Deserteure zu Tausenden in Wien versteckt aufhielten, die jetzt eine fieberhafte Tätigkeit entfalteten.

Vom frühen Morgen bis tief in die Nacht hinein saß ich im Parlament und verhandelte mit Soldaten. Da alles, was bisher das Militär in straffen Fesseln gehalten hatte, zerfiel, war meine Organisation so ziemlich das einzige, was noch die Soldaten zusammenhielt. Die Disziplin war zerbrochen, die Offiziere durften sich kaum mehr blicken lassen, ohne wilde Haßausbrüche der Soldaten auszulösen. Da erwies sich unsere beizeiten geschaffene Militärorganisation als eine nicht unbeträchtliche Klammer.

Die Soldaten, die bald einzeln, bald deputationsweise zu mir kamen, konnten den Zeitpunkt der völligen Niederwerfung der Militärgewalt nicht mehr erwarten. Sie wollten sofort losschlagen: das Kriegsministerium besetzen, die Regierung stürzen, den Kaiser gefangennehmen. Nun mußte ich mit einem Male der „Bremser" sein. Ich hielt zurück, weil mir der Zusammenbruch der Habsburgerei nur mehr eine Frage von Tagen schien, der ohne Blutvergießen herbeigeführt werden konnte. Schlugen wir aber vorzeitig los, dann war ein entsetzliches Blutbad gewiß. Freilich hütete ich mich, untätig die Ereignisse herankommen zu lassen. Unermüdlich wurden neue Vertrauensmänner geworben, instruiert und ihnen strenge Achtsamkeit eingeschärft. Die Vorbereitungen, die wir trafen, waren so, daß es möglich sein sollte, im Falle der Notwendigkeit auch mit Gewalt die Habsburgerregierung zu stürzen.

So kam der Tag der zweiten Sitzung der deutschen Abgeordneten, der 30. Oktober, heran. Er zeigte ein ganz anderes Straßenbild als sein Vorgänger. In den ersten Nachmittagsstunden hatten die Arbeiter die Arbeit in den Betrieben eingestellt und waren zu Tausenden in die Innere Stadt gezogen. Als das Kriegsministerium von dem geplanten Aufmarsch der Arbeiter erfahren hatte, war es zu dem Entschluß gekommen, die strategisch wichtigsten Punkte der Stadt militärisch besetzen zu lassen. Am frühen Morgen war dieser Befehl in die Kasernen gekommen, aber schon wenige Minuten nach seinem Eintreffen war er in meiner Hand. Von allen Seiten kamen nun Soldaten und verlangten Verhaltungsmaßregeln. Ich gab die Parole aus: „Ausrückungsbefehl befolgen, aber nicht schießen!"

Noch im Laufe des Vormittags kam dann die Meldung, daß der Ausrückungsbefehl für die meisten Truppenkörper widerrufen sei. Nur einige nichtdeutsche Abteilungen sollten ausrücken, die anderen Soldaten aber konsigniert sein. Offenbar begriff man endlich auch an den hohen Stellen, daß das Militär in Wien unverläßlich geworden war. Man getraute sich mit ihm nicht mehr auf die Straße. Aber die

Soldaten scherten sich größtenteils auch nicht mehr um die anbefohlene Konsignierung, sondern zogen von den Kasernen weg zu Tausenden in die Innere Stadt.

Vom Balkon des Landhauses sprachen Abgeordnete, zumeist Sozialdemokraten, zu den angesammelten Arbeitern, Studenten und Soldaten. Am stürmischesten war das Echo, wenn ein Redner die Ausrufung der Republik begehrte oder für den sofortigen Anschluß an Deutschland eintrat. Weiskirchner, der damals Bürgermeister war, wollte ebenfalls sprechen, konnte sich aber in dem sich erhebenden Lärm nicht verständlich machen. Christlichsoziale Würdenträger durften sich an diesem Tage nicht zeigen.

Redner traten auf, die bisher niemand gekannt hatte: Männer aus dem Volke, einfache Soldaten, da und dort auch Offiziere. Die Versammlungen blieben nicht auf den Platz vor dem Landhause beschränkt. Fast alle belebten Straßen der Inneren Stadt waren mit Menschenmassen angefüllt. Und überall wurde gesprochen.

Die Erregung der Massen begann sich mit dem fortschreitenden Abend gegen die äußeren Kennzeichen des Habsburgerstaates zu wenden. Die Soldaten rissen die schwarzgelben Rosetten von ihren Kappen. Wer da nicht freiwillig mittat, dem wurde mit Gewalt nachgeholfen. Einige Offiziere weigerten sich und nun begann eine allgemeine Jagd auf schwarzgelbe Offizierskappen.

Spät abends ging ich vom Landhaus ins Parlament zurück, wo ich mich im Verein mit einigen meiner Freunde um die Organisierung einer Notbewachung der Kasernen und militärischen Depots bemühte, denn die Soldaten begannen von allen ihren Posten wegzulaufen. Es ging bereits gegen Morgen, als ich nach meiner Wohnung wandern konnte.

Der nächste Tag machte den endgültigen Zusammenbruch offenbar. Von der Front kam die Nachricht, daß die Soldaten nicht mehr länger bleiben wollten, sondern in aufgelösten Scharen dem Hinterland zuströmten. Aber im Hinterland tat auch niemand mehr Dienst. Die Depots waren ohne Wache, Plünderungen begannen, von da und dort wurden Brände gemeldet. Die Kriegsgefangenenlager waren auch mit einem Male ohne Wachen. Die Gefangenen, auf diese Weise frei geworden, bewaffneten sich und alsbald hörten wir, daß sich einzelne Abteilungen drohend gegen Wien und andere Städte auf den Weg machten. Der allgemeine Wirrwarr wurde noch durch den eigenmächtigen Abmarsch der nichtdeutschen Formationen vermehrt, die unter allerlei Unfug und Schießereien wegmarschierten. Auf den Bahnhöfen stauten sich die Soldaten. Alle Züge waren überfüllt und aus den fahrenden Zügen wurde mit besonderer Vorliebe geschossen, ohne daß jemand hätte sagen können, wozu und weshalb. Nirgends war eine Macht zu erspähen, die imstande schien, dem hereinbrechenden Chaos Halt zu gebieten.

Nach einigen Stunden Schlaf war ich in den ersten Vormittagsstunden wieder ins Parlament gekommen. Der über Nacht geänderten Lage mußte unser Verhalten so rasch als möglich angepaßt werden. Es hatte keinen Sinn mehr, Maßnahmen zum Kampfe gegen die Militärgewaltigen zu treffen, weil diese ja bereits alle Gewalt verloren hatten. Es galt vielmehr, nun den Kampf gegen die rasch um sich greifende Anarchie aufzunehmen.

Das war um so schwerer, als sich inzwischen an allen Ecken und Enden wilde Soldatenkomitees gebildet hatten, die die Macht an sich rissen. Auf dem Deutschmeisterplatz versammelten sich einige hundert

radikale Soldaten, die unter der Führung aufgeregter Redner eine „Rote Garde" bilden wollten. Im Parlamentsgebäude saß eine Anzahl Offiziere und Unteroffiziere, auch einige Soldaten waren darunter, die sich als erster Soldatenrat auftaten. In ihren Sitzungen ging es hoch her. Alles schrie durcheinander, Soldaten und Abgeordnete disputierten mit großem Eifer, aber keiner ließ erkennen, was jetzt eigentlich geschehen sollte.

Es hatte keinen Sinn, sich mit diesem Soldatenrat lang aufzuhalten. Ich ging wieder weg und unternahm den Versuch, meine Militärorganisation zu benützen, um halbwegs wieder Ordnung herbeizuführen. Ich rief so viele Vertrauensmänner, als ich erreichen konnte, zusammen und trug ihnen auf, am nächsten Tag in allen Formationen geordnete Soldatenratswahlen vorzunehmen. Sie sollten trachten, daß bei diesen Wahlen womöglich Sozialdemokraten gewählt würden. Wenn das gelang, dann war der schreiende Haufen, der sich als „Erster Soldatenrat" im Parlament herumtrieb, erledigt.

Als ich gerade mit den Vertrauensmännern beriet — wir waren im Klubzimmer des Sozialdemokratischen Verbandes — trat S e i t z auf mich zu und sagte mir, daß auf Vorschlag der Partei der Staatsrat mich als Unterstaatssekretär für Heerwesen in Aussicht nehme. Meine Überraschung war nicht gering, denn ich hatte keine Ahnung, daß ich für irgendeinen Posten, geschweige denn für einen in der Regierung, in Aussicht genommen worden war.

Der Überraschung nachzuhängen, blieb indessen keine Zeit. Die Lage hatte sich mit meiner Berufung aber neuerlich geändert, und man mußte sich sofort darauf einstellen. Es schien mir nun möglich, die Wahlen für die Soldatenräte von Staats wegen zu organisieren und ihnen auf diese Art eine größere Wirkungsmöglichkeit zu sichern. Ich ging in die Sitzung des „Ersten Soldatenrates" zurück, der eben ein Manifest beriet, das an die Soldaten erlassen werden sollte. Von mir bekannten Abgeordneten sah ich den Deutschnationalen M a y e r dort, der, wie mir gesagt worden war, Staatssekretär für Heerwesen werden sollte, ferner A b r a m und G l ö c k e l. Es wurden allerlei langatmige, schwulstige Entwürfe verlesen. G l ö c k e l machte dem ein Ende, indem er einige kräftige Sätze entwarf, die an die Soldaten zu richten seien. Dieser Entwurf wurde angenommen. Ich nahm ihn an mich, weil ich es für das beste hielt, ihn gleich mit den technischen Anordnungen zur Wahl von Soldatenräten herauszugeben. Dazu bedurfte es der Zustimmung des Staatsrates, der abends zusammentrat.

3. Die ersten Regierungstage.

Viktor A d l e r wollte es sich nicht nehmen lassen, mich selbst im Kriegsministerium einzuführen. Er verabredete mit dem Generalobersten S t ö g e r - S t e i n e r eine späte Abendstunde, in der wir mit ihm sprechen wollten, und kam einige Minuten vor dieser Zeit ins Parlament, mich abzuholen. Gerade als ich zu ihm in den Wagen stieg, eilte A b r a m herbei, um mir zu sagen, daß der Staatsrat ersuche, ich möge sofort in die Sitzung kommen.

Es blieb nichts anderes übrig, als den Besuch bei Stöger-Steiner aufzuschieben und in die Staatsratssitzung zu gehen. S e i t z, der den Vorsitz führte, stellte mich den Mitgliedern des Staatsrates vor, nahm mir das Gelöbnis der Verschwiegenheit ab und lud mich dann ein, dem Staatsrat meine Meinung über die Möglichkeiten der Entwirrung des militärischen Chaos vorzutragen.

Ich hatte nicht einmal Zeit gehabt, meinen Mantel abzulegen, und stand nun in Uniform, noch den Säbel umgeschnallt, die Kappe in der Hand, vor dem Beratungstisch. Meine Rede war kurz: Die Armee sei innerlich zerfallen, die Offiziere hätten nicht die geringste Autorität. Sie wiederherzustellen sei ganz aussichtslos. Um die auseinanderlaufenden Soldaten wenigstens davor zu bewahren, ein nicht wieder gutzumachendes Unglück anzurichten, müsse eine neue Autorität gesetzt werden, zu der die Leute wieder Vertrauen hätten: Soldatenräte. Damit sei es aber nicht genug. Wir müßten uns darüber klar sein, daß mit den bisherigen Formationen überhaupt nicht mehr viel anzufangen sein werde. Die Aufstellung einer neuen Wehrmacht, einer Freiwilligenarmee, scheine unausweichlich. Doch das käme später. Als Programm für den morgigen Tag schlage ich vor: Erlassung eines Manifestes, feierliche Vereidigung der Soldaten, Wahl von Soldatenräten.

Der Staatsrat hatte mir aufmerksam zugehört, dann richteten einige Mitglieder Fragen an mich, aber eine eigentliche Diskussion gab es nicht. Seitz, der in seiner ruhigen, überlegenen Art offenbar den Staatsrat souverän beherrschte, frug mich, ob es mir möglich wäre, den Wortlaut eines Manifestes und die Eidesformel sogleich vorzulegen. Ich bat um einige Minuten Zeit, setzte mich an einen Nebentisch und schrieb die Entwürfe nieder. Glöckels Entwurf benützte ich zur Einleitung des Manifestes, an die ich die notwendigen Anordnungen für die Soldatenratswahl anfügte. Die Eidesformel hatte ich schon im Laufe des Nachmittags mit Renner besprochen, so daß ich sie nunmehr ohneweiters fixieren konnte. Der Staatsrat erklärte sich mit beiden Entwürfen einverstanden.

Als ich aus dem Sitzungssaal des Staatsrates hinausging und meine Kappe aufsetzte, bemerkte ich, daß auf derselben noch immer die schwarzgelbe Rosette prangte. Im Trubel der Arbeit hatte ich vergessen, sie abzunehmen, und so dürfte ich wohl einer der letzten Offiziere in Wien gewesen sein, der die kaiserlichen Farben trug.

Am nächsten Morgen war in allen Kasernen das von Dinghofer, Hauser und Seitz gezeichnete Manifest des Staatsrates angeschlagen, in dem die Soldaten zur Wahl von Soldatenräten aufgefordert wurden. Es hieß dort:

„Am Sonntag den 3. November werden in allen Kasernen Wiens im Beisein von Abgesandten des Staatsrates in freier und geheimer Wahl aus eurer Mitte Soldatenräte gewählt werden. Sie werden euch als Beschwerdekommissionen dienen und in ständiger Fühlung mit der Volksvertretung bleiben."

Vereidigung und Soldatenratswahl fanden — obwohl wir zuerst beabsichtigt hatten, beides voneinander zu trennen — meistenteils gleichzeitig statt. Die feierliche, wenn auch einfache Zeremonie verfehlte ihre beabsichtigte Wirkung auf die Soldaten nicht. Sie flößte ihnen wieder etwas Vertrauen ein, was höchst notwendig war; denn die Soldaten waren so mißtrauisch, daß sie zum Beispiel nicht zu bewegen waren, den Eid etwa in die Hände von Offizieren abzulegen. Auch nichtsozialdemokratischen Mitgliedern des Staatsrates machten sie Schwierigkeiten. Ja in den Tagen der Eidesleistung kam es mehrmals vor, daß zur Eidesleistung aufgeforderte Truppenkörper einen Vertrauensmann eigens zu mir schickten mit der Anfrage, ob ich wirklich diesen Befehl gegeben habe und ob die Eidesformel stimme.

Mein Name, zuerst nur den Vertrauensmännern der geheimen Militärorganisation bekannt, war rasch populär geworden. Die Soldaten erblickten in mir ihren Führer, dem allein sie gehorchen wollten, wobei es mir allerdings so vorkam, als ob in den ersten Tagen, da in allen Kasernen auf einmal vom „Deutsch" die Rede war, der Weisungen gab und Befehle erteilte, manche Soldaten nicht genau wußten, ob dieser Name einer wirklichen Person gehöre oder nicht etwa das Kennwort einer geheimen Körperschaft sei. In gewissem Sinne hatten ja beide Annahmen ihre Berechtigung. Der geheimnisvolle Nimbus, der den Namen umgab, erhöhte natürlich seine Macht, und das war in dem Augenblick, da jede Autorität gebrochen war, ein nicht zu unterschätzender Vorteil für die Entwirrung der Verhältnisse.

Bei der Wahl der Soldatenräte bewährten sich meine bisherigen Vertrauensmänner aufs beste. Sie wurden dabei nunmehr von der sozialdemokratischen Parteiorganisation offen unterstützt, die in einer eigens zu diesem Zwecke einberufenen Sitzung des Wiener Parteiausschusses alle Einzelheiten beraten hatte. Das Ergebnis der Wahl war denn auch, daß fast von allen Formationen Wiens Sozialdemokraten gewählt wurden. Es waren freilich nicht immer alte, bewährte Genossen, die da von der Woge der Revolution emporgetragen wurden, sondern oft nur junge, aber dafür um so radikalere Leute, die eben erst ihren Weg zu uns gefunden hatten. Aber immerhin, es waren Sozialdemokraten oder glaubten wenigstens, es zu sein, und sie leisteten als Parteigenossen unseren Weisungen Folge.

Für Allerheiligen war der sozialdemokratische Parteitag nach Wien einberufen worden. Die großen Ereignisse, die über Nacht eingetreten waren, ließen diese Tagung freilich nicht zu ihrer sonstigen Bedeutung gelangen. Von den Führern hatte keiner Zeit, sich den Beratungen zu widmen, da jede Stunde gehandelt werden mußte. Am Vormittag des 1. November nahm ich mir für einige Stunden Zeit, hinzugehen, weil ich den Vertrauensmännern der Partei einschärfen mußte, sich um die Soldatenratswahlen zu kümmern. Diese Bemühungen hatten den gewünschten Erfolg, wenngleich der Grundzug der Partei damals ein so pazifistischer war, daß die Bedeutung dessen, was jetzt militärpolitisch geschehen mußte, nur wenigen zum Bewußtsein kam. Ich merkte das nicht nur in den Gesprächen, die ich mit den einzelnen Genossen führte, sondern auch, als ich mich zum Worte gemeldet hatte, um über das zu sprechen, was im Augenblick auf militärischem Gebiet zu tun sei. Solange ich von unserer Friedenssehnsucht sprach und von der Notwendigkeit einer raschen Demobilisierung der alten Armee, wurde ich sehr aufmerksam angehört. Als ich aber dazu überging, darzulegen, daß es nötig sei, eine neue Wehrmacht aufzubauen, die Waffen nicht den Gegnern zu überlassen, sondern selbst in die Hand zu nehmen, wurde die Versammlung merklich unruhig. Man rief mir zu: „Wozu ein neuer Militarismus?".... „Abrüsten!" Ich erwiderte, daß ich doch auch für die Abrüstung wäre, aber nur dann, wenn alle Klassen eines Staates abrüsteten. Das sei jetzt bei uns zu Lande leider nicht der Fall und werde sich in absehbarer Zeit nicht ändern.

Vielen Eindruck habe ich mit dieser Darlegung jedoch nicht gemacht. Dazu war der Pazifismus zu stark. Einer der einflußreichsten Parteiführer, ein Mann, dessen politische Klugheit sonst überragend war, faßte die Stimmung der Partei in folgendem Ratschlag an mich

zusammen: „Ihre Aufgabe müßte es sein, alle Gewehre und Kanonen in die Donau zu versenken."

Auf meine Bemerkung, daß ich da nur unsere Waffen versenken würde, während unsere Gegner von rechts wie von links sich noch genug Waffen zurückbehalten könnten und auch würden, um uns gegebenenfalls die Hälfte abzuschneiden, hatte er nur ein Achselzucken.

Am Abend dieses Tages hatte ich die erste Unterredung mit dem bisherigen Kriegsminister Stöger-Steiner über die Übernahme des Amtes. Er schien an den Ernst des Umsturzes noch immer nicht recht glauben zu können, denn er versicherte mir allen Ernstes, daß er die deutschösterreichische Regierung ganz gewiß ebenso unterstützen werde, wie die Regierungen der anderen Nationalstaaten... Offenbar glaubte er, daß das Kriegsministerium eine Art gemeinsamer Einrichtung bleiben könne, die über die Regierungen der Nationalstaaten gestellt sei. Aus dieser Vorstellung heraus räumte er mir fürs erste etwa zwanzig Zimmer in seinem Amtsgebäude ein. Ich bemühte mich, dem alten General, der bisher mein Vorgesetzter gewesen war und gegen dessen persönliche Ehrenhaftigkeit ja nicht das mindeste vorlag, mit ausgesuchtester Höflichkeit auf den wahren Stand der Dinge zu verweisen, was aber vorerst nur sehr unvollständig gelang.

In ein rasch ausgeräumtes Zimmer ließ ich zwei Schreibtische stellen, einen für den Staatssekretär Mayer und einen für mich, auf daß unsere Amtstätigkeit beginnen konnte. Im Vorraum saßen einige Reserveoffiziere, die freiwillig Adjutantendienste versahen. Dieser Dienst bestand vorerst nur darin, die Besucher — womöglich ohne Protektion — in der Reihenfolge ihres Kommens vorzulassen. Das war eine schwere Arbeit; denn von der Stunde an, in der man uns im Kriegsministerium wußte, strömten die Besucher in Scharen herbei. Jeder Soldat, der seine Gebühren nicht richtig erhalten hatte, jeder Zahlmeister, dem das Auszahlungsgeld ausging, jeder Offizier, der irgendeine Einteilung wünschte, jeder Heimkehrer, der Zivilkleider brauchte, jeder Invalide, der sich um Prothesen bewarb — kurzum jeder, der irgendeinen Anspruch auf irgend etwas zu haben glaubte, kam zu uns.

Aber wenn wenigstens nur allein die Militärpersonen gekommen wären! Es kam jedoch einfach alles: vom Bankdirektor, der Schutz vor Unruhen suchte, bis zum aufgeregten Revolutionär, der die Unruhen hervorrief und recht böse war, wenn man ihn dabei störte; vom Landbürgermeister, der Waffen zum Selbstschutz holen wollte, bis zum Rotgardisten, der sie ihm wieder wegnahm; vom Fabrikanten, der Rohmaterial brauchte, bis zu demjenigen, der es aus irgendeinem Grunde in irgendwelchem Namen beschlagnahmte. Es war, als ob sich die ganze staatliche Verwaltung in ihrem momentan so gänzlich verworrenen Spiel und Gegenspiel mit einem einzigen Sprung in unsere Zimmer geflüchtet hätte.

Dem Staatssekretär Mayer, der tapfer in diesem Gewühle focht, gelang zeitweise ein Rückzug. Er flüchtete in den Staatsrat, der ununterbrochen den ganzen lieben Tag Sitzung hielt. Wir hatten nämlich vereinbart, daß Mayer nach Möglichkeit diese Sitzungen besuchen, während ich den größten Teil der Tätigkeit im Amte auf mich nehmen sollte. Eine andere Teilung der Arbeit wäre auch kaum möglich gewesen, weil neun Zehntel der Besucher mit rühmenswerter Beharrlichkeit darauf bestand, nur mit mir reden zu wollen. Da blieb nichts anderes übrig, als sich dem Sturm entgegenzuwerfen.

Am nächsten Tag hatten wir schon anstatt zwei Zimmer deren zwanzig und am übernächsten Tag vierzig. Mayer und ich amtierten nun jeder auf eigene Faust, umgeben von etlichen rasch zusammengesuchten Mitarbeitern. In meiner Adjutantur führte Julius Braunthal das Zepter mit dem ganzen Fleiß und der jugendlichen Lebhaftigkeit, die ihm eigen sind. Was er in diesen Tagen leistete, läßt sich schwer beschreiben. Das mußte erlebt sein. In den letzten Tagen vor dem Umsturz auf Urlaub in Wien weilend, war er als einer meiner Vertrauensmänner von mir dazu bestimmt worden, ein Bataillon zur Besetzung wichtiger staatlicher Gebäude zu führen. Nun der Umsturz ohne Gewaltanwendung vollzogen war, brauchte es dies nicht. In raschem Wechsel des Schicksals wurde er Adjutant des Unterstaatssekretärs.

In den Händen des Unterstaatssekretärs für Heerwesen lag in diesen Tagen wohl der größte Teil der staatlichen Macht. Im Krieg war das ganze wirtschaftliche Leben militarisiert worden. Die Soldaten gehorchten aber nunmehr nur dem sozialdemokratischen Unterstaatssekretär. Kein Fuhrwerk konnte die Straßen passieren, keine Person ein staatliches Gebäude, vor dem militärische Posten standen, betreten, kein Beamter eine Amtshandlung bei Soldaten vornehmen, wenn nicht meine Unterschrift hiezu die Deckung gab. Meine Adjutantur, von der Fülle der Arbeiten schier erdrückt, half sich, indem sie Vollmachten ausstellte, die mit meinem Faksimile gezeichnet wurden. Es war natürlich nicht zu vermeiden, daß solche Vollmachten auch in unrechte Hände gerieten, die allerlei Unfug anrichteten. Aber im großen und ganzen ist nicht viel geschehen.

Ich möchte hier einfügen — um einer aus durchsichtigen Gründen gewobenen Legendenbildung entgegenzutreten — daß die Wiener Polizei zur Zeit des Umsturzes nahezu ohnmächtig war. Sie hat bei den damaligen Straßendemonstrationen in gewohnter Weise den Wirbel vergrößern geholfen, was zur Folge hatte, daß hintennach wir — die Sozialdemokraten — wieder eingreifen mußten, um die aufgeregten Menschen von den Straßen fortzubringen, aber irgendeine entscheidende Handlung zur Aufrechterhaltung der Ordnung konnte von der Polizei nicht einmal ernstlich versucht werden, geschweige denn, daß sie Erfolg gehabt hätte. Der Polizeidirektor Schober mag sich gewiß viele Verdienste um die Erhaltung der bürgerlichen Ordnung im allgemeinen erworben haben, was wir nicht bestreiten, aber daß er in den Tagen des Umsturzes die Gesellschaft gerettet hätte, ist schlechterdings unrichtig. Wenn man sich in die Psychologie der Umsturztage rückversetzt, wird dies auch ohneweiters verständlich. Wo alle materielle Gewalt zusammenbrach, konnte sich allein die der Polizei natürlich auch nicht halten. Schobers besonnene Klugheit hatte sofort nach dem Umsturz der neuen Regierung den Polizeiapparat zur Verfügung gestellt. Das war gewiß eine anerkennenswerte Tat. Die einzelnen diensttuenden Polizeileute — brav, wie sie waren — erfüllten gewiß auch in den Umsturztagen ihre Pflicht; aber sie taten gut daran, dies möglichst unauffällig zu besorgen, um die aufgeregten Massen nicht noch mehr zu reizen. So weit hatten der Polizeidirektor und die Polizeileute recht getan. Hätten sie mehr versucht, dann wäre es von Übel gewesen — nicht zum mindesten für sie selbst.

Durch die Straßen der Inneren Stadt und über den Ring wälzten sich fortgesetzt lärmende Haufen. Sie stauten sich vor den öffentlichen Gebäuden, insbesondere auch vor dem Kriegsministerium.

Ich trat, so oft ich abkommen konnte, auf den Balkon und hielt Ansprachen, worauf die Leute wieder weiterzogen. Etliche Male wurden Deputationen in das Ministerium geschickt, die alle möglichen Forderungen mit großer Heftigkeit vertraten. Hatte man eine Weile verhandelt, dann brauste der Sturm vorüber. Natürlich fehlte es nicht an wilden Drohungen und Flüchen. Man durfte sich von ihnen nur nicht schrecken lassen. Ab und zu ließ ein besonders verzweifelter Demonstrant es sich auch beifallen, einen Revolverschuß gegen das Gebäude abzufeuern. Dann liefen die Umstehenden erschreckt auseinander, Polizeileute ritten in die Menge — bis sich nach einer Weile wieder alles beruhigte und weiterzog.

Das ging so den ganzen Tag. Man brauchte Nerven, um es auszuhalten.

Kitzlicher war es aber, daß das Innere des Kriegsministeriums selbst voller Unruhe war. Die Offiziere, der Kriegsminister voran, hatten jede Autorität verloren. Die Schreiber, die Unteroffiziere, Soldaten und Ordonnanzen hatten über Nacht das Heft an sich gerissen. Drohend erhoben sie sich gegen die Offiziere, die in ihrer Angst einfach alles geschehen ließen, wie es eben geschah.

Am Tage nach meinem Dienstantritt ließ ich die ganze Mannschaft in der geräumigen Autogarage des Kriegsministeriums versammeln, um zu ihr zu sprechen. Es war eine riesenhafte Volksversammlung von ganz eigener Art. Die Halle gefüllt von uniformierten Menschen, die bis zum Tage vorher unendlich gedrückt worden waren. Sie hatten ständig in der zitternden Angst vor der Verschickung an die Front alles mit sich geschehen lassen, was die Vorgesetzten wollten. Nun waren sie mit einem Schlage frei geworden und fühlten sich frei. Kein Wunder, daß wahre Jubelstürme die Versammlung durchbrausten. Ich feierte in meiner Rede den erfolgten Umsturz, forderte aber nunmehr unbedingten Gehorsam für die neue Regierung, womit auch alle einverstanden waren. Nur wollte ein Teil der Mannschaft an jenen Offizieren, die sich besonders verhaßt gemacht hatten, ein Exempel statuieren. Nur mit Mühe konnte ich die erbitterten Menschen davon abbringen.

Kaum in mein Arbeitszimmer zurückgekehrt, stürzte ein Major herein, den Revolver in der Hand, mehr schreiend als redend, daß er sich erschießen müsse. Auf wiederholtes Fragen brachte ich endlich heraus, daß er der Kommandant der Hauswache des Kriegsministeriums sei, die sich auf einmal weigere, Dienst zu tun. Der Major schrie fortwährend: die Wache hätte gemeutert, seine Truppe, mit der er jahrelang im Felde gewesen sei; das könne er als ein Offizier von Ehre nicht überleben.

Mit einiger Mühe brachte ich den Offizier so weit, daß er versprach, keine Dummheiten zu machen, bevor ich nicht selbst mit der Wache gesprochen habe. Ich ging dann hinunter und fand die Mannschaft, fast lauter oberösterreichische Bauern, in ihren Unterkunftsräumen verdrossen auf den Strohsäcken liegen, murrend und schimpfend. Ich hieß sie antreten, was sie sogleich taten, trat vor sie hin und sagte, es möge jeder Mann ungescheut vortreten und aussprechen, was er auf dem Herzen habe. Zuvor wolle ich ihnen aber mitteilen, daß sich eine neue Regierung, eine Regierung von Bauern und Arbeitern, gebildet habe. Diese wolle nichts anderes, als möglichst bald zu einem Frieden gelangen. Sie werde deshalb raschestens die Armee abrüsten. Die Mannschaft möge nur noch ganz kurze Zeit Vertrauen haben.

Ein Mann trat vor und faßte alle Wünsche der Truppe in den einen Satz zusammen:

„Herr Unterstaatssekretär, meld' g'horsamst, ham woll'n ma."

Darauf meldete sich ein zweiter: „Alle andern san schon davongelaufen, warum soll'n grad wir bleiben?"

Ich erwiderte, daß ich das ganz gut verstünde, anderseits brauche ich sie aber wenigstens noch für ein paar Tage. Ich machte ihnen den Vorschlag, noch drei Tage auf dem Wachposten im Kriegsministerium zu bleiben, damit das Haus nicht ganz schutzlos sei. Nach diesen drei Tagen würde ich bereits eine neue Formation aufgestellt haben und dann könnten sie in ihre Heimat fahren, wofür ich mich persönlich verbürge.

Dieser Vertrag kam zustande und wurde mit einem Handschlag besiegelt. Auch der Wachkommandant gab sich damit zufrieden.

Es sei mir erlaubt, an dieser Stelle einige Worte über die Rolle, die den Offizieren während des Umsturzes zufiel, zu sagen. Während des Krieges war ihre gesellschaftliche Stellung eine geradezu überragende gewesen. Der Zusammenbruch des Krieges und der Monarchie traf sie am ersten und unmittelbarsten. Ohne jeden Übergang wurden sie nicht allein in eine unsichere wirtschaftliche Lage, sondern — was die Offiziere womöglich noch bitterer traf — in eine gesellschaftliche Mißachtung gestürzt, die sich von ihrer früheren Lage himmelweit abhob. An den Offizieren rächte sich jetzt das System, in dem sie erzogen worden waren. Die Volksfremdheit, in die sie gewaltsam gepreßt wurden, weil sie als Habsburgeroffiziere dem Volke, dem sie entsprossen, nicht angehören durften, kehrte sich in dem Augenblick gegen sie, da die Völker der kaiserlichen Bevormundung ledig waren.

Wozu noch kam, daß die Erfahrungen des Kriegs eine gar zu deutliche Sprache führten: Die unübersteigbare Scheidewand, die zwischen Offizier und Mann aufgerichtet war, verletzte gerade die besten Soldaten, die trotz aller militärischen Tüchtigkeit nie die goldenen Offizierssterne erreichen konnten, während sie jedem achzehnjährigen Burschen, der die Notmatura gemacht hatte, von selbst zuflogen. Das üppige Leben der Offiziersmessen, das Treiben der Offiziere und ihrer — nicht immer legitimen — Frauen in der Etappe taten ein übriges. Man kann ruhig sagen, daß in der letzten Zeit des Krieges nichts gehaßter von unserem Volke war als der Offizier. Nicht einmal der Feind! Das muß immer wieder festgehalten werden, obwohl es später gerade den Betroffenen beliebte, über diese Tatsache hinwegzugleiten; denn sonst versteht man die Zeit des Umsturzes nur zur Hälfte. Der Offizier galt, und das mit Recht, als der Träger der habsburgischen Hausmacht. Gegen ihn kehrte sich ein jahrelang aufgehäufter Groll kriegsmüder, halbverhungerter Massen, die durch die Niederlage vollends revolutioniert waren.

Die Offiziere selbst haben sich in diesen schweren Tagen sehr verschiedenartig benommen. Es gab Offiziere — und ihrer waren nicht wenige — die unverdrossen um alles, was rechts und links von ihnen vorging, ihren Dienst wie bisher weiter verrichteten. Andere wieder, die sich mit der Mannschaft plötzlich anfreunden wollten und gewissermaßen als deren Vertrauensleute im Dienste blieben. Und wieder andere, die einfach fortliefen. Die letzteren waren nicht etwa feig im gewöhnlichen Sinne des Wortes, hatten sie doch zumeist im Felde ihre Pflicht erfüllt, sondern sie konnten das Unfaßliche des Zusammenbruches seelisch nicht ertragen. Sie flohen vor dem Unbekannten, das ihnen Grauen einflößte.

Wie stark der Zusammenbruch auf die Psyche des Offiziers wirkte, sah ich auch an dem Kriegsminister selbst. Nun der völlige Umsturz nicht mehr zu verhüllen war, brach er innerlich zusammen. Die fortwährenden Demonstrationen vor dem Amtsgebäude und die Erhebung gegen die bisherigen Vorgesetzten im Amt selbst rissen an seinen Nerven. Eines Abends bat er mich mit Tränen in den Augen, ich möge nachts im Kriegsministerium schlafen, denn nur meine ständige Anwesenheit könne verhindern, daß das Haus gänzlich verwüstet würde.

Es blieb in der Tat nicht viel anderes übrig, als fast ununterbrochen im Amte zu sein, schon deswegen, weil die Bittsteller und Deputationen bis in die späten Nachtstunden kamen und gehört werden wollten.

4. Die Armee löst sich auf.

Der Staatsrat beriet über die Gefahren, die aus dem regellosen Zurückfluten der Heerestrümmer entstanden. Es tauchte der Plan auf, an die deutsche Sprachgrenze Formationen aus dem Hinterland zu schicken, die die aufgelösten Scharen auffangen und geordnet abtransportieren sollten. Ich setzte demgegenüber auseinander, daß sich weder in Wien noch in einer anderen Stadt auch nur eine einzige Kompagnie, geschweige denn ein Regiment befinde, das einem Befehl, an die Sprachgrenze abzugehen, Folge leisten würde. Kämen aber auch wider Erwarten einige geschlossene Abteilungen den Rückwanderern entgegen, so würden sie von dem großen Strom glatt verschlungen werden, ohne etwas auszurichten. Das wirksamste sei vielmehr, den Heimkehrenden Feldküchen entgegenzuschicken und sich im übrigen der Eisenbahnen zu bedienen, die Tag und Nacht fahren sollten, um die angestauten Massen fortzubringen. Das geschah. Aber man darf sich nicht täuschen: hätte der Staatsrat etwas anders beschlossen, wäre es doch nicht ausgeführt worden, denn keine Macht war damals imstande, der Massenflucht zu steuern. Man konnte gar nichts anderes tun, als mit dem Menschenstrom zu schwimmen, ihn den nächsten Bahnhöfen zuzuführen, dort abzufüttern und zu trachten, ihn so rasch als möglich der Heimat abzugeben.

In allen größeren Städten und auf den Bahnknotenpunkten hatten sich spontan Sicherheitswehren von Arbeitern und Bürgern gebildet, die Ausschreitungen verhüteten. Ganz ohne Zusammenstöße und ohne Opfer ging es freilich nicht ab, aber im großen und ganzen bewährten sich diese Selbstschutzorganisationen, die wir, soweit uns das möglich war, unterstützten. Die führenden Männer dieser Organisationen waren in allen wichtigen Städten, Sozialdemokraten: in Graz Resel, in Innsbruck Gruener, in Salzburg Witternigg, in den oberösterreichischen Städten die Soldatenräte Kelischek und Baumgärtel. Ihnen und dann den Eisenbahnern, die Tag und Nacht nicht aus den Kleidern kamen, um den Massentransport zu bewältigen, ist es in erster Linie zu danken, daß damals aus dem Zusammenbruch der Front keine Verwüstung des Hinterlandes wurde.

Später, als die Gefahr längst vorüber war, sind die Neunmalklugen, die sich in den Tagen des Umsturzes nirgends hatten blicken lassen, aus ihrer sicheren Verborgenheit gekommen und haben versucht, uns zu belehren, wie wir die Abrüstung hätten viel besser durchführen können. Sie waren der raschen Demobilisierung gram. Der Generalstab der alten Armee hatte ja einen so schönen Plan ausgearbeitet,

nach welchem man in aller Ruhe und Bequemlichkeit, ohne jede Aufregung, viele Monate hätte demobilisieren können. Warum hatte das der Unterstaatssekretär für Heerwesen nicht getan? Ganz einfach, weil er es offenbar nicht aushielt, in der Regierung zu sein, ohne dem Staate jene Millionenschäden zuzufügen, die ihm angeblich aus der raschen Demobilisierung erwachsen sein sollen . . .

Das mit den Millionenschäden ist natürlich ein Märchen. Wohl kamen Plünderungen vor, aber sie hatten bei weitem nicht jenen Umfang erreicht, den ihr die ausschweifende Phantasie der Spießer andichtete. Es gelang auch überall sehr bald, ihrer Herr zu werden. Richtig ist, daß ich mit vollem Vorbedacht die sich von selbst vollziehende Demobilisierung, nicht künstlich zu stauen unternahm, sondern im Gegenteil förderte, weil ich andernfalls noch größere Gefahren und schwerere Verluste für unseren Staat heraufziehen sah.

Worauf es ankam, war, die soeben errungene Freiheit zu behaupten und gleichzeitig jenes Maß von Ordnung wiederherzustellen, ohne das ein Staatswesen nicht bestehen kann. Ich befürchtete, daß die von der Front zurückkehrenden Armeetrümmer leicht zu Garden von allerlei Putschversuchen werden konnten, wenn man sie nicht rechtzeitig auflöste. Die von der Front heimkehrenden Soldaten waren ja noch völlig in dem Banne der Erlebnisse des Krieges, der sie mit einem naiven Glauben an die Allmacht der Waffengewalt erfüllt hatte. Es war naheliegend, daß die in die Heimat zurückgekehrten Soldaten geneigt waren, die Waffen in der draußen gewohnten Weise zu gebrauchen. Bei der politischen Uninformiertheit der Heimkehrenden konnten dann die Gewehre bald gegen die und bald gegen jene Volksteile losgehen, wenn nicht alsbald einzelne Truppenkörper gegeneinander fochten. Nach einiger Zeit, so war anzunehmen, mußte aus diesen Kämpfen notwendigerweise die Reaktion gestärkt hervorgehen.

Die Vorgänge in Deutschland bestätigten diese Befürchtungen. Man hat dort mit allen möglichen Mitteln danach getrachtet, die Fronttruppen geschlossen in die Heimat zurückzuführen und sie in ihren Garnisonen beisammenzuhalten. Die Folge war aber nicht, daß die heimgekehrten Truppen die Ordnung vergrößert hätten, sondern umgekehrt, daß die Soldaten in die Bürgerkämpfe hineingerissen wurden, von ihren Waffen Gebrauch machten, und damit erst jene schauerlichen Ereignisse herbeiführten, unter denen Deutschland vollends zusammenbrach. Die notwendige Auseinandersetzung der Klassen wurde durch das Eingreifen der politisch ganz uninformierten Soldaten zu einer wilden Metzelei. Ihr zu entgehen, schien es mir nötig, das zurückstrebende Heer nicht künstlich zusammenzuhalten, sondern seinen natürlichen Auflösungsprozeß sich vollziehen zu lassen. Gab es in den zurückkehrenden Armeen die eine oder andere Formation, die noch gebrauchsfähig war, so konnte man sie ja ausnahmsweise für einige Zeit beisammen lassen, aber das Gros der Armee war zur Auflösung reif und es wäre ein schwerer Fehler gewesen, sich ihr zu widersetzen. Das wäre vor allem auch ein politischer Fehler gewesen, der in letzter Linie eine Stärkung der Reaktion bedeutete, der wir in diesem Falle selbst die Waffen in die Hand gedrückt hätten.

Die so rasch als möglich zu vollziehende Abrüstung schien mir übrigens auch vom Standpunkt der Volkswirtschaft den größten Nutzen für die Gesamtheit zu bieten. Die Arbeitskräfte, an denen es vorläufig noch überall mangelte, gelangten dann sofort zur Entfaltung, die Transportmittel konnten nach der Überwindung des ersten großen Andranges nach wenigen Tagen wieder volkswirtschaftlich nutzbringend

beschäftigt werden, und vor allem wurden die Wirren vermieden, die notwendigerweise entstehen mußten, wenn man versucht hätte, die Massen der Soldaten gewaltsam in militärischen Lagern zu halten, um sie von dort aus allmählich abzurüsten. Der Heeresausschuß des Abgeordnetenhauses, dem ich am 22. November darüber einen ausführlichen Bericht erstattete, sah das auch ein. Er nahm einstimmig, also auch mit den Stimmen der Christlichsozialen und Deutschnationalen, ein sehr ehrenvolles Vertrauensvotum für mich an. Was freilich die Vertreter der beiden bürgerlichen Parteien nicht hinderte, später wegen ebenderselben Sache über mich wieder herzufallen, derentwegen sie mich in den Revolutionstagen gelobt hatten. Der Heeresausschuß nahm damals meinen Bericht „mit Befriedigung zur Kenntnis“ und erklärte, „daß die Arbeiten des Staatsamtes für Heerwesen in einer so schweren Zeit in einer Weise geleitet wurden, die den Dank der Bevölkerung verdiene“.

Etliche Wochen, nachdem dieser Bericht in den Zeitungen erschienen war, meldete sich namens des Armeeoberkommandos der Feldmarschall Köveß mit einer Erklärung zum Wort, in der er gegen die rasche Demobilisierung polemisierte und die alten Generalstäblerpläne verteidigte. Ich blieb natürlich die Antwort nicht schuldig, schon deswegen nicht, weil das Armeeoberkommando keine Existenzberechtigung mehr hatte und mir seine Erklärung den erwünschten Anlaß bot, das öffentlich und nachdrücklichst zu sagen.

In Wahrheit steckte hinter dem Streit über die Demobilisierung aber keineswegs die Sorge, ob der Staat durch sie einige hundert Millionen Kronen gewonnen oder verloren habe, sondern die der Machtverteilung beim Aufbau des neuen Heeres. Das war die Schicksalsfrage der österreichischen Revolution.

War schon, wie ich vorhin ausgeführt habe, die Auflösung des alten Heeres geradezu eine Vorbedingung zur Vermeidung des Bürgerkrieges und der daraus sich entwickelnden Stärkung der Reaktion, so war die Beseitigung der bisherigen Kaderformationen in noch höherem Maße eine Notwendigkeit, um dem Aufbau einer verläßlichen republikanischen Wehrmacht Platz zu machen. Es genügte nicht, das Heer sich auflösen zu lassen, sondern es mußten überdies die bisherigen Formationen, die nunmehr liquidierten, jeglichen Einflusses auf die zu bildenden Abteilungen des neuen Heeres entkleidet werden. Mit anderen Worten: die Kader der alten Habsburgerarmee durften nicht zum organisatorischen Grundstock der neuen republikanischen Wehrmacht werden.

Die Offiziere und jene bürgerlichen Politiker, die die Bedeutung der Angelegenheit erfaßten, versuchten mit großem Eifer die bisherigen Ersatzkörper der Armee zum Grundstock des neu aufzustellenden Heeres zu machen. Die Kader der alten Habsburgerregimenter mit ihrem Stock eingearbeiteter Offiziere und Unteroffiziere sollten auch die Keimzellen der Armee Deutschösterreichs werden. Für diesen Plan sprach manche technische Erleichterung, die er bot, weil der ganze leidlich funktionierende Apparat mit allen seinen komplizierten Ausstrahlungen ohneweiters in den Dienst der Republik gestellt werden konnte. Gegen ihn sprach die politische Überlegung, daß damit das stärkste Machtinstrument des Staates jenen Kreisen ausgeliefert würde, die notwendigerweise Anhänger des alten Systems waren. Die alten Kaders der kaiser- und königlichen Armee zum Grundstock eines republikanischen Heeres machen zu wollen, hieß nichts anderes, als die habsburgischen Offiziere zu den Herren der Republik

zu erheben. Dies zu verhindern, sah ich als meine ernsteste Aufgabe an. Ich ließ deshalb die zurückkehrenden Soldaten sich nicht bei ihren Kaders wieder sammeln, sondern hielt mit rücksichtsloser Strenge darauf, daß sie dort nur abgefertigt und sofort entlassen wurden. Wollten sie beim Militär bleiben, dann stand ihnen der Weg zur republikanischen Volkswehr offen, die organisatorisch von der Wehrmacht der alten Monarchie vollständig getrennt war.

Die Offiziere, die ja nur allmählich abgebaut werden konnten, blieben in den Kadern; aber dort war nunmehr keine Mannschaft, über die sie gebieten konnten. Auf diese Art wurden die abzubauenden Offiziere von dem lebendigen Strom der Wehrmachtsbildung ausgeschaltet und auf ein totes Nebengeleise gedrängt. Die Besten unter ihnen konnten in die neue Wehrmacht übernommen werden, die anderen aber wurden verhältnismäßig schmerzlos in andere Berufe übergeleitet. So wurde das Offiziersproblem aus einer Frage politischer Macht zu einer solchen der sozialen Fürsorge.

Die Durchführung dieses Programms, das Geduld und zähe Energie erforderte, mußte schon bei den Demobilisierungsmaßnahmen beginnen. In den Anordnungen über die Demobilisierung hieß es:

„Mit der Entlassung aller deutschösterreichischen Soldaten der bisherigen Wehrmacht ist ehestens zu beginnen. Eine Verzögerung der Entlassung darf sich nur durch Schwierigkeiten im Abtransport der zu Entlassenden ergeben."... „Den Soldaten unter 42 Jahren steht es frei, sich um die Aufnahme in die Volkswehr zu bewerben."

In Wien und in den anderen Städten Deutschösterreichs erwarteten so manche besitzenden Kreise mit Sehnsucht die Rückkehr der Fronttruppen, von denen sie glaubten, eine Wiederherstellung der alten Ordnung erhoffen zu dürfen. Das war eine trügerische Hoffnung, denn die Soldaten, die vom Felde kamen, hatten keinen sehnlicheren Wunsch, als möglichst schnell aller militärischen Dienstleistung ledig zu werden, und ich nahm aus den oben dargelegten Ursachen keinen Anstand, ihnen dabei behilflich zu sein.

Einzelne Formationen sind allerdings in den ersten Umsturztagen zur Aufrechterhaltung der Ordnung benützt worden. Aber solche Formationen gab es erstens nur wenige und zweitens konnte auf ihre Verwendung in dem Augenblick verzichtet werden, in dem die ersten Abteilungen der Volkswehr formiert waren. Ich gedenke hier vor allem jener zwei Kompagnien des Infanterieregiments Nr. 49 — Waldviertler Bauern und Arbeiter — die sich schon am 1. November zur Verfügung gestellt hatten und in den folgenden Tagen Hervorragendes leisteten. Diese zwei Kompagnien waren einige Tage so ziemlich die einzige schlagfertige Truppe, über die ich in Wien verfügte. An sie wurden die größten Anforderungen gestellt. Bald gegen diese, bald gegen jene Plünderung, bald dahin und bald dorthin mußte ich die wackeren Neunundvierziger dirigieren. Tag und Nacht auf einigen Autos in Wien herumrasend, war diese Truppe gewissermaßen das Prunkstück, die sichtbare Demonstration unserer momentanen militärischen „Macht". Daß Soldaten für die neue Regierung Dienst leisteten, wurde mit ihr dem gläubigen Volk — und auch den Plünderern — sichtbarlich gezeigt. Beide glaubten es. Da war denn eine eigentliche Kraftprobe nicht mehr nötig.

Eine andere Gefahr wurde dank der verständnisvollen Haltung italienischer Offiziere gebannt. In Sigmundsherberg war ein großes Lager italienischer Kriegsgefangener gewesen, das, über Nacht von den Wachtposten verlassen, seine Freiheit und auch Waffen gewann.

Ein Teil der Italiener machte sich auf den Weg gegen Wien. Wir ließen die Höhenzüge des Wienerwaldes mit den paar Kompagnien, die wir noch hatten, besetzen und harrten der Dinge, die sich drohend ankündigten. Ich wollte den Versuch nicht unterlassen, einen bewaffneten Zusammenstoß zu verhindern, und sandte einen Boten zu dem rangältesten italienischen Offizier, dem Obersten Mena, mit der Einladung, zu Verhandlungen nach Wien zu kommen. Oberst Mena kam und wir einigten uns rasch. Ich versprach, für den sofortigen Heimtransport der Kriegsgefangenen zu sorgen, ferner die Herstellung einer direkten Verbindung zwischen dem italienischen Lagerkommando und der italienischen Heeresleitung zu ermöglichen. Der italienische Offizier sicherte hingegen zu, daß er strenge Mannszucht in den Reihen der Kriegsgefangenen halten werde. Als ein besonderes Zeichen des Entgegenkommens bot er an, die nach Sigmundsherberg gelangten Liebesgabenpakete der Kriegsgefangenen den Armen der Gemeinde Wien zu überlassen, was ich natürlich dankend annahm.

Es war eine erhebende Szene, als der italienische Offizier in meinem Arbeitszimmer mit Handschlag den Vertrag besiegelte und warme Worte für das künftige friedliche Zusammenarbeiten der beiden Völker in jener feierlichen, etwas theatralischen Weise sprach, die die Italiener so gut kleidet.

Auch bei einer anderen Gelegenheit zeigten sich die italienischen Offiziere sehr entgegenkommend. Im Wiener Gaswerk waren infolge des Arbeitermangels während des Krieges italienische Kriegsgefangene eingestellt worden. Nach dem Umsturz legten sie die Arbeit nieder und gingen fort, wodurch die Gemeinde, da im Augenblick kein Ersatz für die italienischen Arbeiter aufzutreiben war, in eine große Verlegenheit geriet. Auf mein Ersuchen eilten italienische Offiziere herbei, um ihre Landsleute noch für ein paar Tage zum Aushalten zu bewegen. Leider kamen sie zu spät, die italienischen Kriegsgefangenen waren schon fort und wir mußten uns mit Ersatzkräften helfen, so gut es eben ging. Wieder war eine Gefahr überwunden, aber unsere Machtlosigkeit hätte leicht zu einem Unglück werden können.

Jede Gefahr, der wir entgingen, bewies uns zugleich die Unmöglichkeit, diesen Zustand der Machtlosigkeit länger ertragen zu können. Allein, um nur noch ein weiteres Beispiel anzuführen, die Bewachung oder — besser gesagt — die Nichtbewachung der riesigen Munitionsvorräte am Steinfeld, in Blumau und Wöllersdorf, bereitete mir schlaflose Nächte. Jeden Augenblick konnten die ungeheuren Pulvermengen in die Luft fliegen, Tod und Zerstörung weithin um sich verbreitend. Vorerst waren wir zur Gänze auf die unter der Hand von einigen hundert Parteigenossen gebildete Arbeiterwehr angewiesen, die ja sehr brav ihren Dienst besorgte, aber auf die Dauer doch zu schwach war. Das ging so nicht weiter. Die Stunde war gekommen, in der wir an die Stelle des liquidierenden Heeres ein anderes setzen mußten. Der raschen Demobilisierung mußte ein ebenso rascher Aufbau neuer militärischer Kräfte folgen, sonst war die Revolution verloren, in einem Chaos versunken.

*

Das alte Heer liquidierte. Das bisherige Kriegsministerium zerfiel in zwei Teile. Der eine war das „Staatsamt für Heerwesen“, das die Organisierung und Leitung der republikanischen Wehren erst in Angriff nahm, während der andere als „liquidierendes Kriegsministerium“ sich mit der vielgestaltigen Abwicklung der Rechte und Verpflich-

tungen des früheren Heereskörpers beschäftigte. Das liquidierende Kriegsministerium unterstand in den ersten Monaten der Republik einem selbständigen Generalsekretär, ging aber dann an das Finanzamt über. Die Öffentlichkeit, die von dieser Kompetenzübertragung eine raschere Abwicklung des Liquidierungsgeschäftes erwartete, sah sich aber bitter enttäuscht, denn nun ging der Abwicklungsprozeß eher noch langsamer vor sich als vordem.

Ebenso wie die organisatorische oberste Leitung des früheren Heeres ging nun auch seine strategische, das Armeeoberkommando, in Liquidation. Das Armeeoberkommando war bekanntlich während der letzten zwei Kriegsjahre in Baden bei Wien untergebracht gewesen, wo es sich durch seine luxuriöse Lebensführung schließlich den leidenschaftlichen Grimm des hungernden Volkes dieser Stadt und ihrer Umgebung zugezogen hatte. In den Tagen des Zusammenbruches versuchte das Armeeoberkommando ebenso wie das Kriegsministerium sich eine Stellung über den Nationalstaaten zu erringen. In dem Wirrwarr der ersten Wochen schien ihm das in der Tat zu gelingen. Dann aber machten wir dem Spaß ein Ende, indem wir dem liquidierenden Armeeoberkommando die Anerkennung versagten, ihm die Offiziere entzogen und keine weiteren Geldmittel mehr zur Verfügung stellten. Damit erlosch diese Liquidierung von selbst.

Dagegen blieb das liquidierende Kriegsministerium in seiner ungeheuerlichen Ausdehnung bestehen. Es liquidierten auch die einzelnen Truppenkörper. Auf die letzteren konnten wir einen unmittelbareren Einfluß ausüben als auf ihre liquidierende Leitung, wenn schon nicht anders, so dadurch, daß wir systematisch ihre Kanzleien aus unseren Kasernen drängten. Aber am wichtigsten schien es mir, daß diese ganze Liquidierungsmaschine von der neuen Wehrmacht säuberlich getrennt blieb. Ich bemühte mich von allem Anfang an, daß die bestandenen Gemeinsamkeiten bald aufhörten und die neue Armee sowohl von den organisatorischen Einrichtungen, mehr aber noch von dem Geiste des ehemaligen kaiserlichen Heeres verschont blieb.

5. Die Aufstellung der Volkswehr.

Der Beginn der Revolution in Österreich war dem des Umsturzes in Deutschland um einige Tage vorausgeeilt. Bereits am letzten Oktobertag war die tatsächliche Macht in den Händen des österreichischen Staatsrates, neben dem die Regierung des Kaisers nur mehr ein Schattendasein fristete. In Deutschland begann die eigentliche Revolution erst mit dem Matrosenaufstand in Kiel am 4. November, schlug dann aber ein so rasches Tempo ein, daß am 9. November der Kaiser bereits abgedankt und die ganze Regierung von den Sozialisten der beiden großen Fraktionen übernommen worden war. Österreich hatte es auch in den ersten Umsturzwochen nicht bis zur Bildung einer rein sozialistischen Regierung gebracht. Diese war vielmehr aus Vertretern aller Parteien, auch denen des Bürgertums, zusammengesetzt. Dennoch war hier wie dort das sozialistische Proletariat die alles beherrschende Macht, mochten auch die Formen der Herrschaftsausübung verschieden sein.

In Deutschland standen während des Umsturzes neben den Regierungen des Reiches und der Länder als mindestens gleichberechtigte, wenn nicht gar übergeordnete Körperschaften machtvolle Arbeiter- und Soldatenräte, während in Österreich eine ähnliche Einrichtung erst einige Wochen später und auch dann nur in sehr

abgeschwächter Form zur Wirksamkeit kam. Aber auch diese Verschiedenheit der Revolutionsmethoden bedeutete nicht allzuviel, denn tatsächlich war das österreichische Proletariat eine Zeitlang nicht minder im Besitz der Macht wie das deutsche.

Die Verschiedenheit begann erst mit der Ausübung der Macht selbst. In Deutschland war die Arbeiterbewegung uneins und zerklüftet. Die Folge war, daß die Herrschaftsausübung der regierenden proletarischen Parteien sich vielfach gegen die anderen Arbeiterparteien richtete, während hinwieder die Minderheitsparteien einen rücksichtslosen Kampf weniger gegen die Reaktion als gegen die in der Regierung befindlichen sozialistischen Parteien führten. Die Zerrissenheit des deutschen Proletariats ging so weit, daß sich die Vertreter der Unabhängigen Sozialistischen Partei, die sich im November und Dezember mit den Mehrheitssozialisten in die Regierung teilten, von ihren eigenen Parteigenossen die hartnäckigsten Angriffe gefallen lassen mußten.

Anders in Österreich. Das Proletariat trat einig und geschlossen in die Revolution ein. Es konnte seine ganze Kraft gegen die Reaktion richten, weil die sich erst nach dem Umsturz entwickelnde linksradikale Bewegung trotz des großen Lärms, den sie vollführte, zu wenig Anklang bei den Massen fand, um eine ernste Gefahr zu werden. Daß sie trotzdem sehr viel geschadet hat, wird in den folgenden Blättern noch gezeigt werden.

An dieser Stelle genügt es indes, die Hauptursache zu nennen, die den Verlauf der beiden Revolutionen bestimmte: während die Uneinigkeit das deutsche Proletariat lähmte, schuf die Einigkeit der österreichischen Arbeiterschaft einen für sie günstigeren Kampfboden. In der Militärpolitik der beiden Länder trat die Verschiedenheit der Machtausübung am klarsten und folgenschwersten zutage.

Als die Feldheere sich von der Front ins Hinterland ergossen, war es mein Hauptbestreben als militärischer Führer der Arbeiterschaft, eine möglichst rasche Abrüstung zu erzielen. In Deutschland verfuhr man umgekehrt. Die Mehrheitssozialisten rüsteten nicht ab, sondern bedienten sich der eintreffenden Feldregimenter in ihrem Kampfe gegen die Spartakisten, deren Bedeutung sie geradezu phantastisch überschätzten. Sie haben die Spartakisten beinahe für so wichtig genommen wie diese sich selbst — und das war wahrhaftig um schier hundert Grad zu viel. Durch die kindlichen Tyraden der Spartakisten verführt, von etlichen aufgebauschten dummen Putschstreichen geschreckt, setzten die Mehrheitssozialisten in ihrer Angst den alten Militarismus selbst wieder in den Sattel.

Die Militärpolitik der österreichischen Revolution ist hingegen nur zu verstehen, wenn als Leitziel unseres Handelns erkannt wird, daß wir die Gefahr der Reaktion für größer erachteten als die des Bolschewismus. Weil wir uns von diesem Leitziel weder durch den wütenden Kampf der Reaktionäre gegen uns noch durch die lächerlichen Kraftmeiereien der Überradikalen abbringen ließen, gelang es schließlich, beide im Zaume zu halten.

In der Nacht vom 2. zum 3. November versammelte sich in meinem Arbeitszimmer eine Anzahl Vertrauensmänner der früheren geheimen Militärorganisation und einige neugewonnene Offiziere und Unteroffiziere. Ich hielt an sie ungefähr folgende Ansprache:

Das Hauptziel der gegenwärtigen Revolution sei die Vernichtung des alten Militarismus. Dieses Ziel sei nicht zu erreichen, wenn man

nur abrüstet und im übrigen den Herrgott einen guten Mann sein lasse, sondern nur dann, wenn das Proletariat nunmehr selbst die Waffen ergreife. Irgendwer müsse auch Ordnung machen, sollte die Revolution nicht in der gegenwärtigen allgemeinen Anarchie ersticken. Entweder wir machten selbst Ordnung oder aber eine reaktionäre Ordnungstruppe würde dies gegen uns besorgen. Darum sollte eine vom alten Heer völlig losgelöste neue Wehrmacht gebildet werden, die Volkswehr.

In jeder Kaserne werde ein Werbebüro aufgeschlagen. Die heute bei mir versammelten Vertrauensmänner hätten als Werber zu fungieren.

Am kommenden Montag morgens müßten alle Kasernen Wiens von ihnen besetzt sein. Auf Namen lautende Vollmachten, Werbepapiere und was sonst gebraucht werde, liege bereit. Falls bei der Besetzung der Kasernen irgendwer, vielleicht aktive Offiziere, die sich wieder vorwagten, Widerstand leiste, dann sei der sofort und mit allen Mitteln zu brechen.

Der Staatsrat habe die Aufstellung der Volkswehr genehmigt, ein von ihm gezeichneter Werbeaufruf werde morgen in allen Zeitungen erscheinen, so daß die Aktion den vollen staatlichen Schutz genieße. —

Bei der nun folgenden, mit Namensaufruf vorgenommenen Einteilung ergab sich ein Zwischenfall. Alle Anwesenden nahmen ihre Einteilung an, bis auf zwei Reserveoffiziere. Sie schützten vor, prinzipielle Antimilitaristen zu sein, die deshalb bei der Aufstellung eines neuen Heeres nicht mittun könnten. Der eine, der bisher den Mehrheitssozialisten geistig nahestand, redete aber auch davon, daß er dem bürgerlichen Klassenstaat nicht dienen wolle und ließ erkennen, daß er mit einem Male völlig „radikal" geworden sei. Gerade bei ihm kam es uns aber so vor, als ob seine plötzlichen prinzipiellen Bedenken mehr oder weniger einer uneingestandenen persönlichen Angst vor den Folgen unseres Tuns entsprangen. Wir verfuhren infolgedessen nicht gerade höflich mit den beiden und baten sie, uns bei unserer Arbeit allein zu lassen...

Einige Tage später kam der weniger Kompromittierte von den beiden wieder zu mir und bat um nachträgliche Aufnahme, weil er sich seiner Haltung in jener Nachtsitzung schäme. Er hat in der Folge sehr brav mitgearbeitet. Der frühere Mehrheitssozialist verließ hingegen alsbald Wien. Ich hörte von ihm erst wieder, als ich seinen Namen (Viktor S t e r n) unter den — wie denn sonst — ultraradikalen Agitatoren der kommunistischen Arbeiter des deutschen Ruhrreviers nennen hörte!

Die Werbearbeit für die Volkswehr hatte in den ersten Tagen nur einen verhältnismäßig geringen Erfolg. In den ersten drei Tagen hatten sich in allen Kasernen Wiens nur insgesamt zweitausend taugliche Soldaten gemeldet. Das kam daher, daß die allgemeine Militärmüdigkeit gar zu groß war, dann auch daher, daß vorerst noch ein großer Arbeitermangel bestand und verhältnismäßig leicht eine lohnendere Arbeit zu finden war. Wie denn überhaupt in den ersten Wochen des Umsturzes jeder Soldat mit der Drohung, er werde seinen militärischen Dienst verlassen, seine Vorgesetzten am meisten zu treffen wußte, denn es war fürs erste kaum möglich, irgendeinen brauchbaren Ersatz aufzutreiben, ganz gleichgültig, ob es sich nun um einen Schreiber in einer Liquidierungskanzlei oder um einen Soldaten bei der Volkswehr handelte.

Um einen Anreiz zur freiwilligen Dienstleistung zu bieten, erhöhte ich das Taggeld für den Soldaten, der in der alten Armee nur einige Heller bezogen hatte, auf sechs Kronen. Flugs machte mir der liquidierende Kriegsminister diese Solderhöhung nach und bezahlte den Leuten, die beim Liquidierungsdienst blieben, den gleichen Lohn. Ich hatte vor ihm aber doch einige Tage Vorsprung voraus, vermochte auch eher eine dauernde Dienstleistung zu versprechen als die Liquidierung, die man damals noch als sehr kurzlebig erachtete, und zog auf diese Weise eine größere Anzahl Soldaten zur Volkswehr hinüber.

Anderseits machte auch das Staatsamt des Innern unserer Werbung Konkurrenz, indem es Werbestellen für eine im Anschluß an die Polizei zu errichtende Wiener Stadtschutzwache eröffnete, in denen Mannschaften zu den gleichen Bedingungen wie für die Volkswehr angeworben wurden. Zu dieser Werbung haben den Staatssekretär für Inneres, Dr. Mataja, in erster Linie politische Gründe bestimmt, vermeinte er doch, der von mir aufgestellten roten Volkswehr ein Gegengewicht gegenüberstellen zu müssen. Dieser Versuch ist freilich durch unsere Wachsamkeit gründlich danebengegangen. Wir gewannen in kurzer Zeit die neugeworbenen Stadtschutzleute zu ebenso verläßlichen Anhängern wie die Soldaten der Volkswehr.

Die Verläßlichkeit der Volkswehr war natürlich durch die Art ihrer Werbung noch lange nicht gewährleistet. Es mußten vielmehr ihre inneren Einrichtungen so gestaltet werden, daß die Reaktion sich der neugeschaffenen Truppenkörper nicht bemächtigen konnte. Vor allem mußte es unmöglich gemacht werden, daß die Offiziere in der Volkswehr etwa in ähnlicher Weise schalteten wie in der früheren kaiserlichen Armee. Als ein Gegengewicht gegen die Offiziere waren die Soldatenräte gedacht. Offiziell kam ihnen nur die Funktion einer Beschwerdekommission der Mannschaft zu, in Wirklichkeit waren sie aber monatelang in allen Kasernen die tatsächlich entscheidenden Männer. Das konnte auch gar nicht anders sein, denn die Mannschaft hatte zu den Offizieren nun einmal kein Vertrauen. Eine Gewaltanwendung wäre unmöglich gewesen, weil der Staat keine Machtmittel hiezu hatte oder sie sich nur in einem blutigen Kampfe gegen die Soldaten — und auch gegen die Arbeiterschaft — hätte schaffen können. So blieb gar nichts anderes übrig, als die Soldatenräte, zu denen die Mannschaft Vertrauen hatte, mit der Herstellung jenes Maßes von Disziplin und Ordnung zu betrauen, ohne die eine Wehrmacht nicht zu existieren vermag.

Wer objektiv den Gang der Ereignisse betrachtet, muß zugeben, daß die Soldatenräte diese Aufgabe tatsächlich gelöst haben, soweit eine Lösung eben in den Stürmen der Revolution überhaupt möglich war. Einsichtigere Offiziere, die an leitender Stelle mitgearbeitet haben, ebenso wie Politiker aus allen Lagern haben bestätigt, daß ohne die hingebungsvolle Arbeit der Soldatenräte keine Ordnung herzustellen gewesen wäre.

Als die Gefahren glücklich vorüber waren, haben freilich die bürgerlichen Parteien sofort mit ihrem Gezeter gegen die Soldatenräte angehoben. Das ist nicht weiter erstaunlich, denn die Soldatenräte waren ein Kind des Umsturzes und übten eine revolutionäre Funktion aus, die ihnen die bürgerlichen Parteien niemals verzeihen konnten. Die von den Soldatenräten gestützte Ordnung war ja nicht eine auf Gewaltanwendung aufgebaute, wie sie die bisher herrschenden Klassen gewohnt waren, sondern eine Ordnung der freien Demokratie,

die an die Einsicht und freiwillige Mitarbeit jedes Soldaten appellierte.

Für die Entwicklung der Revolution waren die Soldatenräte in Österreich von noch entscheidenderer Bedeutung wie in Deutschland, weil hier die Arbeiterräte erst beträchtlich später als dort zur Wirksamkeit kamen und deshalb die Soldatenräte in Österreich lange Monate allein die entschiedensten Träger des Revolutionswillens der Massen waren. Es war freilich nicht leicht, mit Hilfe der Soldatenräte zu regieren, denn sie bildeten notwendigerweise einen Fremdkörper in dem ansonsten ziemlich unverändert gebliebenen staatlichen Verwaltungsapparat. Reibungen wären deshalb auf alle Fälle erfolgt, auch dann, wenn nicht ein einziger Soldatenrat je einen Mißgriff gemacht hätte, weil eben seine ganze Stellung ihn mitunter zwang, zur Selbsthilfe zu greifen, wenn kein anderer Weg offen blieb. Aber es soll gar nicht geleugnet werden, daß da und dort auch Männer Soldatenräte wurden, die nicht immer die erforderliche Einsicht in die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse mitbrachten. Dadurch entstand manche unnötige Verwirrung. Aber was bedeutete das gegenüber dem großen historischen Verdienst, an der Festigung der Republik entscheidend mitgeholfen zu haben!

Während der Zeit der Aufstellung der Volkswehr bestand bereits ein Soldatenrat, nämlich der der nunmehr liquidierenden Formationen des alten Heeres, die in den ersten Umsturztagen Soldatenräte gewählt hatten. In ihm saßen neben den Soldatenräten der Mannschaft, die größtenteils Sozialdemokraten waren, eine Anzahl Soldatenräte der Offiziere mit gut bürgerlicher Gesinnung. Der Vorsitzende dieses Soldatenrates war ein ehemaliger Buchdrucker namens K u n z, ein braver Arbeiter und ausgezeichneter Verwalter, der nur den einen Fehler hatte, überaus empfindlich zu sein, weshalb mit ihm nicht immer leicht auszukommen war.

Der liquidierende Soldatenrat hatte sich anfangs große revolutionäre Ziele gesteckt. Er wollte, der Nationalversammlung gleichgestellt, an der Gesetzgebung mitwirken und in schier alle Zweige der Verwaltung souverän eingreifen. Da gab es dann endlose Auseinandersetzungen mit ihm und Belehrungen, mitunter auch ein dreinfahrendes Donnerwetter von meiner Seite. Je weiter indes die Demobilisierung der alten Armee fortschritt, desto geringer wurde die Macht, die hinter diesem Soldatenrat stand. Die Folge war, daß allmählich seine ursprünglichen revolutionären Ziele hinter eine Fülle von Interventionen und Bittgesuchen zurücktraten. Er wurde zu einer großen Rat- und Auskunftsstelle, insbesondere der Heimkehrer, zu der alles strömte, was irgend etwas von der alten kaiserlichen Militärverwaltung zu fordern hatte. Die Leistungen des liquidierenden Soldatenrates auf diesem Gebiet waren ganz hervorragende.

Nach der Überwindung der anfänglichen Schwierigkeiten war die Werbung für die Volkswehr nunmehr doch in Fluß gekommen. Wir konnten auf fünf- bis sechstausend Bewaffnete zählen; das war nicht viel, aber fürs erste genug, um den Gegnern von rechts und von links jede Aussicht zu nehmen, die neue Ordnung mit Gewalt zu stürzen. Freilich war die neue Truppe noch nicht genügend innerlich gekräftigt, um einen Kampf gegen starke Gegner wagen zu können, aber jenen militärischen Kräften, die ihr in Deutschösterreich hätten entgegentreten können, war sie immerhin überlegen.

Diese Tatsache bestimmte die innerpolitischen Machtverhältnisse der nächsten Monate entscheidend.

Von bürgerlicher Seite ist der Volkswehr immer wieder vorgeworfen worden, daß sie eine Parteigarde gewesen sei. Daran ist richtig, daß die Volkswehrmänner größtenteils Sozialdemokraten waren. Aber wenn das nicht der Fall gewesen wäre, dann hätte die Wehrmacht entweder weiter nach links oder — falls sie von Bürgerlichen beherrscht worden wäre — nach rechts abrücken müssen. In dem einen wie in dem anderen Fall wäre das Unglück gleich groß gewesen, wie das Beispiel anderer Länder, etwa das Deutschlands oder Ungarns, zur Genüge beweist. Am Beginn der Revolution war die Gefahr, daß die Wehrmacht nach links abschwenkte, größer. Damals hat die Tatsache, daß die Volkswehrmänner Sozialdemokraten waren, den sich bildenden Roten Garden den Wind aus den Segeln genommen. Wäre es anders gewesen, wären etwa die Wehrleute der Arbeiterschaft nur als Indifferente erschienen, dann hätten die Roten Garden leicht zur erklärten Sturmtruppe der Revolution werden können. Die Folgen wären unabsehbare gewesen. Eine friedliche Entwirrung, wie sie Deutschösterreich im Gegensatz zu allen anderen besiegten Ländern erreichte, würde nicht mehr zu erzielen gewesen sein. Gerade dem Umstand, daß die Volkswehrmänner Sozialdemokraten waren, getragen vom Vertrauen der breiten Massen der Arbeiterschaft, verdankt die Republik unendlich viel. Es hätte keine sogenannte unpolitische Wehrmacht — die es ja übrigens niemals gegeben hat — dem Staate mehr nützen können, als die vornehmlich aus Sozialdemokraten gebildete Volkswehr.

Man muß sich die militärischen Möglichkeiten der Umsturztage ungeschminkt vergegenwärtigen, um zu erkennen, welche Bedeutung der in der Volkswehr lebende revolutionäre Geist für die Entwicklung der Republik wie schließlich auch für die Entwicklung der Wehrmacht selbst hatte.

Das Ende der alten österreichischen Armee war auch das Ende jener blinden Unterordnung gewesen, die den Soldaten des Kaisers mit brutaler Gewalt aufgezwungen war. Die Erregung der Menschen in den Umsturztagen ließ es als ganz ausgeschlossen erscheinen, die Disziplin in der früheren militärischen Weise wiederherstellen zu können. Jeder solche Versuch hätte in einem Blutbad enden müssen. Die neue Armee mußte ihre Disziplin auf grundsätzlich andere Weise aufzubauen versuchen. Mit den bisherigen Mitteln des Zwanges war nichts mehr zu richten. Anderseits war aber auch der bloße Appell an die Einsicht der Soldaten ziemlich wirkungslos, weil sie noch viel zu erregt waren, um allein durch Zureden auf die Bahn besonnener Diensterfüllung gebracht zu werden. Es mußte ein Weg zum Herzen der Soldaten gefunden werden, der eindrucksvoller war als der bloße Hinweis auf die Notwendigkeit einer militärischen Disziplin. Dieser Weg war der Appell an die proletarische Solidarität und an das revolutionäre Gewissen. Wir mußten die Soldaten als Arbeiter erfassen. Nur dann waren sie gewillt und fähig, sich neuerdings einem Waffendienst, dem die meisten innerlich widerstrebten, zu unterziehen.

Es gab nur zwei Wege: entweder die Armee wurde in der althergebrachten obrigkeitlichen Weise aufgebaut und ihre Angehörigen mit dem Gedanken reaktionärer Ordnungsmacherei erfüllt, oder aber die Wehrmänner erfaßten die Idee revolutionären Fortschritts und schlossen sich geistig der organisierten Arbeiterschaft an. Ein drittes war zur Zeit der Revolution unmöglich.

Daß wir nicht den reaktionären, sondern den revolutionären Weg wählten, war selbstverständlich. Wir wandten uns mit allem Vorbedacht an die revolutionären Instinkte der Massen. Unsere Werbearbeit

richtete sich unmittelbar an die sozialdemokratischen Arbeiter und forderte sie auf, sich im Interesse der proletarischen Sache der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen.

Es kamen freilich nicht nur sozialdemokratische, sondern auch kommunistische Arbeiter. Diesem Umstand mußte in unserem weiteren Verhalten Rechnung getragen werden. Sollte die Volkswehr, trotzdem ihre Angehörigen sich zu zwei einander bekämpfenden Parteien bekannten, ein militärisch brauchbarer Apparat sein, dann durfte der Richtungsstreit der Wehrmänner die militärische Einheitlichkeit der Formation nicht stören. Deshalb stellten wir die proletarische Idee an sich, losgelöst von jeder Parteischattierung, an die Spitze. Wir bemühten uns, in der Wehrmannschaft eine proletarische Einheitsfront aufrechtzuerhalten, was auch in einem weitgehenden Maße gelang. Natürlich kamen in den politisch so leidenschaftlich erregten Zeiten immer wieder Störungen vor, aber sie gingen nur in ganz wenigen Fällen, die ich in späteren Kapiteln ausführlich schildern werde, so weit, die militärische Einheitlichkeit der Volkswehr zu beeinträchtigen.

Äußerlich war die Einheitsfront der Wehrmannschaft dadurch gekennzeichnet, daß sie sich politisch hinter den Wiener Arbeiterrat stellte, auf dessen Boden ja beide proletarischen Parteien wirkten. Daß die Sozialdemokraten sowohl im Arbeiterrat als auch in der Wehrmannschaft über eine sichere Mehrheit verfügten, erleichterte uns natürlich dieses Verhalten. Die Sozialdemokraten der Volkswehr konnten mit ihren Parteigenossen im Arbeiterrat kooperieren und sich damit gegenseitig vor kommunistischen Kinderstreichen sichern. Formell folgte die Wehrmannschaft in politischer Beziehung dem Arbeiterrat, was praktisch freilich bedeutete, daß die Sozialdemokratie führte.

Unter der Autorität des Arbeiterrates, den die Sozialdemokraten wie die Kommunisten gleichermaßen respektierten, wurde die Disziplin in der Volkswehr aufrechterhalten. Es war eine revolutionäre Disziplin, denn die Volkswehr war eine revolutionäre Truppe, die von dem Gedanken zusammengehalten wurde, im Kampf gegen die Reaktion einig zu sein und kraft dieser Überzeugung die notwendige militärische Ordnung in der Truppe aufrechthielt.

Der revolutionäre Geist, der in der Volkswehr lebte, verhütete eine der größten Gefahren, die Söldnerarmeen bedrohten: das Prätorianertum. Mit den „kleinen Napoleons“, jenen Leuten, die die Volkswehr als Fußschemel persönlichen Machtstrebens gebrauchen wollten, sind wir fertig geworden, weil die Mannschaft von Woche zu Woche mehr mit dem Gedanken erfüllt wurde, nur ein Teil des arbeitenden Volkes zu sein, dessen Willen es gegen jedermann zu erfüllen galt.

Aber noch eine andere Gefahr wurde vermieden: das Versinken in jenen typischen Söldnergeist, der nur auf persönliche wirtschaftliche Vorteile bedacht ist. Es ist bezeichnend, daß die soviel verlästerte Volkswehr trotz der geradezu trostlosen wirtschaftlichen Lage, in der sich jeder einzelne ihrer Angehörigen befand, niemals eine Lohnbewegung inszeniert hat. Es haben im Laufe meiner zweijährigen Amtsführung alle möglichen Kategorien von Arbeitern, Beamten und auch Offizieren ihre wirtschaftlichen Forderungen mit Gewalt, durch Massendemonstrationen oder im Streik, durchzusetzen versucht. Aber nicht ein einziges Mal hat die Volkswehr zu einem Mittel der Gewalt zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage gegriffen, obwohl ihr wahrlich mehr Machtmittel zur Verfügung standen als irgendeiner anderen Gruppe von Staatsangestellten. Die Volkswehrmänner fühlten sich eben nicht als Söldner,

die sich dem Staate möglichst teuer verkauften, sondern als Arbeiter, die mit ihrem Waffendienst eine proletarische Pflicht erfüllten.

Weil dem so war, vermochten auch dunkle Existenzen, denen es in den Umsturztagen gelungen war, in der Volkswehr Aufnahme zu finden, sich nicht durchzusetzen. In der ersten Zeit, als es galt, so rasch als möglich eine Truppe aufzustellen, konnten wir unter den sich Anmeldenden nicht lange aussuchen. Da hieß es zugreifen! Es war deshalb möglich, daß nicht allein Abenteurer und durch den Krieg verwilderte, der Friedensarbeit entwöhnte Soldaten sich in der Volkswehr zusammenfanden, sondern daß auch manche ganz unzweideutig verbrecherische Elemente Eingang fanden.

Ihre Überwindung gelang, weil die Volkswehr mit einer großen Idee erfüllt wurde, die sie befähigte, das Verbrechertum aus eigener Kraft auszumerzen. Eine sogenannte unpolitische Armee wäre nichts anderes geworden als eine Zusammenfassung aller desparaten Elemente der desparaten bürgerlichen Gesellschaft. Die von der Sozialdemokratie beherrschte revolutionäre Volkswehr verwandelte die Parteitreue zu militärischer Disziplin. Und das war die Rettung der demokratischen Republik.

Als die ersten Abteilungen der Volkswehr aufgestellt waren, ließ ich die Soldatenratswahlen durchführen. Sie ergaben die Wahl von Sozialdemokraten, was eine weitere Sicherung gegen reaktionäre Umtriebe wie gegen linksradikale Putschistenstreiche bedeutete. Nun hieß es, alle Kräfte der Konsolidierung der neugebildeten Wehrmacht zuzuwenden. Eine schier nicht zu bewältigende Arbeit war da zu leisten, wenn man bedenkt, daß nur verhältnismäßig wenig Offiziere geneigt waren, bei der Volkswehr Dienst zu tun. Es schien ihnen zum Teil die Republik noch zu wenig gefestigt, als daß sie sich nicht auch noch den Weg zurück zum alten System offengehalten hätten. Anderseits besaßen die Soldatenräte selbstredend viel zu wenig militärische Fachkenntnisse, um allein wirtschaften zu können. Bei allem guten Willen, den sie bekundeten, und trotz der oft verblüffend starken Talente, die sich unter ihnen befanden, war ohne Mitarbeit tüchtiger Offiziere — wenn dieselben vorerst auch politisch unter der Kontrolle der Soldatenräte stehen mußten — nicht weiterzukommen. In der Tat fand sich schließlich eine Anzahl Offiziere — es waren sachlich die besten, die es in der alten Armee gab — die, unbekümmert um allen Parteienkampf, daran mitarbeiteten, die Volkswehr aufzubauen. Von den Bekannteren nenne ich nur den ersten niederösterreichischen Landesbefehlshaber General Werz, dann seinen Nachfolger, den Maria-Theresienritter Oberst Haas und seinen Stellvertreter Oberst Wächter, gleichfalls ein Mariatheresienritter. Nicht zu vergessen der Männer, wie Hauptmann Latscher und Major Holinka, die in der täglichen Kleinarbeit Tüchtiges leisteten.

Im Staatsamt selbst wirkten schon von Anfang an der Oberst Pflug, ein bewährter Artillerist, dann etwas später die Obersten Körner, Schneller und Schneider. In meiner Adjutantur waren ebenfalls ganz außerordentlich tüchtige Offiziere, und zwar Major Kutschera, Oberleutnant Steiner, Oberleutnant Hellmer und Oberleutnant Hanisch.

Sie alle zog zur neuen, ihnen so ungewohnten Arbeit nichts anderes denn die Überzeugung, daß es jetzt vor allem gelte, den Bürgerkrieg zu verhindern und eine neue Ordnung aufzurichten. Das war die Parole, unter der sie meinem Rufe folgten und auch in schwerer Zeit bei mir aushielten — trotz allen Krakeels, der sich rechts und links um uns erhob.

Eine Einrichtung von größtem Wert entstand damals unter dem Namen „Zivilkommissariat". Sie verdankt einer Anregung von Hugo Schulz das Entstehen. Schulz schlug vor, daß zur Kontrolle des ganzen militärischen Apparats Vertreter der drei großen politischen Parteien in das Staatsamt für Heerwesen gesetzt werden sollten. Ihr Wirken müßte einerseits dahin zielen, Ausschreitungen des militärischen Geistes hintanzuhalten und anderseits, das Vertrauen der zivilen Bevölkerung zur Wehrmacht zu heben. Im Anfang war das Zivilkommissariat, dem Gebot der Stunde folgend, freilich noch etwas anderes. Es war die Vertretung der Soldaten in vielen kleinen Beschwerdesachen und später, als die Soldatenräte diese Funktion übernommen hatten, eine Art Schiedsgericht in allen den hundertfältigen Streitigkeiten des Kasernenlebens zwischen Mannschaft und Offizierskorps. Das Zivilkommissariat hat sich ausgezeichnet bewährt, nicht zum mindesten deshalb, weil tatkräftige Männer an seiner Spitze standen. Die Sozialdemokraten Schulz und Smitka hatten die Führung. Von den anderen Zivilkommissären, die sich zu behaupten wußten, wären der Deutschnationale Keil und der Christlichsoziale Kirchlehner zu nennen. Daß sie in ihrer Wirksamkeit hinter den Sozialdemokraten zurückstehen mußten, findet in dem Umstand, daß in revolutionären Zeitläuften nicht konservative Politiker einen großen Einfluß haben können, eine hinreichende Erklärung.

6. Gegen weiße und rote Garden!

Um der allgemeinen Unsicherheit der ersten Umsturztage zu steuern und insbesondere, um den von der Front zurückströmenden Soldaten nicht ganz wehrlos gegenüberzustehen, bildeten sich allerorten Selbstschutzorganisationen. Das Staatsamt für Heerwesen verteilte an diese Organisationen Gewehre und Munition. Man ging dabei gutgläubig von der Überzeugung aus, daß auf diese Weise die Waffen dem zu erwartenden Zugriff der Entente entzogen würden. Da an diesen Wehren anfangs alle Klassen des Volkes teilnahmen, erschienen sie auch als der Auftakt zu einer Volksmiliz, die die Sozialdemokratie ja immer gefordert hatte. Leider nahm die Entwicklung der Wehren einen ganz anderen als den erwarteten Verlauf. Die Arbeiterschaft, noch völlig befangen von der Abneigung gegen jede militärische Betätigung, zog sich schon nach den ersten Revolutionswochen aus den Wehren zurück oder ließ sich von ihren Klassengegnern, die frei von jeder Art pazifistischer Schwärmerei waren, ohne viel Widerstand hinausdrängen.

Auf dem Lande wurden die Wehren bald völlig von den Bauern beherrscht, während sie in den Städten entweder ganz verschwanden oder unter die Führerschaft des Bürgertums, der Studenten und Offiziere gerieten.

Ich hielt und halte auch heute noch die Bewaffnung der Bauern für die Revolution weit weniger gefährlich als die Bewaffnung der bürgerlichen Klassen in den Städten. Der Bauer ist schwer in Bewegung zu setzen und zu einem offensiven Vorgehen gegen die Städte mit ihren starken Verteidigungsmöglichkeiten kaum in der hiezu nötigen Zahl zu gewinnen. Seine Bewaffnung bedroht weniger die republikanische Verfassung als die staatliche Verwaltung, die allmählich durch den bäuerlichen Widerstand völlig anarchisiert wird.

Anders die Wehrorganisationen der bürgerlichen Jugend. Sie sind eine ernstere Gefahr für die Republik. Nicht allein wegen ihrer

höheren militärischen Schlagfertigkeit, sondern auch weil sie fast durchwegs von unreifer, aber um so selbstbewußterer Jugend und von politischen Wirrköpfen beherrscht sind. Einige Narren können aber in unserer unruhigen Zeit leicht ein unsägliches Unglück anrichten, gar wenn sie im Besitze von Gewehren und Maschinengewehren sind.

Vom ersten Tage meiner Regierungstätigkeit an führte ich einen zähen Kampf gegen jede Bewaffnung der bürgerlichen Jugend, und als sich der Klassencharakter der Heimatwehren auf dem Lande herausgestellt hatte — was schon in der zweiten Novemberhälfte der Fall war — auch gegen diese.

Nun begann ein leidenschaftliches Ringen um jedes Gewehr und jede Patrone. Auf allen möglichen Schleichwegen versuchte man, Waffen aus den militärischen Magazinen herauszulocken. Am größten war der Ansturm auf das Wiener Arsenal. Ich gab den Befehl, daß aus dem Arsenal ohne meine handschriftliche Fertigung keine Waffe herausgegeben werden dürfe, werde sie von wem immer angefordert. Nicht einmal Volkswehrformationen erhielten ohne meine persönliche Anweisung selbst nur einen einzigen Revolver, damit auch jede etwa auf diese Weise versuchte Durchstecherei vermieden werde. Zur Überwachung der Waffengebarung im Arsenal setzte ich als Kommissär einen eigenen Vertrauensmann ein, einen tatkräftigen Feuerwerker eines Wiener Artillerieregimentes (Leo F i s c h e r), der mir direkt, ohne jede Zwischeninstanz unterstand.

Täglich kamen Deputationen von Studenten und Turnvereinen, von Reserveoffizieren, aktiven Offizieren und Unteroffizieren, die sich zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zur Verfügung stellten. Ich sagte den Herren sehr höflich, daß ich für die Ruhe und Ordnung schon selbst sorgen werde und deshalb für ihr Anerbieten danken müsse. Damit waren sie natürlich gar nicht einverstanden und drängten immer wieder auf die Ausfolgung von Waffen.

Die Studenten und Offiziere steckten sich hinter einflußreiche Politiker, die mich bestürmten, nachzugeben, wobei immer wieder versichert wurde, daß doch niemand an eine Reaktion denke, sondern im Gegenteil die bürgerliche Jugend lediglich den Wunsch habe, dem neuen System zu dienen. Ich bedachte, daß dieser Diensteifer für die Republik möglicherweise in etlichen Wochen weniger heiß sein werde und lehnte nach wie vor ab.

Dabei ereigneten sich mitunter merkwürdige Zwischenfälle. So kam einmal eine Deputation jüdischer Reserveoffiziere und Studenten mit der Bitte um Waffen zur Bildung einer jüdischen Legion zu mir. Ich lehnte ab. Einige Tage später erstand die jüdische Legion aber doch, und zwar im Rahmen der Wiener Stadtschutzwache. Der christlichsoziale Staatssekretär Dr. M a t a j a hatte sich der bürgerlichen Juden angenommen und ihrem Wunsche in seinem Wirkungskreis willfahrt.

Ein anderesmal bemühte sich der ehemalige Ministerpräsident Wladimir B e c k um die Aufstellung einer eigenen Villenwache in der Hietzinger Cottage. Auch er setzte ihre Aufstellung im Rahmen der Polizei durch, hatte aber trotzdem wenig Glück mit seiner Gründung, denn Volkswehrleute, die in der Villenwache eine reaktionäre Garde erblickten, entwaffneten sie.

Auch Verteidigungsformationen, die während des Krieges entstanden waren, wurden nun zu bürgerlicher Gardenbildung benützt. Das Wiener Bürger-Scharfschützenkorps und das Deutschmeister-Schützenkorps veranstalteten sogar eine eigene Werbung. Sie sicherten

den in das Korps eintretenden Freiwilligen die gleiche Löhnung wie den Volkswehrmännern zu. Von zwei Zentralwerbebüros und fünfzehn Werbebüros aus betrieb das Stadtkommando Wien der bürgerlichen Korps die Werbung. Aber trotz aller Anstrengungen des Bürgertums mißlang auch diese Gründung.

Kein Tag verging, an dem ich nicht wegen der Gründung von Garden irgendwelcher Art unterhandeln mußte. Es ging dabei oft sehr stürmisch zu, weil die Proponenten der Garden kein Mittel unversucht ließen, um zu ihrem Ziele zu gelangen. Ich gab ihnen aber keine Waffen und ließ auch jedes Waffenlager, das mir angezeigt wurde, rücksichtslos ausheben, mochten die Reaktionäre aller Kaliber darob schreien, wie sie wollten. Gleichgültig, ob Waffen in einer Kadettenschule lagen oder in irgendeinem Studentenverein, es mußte jedes Gewehr herausgegeben werden, sonst marschierte die Volkswehr auf und holte sie.

Mit den weißen Garden und jenen, die dazu werden konnten, sind wir auf diese Art fertig geworden. Nun galt es aber auch, sich gegen die roten Garden zu wenden, gegen die, wenigstens im Augenblick, viel schwerer aufzukommen war als gegen die weißen. Die Situation war folgende: Die weißen Garden waren eine Gefahr der Zukunft. Wurden sie gleich am Beginn der Revolution erledigt, dann hatte man für die Zeit der Rückschläge vorgebaut, die jeder Revolution beschieden sind. Den weißen Garden konnte nur am Beginn der Revolution mit Aussicht auf Erfolg entgegengewirkt werden, in der Zeit, in der die Reaktion noch schwach, dagegen die revolutionäre Stimmung allgemein war. Versäumte man die richtige Zeit, dann wurde es fraglich, ob man später noch die Kraft haben würde, die weißen Garden zu unterdrücken.

Anders die roten Garden. Sie waren keine Gefahr der Zukunft, sondern eine sehr aktuelle Bedrohung der demokratischen Gegenwart. Beherrscht von unklaren revolutionären Vorstellungen, von kommunistischen Illusionen, die nach einer Diktatur des Proletariats drängten, schienen sie fähig, den Bürgerkrieg zu entzünden. Am Beginn der Revolution war der Zulauf zu den roten Garden verhältnismäßig groß, ihr Einfluß auf die Stimmung der Revolutionäre noch viel größer. Gerade deshalb wäre aber ein blindes Losgehen gegen sie erst recht von übel gewesen. Zielführender war es, die Entwicklung ihres Verfalles reifen zu lassen, wenn das auch erheblichere Ansprüche an die Geduld stellte. Aber dieser langsamere Weg war der sicherere. Zeit gewonnen war in diesem Falle wirklich alles gewonnen.

Auf dem Deutschmeisterplatz hatten sich in den ersten Revolutionstagen einige hundert Soldaten versammelt, teils bewaffnet, die sich als Rote Garde erklärten. Mit Gewalt gegen sie vorzugehen, wäre der Revolution zum Verhängnis geworden. Es hätte Arbeiterblut fließen müssen, der Radikalismus breiter Schichten wäre turmhoch emporgeschnellt und hätte vielleicht sogar die bis dahin einige und geschlossene Sozialdemokratie gesprengt. Die auf diese Art entstandenen sozialistischen Parteien hätten sich in wildem Bruderkampf gegenseitig zerfleischt, zur Freude der nun erstarkenden Reaktion. Das durfte nicht sein.

Wohl trieb die Rote Garde allerlei Unfug. Sie beschlagnahmte Automobile, sie nahm eigenmächtig Verhaftungen vor, ihre Führer hielten recht wilde Reden und ließen ebenso wilde Flugblätter auf allen Straßen verteilen. Die besitzenden Kreise wurden schrecklich nervös. Ganz Wien, soweit es Geld hatte, erwartete von der Roten Garde Tag

für Tag die fürchterlichsten Dinge. Und die bürgerlichen Zeitungen mit ihrem kindischen, übertreibenden Geschrei vermehrten noch die Angst, die sich nun täglich nach dem „Ordnung" stiftenden Diktator heiser rief. Aber die Angstgefühle der Besitzenden schienen mir doch kein Grund zu sein, gleich Gewalt gegen die Rotgardisten anzuwenden und nicht in Ruhe mit ihnen zu verhandeln. Lieber reden mit den Menschen, so dachte ich mir, auch wenn sie noch so feindlich tun, als auf sie schießen.

Schon am zweiten oder dritten Tag meiner Amtstätigkeit hatte ich die erste Auseinandersetzung mit Anhängern der roten Garde. Es war eine stürmische Kundgebung der Rotgardisten vor dem Staatsamt. Dann stürmte ein Dutzend wildaussehender, abenteuerlich bewaffneter Leute in mein Arbeitszimmer, an ihrer Spitze der Infanterist Rothziegel, den ich als einen ehrlichen Phantasten und glühenden Revolutionär kannte. Die Rotgardisten mit den aufgepflanzten Bajonetten und den drohenden Gebärden ergaben ein Bild wie aus Frankreichs malerischesten Revolutionstagen, Es wäre falsch gewesen, sie allzu tragisch zu nehmen. Ich wandte mich mit leichtem Spott an Rothziegel, der erst vor kurzem aus dem Gefängnis befreit worden war, in das ihn der Jännerstreik gebracht hatte, und sagte:

„Das muß aber peinlich für einen Revolutionär wie Sie sein, wenn er seine Freiheit diesen Wassersuppen-Sozialisten verdankt, wie zum Beispiel ich einer bin."

Die Rotgardisten schmunzelten. Rothziegel, der im Grunde seines Herzens ein gutmütiger Mensch war, blieb einen Augenblick verlegen, dann aber hub er wieder zu schreien an:

„Die Rote Garde braucht Waffen, die Rote Garde wird sich alles, was sie braucht, mit Gewalt holen." Dabei deutete er mit großer Gebärde auf die unter meinem Fenster aufgestellte Mannschaft.

„Deshalb brauchen Sie aber mit mir nicht so zu schreien", erwiderte ich. „Darüber kann man doch auch in Ruhe reden. Wollen Sie nicht Platz nehmen?" lud ich, so liebenswürdig wie möglich, ein.

Sie setzten sich, und nun machte ich ihnen klar, daß ich eine selbständige Rote Garde nie bewaffnen könne noch werde. Wenn ihre Anhänger aber in die Volkswehr eintreten wollten, so würden sie, sofern sie tauglich seien, gewiß aufgenommen werden. Sie dienten damit der Revolution mehr, als wenn sie eine Sonderbündelei versuchten, die doch sofort zum blutigen Bruderkampf führen müsse.

Das sahen sie ein, wenigstens die meisten, während einige Wildlinge weiterkrakeelten. Ich meinte daraufhin, sie brauchten mir ja nicht sofort ihre Antwort zu sagen. Sie sollten sich mit ihren Kameraden beraten und morgen wiederkommen. Damit waren alle einverstanden. Auf der Straße wurden noch einige Reden gehalten und dann marschierte die ganze Abteilung über den Ring weiter.

Wenn ich keine Gewalt anwenden wollte — und sie anzuwenden, verbot mir mein proletarisches Gewissen — dann durfte kein organisatorisches Mittel unversucht bleiben, um die Rotgardisten von ihrer Sonderbündelei abzubringen. Hatte ich sie einmal in die Volkswehr eingegliedert, der Befehlsgewalt unterworfen, dann würden sich schon Mittel und Wege finden, sie ihrer Gefährlichkeit zu berauben.

Am nächsten Tage brachte mir Rothziegel die Antwort: Die Rotgardisten erklärten, sich bei der Volkswehr anwerben zu lassen, und zwar würden die meisten in die Stiftskaserne gehen, damit sie beisammen blieben. Ich hatte nichts dagegen, denn das Wichtigste

schien mir vorerst, die Leute von der Straße wegzubringen, wo sie, wenn sie weiter blieben, über kurz oder lang ein Unglück anrichten mußten.

Die Aufnahme der Rotgardisten in die Volkswehr hat die bürgerlichen Parteien sehr erbost. In der nächsten Staatsratssitzung interpellierte mich der christlichsoziale Abgeordnete Baechlé und forderte die Entwaffnung der Roten Garde. Ich klärte den Staatsrat ungeschminkt über die Situation auf und bat ihn, zu entscheiden, ob er einen Waffengang mitten in der Stadt wolle, für dessen Ausgang freilich niemand eine Garantie übernehmen könne, zumal es leicht möglich sei, daß in einem solchen Kampfe die Rote Garde nicht allein bliebe. Der Kampf müßte mit allen Mitteln moderner Kriegstechnik, mit Minenwerfern und Geschützen geführt werden. Es möge sich jedes Mitglied des Staatsrates selbst ausmalen, wie nach einem solchen Kampfe die Mariahilferstraße aussehen würde, und auch bedenken, daß die Arbeiterschaft die Belastungsprobe einer blutigen Niederwerfung von Revolutionären, als die ihnen die Rotgardisten erschienen, nicht aushalten könnte, ohne für sie Partei zu ergreifen. Ließe mich aber der Staatsrat gewähren, so übernähme ich jede Garantie für eine wenn auch länger dauernde, so doch friedliche Entwirrung im Geiste der Demokratie.

Der Staatsrat gab sich schließlich zufrieden.

In der Roten Garde hatte sich inzwischen so ziemlich alles gesammelt, was es zur Zeit an unruhiger Phantasterei und revolutionärem Köhlerglauben in Wien gab. Ihr Haupt war der Prager Schriftsteller Egon Erwin Kisch, ein nervöser Literat, dem die Rote Garde ein malerischer Hintergrund eigenen Heldentums zu werden versprach. Als Offiziere wirkten der aktive Oberleutnant Waller, ein politischer Kindskopf erster Güte, aber ein brauchbarer Soldat, der Reservehauptmann Dr. Ermers, ein sympathischer Bohemien, ohne jede Beziehung zu den realen Tatsachen des Lebens, und einige junge Leutnants, die alle gleichermaßen begeistert wie sorglos unverständig waren.

Die Mannschaft bestand zum größten Teil aus Leuten von blindem Radikalismus, Draufgängern ohne jede Überlegung, dann aber auch aus Sozialdemokraten, die ich rasch in die Rote Garde dirigiert hatte, um durch eine Anzahl verläßlicher Leute die anderen Rotgardisten möglichst in Schach zu halten. Leider blieben diese beiden Gruppen nicht allein. Es wußte sich auch lichtscheues Gesindel aller Art, sogar abgestrafte Verbrecher, einzuschleichen, die vermeinten, die Rote Garde zu neuen Taten auf ihrem sehr privaten Tätigkeitsgebiete benützen zu können.

Der Roten Garde war der Umsturz zu unblutig verlaufen. Vergeblich war mein Bemühen, ihr beizubringen, daß auch in der Revolution das weise Philosophenwort gelte: „Was du mit Klugheit kannst besorgen, versuche nicht mit Heldenmut.“ Die Rote Garde wollte partout ihre richtiggehende Revolution haben, mit Straßenkämpfen und allem, was sonst dazu gehört. Weil den Rotgardisten aber in Wien niemand den Gefallen tat, sich ihnen zu einer kleinen Straßenschlacht zu stellen, gingen sie auf die Suche nach dem Feinde. Sie jagten wieder Automobilen nach — das war der beliebteste Sport — oder sie requirierten ihre Fassungsartikel, weil ihnen offenbar der Dienstweg, auf dem ihnen die Sachen ohnedies gegeben wurden, zu langweilig, zu revolutionslos dünkte. Kurzum, sie brachten Leben und Abwechslung in die Revolution.

Das Bürgertum geriet immer mehr in eine Heidenangst. Es fing an, die ganze Volkswehr für eine Rote Garde zu halten und zitterte...

Von dem Betätigungsdrang der Roten Garde bekam ich am 11. November, dem Vorabend der Ausrufung der Republik, eine nervenanspannende Probe. Seitdem der Kaiser Wilhelm am 9. November abgedankt hatte, war es klar geworden, daß ihm der Kaiser Karl unweigerlich werde folgen müssen. Auch die christlichsoziale Partei konnte sich dem Drucke der Tatsachen nicht mehr verschließen und mußte sich, wollte sie nicht unter die Räder kommen, mit der Proklamierung der Republik abfinden. Diese sollte am 12. November in feierlicher Weise erfolgen.

Tags vorher — die Stadt war in größter Aufregung — kam eine Abordnung der Roten Garde in wilder Hast zu mir und verlangte unter Drohungen einen von mir gezeichneten Befehl zur Besetzung Schönbrunns, wo sich der Kaiser mit seiner Familie befand. Ich weigerte mich, weil ich wohl wußte, daß in dem Augenblick, in dem die Rote Garde in Schönbrunn eingezogen sei, der Kaiser ihr Gefangener gewesen wäre. Was dann geschah, vermochte niemand vorauszusehen. Hätte die Rote Garde den Kaiser in ihre Gewalt gebracht, dann hätte die Republik, die für die persönliche Sicherheit des bisherigen Herrschers verantwortlich war, leicht in eine Abhängigkeit zur Roten Garde geraten können.

Wir kamen in einen heftigen Disput. Als mich die Rotgardisten in der Frage der Besetzung Schönbrunns unnachgiebig fanden, wollten sie die Hofburg „übernehmen". Ich weigerte mich, auch diese Bewilligung zu geben. Die Rotgardisten erklärten daraufhin, ohne meine Einwilligung nach Schönbrunn marschieren zu wollen, selbst auf die Gefahr, auf dem Wege dorthin auf ihnen entgegengestellte Truppenteile zu stoßen, was ich angedroht hatte.

Wir konnten zu keiner Einigung kommen. Aus der Stiftskaserne telephonierte man inzwischen, daß die Mannschaft der Roten Garde sehr aufgeregt sei und unbedingt nach Schönbrunn oder wenigstens zur Hofburg marschieren wolle. Was tun?

Da fiel mir im letzten Augenblick eine List ein, eine, wie ich glaube, erlaubte Kriegslist.

Ich sagte wegwerfend: „Was soll denn überhaupt mit der Besetzung Schönbrunns bezweckt werden? Der Kaiser ist doch schon erledigt. Da ist nicht mehr viel Ehre aufzuheben. Die wirkliche Reaktion hat dort ihren Sitz, wo noch die alten Offiziere sitzen, im Militärkommando."

Die Rotgardisten horchten auf. Noch sträubten sie sich eine Weile, aber schließlich verlockte sie die Aussicht auf den Kampf mit dem Militärkommando. Seine Besetzung wurde mit aller Theatralik ins Werk gesetzt, über die Egon Erwin Kisch verfügte: Umzingelung, Eindringen mit gefälltem Bajonett, Aufziehen roter Fahnen, Besetzung der Telephonzellen, strengste Bewachung der Kassen, Verhinderung der Offiziere, das Haus zu verlassen, und was dergleichen unumgängliche Heldenromantik mehr ist.

Nachdem der Ablenkungsplan auf diese Weise glücklich gelungen war, mußte man aber jetzt daran denken, die Rotgardisten wieder nach Hause zu bringen. Zu diesem Zweck wollte ich selbst nach dem Rechten sehen. Nachmittags um 4 Uhr „inspizierte" ich die Besetzung. Mein

Wagen fuhr in der Liebiggasse vor. Die Rote Garde — vom Staatsamt aus von der „Inspizierung" in Kenntnis gesetzt — war bereits vor dem Hause des Militärkommandos in breiter Front aufgestellt. Kisch kommandierte die Ehrenbezeigung. Dann hielt er eine Rede an mich, in der er ausführte, daß sich am heutigen Tage gezeigt habe, daß allein die Rote Garde imstande sei, der Reaktion die Stirn zu bieten. Hoffentlich werde das nun endlich auch von jenen eingesehen, die die Rote Garde bisher unterschätzt haben...

Ich hielt auch eine Rede, ging dann ins Gebäude hinein und ließ mir die aufgestellten Posten zeigen. Ich sah zu meinem Schrecken, daß Kisch in der Hauseinfahrt Maschinengewehre mit bereits eingelegten Gurten drohend aufgestellt hatte, und konnte hingegen mit Befriedigung feststellen, daß sich auf der Straße Menschen ansammelten, die in wienerischer Gemütlichkeit ebenso erstaunt wie neugierig diese kriegerischen Vorgänge besprachen. Da dankte ich denn der Roten Garde für ihre heute bewiesene Bravour und gab ihr — da der Zweck der Besetzung erfüllt sei — den Auftrag, nunmehr nach Hause zu marschieren. Das tat sie und somit war für diesen Tag das Gleichgewicht der Kräfte wiederhergestellt.

Der Oberleutnant Kisch, seiner mehr literarischen denn kriegerischen Vergangenheit getreu, ließ es sich nicht entgehen, seinen „Sieg" noch am selben Abend stolz einem Interviewer des bürgerlichen „8-Uhr-Abendblattes" in aller Ausführlichkeit und mit der nötigen Heldenpose zu verkünden.

Der Militärkommandant, General Kirchbach, ärgerte sich über den Zeitungsartikel mehr wie über die Besetzung des Gebäudes, die er offenbar richtig einschätzte, denn er schrieb mir am nächsten Tag einen Brief, in dem er der Besetzung gar nicht Erwähnung tat, dagegen den Artikel, der ihn monarchistischer Umtriebe verdächtigte, eine „absurde Verdächtigung" nannte. „Ich wäre E. H. dankbar," schrieb er, „wenn Sie in irgendeiner, Ihnen entsprechend scheinenden Form meine Person und die des Generalstabschefs (Oberst Primavesi), welche wirklich nur das Beste wollten, gegen solche Anwürfe in Schutz nehmen würden." Dieser Brief ist wohl auch ein Zeugnis, wie eingeschüchtert die Offiziere damals waren.

Während die Rote Garde im Militärkommando war, wollte ich Schönbrunn und die Hofburg durch verläßliche Truppen besetzen lassen. Es war keine Zeit zu verlieren, da zu befürchten war, daß es sich die Rote Garde schließlich doch noch einmal überlegen und nach einem der beiden Gebäude marschieren könnte. Die Hofburg ließ ich von Offizieren besetzen, von denen jeder einzelne mir mit Handschlag die gewissenhafteste Erfüllung seiner Pflichten gelobt hatte. Dem Obersten der kaiserlichen Garde, Dankl, ließ ich mitteilen, daß die Besetzung mittags stattfinden werde. Er möge die Garden anweisen, keinen Widerstand zu leisten, da wir sonst Gewalt anwenden müßten. Dankl erwiderte, daß die Garden den Auftrag erhalten würden, sich zurückzuziehen. Inzwischen waren aber bereits Vertrauensmänner der Gardemannschaft, die von der bevorstehenden Besetzung Kenntnis erhalten hatten, bei mir erschienen, um mir im Namen ihrer Kameraden zu versichern, daß sie keinen Schuß gegen republikanische Truppen abfeuern würden, gleichgültig, welche Befehle immer sie von ihren bisherigen Vorgesetzten erhielten. In der Tat ging die Besetzung der Hofburg ohne Zwischenfall vonstatten.

Nun hieß es, an die Besetzung Schönbrunns zu schreiten. Ich setzte mich mit dem Kommando der tags zuvor eingetroffenen 25. In-

fanterietruppendivision, die fast aus lauter Wienern bestand, ins Einvernehmen und gab den Befehl, zwei Kompagnien zur Besetzung von Schönbrunn bereitzustellen. Das Kommando erwiderte, daß mittags die Kompagnien abmarschbereit gestellt sein würden. Ich fuhr selbst mit dem Oberbefehlshaber, Feldmarschalleutnant B o o g, in die Rennwegkaserne, um dem Abmarsch der Truppen beizuwohnen. Wir kamen an das Kasernentor. Zu unserer Überraschung: keine Wachposten. Wir gingen in den Hof: von einer abmarschierenden Truppe keine Spur. Da und dort sah man einen Soldaten sich rekeln. Das war aber auch alles, was auf militärisches Leben deutete. Schließlich kamen einige Offiziere, sehr verlegen, die uns zögernd mitteilten, daß das ganze Regiment, das tags zuvor beim Empfang auf dem Bahnhof den Abgesandten des Staatsrates so begeistert gelobt hatte, im Dienst zu verharren, einfach auseinandergelaufen sei.

„Bis zur Menage sind noch einige hundert Mann dagewesen. Dann sind aber auch die verschwunden", wurde uns traurig berichtet.

Das war eine bittere Enttäuschung, denn auf die Soldaten der 25. Infanterietruppendivision hatten wir gezählt. Erstens, weil es Wiener waren, und zweitens, weil sie in voller Ordnung von der Front bis in die Heimat gekommen waren.

Nun hieß es, rasch nach Ersatz Umschau zu halten. Die Auswahl war nicht groß. Ich griff wieder auf die altbewährten zwei Kompagnien Neunundvierziger, die schon so vielerlei Dienst während der Umsturztage bewältigt hatten. Vielleicht konnten sie auch die Besetzung Schönbrunns durchführen und ein paar Tage aufrechthalten, bis sie von der in der Aufstellung begriffenen Volkswehr abgelöst wurden.

Der Oberbefehlshaber B o o g übernahm es, die entsprechenden Befehle zu geben. Kurze Zeit später kam indes die Meldung, daß die Neunundvierziger sich weigerten, nach Schönbrunn zu marschieren, weil sie befürchteten, von gegenrevolutionären Offizieren mißbraucht zu werden. Sie würden nur marschieren, wenn ihnen der Unterstaatssekretär persönlich und mündlich die Versicherung gäbe, daß der Befehl tatsächlich von ihm sei. Ich konnte aber nicht nach Döbling fahren, wo die Neunundvierziger lagen, weil ich die oben beschriebene Besichtigung des Militärkommandos vornehmen mußte, weshalb ich den Abgeordneten S e v e r bat, hinauszufahren. Die Neunundvierziger waren aber damit noch immer nicht zufrieden. Ich mußte ihren Vertrauensmännern telephonisch den Befehl wiederholen, bevor sie ihn endlich befolgten.

Nun waren aber — es war inzwischen Abend geworden — Schönbrunn und die Hofburg glücklich besetzt. Ich konnte mich also wieder der Roten Garde zuwenden, von der im Laufe des Abends recht beunruhigende Nachrichten eingelangt waren. Es hieß, sie wolle die morgige Feier der Ausrufung der Republik zu einem regelrechten Putsch benützen, die Nationalversammlung auseinanderjagen und die Diktatur des Proletariats proklamieren.

Schon einige Tage früher war ich dem Gedanken näher getreten, der Roten Garde einen verläßlichen Kommandanten zu geben. Ich hatte dabei unter anderem auch an Dr. Josef F r e y gedacht, einen Redakteur der „Arbeiter-Zeitung", der während des Krieges als Reservehauptmann gedient hatte. Nun war er soeben von der Front zurückgekommen und ich faßte den Entschluß, den schon früher gehegten Plan sofort auszuführen. Ich fuhr nochmals in die Stiftskaserne, wo ich schon am Nachmittag einmal gewesen war, um die Truppe zu

besichtigen, und ließ den Soldatenrat zusammentreten. In einer engen, schmutzigen, schlecht beleuchteten Kanzlei fand die Sitzung statt. Es ging alles kunterbunt durcheinander. Die Redner schleuderten ihre politischen Programme mit großem Getöse herum, sprachen über alles und jedes, nur nicht über das, was ich haben wollte, über die Einsetzung Dr. Freys zum Kommandanten. Im Verlauf der sich lang hinziehenden Diskussion geriet ich heftig an den Dr. Wertheim, der seinerzeit, als er wegen des Jännerstreiks vor Gericht stand, jede politische Betätigung kläglich abgeschworen und die Richter gebeten hatte, ihn weiterhin ein politisch unbeschriebenes Blatt sein zu lassen.

Jetzt war er mit einemmal ein großer Held und Soldatenrat dazu!

Ich nahm mir kein Blatt vor den Mund und warf ihm seine Haltung in dem Prozeß vor. Dr. Wertheim wehrte sich und bekam schier Nervenanfälle.

Mitten im schönsten Trubel öffnete sich die Tür und herein kam — wie bestellt — der Unterstaatssekretär Dr. Waihs, der gehört hatte, daß ich zur Roten Garde gefahren war, und nun nachkam, um mich zu unterstützen, falls ich dessen bedürfen sollte. Nun war ebenderselbe Dr. Waihs der Verhandlungsleiter im Prozeß Wertheim gewesen. Er trat, kaum daß er seinen früheren Angeklagten vor sich sah, auf ihn zu und begrüßte ihn mit lauter Heiterkeit: Das sei ein unverhofftes Wiedersehen!

In der Tat, dieses Zusammentreffen war zu drollig: das politisch unbeschriebene Blatt als Rotgardist vor seinem ehemaligen Richter... Es konnte sich keiner des Lachens erwehren!

Dr. Waihs ging dann wieder weg und die Verhandlung nahm ihren Fortgang. Der Soldatenrat gab schließlich nach und akzeptierte den Dr. Frey als seinen Kommandanten.

Dann verhandelten wir über die Gerüchte, die von einem Putsch der Roten Garde am nächsten Tage herumgingen. Ich warnte eindringlichst. Der Soldatenrat leugnete, daß an diesen Gerüchten etwas Wahres sei, und versprach, daß die Mannschaft ohne Gewehre und Munition ausrücken würde.

Die Ausrückung selbst, so führten die Soldatenräte aus, sei nicht aufzuhalten. Würden die Kommandanten sie verbieten, dann gingen die Soldaten trotzdem und könnten in ihrer Führerlosigkeit möglicherweise einen Unfug anrichten. Deshalb sei es gescheiter, nachzugeben. Die Ausrückung ohne Munition könne doch niemand schaden.

Ich hatte nichtsdestoweniger das Gefühl, daß entweder der Soldatenrat seiner Mannschaft nicht ganz sicher sei, oder daß einige Mitglieder es an Offenheit mir gegenüber fehlen ließen. Aber in der gegebenen Lage blieb nichts anderes übrig, als die Ausrückung ohne Munition zu gestatten und abzuwarten, wie sich die Dinge am nächsten Morgen entwickeln würden.

7. Der 12. November.

Am Tage der Ausrufung der Republik ruhte in Wien die Arbeit. In den ersten Nachmittagsstunden begann der Aufmarsch vieler tausender Männer und Frauen, die Zeuge des historischen Ereignisses sein wollten.

Im Parlament fand eine kurze, feierliche Sitzung statt. Dann begaben sich die Abgeordneten vor das große Parlamentstor auf die

Rampe, wo die Präsidenten Seitz und Dinghofer Ansprachen hielten.

Der Anblick, der sich von der Rampe aus bot, war ein überwältigender. So weit das Auge reichte, stand Kopf an Kopf eine Menschenmenge, die ruhig und würdevoll wartete. Volkswehr oder Polizei war nicht zu sehen, da vereinbarungsgemäß die Arbeiterordner den Straßendienst versahen. Nur schräg gegenüber dem Parlament, mit der Front dem Hause zugekehrt, stand eine feldgraue Linie Rotgardisten, die nicht zu bewegen gewesen waren, gleich der übrigen Volkswehr in der Kaserne zu bleiben. Vor ihrem Abmarsch waren auf mein Ersuchen sozialdemokratische Abgeordnete in der Stiftskaserne erschienen und hatten sich nochmals davon überzeugt, daß das Verbot, Munition mitzunehmen, befolgt wurde — wenigstens offiziell. Ob der eine oder der andere Soldat einige Patronen in seiner Tasche verschwinden ließ, konnte selbstverständlich nicht festgestellt werden.

Nach der Rede des Präsidenten setzte sich der ungeheure Zug unter begeisterten Hochrufen auf die Republik langsam gegen das Schottentor zu in Bewegung. Gleichzeitig sollte die rotweißrote Fahne an den Flaggenstangen vor dem Parlament hochgezogen werden. Das war das Signal, daß einige Leute, die zu diesem Zwecke schon bei den Flaggenstangen bereitstanden, sich auf das Flaggentuch stürzten, die weißen Teile herausrissen und die nun rote Fahne hochzogen. Der ganze Vorgang spielte sich blitzschnell ab, nur von den nächststehenden paar hundert Leuten bemerkt. Einige kommunistische Redner begannen nun zu den Massen zu sprechen, wie jeder radikale Redner an diesem Tage von lebhaften Zustimmungsrufen begleitet.

Inzwischen waren infolge eines Mißverständnisses die Floridsdorfer Ordner, die in der Stärke von 2000 Mann die Parlamentsrampe während der ganzen Dauer der Kundgebung besetzt halten sollten, ebenfalls gegen das Schottentor zu abmarschiert. Wer die Weisung zum Abzug der Floridsdorfer Ordner gegeben hatte, ist nicht aufgeklärt. Tatsache ist, daß mit einem Male, und gerade im kritischesten Augenblick, auf der Parlamentsrampe und vor dem Parlamentstor ein von Ordnern leerer Raum entstand, in dem nur mehr einige lose Gruppen zufällig Anwesender sich befanden.

Da sah ich eine Gruppe von zehn bis zwölf Soldaten mit aufgepflanztem Bajonett, an ihrer Spitze einen jungen Mann mit gezogenem Säbel, sich aus der am Eingang der Rampe sich stauenden Menge loslösen und herauf gegen das Parlamentstor eilen. Im Moment war es klar, daß die heranstürmenden Soldaten in das Parlament eindringen wollten. Alles stob entsetzt auseinander. Die Abgeordneten wollten in das Parlament zurück, ihnen nach drängte eine geängstigte Menge dem Tor zu, das unter diesem wirren Andrang von den Dienern nicht geschlossen werden konnte.

In dieser Verwirrung wäre es leicht möglich gewesen, daß sich die Soldaten den Eintritt in das Parlament erzwungen hätten. Dann hätte aus der Episode leicht ein Unglück werden können, denn die Soldaten hätten sich — gestützt auf ihre Bajonette — schwerlich davon abhalten lassen, die Diktatur des Proletariats zu proklamieren, unbekümmert um die daraus entstehenden Folgen. Gefolgt von einigen Freunden, stürzte ich den Soldaten entgegen und beschwor sie, von ihrem Vorhaben abzustehen.

In ihrer Aufregung erkannten sie mich zuerst nicht und versuchten, mich mit einigen Stößen wegzuschieben. Dann rief einer: „Das ist der Deutsch, laßts ihn reden!“

Es entstand eine kleine Stockung. Die benützten einige Genossen, hoben mich auf die Schultern des Staatssekretärs M a y e r, eines großen, riesenhaft gebauten Mannes, der neben mir stand, und ich begann zu reden. Meine ersten Worte gingen im Tumult unter, dann herrschte einen Augenblick Stille, in der man mich anhörte, und dann ging der Hexensabbat wieder von vorne los.

Immer mehr Soldaten waren herbeigeeilt, sie schrien und gestikulierten, tobten, als wenn sie irrsinnig geworden wären, und drängten Mayer, auf dessen Schultern ich noch immer saß, und die kleine Gruppe unserer Freunde ruckweise gegen das Parlamentstor. Dieses konnte aber infolge des Aufenthaltes, den wir verursacht hatten, von der flüchtenden Menge gerade noch passiert werden und knirschend flog es nun ins Schloß.

Ein Zornruf der Soldaten war die Antwort. Ich glitt, da der Zweck meines Eingreifens erfüllt schien, von meinem hohen Sitz, um den die Bajonette und Säbel herumfuchtelten, herab. In diesem Augenblick drehte ein Soldat das Gewehr um und ließ den Kolben mit wuchtigem Schlag auf den Kopf Braunthals niedersausen, der andauernd neben mir ausgehalten hatte. Ich hatte gerade noch Zeit, meine Hand auszustrecken, die die Wucht des Schlages milderte. Trotzdem taumelte B r a u n t h a l zurück, seine Kappe flog zu Boden.

Nun war kein Halten mehr. Von allen Seiten drangen Soldaten vorwärts. Eine von rechts herkommende Gruppe wollte — so schien es — mir und meinen Freunden zu Hilfe eilen. Da begannen links von uns einige Gewehre die Fenster des Tores zu bearbeiten. Scheiben klirrten, Bajonette hieben auf die Holzverkleidung ein und nun krachten auch schon die ersten Schüsse.

Gegen die tobenden, um sich schlagenden und schießenden Soldaten konnte an dieser Stelle ein einzelner nichts mehr richten. Ich eilte die Parlamentsrampe hinunter, um das Parlamentsgebäude herum, zu einer der rückwärtigen Türen des Hauses. Die Straßen, die vor wenigen Minuten noch mit den Menschenmassen erfüllt waren, erschienen wie leergefegt. Auf der Erde lag da und dort ein Körper. Ich glaubte, es seien von den herumpfeifenden Kugeln Getroffene, und befürchtete, daß zahlreiche Opfer zu beklagen seien. Wie sich dann herausstellte, war es glücklicherweise nicht so arg. Es hatten wohl zwei Menschen ihr Leben lassen müssen und viele waren verletzt; aber bei den vielen Tausenden, die an diesem Tage vor dem Parlament waren, hätte es leicht noch viel schlimmer kommen können.

Im Parlament fand ich alles in begreiflicher Aufregung. Ich ließ sofort die leitenden Offiziere des Stadtkommandos kommen, um mit ihnen die militärischen Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung zu besprechen.

Inzwischen kam aber bereits eine Abordnung der Roten Garde in das Parlament, die darzulegen suchte, daß der Soldatensturm auf das Volkshaus nur einem bedauerlichen Mißverständnis zuzuschreiben gewesen sei. Die erste Schar, die gegen das Parlament vordrang, hätte von keinem Führer der Roten Garde einen Auftrag gehabt, sondern habe eigenmächtig gehandelt, angeführt von Leuten, die nicht zur Roten Garde gehörten. Später seien ihnen allerdings Rotgardisten und andere Soldaten zu Hilfe geeilt, aber nur, weil sie glaubten, daß aus dem Parlament ohne jeden Anlaß mit Maschinengewehren auf die zuerst Vorgegangenen geschossen worden wäre. Tatsächlich fand man bei der sofort vorgenommenen Hausdurchsuchung im First des Hauses, oberhalb des Parla-

mentstors, einen Filmapparat, der die Demonstration aufnehmen wollte und dessen Blitzen von der Entfernung vielleicht wirklich den Eindruck machen konnte, als ob Schüsse abgegeben worden seien.

Nach dieser Darstellung der Roten Garde war also an dem ganzen Vorfall nur ein Mißverständnis schuld gewesen. Daß dem aber nicht so war, ergibt sich aus einem am nächsten Tage erschienenen Flugblatt der kommunistischen Partei, das den Sachverhalt ganz anders und durchaus nicht so harmlos darstellt wie die Leitung der Roten Garde. Man muß die entscheidenden Stellen dieses „Flugblatt Nr. 4" im Wortlaut lesen, um die ganze Naivität und Großsprecherei zu ermessen, mit der damals Politik gemacht wurde.

Da wird erzählt, daß die Kommunisten eigentlich keinen Plan gehabt hätten, sondern „ihr Auftreten von der Stimmung der Massen abhängig" machen wollten. Nur so aufs Geratewohl seien die Kommunisten vor das Parlament gekommen. Wie sie aber die radikalisierten Massen gesehen hätten und ihre Redner gar so viel Beifall fanden, kam ihnen erst der Gedanke, einmal ein bißchen Räterepublik auszurufen.

Das Flugblatt drückt das so aus: „Die Massen nun, die sich vor dem Parlament und am Ring zusammendrängten, bestätigten vollkommen die Überzeugung, daß der Zeitpunkt gekommen war, um auch hier die sozialistische Republik zu proklamieren." Beweis: An allen Ecken und Enden gab es rote Fahnen, man ließ die sozialistische Republik begeistert hoch leben und Jubel gab es und brausende Rufe überall. Ja, wenn das nicht genug Beweise für des Kapitalismus letztes Stündchen sein sollten! Was scherte die Kommunisten etwa die Reife oder Unreife der wirtschaftlichen Entwicklung, die Machtverhältnisse der Klassen und was derlei altmodischer marxistischer Kram mehr ist, wo es doch Hochrufe auf die sozialistische Republik gab und Jubel und brausende Rufe. Deshalb: „Nie war der Augenblick reifer für die Verwirklichung der sozialistischen Sache."

Und warum ist aus diesem reifen Augenblick schließlich nichts geworden?

Ach, das ist eine dumme Geschichte. Der Deutsch und der Glöckel haben sich der Deputation, die die genau umschriebenen Forderungen nach der „sofortigen Begründung der sozialistischen Republik" dem Staatsrat überbringen wollten, „mit Wucht" (schrecklich! schrecklich!) entgegengeworfen und auf diese Art die nur ein bißchen harmlos dreinschießenden Soldaten gehindert, den Sozialismus zu verwirklichen...

Ja wenn der Deutsch und der Glöckel weniger Wucht gehabt hätten, hätte jetzt das Volk den Sozialismus! Nämlich: „Dieser Augenblick der höchsten Reife der geschichtlichen Entwicklung und des Volkswillens zur Erneuerung der Gesellschaft, zu ihrer Erlösung aus einer Ordnung der Ausbeutung, des Hungers und des Mordens wurde von den Sozialdemokraten bewußt versäumt und den Bürgerlichen preisgegeben."

So steht es wortwörtlich in dem von der kommunistischen Partei offiziell gezeichneten Flugblatt und so redeten auch ihre Wortführer. Es war ein Jammer.

*

Am Tage vor der Proklamierung der Republik hatte Viktor Adler seine Augen für immer geschlossen. Mit ihm starb der Mann, der das Vertrauen der österreichischen Arbeiterschaft besaß wie kein zweiter. Dieses schier unbegrenzte Vertrauen zu dem greisen Führer

hatte nicht zum mindesten dazu beigetragen, daß die österreichische Sozialdemokratie den Krieg überdauern konnte, ohne von einer Spaltung, wie sie die Arbeiterparteien der anderen Länder erlitten, heimgesucht zu werden.

Die große Frage war nun, ob die österreichische Arbeiterpartei auch die Revolution zu überdauern vermochte, ohne zerrissen zu werden. Versetzen wir uns in den Geist und die Stimmung der ersten Revolutionstage zurück, dann müssen wir feststellen, daß zumindest in dieser Zeit die Frage der proletarischen Einheitsorganisation zum großen Teil abermals eine Personenfrage war. Blieb Friedrich Adler, der Sohn des großen Verstorbenen, der Sozialdemokratie treu, dann war die Spaltung vermieden, die andernfalls kaum aufzuhalten schien. Alle Augen waren deshalb gespannt auf das erste politische Auftreten Friedrich Adlers gerichtet, der eben aus dem Gefängnis, in dem er zwei Jahre zugebracht hatte, gekommen war.

Zum erstenmal trat Friedrich Adler in einer Versammlung der Roten Garde vor die Öffentlichkeit. In seiner Rede führte er aus, daß in der schweren Lage, in der sich das Proletariat augenblicklich befinde, „nicht nur Mut und Begeisterung, sondern auch Verantwortlichkeitsgefühl und ruhige Überlegung im höchsten Grade erforderlich" seien. Er warnte vor den „Revolutionsgewinnern", die er mit den Kriegsgewinnern auf eine Stufe stellte, und mahnte zur Einigkeit.

Ein Anbot der Kommunisten, die Führung ihrer Partei zu übernehmen, lehnte er glatt ab. Er werde, so erklärte er, in der Sozialdemokratie bleiben.

Damit war der Bann gebrochen. Nur ein Bruchteil der Arbeiter folgte den Kommunisten. Friedrich Adler, dessen Wort zumindest der radikale Teil der Arbeiterschaft blindlings vertraute, hatte mit seiner Absage an die kommunistische Partei die Spaltung der Sozialdemokratie verhindert. Eine historische Tat, die den weiteren Gang der Revolution auf das nachhaltigste beeinflußte.

Friedrich Adler hätte sich in diesen entscheidungsvollen Tagen nicht zur Sozialdemokratie bekannt, wenn er von ihr nicht mit Gewißheit hätte annehmen können, daß sie zu einer revolutionären Politik fähig und gewillt sei. In der Tat ließ sich die österreichische Sozialdemokratie während der Umsturzzeit trotz des zeitweiligen Zusammengehens mit bürgerlichen Parteien von ihrer revolutionären Richtung nicht abdrängen. Die Wirksamkeit, die die sozialdemokratischen Mitglieder in der Regierung entfalteten, war keineswegs von jenem Opportunismus angekränkelt, der sozialistische Parteien anderer Länder auf eine schiefe Bahn geführt hat. Wir blieben auch in der Regierung uns selber und unseren Grundsätzen treu.

Ich habe in diesen Blättern wiederholt darauf hingewiesen, daß durch die Art, wie die österreichischen Sozialdemokraten ihre Regierungsgeschäfte führten, unser Land vor dem Bürgerkrieg bewahrt wurde. Ich möchte aber nicht, daß aus dieser Darstellung der Eindruck entstünde, als ob wir in der bloßen Verhinderung des Bürgerkrieges das größte Verdienst sozialistischer Taktik erblickten. Es kann Situationen geben, in der auch die Sozialdemokratie sich zum Waffengebrauch gegen ihre Klassenfeinde entschließt, ja entschließen muß. Nichts wäre falscher, als die Arbeiterschaft in den Glauben zu wiegen, daß die gesellschaftliche Entwicklung sich unter allen Umständen in friedlichen Bahnen vollziehen müsse. Gewährt eine friedliche Entwicklung dem Proletariat die gleichen Siegeschancen oder wenigstens nicht bedeutend geringere als die Anwendung von Machtmitteln, dann

wäre es freilich töricht, ja geradezu verbrecherisch, seine Sache auf die Gewalt zu stellen. Auch im Kampfe der Klassen ist die Gewalt die ultima ratio, das letzte Mittel, das nur angewendet werden darf, wenn gar kein anderer Ausweg mehr übrig bleibt. In den österreichischen Umsturztagen schien es uns möglich zu sein, ohne Bürgerkrieg unsere revolutionären Ziele zu erreichen, und deshalb setzten wir unsere ganze Kraft ein, ihn zu verhindern.

Diese Taktik entsprach den Auffassungen, die wir über die geschichtliche Bedeutung der österreichischen Revolution hatten. Wären wir der Meinung gewesen, daß der Umsturz von 1918 unmittelbar zur Verwirklichung des Sozialismus führen könne, dann hätten wir logischerweise zu jedem Mittel greifen müssen, dieses Ziel sofort zu erreichen. Wir hielten aber die Entwicklung noch nicht reif für den Sozialismus und erblickten in dem erfolgten Umsturz wohl den Beginn einer sozialen Revolution, aber noch lange nicht die entscheidende Umwälzung, die unmittelbar und sofort eine sozialistische Gesellschaft begründen könnte. Deshalb wehrten wir uns gegen den kindischen Versuch, die Revolution mit künstlichen Mitteln weitertreiben zu wollen, weil wir den unvermeidlichen Zusammenbruch solcher Bestrebungen voraussahen.

Die Kommunisten glaubten an die Möglichkeit einer sofortigen Aufrichtung der sozialistischen Gesellschaft. Sie hielten die Zeit für reif und traten deshalb dafür ein, die Entwicklung abzukürzen und die Geburt der neuen Weltordnung durch einen kühnen Gewaltstreich vorzeitig herbeizuführen. Im Gegensatz zu ihnen waren wir der Meinung, daß die Zeit des Sozialismus wohl angebrochen sei, daß er aber erst schrittweise im zähen Ringen zur Erfüllung kommen könne. Mit Gewalt ließe sich da nichts richten! Im Gegenteil, die Anwendung von Gewalt, die Entfachung des Bürgerkrieges würde nicht die Revolution vorwärtstreiben, sondern eine Reaktion herbeiführen.

Die Geschichte gab uns recht. In den Ländern, in denen die Kommunisten die Führung über einen größeren Teil des Proletariats erlangten, war das Ergebnis dieser Führung keine Stärkung des Sozialismus, sondern eine im blutigen Bürgerkrieg aufgerichtete Herrschaft der Reaktion.

II. Demokratie oder Diktatur?

1. Revolutionärer Kleinkrieg.

Am 12. November sind außer der Störung der großen Kundgebung vor dem Parlament auch noch einige kleinere „Aktionen" versucht worden. Eine Abteilung der Roten Garde besetzte die „Neue Freie Presse". Nach einigem Zureden ging sie wieder weg. Eine andere Abteilung nahm deutschnationalen Studenten eine schwarzrotgoldene Fahne weg, und wieder eine andere Gruppe wollte die rotweißrote Fahne vom Rathaus entfernen, was ihr aber nicht gelang. Alle diese drohenden Gebärden waren nichts anderes als der Ausdruck einer nervösen Überreizung. Hätte man sich ihrer Ausführung mit Gewalt entgegengestellt, dann wäre es ebenso wie in Berlin, wo aus den gleichen kleinlichen Ursachen schwere Kämpfe entbrannten, auch in Wien zu blutigen Ereignissen gekommen. So aber flaute das Fieber allmählich wieder ab.

Wie leicht in diesen Tagen die Gewehre losgingen, mußten wir ja trotz aller unserer Vorsicht noch leider zu oft erfahren. Auf den Bahnhöfen hatte sich eine Art Stellungskrieg herausgebildet. Die Volkswehr hielt befehlsgemäß die Bahnhöfe besetzt und verlangte von jedem ankommenden Militärtransport die Herausgabe der Waffen. Mehrere tschechische und ungarische Regimenter verweigerten die Herausgabe der Waffen und gingen auch auf einen Vermittlungsvorschlag, der ihnen erlaubte, die Waffen wohl mitzunehmen, aber in eigenen Waggons zu verwahren, nicht ein. Es entbrannten regelrechte Gefechte.

Am 14. November kämpfte in Stadlau eine kleine Volkswehrabteilung mit Maschinengewehren gegen einen Transport von mehr als tausend Tschechen, die, in Schwarmlinien vorrückend und Handgranaten werfend, sie bedrängten. Das Ergebnis war, daß auf Seite der Volkswehr zwei Mann getötet und drei schwer verletzt wurden, während die Tschechen einen Toten und eine nicht bekannte Zahl von Verwundeten zu beklagen hatten.

Am selben Tag fand ein Gefecht zwischen Volkswehr und einem ungarischen Transport im Klein-Schwechater Bahnhof statt, bei dem es ebenfalls eine Anzahl Schwerverwundeter gab.

Am nächsten Tage wurde auf dem Ostbahnhof zwischen Angehörigen des ungarischen Infanterieregimentes Nr. 67 und der Volkswehr mit Maschinengewehren gekämpft. Ein Mann wurde getötet und zehn wurden schwer verletzt.

Jede derartige Schießerei und ihr trauriges Ergebnis steigerten natürlich die ohnedies so große Aufregung in der Stadt. Wir verhandelten schier ununterbrochen mit den in Wien anwesenden Vertretern der anderen Nationalstaaten, um zu einem befriedigenden Ab-

kommen über die Militärtransporte zu gelangen. Aber die Soldaten aller Lager hielten sich an unsere Vereinbarungen nur, wenn ihnen schon gar kein anderer Ausweg mehr blieb. Sonst waren sie geneigt, die Waffen entscheiden zu lassen. Wir sandten den anrollenden Zügen Offiziere entgegen, um rechtzeitig zu warnen. Auf den Bahnhöfen wurde der Sicherheitsdienst immer mehr verstärkt, gleichzeitig setzten wir die besonnensten Männer als Kommandanten hin, um einem weiteren Blutvergießen vorzubeugen. Es ist uns trotzdem nicht ganz gelungen.

Jeden Tag wurde auf den Bahnhöfen geschossen. Die Unsicherheit war groß. Plünderungen im großen wie im kleinen Maßstab wurden versucht. Die Wachorgane sowie ihre Angreifer waren an den Gebrauch der Waffen gewöhnt und so machten sie ohne viel Umstände von ihnen Gebrauch.

In den ersten Umsturztagen ging ich, anstatt mit dem Wagen zu fahren, des Nachts ein größeres Stück Weges nach meiner Wohnung in Meidling zu Fuß, um nach des Tages Arbeit ein wenig ausruhende Bewegung zu machen. Ich kam auf diesem Wege in der Nähe des Matzleinsdorfer Bahnhofes vorbei. Das Gewehrfeuer, das von dort herübertönte, hörte sich beinahe an wie an einer Front. Bald Einzelschüsse, bald lebhaftes Plänklerfeuer, ja mitunter ganze Salven. Es klang freilich gefährlicher, als es war. Aber immerhin hatten wir allen Grund, den Waffengebrauch allmählich vom wüsten Wildwest wieder auf ein normales Friedensmaß zu bringen.

Die Vorgänge auf den Bahnhöfen waren uns eine Lehre, in der Stadt selbst doppelt vorsichtig zu sein. Es schien mir ganz ungeheuerlich, daß nun, da der Krieg zu Ende war, noch weiterhin Menschen ihr Leben lassen sollten. Immer kam mir der Gedanke: Da gehen nun Menschen, die auf der Heimreise sind, die den furchtbaren Krieg überstanden haben, vor den Toren der Heimat zugrunde! Welch eine furchtbare Tragik! Aber wenn schon dieses Schicksal nicht ganz abwendbar sein sollte, so mußte es doch wenigstens gelingen, in der Stadt selbst ein Blutbad zu verhüten!

Die Konsolidierung der Volkswehr machte nur sehr langsame Fortschritte. Die Linksradikalen hinderten die Herstellung einer straffen Disziplin, während die Reaktionäre mit ihren fortgesetzten übertreibenden Angriffen eine derart gereizte Stimmung unter der Mannschaft hervorriefen, daß eine ruhige Entwicklung nicht gelingen konnte. So pendelten wir zwischen den beiden Extremen hin und her, ohne recht vorwärtskommen zu können. Diese Schwierigkeiten machten meine besten Mitarbeiter kopfhängerisch. In den Kreisen der Partei fing man an, das Gelingen meiner militärischen Aufgabe immer stärker in Zweifel zu ziehen, und es bedurfte erst langer, gründlicher Auseinandersetzungen, um sie davon zu überzeugen, daß wir den einmal beschrittenen Weg zu Ende gehen müßten.

Ich vermehrte meine Anstrengungen. Täglich fuhr ich in eine andere Kaserne, hielt Inspizierungen ab und sprach mit hunderten Mannschaftspersonen, um einerseits ihre Wünsche zu erfahren und anderseits ihren Diensteifer zu heben.

Um das Vertrauen der Mannschaft zu erhöhen, ernannte ich aus ihrer Mitte die ersten Volkswehrleutnants. Ich hielt auch darauf, daß gewisse Äußerlichkeiten der alten Armee, die den Korpsgeist und das Selbstbewußtsein zu heben schienen, wieder eingeführt wurden: Ausrückungen, Wacheablösungen, Märsche mit klingendem Spiel.

Um aber diese militärischen Notwendigkeiten nicht in einem sinnlosen Drill erstarren zu lassen, setzten wir als Gegengewicht mit einer großzügigen Bildungsarbeit ein. Im Staatsamt wurde eine Bildungszentrale geschaffen, die sich bemühte, Vorträge, Kurse und Unterricht für die Wehrmänner in Anlehnung an allgemeine Volksbildungseinrichtungen zu veranstalten.

Ein besonderes Augenmerk mußte der Beeinflussung der Soldatenräte zugewendet werden, die ja ihrerseits auf die Mannschaft weiterwirkten. In den Sitzungen der Soldatenräte, die in nur allzu ausgiebiger Weise stattfanden, mußte vor allem gegen die Überflutung mit politischen Diskussionen gekämpft werden, die Parteiungen hervorriefen und das ganze Gefüge der Wehrmacht zu sprengen drohten. Natürlich stieß ich hiebei auf den Widerstand der Kommunisten, die von der politischen Diskussion, die sie für eine sehr revolutionäre Betätigung hielten, nicht lassen wollten, wobei sie übrigens an Dr. Frey einen Helfer fanden, der einen leidenschaftlichen Hang zum Disputieren hatte.

Sehr viel Kleinarbeit war nötig, um die hundertfältigen Wünsche der einzelnen Gruppen der alten und der neuen Wehrmacht so weit als möglich zu befriedigen. Schon in den ersten Tagen der Demobilisierung war eine gewisse Schwierigkeit mit den Reserveoffizieren entstanden. Während die Mannschaft trachtete, so rasch als möglich vom Militär wegzukommen, hatten es die Reserveoffiziere, die nicht immer sogleich einen zivilen Beruf fanden, gar nicht eilig, ihrer Offiziersherrlichkeit zu entsagen. Man mußte bei aller Schonung der wirklich Bedürftigen gegen die Nichtbedürftigen Zwangsmittel anwenden, um ihre Abrüstung zu beschleunigen. Das gab natürlich wieder viel Unzufriedenheit.

Wir konnten uns aber mit der Entlassung der Reserveoffiziere nicht begnügen. Es mußte sofort auch mit dem Abbau des 18.000 Mann starken aktiven Offizierskorps begonnen werden. Nach meinem Plan sollten zuerst die jungen Offiziere, die noch verhältnismäßig leicht einen anderen Beruf ergreifen konnten, und die alten Offiziere, die bereits die Berechtigung zum vollen Pensionsgenuß hatten, entlassen werden. Wenn an der oberen und der unteren Altersgrenze die Spitzen des Korps fielen, blieben in der Mittellage zwar noch immer zu viel Offiziere übrig, aber deren Abbau konnte später erfolgen.

Über diese allgemeinen Normen des Offiziersabbaues hinaus ging die von uns verfügte sofortige Entlassung sämtlicher Generäle. Es hatten sich für unser kleines Land nicht weniger als 300 aktive und eine weitere Anzahl reaktivierter Generale der alten Armee zur Dienstleistung gemeldet. Da blieb nichts anderes übrig, als einen radikalen Schnitt zu führen. Freilich hat dieser Abbau in den Kreisen der von ihm Betroffenen die ohnedies sehr mageren Sympathien für die Republik nicht gerade erhöht.

Besser ging es mit den Unteroffizieren. Sowohl die Berufsunteroffiziere, die schon vor dem Kriege gedient hatten, wie die während des Krieges hinzugekommenen brachten der Notwendigkeit des Abbaues ein sehr großes Verständnis entgegen. Es mag ja sein, daß dies zum größten Teil dem Umstand zuzuschreiben war, daß sie leichter einen zivilen Beruf fanden wie die Offiziere, aber bis zu einem gewissen Grade wird wohl auch die Standesideologie der Unteroffiziere sich den neuen Verhältnissen besser angepaßt haben. Jedenfalls fand ich unter ihnen alsbald auch zahlreiche politische Freunde.

Besonders heikel war während des Umsturzes die Behandlung einiger Waffengattungen des alten Heeres, wie die der Marineure und der Flieger.

Die Marinesoldaten schwankten zwischen Kommunismus und Monarchismus hin und her. Es hatten sich einige hundert Mann von ihnen in Wien angesammelt, die als ein in sich geschlossenes Korps mit starker Kameradschaft eine nicht unerhebliche militärische Schlagkraft erlangten. Dessen wurden sie sich alsbald bewußt. Da sie sich bald an diese, bald an jene extreme politische Richtung anlehnten, war es nicht leicht, mit ihnen auszukommen. Erst als sie in einer eigenen Volkswehrabteilung vereinigt waren und an der Donau einen Dienst versehen konnten, der mit ihrer früheren Beschäftigung wieder einen Zusammenhang hatte, wurden sie ruhiger.

Den Unteroffizieren der Fliegertruppe gelang es, das Flugfeld in Wiener-Neustadt unter ihr Kommando zu bringen. Die Offiziere fristeten dort nur ein Schattendasein. Freilich waren einige Offiziere an die Seite der Unteroffiziere getreten, vor allem der Hauptmann Siebert. Auch auf dem Flugfeld Aspern und im Fliegerarsenal wurden die Offiziere bis auf einige Ausnahmen, die sich zur Mannschaft hielten, verdrängt. Im Fliegerarsenal wirkte der Schwager Sieberts, der spätere Verbandsobmann der Offiziersorganisation, Major Kollarz. Ich sah ihn zum erstenmal, als er mit einer Deputation von Soldatenräten zu mir kam. Daran mußte ich später oft denken, wenn er ganz im Gegensatz zu seiner früheren Verbindung mit den Soldatenräten nunmehr als Offiziersvertreter mit mir unterhandelte.

Es ist kein Zweifel, daß die Energie, mit der die Unteroffiziere und ein Teil der Mannschaft der Fliegertruppe vorgingen, trotz aller Mißhelligkeiten, die wir deswegen erleiden mußten, auch ihre guten Seiten hatte. Das kostbare Material, das sonst leicht verschleppt oder zerstört worden wäre, blieb infolge der rasch wieder hergestellten Ordnung größtenteils erhalten.

Später tauchte dann eine Fülle von Projekten auf, zu deren Verwirklichung einige kapitalistische Gruppen bald diese und bald jene Soldatenräte sowie Offiziere der Fliegertruppe als Vorspann benützten. Die Republik hat schließlich einen großen Teil des Fliegermaterials, das während der Umsturzzeit gerettet worden war, durch die für sie recht unvorteilhaften Geschäfte verloren, die mit kapitalistischen Gesellschaften zur Verwertung des Materials abgeschlossen wurden.

Die Zurückdrängung der Offiziere von den Stellen, die sie bisher ohne jede Einschränkung besetzt hielten, und die Angriffe in der Öffentlichkeit hatten in ihren Kreisen eine sich immer steigernde Unzufriedenheit erregt. Ihre Gereiztheit wurde schließlich so groß, daß eine Gruppe von Offizieren sogar einmal ein Ultimatum an die Regierung richtete. Die Offiziere des Technischen Militärkomitees schickten durch ihren Kommandanten, den Feldmarschalleutnant Janda, ein Schreiben, in dem sie verlangten, daß die Regierung bis zum 12. Dezember mittags erkläre, ob sie imstande und gewillt sei, die Offiziere vor den fortgesetzten Angriffen zu schützen. Sollte die Regierung keine genügende Erklärung abgeben, dann würden sich die Offiziere — an die Entente um Schutz wenden.

Eine Stunde vor Ablauf des Ultimatums erschien tatsächlich ein Offizier des Technischen Militärkomitees bei mir, um sich die Antwort zu holen. Ich sagte ihm, daß die Regierung es ablehne, eine Antwort

zu geben. Die Offiziere mögen zur Kenntnis nehmen, daß wir ihr Ultimatum als einen Landesverrat erachteten. Falls sie es sich beifallen ließen, tatsächlich die Entente in die inneren Verhältnisse unseres Landes hineinzuziehen, würden wir sie sofort verhaften lassen.

Kurze Zeit darauf erschien der Feldmarschalleutnant Janda selbst, zog das Ultimatum in aller Form zurück und bat um Entschuldigung. Ich wollte aus der Unüberlegtheit einzelner dem ganzen Stand der Offiziere, der ohnedies die breite Öffentlichkeit gegen sich hatte, keine weitere Verlegenheit bereiten, nahm die Entschuldigung an und verzichtete auf eine weitere Verfolgung der Angelegenheit.

Einige Tage später gab es aber schon wieder eine neue Offiziersaffäre. Einem äußerst betriebsamen Hauptmann war es gelungen, vom Staatssekretär Mayer eine Vollmacht zu Vorarbeiten für die Aufstellung einer aus aktiven Offizieren und Unteroffizieren bestehenden Bahngendarmerie zu erlangen. Der Zweck der Gründung war ziemlich durchsichtig: die Aufstellung einer verläßlichen Truppe für die Reaktion, was der Staatssekretär Mayer nicht sogleich erkannte. Ich erhob nun Einspruch und setzte auch durch, daß die Vollmacht zurückgezogen wurde. Inzwischen hatte aber dieser Hauptmann, den Rahmen der Vollmacht weit überschreitend, bereits achthundert Mann angeworben und so das Staatsamt vor eine fertige Tatsache zu stellen gesucht. Um so mehr bestanden wir jetzt auf der Auflösung dieser sachlich gänzlich überflüssigen Spezialtruppe, was denn auch trotz allerlei heftiger Angriffe der reaktionären Presse geschah.

Wieder ein paar Tage später bekamen wir die Anzeige, daß die Zöglinge der Breitenseer Kadettenschule sich an reaktionären Umtrieben beteiligten, was nicht ganz ungefährlich sei, weil sie noch von früher her Waffen hätten. Es blieb nichts anderes übrig, als die Waffen einzuziehen, was auch nicht ohne einige Aufregung aller Beteiligten vor sich ging.

Die bürgerlichen Zeitungen wurden immer wütender. Als wir gar damit begannen, die Treibereien des habsburgischen Militarismus gegen die seinerzeitige Verfassung an der Hand der Akten zu enthüllen, war des Schimpfens über den sozialdemokratischen Unterstaatssekretär kein Ende. Am ärgsten trieb es die „Reichspost". Sie brachte jeden Tag eine neue sensationelle Enthüllung meiner abgrundtiefen Schlechtigkeit. Den einen Tag erzählte sie, daß ich böswilligerweise die Abteilung für Kriegsgefangenenfürsorge aus dem Kriegsministerium hinausgeworfen habe. Den anderen Tag berichtete sie, daß ich eine Anzahl Schulen für militärische Zwecke in Beschlag genommen habe, weshalb viele Schulkinder ohne Unterricht blieben. Den dritten Tag faselte sie von angeblichen Anstellungen jüdischer Offiziere, die ich vorgenommen haben sollte, und den vierten Tag von Verschwendungen bei Kasernenreparaturen — und so ging es fort. Jeder Tag brachte eine neue Zeitungslüge. Übergriffe von Soldatenräten wurden maßlos aufgebauscht und mir persönlich in die Schuhe geschoben. Die Kosten der Volkswehr wurden zu einer phantastischen Höhe emporgeschwindelt, wie überhaupt gerade die chauvinistischen Blätter der Habsburgerzeit nun, da das Militär nicht mehr ihren Zielen dienstbar war, sich geradezu wütend antimilitaristisch zu gebärden anfingen.

Als man schließlich nichts anderes mehr zu sagen wußte, erfand eine christlichsoziale Zeitung, das „Deutsche Volksblatt", eine sensationelle Geschichte, wonach England gegen meine und Bauers „bolschewikische" Tätigkeit Mißtrauen gefaßt hätte, welches Miß-

trauen der englische Militärbevollmächtigte Oberst Cunninghame dem Staatssekretär Mayer gegenüber zum Ausdruck gebracht habe.

Der englische Oberst und der deutschnationale Staatssekretär dementierten zwar sehr energisch, was aber die bürgerlichen Zeitungen keineswegs hinderte, mit ihren Lügen fortzufahren.

Das „Deutsche Volksblatt" wußte sogar schon von einer Deutsch-Krise zu erzählen. Ich hätte, so wurde berichtet, dem Parteivorstand meine Demission angeboten, die aber von diesem nicht angenommen worden sei. Unnötig zu sagen, daß auch diese Sensation nur eine Fabelei war, die den Wunsch zum Vater des Gedankens hatte.

Einigemal wurden auch Aktionen im Parlament gegen mich versucht. Die Deutschnationalen Wolf und Teufel griffen mich im Staatsrat an, weil ich die deutschen Sudetenländer gegen die Tschechen militärisch nicht zu halten vermochte, obwohl es ja für jeden denkenden Menschen sonnenklar war, daß diese Fragen durch keine Gefechte bei Znaim oder Nikolsburg zu lösen waren. Aber sie boten Angriffsgelegenheiten gegen den verhaßten Unterstaatssekretär und deshalb wurden sie benützt. Es fällt mir da ein, daß mich Wolf auch einmal wegen angeblicher Willkür bei Offiziersanstellungen beschimpfte, aber mir dann noch in derselben Sitzung ein Billett mit — Empfehlungen für einige seiner Freunde überreichte.

Dieses Billett habe ich zum Andenken an altösterreichische Parlamentssitten aufbewahrt.

Die Christlichsozialen erhoben am 22. November im Wehrausschuß lebhafte Klagen gegen mich, weil das Staatsamt für Heerwesen in einem Aufruf an die Heimkehrer das monarchistische Herrschaftssystem mit kräftigen Worten gekennzeichnet hatte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten, insbesondere Leuthner und Skaret, blieben aber die Antwort nicht schuldig.

Allerdings muß gerechterweise zugegeben werden, daß mir alle diese Angriffe nicht geschadet haben. Ja ich möchte sogar füglich das Gegenteil behaupten. Ohne diese fortgesetzten Quertreibereien gegen mich, deren Unsinnigkeit ja offen zutage lag, wäre es mir vielleicht gar nicht möglich gewesen, jenes Vertrauen der Massen zu erwerben, ohne das mein schwieriges Amt einfach nicht zu führen war. Je mehr die bürgerlichen Zeitungen schimpften, um so fester hielten die Arbeitermassen zu meinem Werk. Daß die bürgerlichen Zeitungen gar so schimpften, erschien vielen, die anfangs Zweck und Ziel unserer Militärpolitik nicht in allen Einzelheiten erfassen konnten, als der sicherste Maßstab richtigen revolutionären Tuns.

Ich möchte aber nochmals nachdrücklichst wiederholen, daß gerade die umstrittenste Einrichtung der neuen Wehrmacht, die Soldatenräte, eine sachliche Notwendigkeit waren, ohne die damals einfach nicht auszukommen gewesen ist. Von welchem Geiste die Soldatenräte beseelt waren, zeigten übrigens die Beschlüsse ihrer ersten Reichskonferenz vom 12. Jänner 1919. Dort wurden Beschlüsse gefaßt, die zeigen, daß die Soldatenräte sich durchaus keiner staatlichen oder nationalen Notwendigkeit verschlossen, wenn sie auch stets — wie es nur natürlich und lobenswert war — den Kampf gegen die Reaktion in den Vordergrund stellten. Die Beschlüsse lauteten:

„1. Die versammelten Vertreter der gesamten bewaffneten Macht Deutschösterreichs erklären feierlichst, daß sie entschlossen hinter der Republik stehen und bereit sind, ihre Errungenschaften, wenn nötig, bis zum letzten Mann mit der Waffe zu verteidigen. Sie erklären, daß der leiseste Versuch der Reaktion, die republikanische Freiheit an-

zutasten, einen gewaltigen Aufstand der Soldaten aller Gaue Deutschösterreichs erwecken würde.

Die Versammlung ist sich dessen bewußt, daß die politische Revolution den Volksmassen die soziale und wirtschaftliche Befreiung nicht gebracht hat, und ist entschlossen, mit dem Einsatz aller ihrer moralischen Kräfte an der Fortführung dieses großen Werkes mitzuwirken. Sie erblickt aber in der Sicherung der Errungenschaften der Republik die notwendige Voraussetzung für den Kampf um die soziale Freiheit und sie hält dies für ihre erste und dringendste Aufgabe. Sie ist von der großen geschichtlichen Mission als Avantgarde der Revolution durchdrungen und bereit, diese Mission auch in der Stunde der Gefahr zu erfüllen.

2. Die versammelten Soldatenräte Deutschösterreichs stellen die Forderung nach Abschaffung der Landesgrenzen und Errichtung der Kreisverfassung. Sie fordern, daß der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland ehestens verwirklicht werde.

Die erste Reichskonferenz deutschösterreichischer Soldatenräte entsendet den Brüdern im Deutschen Reiche herzlichen Brudergruß mit dem Gelöbnis, daß es für uns Deutschösterreicher nur ein Vaterland gibt, und das ist unser großes sozialistisches Deutschland. Mit diesem vereinigt und geeint zu marschieren ist unser Wille.

Zur Frage der Reduzierung der Volkswehr sprachen sich die Soldatenräte übereinstimmend dahin aus, daß diese in dem Sinne zu erfolgen habe, daß alle unlauteren Elemente aus der Volkswehr auszuscheiden seien.

Hierauf wurde beschlossen, an die Soldatenräte in den größeren Städten Deutschlands Begrüßungsdepeschen zu richten, ebenso an die Soldatenräte Deutschböhmens und der Provinz Sudetenland. In diesen wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, die Brüder in Deutschböhmen und den anderen Sudetenländern bald als Angehörige der geeinigten deutschen Republik begrüßen zu können. An die kämpfenden Truppen in Kärnten wurde folgende Kundgebung gerichtet: „Wir senden den Kameraden, die das geschlossene Siedlungsgebiet unseres Volkes freiwillig im Abwehrkampf schützen, brüderliche Grüße."

Von keinem dieser Beschlüsse konnte auch der verbissenste Gegner der Soldatenräte behaupten, daß sie es an der notwendigen Einsicht und Mäßigung fehlen ließen. Freilich, die Reichskonferenz schickte auch dem Internationalen sozialistischen Büro Begrüßungstelegramme, was aufgeregte Spießer schon für eine Art Vaterlandsverrat ausschrien. Unnötig zu sagen, daß die Bekundung internationaler Gesinnung nicht im Gegensatz zur deutschen demokratischen Republik, sondern vielmehr eine Folge des Bekenntnisses zu ihr war. Denn die Verwirklichung Großdeutschlands schien ja nur durch die wachsende Macht der proletarischen Internationale erreichbar.

Auf der Reichskonferenz der Soldatenräte sind nicht lauter feingedrechselte, abgetönte Reden gehalten worden. Es ging dort mitunter ziemlich heftig her. Aber was ist das doch für ein pharisäisches Augenverdrehen, das von einer großen Bewegung nichts anderes wahrzunehmen vermag, als die dabei mitunterlaufenden Äußerlichkeiten!

Ja es ist in der Revolutionszeit vorgekommen, daß Soldatenräte verstiegene Reden gehalten haben und daß unter ihnen sogar auch allerlei bedenkliche Leute gesessen sind. Aber schließlich hat doch die überlegene Einsicht gesiegt und Schritt für Schritt wurden die unlauteren Elemente hinausgedrängt.

Eine Revolution kann eben nicht die Sitten eines besseren Tanzkränzchens haben und nicht mit dem geruhsamen Maßstab behäbiger Wohlanständigkeit gemessen werden. Wer objektiv den Gang der Ereignisse überblickt, kann meines Erachtens kaum anders als zugestehen, daß der Verlauf der Revolution in Österreich ein ganz bedeutendes Maß gesellschaftlicher Selbstzucht der Arbeitermassen wirksam werden ließ. Das gilt auch für die Soldaten der Revolution.

Die Soldaten haben in der Zeit des Umsturzes in Österreich eine ganz außerordentliche Rolle gespielt. Sie waren die leidenschaftlichsten Revolutionäre. Ihre Zusammenkünfte waren von radikalerem Gehaben als die anderen Versammlungen dieser Tage. Ihren Organisationen kam eine besonders große Bedeutung zu, denn sie zählten zu den stärksten wirkenden Kräften der Republik. Das muß auch bedacht werden, wenn die Wirksamkeit der Soldatenräte besprochen wird, deren Bedeutung sonst unverständlich bleibt. Die Soldatenräte waren die Exponenten des revolutionären Willens der Soldaten.

Sie haben im Guten wie im Schlechten die Eigenheiten der revolutionären Soldaten in ihrer Person verdichtet. Wägt man das Gute gegen das Schlechte ab, dann stellt sich das letztere wohl nur als das übliche Vorhandensein kleiner menschlicher Schwächen dar, ohne die nun einmal Menschenwerk nicht möglich ist, während das erstere eine leidenschaftliche Hingabe an die Revolution war, die durch sie kräftig belebt wurde.

Getragen von dem Gedanken, der gesamten Revolution zu dienen, haben die Soldatenräte mitgeholfen, die verderblichen Teilaktionen kommunistischer Überrevolutionäre zu verhindern. Recht deutlich zeigte sich dies im Kampf gegen die „Rote Garde“, der ohne die Mithilfe der Soldatenräte überhaupt nicht geführt hätte werden können. Davon wird später ausführlicher die Rede sein, aber schon an dieser Stelle sei auf die folgenschwere erste Aktion gegen die Rote Garde aufmerksam gemacht:

In den ersten Monaten des Jahres 1919 war in der Auseinandersetzung mit der Roten Garde eine bedeutsame Wendung eingetreten. Die dort eingeteilten Sozialdemokraten hatten sich davon überzeugt, daß ein gedeihliches Zusammenwirken mit den Kommunisten nicht zu erreichen sei, und faßten deshalb den Beschluß, die Rote Garde zu verlassen. Mir war dieser Beschluß anfangs nicht recht, weil ich befürchtete, daß die Kommunisten, wenn man sie in der Roten Garde allein ließ, noch weit eher als bisher geneigt sein würden, törichte Streiche auszuführen. Frey, der in einer eigens zu diesem Zwecke einberufenen Sitzung die Sprengung der Roten Garde verfocht, erklärte aber, mit seinen Leuten auf gar keinen Fall mehr dort bleiben zu wollen, weshalb ich schließlich nachgab. Ich knüpfte nur die Bedingung an meine Zustimmung, daß kein Teil der Roten Garde in der Stiftskaserne bleiben dürfe. Wir vereinbarten, daß die austretenden Sozialdemokraten in die Roßauerkaserne übersiedeln sollten, während die Zurückbleibenden — meistenteils Kommunisten — vom Zentrum der Stadt weg in eine leerstehende Schule nach Rudolfsheim verlegt wurden. Die bisherige Rote Garde hieß fortan: Volkswehrbataillon Nr. 41.

Mit der Trennung der Roten Garde war, wie sich alsbald herausstellte, doch ein nicht unbeträchtlicher Schritt nach vorwärts getan worden. Fürs erste war sie um mehr als die Hälfte ihrer Anhänger

geschwächt und zweitens verlor sie gerade den militärisch besten Teil ihrer Soldaten. Noch war es lange nicht so weit, daß man über sie hätte zur Tagesordnung hinweggehen können. Aber von der großen Gefahr, die sie bisher gewesen, war nur mehr eine Verlegenheit geblieben. —

In den ersten Wochen des Umsturzes war es in der Fülle der zu bewältigenden Arbeiten nicht möglich gewesen, sich eingehend mit den Vorgängen in den Ländern zu beschäftigen. Die meisten Regierungsmitglieder waren mehr Wiener Stadtsekretäre als österreichische Staatssekretäre. Sie mußten sich damit begnügen, Weisungen hinauszugeben, ohne daß es stets gelungen wäre, ihre Durchführung zu überprüfen. Diesem immer fühlbarer werdenden Übelstand versuchte ich in meinem Ressort auch dadurch abzuhelfen, daß ich selbst in die Länder fuhr, um dort nach dem Rechten zu sehen. Ich war das erstemal schon Ende November 1918 in Oberösterreich, Salzburg und Steiermark. Was ich in diesen Ländern sah, war im Wesen eine etwas abgeschwächte und verkleinerte Kopie des Zentrallandes. In allen Hauptstädten war die Volkswehr in derselben Weise aufgestellt worden wie in Wien und zeigte auch die gleichen Züge. Überall waren die Volkswehrsoldaten ein starker Machtfaktor, der die Republik gegen rechts wie gegen links wirksam verteidigte.

In den Ländern mit einer geringeren Industriebevölkerung war der Kampf in der Hauptsache gegen rechts zu führen. In den ersten Umsturztagen hatten freilich die Reaktionäre nirgends viel zu reden, nicht einmal in Tirol. Dort hatte Dr. G r u e n e r, der später Landeshauptmannstellvertreter wurde, lange Zeit den größten Einfluß auf die Wehrmannschaft. Eine seiner besten Hilfskräfte war der tapfere Unteroffizier P a s s a m a n i, der den Vorsitz im Tiroler Soldatenrat führte. Landesbefehlshaber war im ersten Revolutionsjahr der alte Tiroler Oberst E c h e r, ein knorriger, überzeugter Offizier, der sich aber bemühte, die neue Zeit zu verstehen. Solange er im Amte blieb, ging es trotz aller persönlichen und sachlichen Gegensätze auch in Tirol ohne besondere Reibungen. Schwierig wurden die Verhältnisse erst, als die Nachfolger Echers, die Offiziere subalternen Geistes waren, ihrer Ränkesucht gegen die Soldatenräte unter dem Schutze der klerikalen Landesregierung die Zügel schießen lassen konnten.

Etwas leichter waren die Kämpfe gegen die Reaktion in Salzburg. Dort saßen nicht so viele Offiziere wie in Innsbruck, die sich als erklärte Bannerträger der Reaktion fühlten. In Salzburg behauptete der Abgeordnete W i t t e r n i g g den Einfluß auf die Soldatenschaft, den er sich während der Umsturztage verschaffen konnte. Angesichts der Einmütigkeit der Soldatenschaft gelangen den Reaktionären auch später ihre Treibereien nicht in dem von ihnen erhofften Maße.

Ganz anders als in Tirol und Salzburg waren die Dinge in Oberösterreich und in der Steiermark. In diesen beiden Ländern drohte nicht nur von rechts, sondern auch von links der Feind. Ganz interessant ist es, an dem Vergleich dieser beiden Länder im kleinen zu sehen, wie ungleich erfolgreicher die Sozialdemokratie war, wenn sie sich in ihrem Kampfe gegen die beiden Fronten nicht zu heftig gegen ihre Feinde von links wandte. In Oberösterreich, wo der geistige Führer der Soldaten, B a u m g ä r t e l, von Haus aus in erster Linie auf einen Kampf gegen die Reaktion eingestellt war, riß die Verbindung mit den radikaleren Schichten des Proletariats, in An-

lehnung an die in Wien von uns befolgte Taktik, nie ganz ab — auch nicht in den kritischesten Tagen. Dadurch gelang es, das Hinübergleiten der Radikalen ins kommunistische Lager zu verhindern.

In Steiermark wurde vor allem danach getrachtet, mit den putschistischen Kommunisten fertig zu werden, wobei die Partei schließlich, ohne es zu wollen, zeitweise in eine gefährliche Nachbarschaft zur bürgerlichen Ordnungsmacherei geriet.

Ein Jahr später zeigte sich in der Tatsache, daß die proletarische Wehrmacht in Oberösterreich ungleich machtvoller und gefestigter dastand als in Steiermark, welche Taktik für die Arbeiterschaft erfolgreicher war. Wobei freilich zugegeben werden muß, daß die kommunistischen Unsinnigkeiten, die sich in den ersten Revolutionsmonaten in Graz leidenschaftlicher auslebten als in Linz, die steirische Sozialdemokratie in eine Zwangslage brachten, aus der es nicht leicht einen anderen Ausweg gab als den, sich gegen die Putschisten mit allen Mitteln zur Wehr zu setzen.

Bei meiner ersten Reise durch die Länder war ich bemüht, durch Inspizierungen die Ordnung in der Truppe zu heben und durch die Abhaltung von allgemeinen Empfängen sowie durch ausführlichere Besprechungen mit Soldatenräten und Offizieren den Geist der Volkswehr zu beleben. Das Bürgertum verfolgte in den Ländern meine Tätigkeit womöglich mit noch größerem Ingrimm als in Wien. Das merkte man schon an den Zeitungen.

Das Schimpfen über die Volkswehr wurde von den bürgerlichen Zeitungen der Provinz noch fleißiger geübt als von ihren Kolleginnen in Wien. Nur zeterte man draußen mehr über die einige Hundert Kilometer entfernten Revolutionssoldaten der Hauptstadt, indes man die des eigenen Landes glimpflicher behandelte. Vorsicht war dieser Tapferkeit besserer Teil. Es kam sogar vor, daß bürgerliche Zeitungen die Volkswehr des eigenen Landes ausdrücklich belobten — nur die fremden, das waren die schlechten.

Am meisten regte sich eine klerikale Zeitung in Linz deshalb über mich auf, weil ich in meiner dortigen Rede auseinandergesetzt hatte, daß wir die Offiziere eine vierwöchige Probedienstleistung bei der Truppe machen lassen würden, bevor wir sie definitiv bestätigten. Der Grund für diese Maßnahme war sehr naheliegend. Die Soldaten verlangten überall die freie Offizierswahl. Die konnten wir ihnen nicht zugestehen. Deshalb gelangten wir schließlich zu dem Kompromiß, daß das Staatsamt die Offiziere ernennen, ihre definitive Einteilung aber erst nach vier Wochen vornehmen sollte. Innerhalb dieser vier Wochen hatten die Soldaten das Recht, durch ihre Vertrauensmänner Einspruch zu erheben, dem Folge zu geben das Staatsamt nicht anstehen sollte, wenn er wirklich begründet war.

Es haben sich bei der Handhabung dieses Systems, das ja nur für die kritische Übergangszeit gedacht war, durchaus nicht so viele Reibungen ergeben, als uns prophezeit worden waren. Wir machten vielmehr die Erfahrung, daß neunzig Prozent aller Offizierseinteilungen ohne jede Schwierigkeit erfolgen konnten. Die letzten zehn Prozent mußten im Wege von Verhandlungen durchgesetzt werden. Es dünkte mich noch immer besser, die Mannschaft von den Qualitäten eines Offiziers zu überzeugen, als ihnen denselben durch einen bloßen Befehl aufzwingen zu wollen. Es wäre dann ja doch kein gedeihliches Verhältnis zwischen Offizier und Mann möglich gewesen.

In den Revolutionstagen war nun einmal mit Befehlen allein nichts zu richten. Man mußte versuchen, die Psyche der Menschen zu erkennen, um ihnen dann nicht mehr zuzumuten, als sie vertragen konnten.

Die Fälle, in denen die Mannschaft sich auch im Verhandlungsweg nicht überzeugen ließ, gehörten zu den allerseltensten Ausnahmen. Meistens handelte es sich dann um einen Offizier, der schon von früher her als Leuteschinder bekannt war. Gewöhnlich machte uns aber die Mannschaft von dem Tage an, an dem wir ihr zugestanden hatten, daß sie einen Einspruch geltend machen dürfe, keine besonderen Schwierigkeiten.

Freilich, jene Offiziere und ihre Anhänger, die im alten Obrigkeitsstaat groß geworden, sich in die neuen Verhältnisse nicht zu schicken wußten, schimpften gottsmörderisch. Wir waren dieses Schimpfen aber schon zu sehr gewöhnt, als daß es noch einen besonderen Eindruck auf uns hätte machen können.

2. Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Unruhen.

Die Beendigung des Krieges hatte die riesenhafte Kriegsindustrie plötzlich lahmgelegt. Wohl begannen die Industriellen mit der Umstellung der Kriegsindustrie auf die Erzeugung von Friedenswaren, aber dieser Prozeß, der an und für sich sehr schwierig ist, wurde durch die Besonderheit der österreichischen Verhältnisse noch bedeutend kompliziert.

Fürs erste fehlte es an Rohstoffen und Kohle. Hatte es schon das durch die jahrelange Blockade erschöpfte große Gebiet des alten Reiches unendlich schwer gehabt, die Industrie mit den notwendigen Rohstoffen zu versorgen, wie denn erst das kleine Land Deutschösterreich. Am katastrophalsten war der Mangel an Kohle, der für die nächsten Jahre überhaupt nicht abwendbar zu sein schien.

Dann litt die Industrie unter der Einstellung der Zahlungen des Kriegsministeriums, das in Liquidation getreten war. Am schwersten wurde sie aber durch die plötzliche Zerreißung des bisherigen Wirtschaftsgebietes, durch die Absperrung der neuentstandenen Staaten voneinander getroffen, die da eine Fabrik von ihrem Tochterinstitut und dort wieder die kommerzielle Verwaltung eines Unternehmens von diesem selbst gewaltsam loslöste. Die Unternehmer verloren vielfach jede Basis einer redlichen kaufmännischen Gebarung. Die Folge war ein allgemeiner Stillstand der Produktion.

Während der Arbeitsmarkt noch in der ersten Zeit des Umsturzes völlig entblößt von Arbeitskräften war, trat allmählich eine arge Überflutung ein.

Die Arbeiter, eben erst vom Militärdienst entlassen und noch in einer Art Kriegspsychose befangen, sahen sich einer trostlosen Wirtschaftslage gegenüber, die sie um so drückender empfanden, als ihnen die Revolution starke politische Machtmittel in die Hand gegeben hatte. Den Zwiespalt zwischen wirtschaftlicher Ohnmacht und politischer Macht nützte die neugegründete kommunistische Partei geschickt aus. Sie wandte sich dabei in erster Linie an jene Schichten, die keine festgefügte Organisation hatten, wie die Arbeitslosen, Invaliden und Soldaten, die aber überdies durch die Besonderheit ihres Schicksals in der Übergangszeit am schwersten litten. In diesen Schichten war auch die Zahl jener, die eben erst zum Klassenbewußtsein erwacht waren, besonders groß. Während die in den alten festgefügten Organisationen stehenden

Arbeiter der Sozialdemokratie treu blieben, gelang es den Kommunisten, vor allem die erst durch den Umsturz in den Strom der Arbeiterbewegung Hineingerissenen, die Novembersozialisten, zu einem Teil für sich zu gewinnen.

Die Unruhe in Wien und den anderen Städten wuchs von Woche zu Woche. Je weiter der Winter vorrückte und Kälte und Nahrungsmangel die Massen schier zur Verzweiflung trieben, desto gereizter wurde die Stimmung. Die junge Republik führte zwar sogleich eine staatliche Arbeitslosenunterstützung ein, aber die von ihr ausbezahlten Beträge waren zu gering, um ausreichend der Not zu steuern. Auch die Renten, die nach dem neuen Kriegsbeschädigtengesetz an die Invaliden zur Auszahlung gelangten, wurden von diesen weitaus als zu gering erachtet. So konnte die Agitation der Kommunisten immer mehr an Boden gewinnen. Sie zog viele Leute an, die mit den fernen Zielen des Kommunismus sehr wenig anzufangen wußten, aber um so mehr mit den unmittelbaren Tagesforderungen, die absichtlich immer rücksichtsloser in die Höhe geschraubt wurden.

Wien und die anderen Städte lebten in einer fiebrigen Atmosphäre. Fast kein Tag verging ohne Massenversammlung und Demonstration. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung verhandelten, redeten, beschwichtigten, schufen Ausgleiche und Entspannungen, um schließlich, kaum an einem Punkte fertig geworden, am anderen wieder von vorn anfangen zu müssen.

Ich hatte insbesondere mit den Invaliden und den Heimkehrern, zum Teil auch mit den Arbeitslosen zu tun.

Die Invaliden hielten eine Unzahl Versammlungen ab, veranstalteten große Umzüge und schickten viele Deputationen. Alle ihre Kundgebungen atmeten eine schier verzweifelte Stimmung. Die armen Menschen, durch den Krieg um ihre gesunden Glieder gebracht, konnten innerlich nicht zur Ruhe kommen. Jede Verhandlung mit ihnen vollzog sich in fieberhaften Aufregungszuständen. Man mußte sorgsam jedes Wort abwägen, um sie nicht zu verletzen, und alle Dinge zwanzigmal sagen, weil jedes Deputationsmitglied, ohne sich um seinen Vorredner zu kümmern, immer wieder von vorn anfing. Dazu kam, daß sich in ihren Reihen sehr viele Projektemacher befanden, die sich an ihre Pläne mit aller Inbrunst kranker Menschen klammerten und schwer von der Unmöglichkeit, sie durchzuführen, zu überzeugen waren.

In einer ähnlichen Stimmung wie die Invaliden waren die Heimkehrer, die ja eigentlich auch als Kranke angesehen werden konnten, denn Krieg und Gefangenschaft hatten ihre Nerven so zerrüttet, daß sie sich lange nicht zurechtfinden konnten. Die Heimkehrer legten das Schwergewicht ihrer Agitation auf die Durchsetzung einer Abfertigung von 5000 Kr. Diese zu gewähren war aber die Regierung außerstande, weil das Geld nicht nur den jetzt aus der Gefangenschaft heimkehrenden, sondern allen ehemaligen Soldaten ausbezahlt hätte werden müssen. Das hätte derart große Summen erfordert, daß die Banknotenpresse gar nicht in der Lage gewesen wäre, sie in absehbarer Zeit herzustellen.

Gerade die offensichtliche Unmöglichkeit, die Forderung der Heimkehrer zu erfüllen, benützten die Kommunisten zu vermehrter Agitation für dieselbe. In Graz bemächtigten sich dieser Forderung aber auch bäuerliche Elemente. Sie zogen aus der Umgebung in die Stadt und bedrängten die Landesregierung in einer stürmischen Kundgebung so lange, bis diese sich zu einem wenigstens teilweisen Nachgeben entschloß. Die steirische Landesregierung ließ jenen Heim-

kehrern, die auch bei der Volkswehr gedient hatten, aus ihren Kassen je 300 Kr. ausbezahlen, die ihr dann zur Hälfte vom Staat ersetzt wurden. Die erzwungene Nachgiebigkeit in der einen Stadt wirkte natürlich sofort auf die anderen Städte. Am stürmischesten war die Bewegung in Wien. Wir durften es als einen großen Erfolg buchen, daß es schließlich gelang, die Heimkehrer mit der Abgabe von Bekleidungsstücken halbwegs zu befriedigen.

Nicht minder rührig wie die Heimkehrer selbst waren die Angehörigen der noch in der Kriegsgefangenschaft schmachtenden Soldaten. Die Angehörigen hatten große Organisationen gebildet, die zahlreiche Versammlungen abhielten und immer nachdrücklicher den sofortigen Heimtransport der Gefangenen, die zumeist im fernen Sibirien waren, verlangten. Daß es uns an dem Willen hiezu nicht fehlte, ist selbstverständlich. Die Frage war indes, woher wir das Geld zum Heimtransport, das in fremden Valuten bezahlt werden mußte, nehmen sollten. Die Angehörigenorganisationen legten uns die abenteuerlichsten Projekte vor, die nicht durchgeführt werden konnten. Dagegen waren sie mit allem, was von Amts wegen geschah, sichtlich unzufrieden. Sie veranstalteten deshalb einen wahren Sturmlauf gegen den Leiter der Kriegsgefangenenabteilung meines Amtes, den Oberintendanten Raabl-Werner, der in einer Weise heruntergemacht wurde, daß er mir oft herzlich leid tat.

Ich sah immer deutlicher, daß die vom Amte geführte Aktion zur Heimbeförderung bei dem herrschenden Mißtrauen stets schwieriger wurde und schließlich auch dazu beitrug, die innerpolitische Spannung zu erhöhen. Es mußten alle persönlichen Empfindlichkeiten zurückgestellt werden, um ein Stück weiter zu kommen. Wir setzten dem Oberintendanten Raabl-Werner eine eigene Kommission von Vertretern der Angehörigenvereine zur Seite. An die Spitze dieser Kommission traten zwei Parlamentsmitglieder — Dr. Ämilian Schöpfer und Paul Richter —, die nun ihrerseits in den folgenden Monaten die harte Aufgabe hatten, die Angehörigen zu beruhigen und gleichzeitig den Heimtransport der Gefangenen zu beschleunigen. Beides ist ihnen verhältnismäßig gut gelungen, wobei allerdings auch hier dem sozialdemokratischen Abgeordneten (Richter) der größere Teil der Lasten zufiel, denn er war es, an den sich die Hoffnung der beinahe verzagenden Angehörigen in erster Linie klammerte. Freilich blieb ich von den Aufregungen, mit denen diese Arbeit verbunden war, auch nach der Schaffung der Kriegsgefangenenkommission nicht verschont. Viele Dutzende Male mußte ich intervenieren und ausgleichen. Schon die Ernennung der Kommissionsmitglieder allein, die mir oblag, schuf ungezählte Schwierigkeiten, weil so ziemlich jede Tischgesellschaft ein Mandat haben wollte. Je größer aber die Zahl der Kommissionsmitglieder war, desto geringer wurde die Arbeitsmöglichkeit, denn eine Versammlung von einigen hundert Köpfen kann ja nicht verwalten. Das wollten freilich diejenigen, die kein Mandat erhielten, nicht einsehen.

Schließlich ist auch dieser Kelch des Leidens an uns vorübergegangen. Mit jedem Schiff, das Gefangene nach Hause brachte, verringerte sich die Zahl der uns belagernden Gattinnen und Mütter.

Am schwersten war es, die Arbeitslosen über die unsäglich bittere Zeit hinwegzuführen.

In einigen staatlichen Betrieben gelang es allerdings, einen allmählichen Abbau der Arbeiter herbeizuführen und auf diese Weise ge-

fährliche Weiterungen zu verhüten. So wurden nach langwierigen Verhandlungen, die unter meinem Vorsitz stattfanden, die Arbeiter des Wiener Arsenals teilweise befriedigt. Im Einvernehmen mit den Regierungen der Nachfolgestaaten, das herzustellen deshalb nötig war, weil viele Tschechen und Polen unter den Arbeitern waren, wurde ein Ausgleich herbeigeführt, wonach die zu Entlassenden neun Wochen hindurch zwei Drittel ihres Lohnes als Unterstützung ausbezahlt erhielten. Die Arsenalarbeiter gaben sich damit zufrieden, trotzdem die Kommunisten alle Hebel in Bewegung setzten, um sie an ihre Seite zu ziehen.

Ein ähnliches Vorgehen wie für das staatliche Arsenal war für die private Industrie nicht erreichbar. Ihre Arbeitslosen nagten am Hungertuch und wurden deshalb von Tag zu Tag erbitterter. Sie verlangten die Ausführung von Notstandsbauten oder eine namhafte Erhöhung der staatlichen Unterstützng. Weder das eine noch das andere konnte geschehen. Zur Ausführung von Notstandsbauten fehlten nicht allein die finanziellen Mittel, sondern, was noch entscheidender war, die Baumaterialien. Die Arbeitslosenunterstützung wurde im Laufe des Winters wohl erhöht, aber es war nicht möglich, die Erhöhung so ausgiebig zu gestalten, wie es die Arbeitslosen verlangten, weil der ohnehin schon halbbankrotte Staat schlechthin nichts mehr leisten konnte. Es blieb, da an eine Erfüllung der Arbeitslosenforderungen nicht zu denken war, nichts anderes übrig, als wieder zu beschwichtigen, kleine Zubußen herbeizuschaffen und nochmals zu beschwichtigen.

Die Beschwichtigungen gelangen nicht immer. Es kam in Wien im Anschluß an Arbeitslosenversammlungen zu großen stürmischen Auftritten, die nur mit Mühe soweit eingedämmt werden konnten, daß kein Unglück geschah. Schlimmer war es in Linz und Graz. In Linz begannen am 4. Februar 1919 große Plünderungen, mit denen Polizei und Gendarmerie nicht fertig zu werden vermochten. Erst als die Volkswehr eingriff, gelang es, die Ruhe wieder herzustellen. In Graz spielte sich vom 20. bis 22. Februar Ähnliches ab. Ich mußte selbst nach Graz fahren, um an der Herstellung der Ordnung mitzuwirken.

Die Grazer Vorgänge waren insofern am bedrohlichsten, als sie, getragen von einigen Kommunisten, auch die benachbarten niederösterreichischen Industriebezirke zu erfassen versuchten. Nur den mühevollsten Verhandlungen und der unmittelbaren Einwirkung der sozialdemokratischen Vertrauensleute in Wiener-Neustadt und Ternitz gelang es, das Weitergreifen der Unruhen zu verhüten.

In Graz hatten damals die bürgerlichen Parteien so gut wie jede Macht verloren. Die militärischen Angelegenheiten wurden von einem Kollegium dreier Vertreter der Parteien geleitet, aber in ihm sprach der Sozialdemokrat R e s e l das entscheidende Wort. Landeshauptmann war der Bürgerliche Dr. K a a n, ein zwar sehr kenntnisreicher, aber schon ganz verbrauchter alter Herr, der sich wohl hütete, ohne die vorher eingeholte Zustimmung der Sozialdemokraten etwas Entscheidendes zu tun. Die wirtschaftlichen Angelegenheiten wurden von den beiden Wirtschaftskommissären W u t t e und Dr. E i s l e r geführt, wobei zweifelsohne der Sozialdemokrat sich den größeren Einfluß zu wahren wußte. Bei meiner Anwesenheit fanden mehrere Besprechungen der Landesregierung mit dem Soldatenrat statt, in denen die bürgerlichen Abgeordneten immer wieder dem Soldatenrat Anerkennung zollten und ihm für die geleistete Arbeit dankten. Daß auch der heiße Kampfboden der steirischen Landeshauptstadt ohne allzu schwere Erschütterungen die Revolution überdauerte, ist ein Verdienst der Sozialdemo-

kraten, die, wie ich vorhin erwähnte, in dieser Beziehung sogar um ein Stück weiter gingen, als es unserer Taktik in den anderen Ländern entsprach.

An die Arbeit der Sozialdemokraten während der Umsturzzeit muß ich auch an dieser Stelle erinnern, weil die bürgerliche Welt die entscheidenden Tatsachen inzwischen völlig vergessen zu haben scheint oder sich wenigstens so anstellt.

In Wien wurde die Beruhigung der Massen auch dadurch erschwert, daß so viel politischer Zündstoff angehäuft war. Immer wieder hörte man von geheimen Zusammenkünften monarchistischer Offiziere und Studenten, die die Republik mit Gewalt stürzen wollten. Auf der anderen Seite entfalteten die Kommunisten eine rege Agitation für die sofortige Errichtung der Räterepublik. Zwischen diesen beiden Extremen galt es durchzukommen.

Die reaktionäre Gefahr konnte nur durch nimmermüde Wachsamkeit gebannt werden.

Ich will nicht in Abrede stellen, daß vieles von dem, was an reaktionären Putschgerüchten in unseren Kreisen verbreitet wurde, Übertreibungen waren. Es verging kaum ein Tag, an dem mir nicht irgendeine Warnung zukam. Ich bemühte mich stets, diese Warnungen auf ihren wirklichen Gehalt zu prüfen, aber andere, die ähnliche Nachrichten erhielten, waren weniger kritisch oder hatten keine Zeit zur Überprüfung der Nachrichten und gaben sie weiter. So entstanden mitunter unbegründete Putschgerüchte, die zu vermeiden gewesen wären.

Wenn ich nach solchen unnützen Aufregungen meine Freunde zur Rede stellte, wurde mir entgegengehalten, daß es wohl besser sei, sich ein paarmal unnütz aufzuregen, als sich nur ein einziges Mal überraschen zu lassen. Das war gewiß richtig. Ich mußte, weil ich das einsah, es schließlich auch über mich ergehen lassen, daß für meine persönliche Sicherheit Vorkehrungen getroffen wurden. Vor meinem Arbeitsraum saßen einige Volkswehrsoldaten, vor meinem Wohnhaus hielt die Polizei Wache und mich selber begleitete auf allen Wegen ein handfester Vertrauensmann aus der Arbeiterwehr des Arsenals. Wenn es nach den Drohungen gegangen wäre, die mir in reicher Zahl zugingen, hätte freilich keine Bewachung helfen können. In den Drohbriefen wurde mir der Tod in allen Formen, die nur möglich waren, angekündigt. Sogar Tag und Stunde des Attentats erhielt ich verschiedene Male avisiert. Einmal glaubte ich einen Augenblick lang selbst an ein Attentat. Ich fuhr einmal spät nachts in das Amt. Als der Wagen vor dem geschlossenen Tor hielt und auf das Öffnen wartete, stürzte plötzlich ein Mann mit einigen raschen Sätzen aus dem Dunkel hervor auf mich zu. Knapp vor mir griff er in die Tasche — ich glaubte, er werde jetzt den Revolver ziehen — und ehe ich mich noch recht besinnen konnte, lag ein Brief in meinem Schoß. Es war ein Bittgesuch, das ein strafweise entlassener Soldat mir auf diese etwas dramatische Art überreichte.

Ich nahm die Drohbriefe und Rachepläne natürlich nicht ernster, als sie es verdienten. Sie erschienen mir als notwendige Begleiterscheinungen meiner Stellung, die eben alles eher denn gemütlich war, und als solche nahm ich sie mit in den Kauf. Aber die Bedrohung des eigenen Lebens mochte ich einschätzen, wie es mir beliebte, ein ander Ding war die Bedrohung der ungestörten Entwicklung der Republik, die zu hüten ich mitberufen war. Ihr gegenüber durfte es keine persönliche Rücksichtnahme geben. Da hieß es wachsam sein.

Wir durften vor allem auch nicht den leisesten Keim einer bewaffneten Organisation der Monarchisten dulden, mochte sie unter welchem Vorwand immer versucht werden. Unsere Gegner benützten jede Gelegenheit, um eine bewaffnete Formation in ihre Hand zu bekommen. So hatten sie unter der in den ersten Umsturztagen eingesetzten Offizierswache in der Hofburg Anhänger gefunden, und ich mußte befürchten, daß bei einer uns ungünstigen Entwicklung schließlich dieses ganze Wachkorps von Reaktionären beherrscht werden würde. Nachrichten, die ich über die Offizierswache bekam, ließen erkennen, daß über den Geist, der zumindest unter einem Teil der Offiziere herrschte, kein Zweifel bestehen konnte. Dabei hatte die Wache die Hofburg allmählich in einen beinahe kriegsmäßigen Verteidigungszustand gesetzt. Die Tore der Hofburg blieben noch immer so abgesperrt wie in den ersten Umsturztagen, Maschinengewehrstellungen waren ausgebaut und die Besatzung viel zahlreicher, als zur Bewachung nötig erschien.

Es war da gewissermaßen eine Offiziersfestung in der Mitte der Stadt entstanden. Ihr Kommandant und auch eine Anzahl seiner Untergebenen waren gewiß guten Glaubens. Aber von einem Teil der Offiziere war es ebenso sicher, daß sie keineswegs zuverlässig waren. Ich löste deshalb, um von vornherein jeder Verwirrung vorzubeugen, die Offizierswache auf und beseitigte im Einvernehmen mit der Polizei die Absperrung der Hofburg. Die Offiziere murrten wohl, doch wagten sie es — bis auf die Abhaltung einiger Versammlungen und die Entsendung von Deputationen — nicht, sich offen zu widersetzen. Auch die Unterstützung, die sie bei den bürgerlichen Parteien fanden, konnte ihnen nicht helfen, denn wir waren stark genug, jede reaktionäre Gardenbildung unter der Zustimmung des weitaus größten Teiles des Volkes im Keime zu ersticken.

Auch in unserem Kampf gegen die roten Garden traten immer deutlicher die Sympathien der Mehrheit des Volkes auf unsere Seite.

Die Kommunisten hatten außer der ehemaligen Roten Garde nur mehr in einer Volkswehrabteilung, die in der Siebenbrunnenkaserne in Margareten lag, einen bewaffneten Stützpunkt. Diese Volkswehrabteilung stand unter dem Kommando des Reserveoberleutnants Lunzer, eines jungen Mannes, der erst in den Umsturztagen Sozialist geworden war und sich nun an radikalen Aktionen nicht genugtun konnte. Ich bin, meiner bisherigen Taktik getreu, auch ihm nicht mit Gewalt entgegengetreten, sondern versuchte, durch gütliches Zureden den Wildling zu bändigen. Es waren viele Stunden, die wir, nämlich meine Adjutanten und ich, damit zubrachten, Lunzer und seine Kameraden von selbstherrlichen Aktionen, Beschlagnahmen, Verhaftungen und dergleichen abzuhalten. Schließlich hat sich Lunzer, als er einige Monate vergeblich gegen unsere Zähigkeit angerannt war, auf ein anderes Betätigungsfeld geworfen. Er versuchte eine Arbeitsarmee aufzustellen, welchen Versuch wir nicht störten, weil es uns gescheiter dünkte, daß er mit seinen Leuten in einem Walde Bäume fällte, als daß er in Wien kommunistische Weltverbesserungspläne schmiedete. Er scheint bei seinem Versuch auch tatsächlich wieder das seelische Gleichgewicht gefunden zu haben, denn ich habe später von ihm nichts mehr gehört.

Die Kommunisten hatten in der Volkswehr niemals so viele Anhänger, als ihnen die Angst des Bürgertums andichtete und sie sich selbst einbildeten. Außer der ehemaligen Roten Garde, die jetzt in

Rudolfsheim lag, und außer der oben genannten Margaretner Abteilung war die Volkswehr fest in unserer Hand. Die Stärke der Kommunisten lag vielmehr in der Unzufriedenheit der vielen Tausenden von Heimkehrern, Invaliden und Arbeitslosen. Die Unruhe, die von ihnen ausging, konnte allerdings der Republik sehr gefährlich werden. Sie war aber nicht durch Gewalt zu bannen. Dazu bedurfte es zäher Aufklärungsarbeit und vor allem zweckentsprechender organisatorischer Maßnahmen. Wenn es gelang, die von einer Welle der Unzufriedenheit getragenen Kommunisten unter eine geistige oder organisatorische Bevormundung zu stellen, die sie hinderte, ihre törichten Pläne zu verwirklichen, dann, aber nur dann konnte die Situation in unserem unglücklichen Lande gerettet werden.

Die Schaffung des Arbeiterrates nach den Plänen Friedrich **Adlers** war ein solcher Rettungsweg. Dieser Arbeiterrat war eine Zusammenfassung **aller** sozialistischen Parteien; ihm konnten sich die Kommunisten nicht entziehen, nachdem sie jeden Tag deklamiert hatten: „Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten!" Der Arbeiterrat war aber in seiner übergroßen Mehrheit sozialdemokratisch und faßte infolgedessen keine Beschlüsse, die das Proletariat zu einem gefährlichen Abenteuer hätten verführen können. Die Kommunisten mußten sich diesen Beschlüssen fügen, wenn sie ihre eigene Arbeiterratstheorie nicht ad absurdum führen wollten, und waren somit gewissermaßen an eine Kette gelegt. Sie haben sich zwar mehrere Male aufgebäumt und den Beschlüssen des Arbeiterrates den Gehorsam verweigert. Das Unglück, das sie auf diese Weise anrichteten, war groß, aber noch größer wäre zweifellos das Unglück geworden, wenn es überhaupt keinen gemeinsamen Arbeiterrat gegeben hätte, weil dann die Kommunisten ohne Hemmung gewesen wären. Die Auseinandersetzungen im Arbeiterrat waren freilich eine Geduldprobe härtester Art. Aber sie halfen mit, unser Land und unser Proletariat über die schwierigste Zeit hinwegzuführen.

3. Ein vergeblicher Milizversuch.

Ende Dezember 1918 erschien ein von mir gezeichneter Leitartikel in der „Arbeiter-Zeitung", der für die demokratische Miliz als die Wehrmacht der Zukunft eintrat. Ich würdigte in dem Artikel vorerst die Ergebnisse der Revolution:

> „Das bedeutendste bisherige Ergebnis der Revolution ist der Zusammenbruch des Militarismus. Mit ihm sank die Waffe der Monarchie, die starke Stütze der feudalen Vorherrschaft in den mitteleuropäischen Ländern. Der Zusammenbruch erfolgte so rasch, daß die herrschenden Klassen gar nicht Zeit hatten, zur Besinnung zu kommen und die ganze Tragweite des Ereignisses zu erfassen. Als sie schließlich begriffen, **was** mit der alten Militärherrschaft an feudaler und auch an bürgerlicher Klassenmacht zugrunde gegangen war, war es zu spät. In ohnmächtigem Keifen und — weil das Bürgertum ja nie anders als im engen persönlichen Kreise zu denken vermochte — in wildem Geschimpfe auf einzelne Mitglieder der neuen Regierung, die an allem „schuld" sein sollte, tobt sich ihr Grimm aus.
>
> Lassen wir das Geschrei der reaktionären Presse links liegen und betrachten wir vom sozialdemokratischen Standpunkt aus die Lage."

Daran schloß sich eine Darstellung der Notwendigkeit der Aufstellung einer Wehrmacht überhaupt, die sich gegen die Pazifisten wandte. Die pazifistischen Neigungen, die uns wehrlos unseren Gegnern ausgeliefert hätten, wären aber nicht minder zu bekämpfen als

die Versuche der Radikalen, der Arbeiterschaft die Rote Garde als die ihr allein entsprechende Wehrorganisation aufzuschwatzen. Ich schrieb:

> „Wir wollen unser Volk weder von den Bajonetten eines Ludendorff noch von den Säbeln einer Prätorianergarde beherrschen lassen. Nicht Soldatenherrschaft in irgendeiner Form, sondern Volksherrschaft ist das Ziel des demokratischen Sozialismus! Aus diesem Grunde lehnen wir es ab, ein Söldnerheer zu einer dauernden Einrichtung machen zu wollen, denn jedes Söldnerheer bedeutet die Gefahr eines Übergewichts der Bewaffneten gegenüber den Unbewaffneten."

Weder die Reaktionäre noch die Kommunisten waren mit diesem Gedanken einverstanden. Die letzteren, weil er ihnen als eine Versündigung an der gebenedeiten Heiligkeit der Diktaturtheorie erschien, und die ersteren, weil sie kein demokratisches, sondern nur ein oligarchisches Militär haben wollten. War es nicht möglich, ein reaktionäres Heer unter der Führung der alten Offiziere aufzustellen, dann lieber gar keines. In diesem Sinne erwiderte der christlichsoziale Militärfachmann, Theodor Kirchlehner, auf meinen Artikel:

> „Wir begnügen uns mit einer zeitgemäß ausgestalteten Gendarmerie, in der wir unsere verdienstvollen Berufsunteroffiziere und Offiziere gut untergebracht wissen wollen." ... „Unser Volk soll durch einige Jahre frei von jedem Militärdienst bleiben und produktiv arbeiten können, damit wir uns erholen." ... „Nachher, wenn wir wieder etwas zu Kräften gekommen sind, wollen wir über die neue Wehrmacht weiterreden."

Der christlichsoziale Plan war durchsichtig: Solange es nicht möglich schien, zum alten Militärsystem zurückzukehren, sollte gar keine Wehrmacht aufgestellt werden. Dann, nämlich wenn die Reaktion die Zeit für gekommen erachtete, sollte wieder von vorn angefangen werden.

Diesem verschämten Antimilitarismus der Christlichsozialen standen wir Sozialdemokraten sozusagen als „Militaristen" gegenüber. In unseren Kreisen fühlte man sich dabei nicht behaglich, denn die antimilitaristische Ideologie wurzelte zu tief, als daß ein Eintreten für die Wehrhaftmachung des Volkes sogleich verstanden worden wäre. Bei der Beratung des provisorischen Wehrgesetzes, die im Jänner 1919 begann, war eine gewisse Unsicherheit innerhalb der sozialdemokratischen Partei deutlich zu merken.

Die Führung bei der Schaffung dieses ersten Wehrgesetzes der Republik hatten anfangs die Deutschnationalen. Auf Betreiben des Staatssekretärs Mayer war der Regierungsentwurf ausgearbeitet worden, der Referent für die Nationalversammlung war der deutschnationale Abgeordnete Neunteufel. Der Entwurf wollte nichts anderes, als den Staatsrat ermächtigen, 24.000 Mann der jüngsten Jahrgänge zu einer außerordentlichen Dienstleistung auf die Dauer von vier Monaten einzuberufen. Außer dieser außerordentlichen Einberufung war im Entwurf ein „Aufgebot" vorgesehen, das im Falle der Gefahr die Möglichkeit der Heranziehung aller dienstfähigen Männer bot. Nur der erstgenannte Fall kam praktisch in Betracht.

In den Vorverhandlungen, die im Staatsamt für Heerwesen gepflogen wurden, erklärte ich, für den Entwurf einzutreten, wenn er die jetzigen Rechte der Soldaten sicherstelle. Ich verlangte, daß den Soldaten die Ausübung der politischen Rechte nicht vorenthalten werden dürfe, daß die Einrichtung der Soldatenräte ausdrücklich anerkannt werde, daß die bei der Volkswehr dienenden Soldaten die Bewilligung erhalten sollten, freiwillig weiterzudienen, und ferner,

daß der militärische Oberbefehlshaber dem dem Parlament verantwortlichen Staatssekretär zu unterstellen sei.

Diese Bedingungen wurden angenommen. Bei der Ausschußberatung des Gesetzentwurfes ergaben sich indes große Schwierigkeiten. Nicht allein die Christlichsozialen wollten von ihm nichts wissen, sondern Sever erklärte namens der Sozialdemokraten, den Entwurf ebenfalls abzulehnen, so daß ich mich mit einem Male mit den Deutschnationalen allein auf weiter Flur befand. Das war mir natürlich nicht recht. Ich wollte aber von dem Entwurf trotzdem nicht zurückstehen, weil er nun eine Reihe Bestimmungen enthielt, die mir äußerst wertvoll zu sein schienen. Wenn es gelang, den Soldaten die ihnen im Entwurfe zugestandenen Rechte zu sichern, so war das ein großer Schritt nach vorwärts. Wer weiß, so dachte ich mir, ob dieser Schritt einige Monate später noch möglich sein wird, wenn vielleicht die Reaktion bis dahin Fortschritte gemacht hat. Es erschien mir deshalb klüger, rechtzeitig zu sichern, was auf gesetzlichem Wege an Sicherung möglich war. Schreite die Revolution weiter, dann würden wir ja nicht gehindert werden können, das Gesetz nach unserem Willen auszubauen. Vorläufig wäre aber das zu nehmen, was im Augenblick erreichbar schien.

Außerdem schien es mir nicht unwichtig, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Eintreten für den Entwurf durch die Tat bekunde, die Miliz wirklich herbeiführen zu wollen. Wir durften nicht den Anschein erwecken, als ob wir bei dem Söldnersystem bleiben wollten, weil im Augenblick die Söldner der Volkswehr zu unserer Partei standen. Es war notwendig, das Prinzip der Miliz, für das wir immer eingetreten waren, nunmehr auch praktisch zu bejahen.

Die Verhandlungen des Ausschusses führten schließlich zur Annahme des Entwurfes durch alle drei Parteien. Damit waren aber noch immer nicht alle Schwierigkeiten überwunden, denn bei den gegebenen Machtverhältnissen war es ganz aussichtslos, das Gesetz ohne große Reibungen durchzuführen, wenn nicht vorher auch die Soldatenräte dafür gewonnen worden waren. Ich bewog deshalb den Berichterstatter, die Soldatenräte in das Parlament einzuladen, um dort mit ihnen zu verhandeln. Den Soldatenräten war diese Einladung sehr recht, weil sie ohnedies schon mehrfach dagegen protestiert hatten, daß ein Wehrgesetz beschlossen werden solle, ohne daß sie in die Lage gekommen wären, ihre Meinung hiezu zu sagen.

Die Sitzung fand am 24. Jänner in einem Ausschußzimmer des Parlaments statt. Nach dem einleitenden Bericht des Abgeordneten Neunteufel erklärte Kunz, der Vorsitzende des liquidierenden Soldatenrates, daß dieser der Provisorischen Nationalversammlung überhaupt das Recht abspreche, ein so wichtiges Gesetz, wie das Wehrgesetz, zu beschließen. Ihm schloß sich ein Vertreter der Soldatenräte der Provinz an, der eine heftige antimilitaristische Rede hielt und schließlich der Regierung den Rat gab, jetzt einmal zur Abwechslung diejenigen einzuberufen, die während des Krieges enthoben gewesen waren. Die Massen des Volkes aber, die durch den Krieg so schwer gelitten haben, sollten keinen Militärdienst mehr machen. Die folgenden Redner hieben in die gleiche Kerbe. In die Diskussion spielten auch bereits die Argumente des eben im Gang befindlichen Wahlkampfes hinein. Die einen donnerten gegen die Offiziere, die anderen schimpfen über die Juden und die dritten konnten sich in radikalstem Pazifismus nicht genugtun. Am ehesten schienen noch die Vertreter der Wiener Volkswehr geneigt, dem Gesetzentwurf Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Aber schließlich lehnten doch alle

Soldatenräte einmütig, ob nun aus diesen oder jenen Gründen, den Entwurf ab, und es schien keinen Zweck zu haben, nach dem Ergebnis dieser Generaldebatte mit der Detailberatung zu beginnen. Ich erklärte daraufhin, daß ich mit dem Entwurf stehe und falle, also im Fall eines Nichteingehens in die Spezialdebatte meine Demission geben würde, welcher Erklärung sich der Unterstaatssekretär W a i h s für seine Person anschloß.

Das wollten die Soldatenräte denn doch nicht. Sie erklärten sich deshalb damit einverstanden, die allgemeinen Einwände vorläufig zurückzustellen und sich die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfes selbst einmal etwas näher anzuschauen. Bei der nun durchgeführten Spezialdebatte war es möglich, die Soldatenräte davon zu überzeugen, daß der Entwurf eine Reihe für die Rechte der Soldaten wertvoller Bestimmungen enthielt.

Ein lebhafter Streit entbrannte über den Vorschlag des Gesetzentwurfes, daß innerhalb der militärischen Gebäude den Soldaten jede parteipolitische Betätigung verboten sein solle. Die Soldatenräte wendeten mit Recht ein, daß der Soldat in der Kaserne wohne, seine dienstfreie Zeit dort verbringe und während dieser doch nicht gehindert werden könne, etwa Zeitungen zu lesen oder politische Gespräche zu führen. Man einigte sich auf die Bestimmung, daß „im Dienste" den Soldaten die parteipolitische Tätigkeit untersagt sei.

Noch ausführlicher wurden die Soldatenratsbestimmungen beraten. Es kam ein Kompromiß zustande, das die wesentlichsten Wünsche der Soldaten erfüllte; die Abgrenzung des Wirkungskreises der Soldatenräte wurde im Gesetz nicht geregelt, sondern einer später herauszugebenden Vollzugsanweisung vorbehalten.

Über die Abgrenzung des Wirkungskreises konnte man sich vorerst nicht einigen, obwohl alle Vertreter der Soldaten einsahen und dies auch ausdrücklich erklärten, daß die Kommandogewalt den Soldatenräten nicht zustehen könne. Man begnügte sich auf beiden Seiten mit der gesetzlichen Festlegung, daß die Soldatenräte zur „Wahrung der Interessen der Soldaten und zur Pflege des republikanischen Geistes in der Soldatenschaft" berufen seien. Diese allgemeine Umschreibung war nicht gerade eindeutig und es ist im Laufe der nächsten Monate immer wieder die Herausgabe der verheißenen Vollzugsanweisung über die Abgrenzung des Wirkungskreises der Soldatenräte verlangt worden. Es kam aber nicht dazu, weil jeder Abgrenzungsvorschlag, sobald er die Details behandelte, auf solche Widerstände sowohl der Offiziere auf der einen wie der Soldaten auf der anderen Seite stieß, daß es klüger war, diese Abgrenzung immer wieder hinauszuschieben.

Der Staatsrat hat von der ihm erteilten Befugnis, vier Jahrgänge einzuberufen, keinen Gebrauch gemacht. Ausschlaggebend für diese Nichteinberufung waren nebst den innerpolitischen Schwierigkeiten die notwendige Rücksichtnahme auf die äußere Lage der Republik. Auf allen Seiten von scheelen Nachbarn, wenn nicht gar von offenen Feinden umgeben, durfte die Republik es nicht wagen, durch die Einberufung von vier Jahrgängen sich den Anschein kriegerischer Vorbereitungen zu geben und dadurch einer militärischen Aktion seiner Gegner einen Vorwand zu bieten.

Der Versuch, eine demokratische Miliz aufzustellen, war somit gescheitert.

Das nächste Wehrgesetz Österreichs durfte nach dem Friedensvertrag von St. Germain nicht mehr nach dem System der Miliz auf-

gebaut werden, sondern zwang zum Söldnersystem. Trotz seiner Nichtanwendung war aber das erste Milizgesetz keineswegs ohne Bedeutung. Seine wichtigsten Errungenschaften waren nicht mehr zu beseitigen. In den Koalitionsvereinbarungen, die zwischen den Sozialdemokraten und Christlichsozialen im Oktober 1919 abgeschlossen wurden, kehrten die Bestimmungen des ersten Wehrgesetzes fast im Wortlaut wieder und von dort fanden sie ihren Weg in das neue Wehrgesetz.

4. Die Loslösung von den Nachbarstaaten.

In den Tagen, in denen das alte Donaureich zerfiel, wurden die Beziehungen vieler Menschen zueinander geradezu auf den Kopf gestellt. Da gab es Beamte, die seit ihrer frühesten Jugend, die sie in irgendeinem entfernten Winkel Böhmens zugebracht hatten, in Wien lebten, die hier zu Amt und Würden gekommen waren und die nun plötzlich Beamte eines anderen Staates wurden. Gestern noch in einem österreichischen Ministerium, mit kaiserlich-habsburgischen Titeln reich behangen, waren sie morgen republikanische Tschechoslowaken. Mit einem Male waren sie, die während des ganzen Krieges treue Österreicher gewesen, Feinde jenes Restes, den man noch immer Österreich benannte. Beamte, die ein Menschenalter in der gleichen Kanzlei gesessen hatten, standen sich über Nacht als Vertreter zweier feindlicher Staaten gegenüber. Offiziere, die Schulter an Schulter miteinander gekämpft hatten, kreuzten im Geiste bereits als Gegner die Klingen.

Und gar erst die Politiker! Reichsratsabgeordnete, die noch vor wenigen Wochen vor österreichischer Loyalität trieften, erschienen jetzt als hohe Würdenträger des Auslandes. Sie ließen uns, die wir verpflichtet waren, ihnen gegenüber unser armes Land zu repräsentieren, mitunter ihre neue Würde nicht ohne eine gewisse Herablassung fühlen. Zwei Männer, mit denen ich verschiedentlich zu tun hatte, möchte ich hier aber ausdrücklich ausnehmen. Sowohl Tusar, der tschechischer Bevollmächtigter war, als Pogačnik, der die Serben vertrat, verhielten sich durchaus korrekt und sogar nicht ohne ein gewisses Gefühl für die gemeinsame Vergangenheit.

Die weitere Entwicklung zerriß freilich alsbald jede Spur der früheren Gemeinsamkeit. Während das arme Deutschösterreich, aus tausend Wunden blutend, erschöpft und von schweren inneren Krisen geschüttelt, hilflos am Boden lag, sonnten sich die anderen Nachfolgestaaten — mit Ausnahme Ungarns, das ungefähr in der gleichen Lage war wie Österreich — im Gnadenlicht der Entente. Sie durften sich alles herausnehmen, wozu sie ihr Egoismus trieb. Nicht zufrieden mit der eben erlangten Selbständigkeit des eigenen Volkes, griffen sie gierig nach deutschen Gebieten.

Die Tschechen begehrten das ganze Sudetenland, die Jugoslawen Südsteiermark und Kärnten, die Italiener Südtirol. Weder gegen die einen noch gegen die anderen hätte sich Deutschösterreich, wenn es an die Gewalt der Waffen appelliert hätte, behaupten können. Aber selbst wenn es dazu imstande gewesen wäre, kein noch so glänzender militärischer Sieg hätte ja den Verdammnisspruch der Entente zu wenden vermocht.

Alles, was wir tun konnten, war, in Paris und London unsere Sache zu verfechten, den uns bedrängenden Nachbarn aber ihr Vordringen so schwierig als möglich zu machen. Erreichten wir mit dem

letzteren auch nicht mehr als eine Verzögerung, so konnte diese unter Umständen doch diesen oder jenen Gebietsstreifen für Deutschösterreich retten, wenn der Haß der Sieger sich mit der Zeit vielleicht ein wenig dämpfte.

Eine wirksame Verteidigung des kostbaren deutschen Gebietes, der Sudetenländer, wäre selbst bei normalen Verhältnissen eine Unmöglichkeit gewesen. Die Tschechen siedeln in einem geschlossenen Gebiet, die Deutschen dagegen in einem mehrere hundert Kilometer langen, aber nur wenige Kilometer tiefen Bogen, der sich rings um das tschechische Gebiet hinzieht. Jeder Vorstoß der Tschechen zerstörte die Verbindungslinien der Deutschen. Die wichtigsten Verbindungen, nämlich die der einzelnen Teile der Sudetenländer mit den deutschen Alpenländern, gingen überdies durch das tschechische Gebiet und waren somit von vornherein verloren. Ja wenn Deutschland den bedrängten Sudetendeutschen hätte Hilfe leisten können! Da das ausgeschlossen war, war der Kampf an dem Tag entschieden, an dem die Tschechen entschlossen nach ihrer Beute griffen.

Wie hätte das arme, schwache Deutschösterreich etwa Karlsbad halten können, das einige hundert Kilometer von ihm entfernt lag und mit dem es keine direkte Verbindung hatte? Oder Reichenberg, Teplitz, Aussig, Trautenau, Troppau und Rumburg? Ein Blick auf die Landkarte erweist diese Unmöglichkeit.

Trotzdem wehrten wir uns aus den Gründen, die ich oben angedeutet habe, und auch aus Gründen der nationalen Ehre, so gut wir eben konnten. Es war freilich nicht möglich, wie einige deutschnationale Kindsköpfe vorschlugen, in Wien und Niederösterreich eine Armee aufzustellen, um mit ihr zum Kampfe für die Sudetenländer auszzurücken. Aber die Deutschen der Sudetenländer selbst konnten vielleicht eine Zeitlang Widerstand leisten, wenn es gelang, sie mit Waffen und Munition zu versorgen! Dieser Versuch mußte gewagt werden.

Die Stimmung in den Sudetenländern schien wenigstens anfangs so, daß eine bewaffnete Insurrektion die Tschechen, die ja damals noch über keine große militärische Macht verfügten, immerhin eine Zeitlang hinhalten konnte. Alle Kreise des deutschen Volkes erklärten sich in großen Kundgebungen zum Abwehrkampf bereit. Auch die Arbeiterschaft stand nicht zurück. Erklärte doch der Reichenberger Sozialdemokrat Kreibich, der stets auf dem linksradikalen Flügel der Partei gestanden hatte, daß er, falls die Tschechen gegen Reichenberg zögen, sich ihnen mit seinen Genossen am Jeschkenkamm entgegenstellen werde!

Die militärischen Verhältnisse der Sudetenländer glichen denen des übrigen Österreich. Auch dort war eine Volkswehr aufgestellt worden, doch dürften die Soldatenräte nur in wenigen Orten eine so große Bedeutung erlangt haben wie in Innerösterreich. Das geht unter anderem aus dem mir zugeschickten Protokoll der Vollversammlung des Soldatenrates der Provinz Sudetenland *) vom 30. November 1918 hervor, in dem es wörtlich hieß:

„Antrag des Soldatenrates der Provinz Sudetenland: Es soll dem Exekutivkomitee des Soldatenrates, das sich als Exekutivkomitee des gesamten Soldatenrates der Provinz Sudetenland organisiert, ein Zimmer im Stationskommandogebäude eingeräumt werden, wo es ständig zu amtieren

*) Die Sudetenländer waren nach der deutschösterreichischen Verfassung geteilt in „Deutschböhmen", „Sudetenland" (Schlesien und Mähren), die Kreise „Südmähren" und „Böhmerwaldgau".

hat. Alle Befehle, Stationskommando- sowie Baons- und andere, müssen dem Exekutivkomitee überstellt werden. Es wird beantragt, daß alle Befehle, welche die Regelung des Dienstes enthalten, wozu nach den Wehrvorschriften der Volkswehr die Zustimmung des Soldatenrates notwendig ist, die Gegenzeichnung des Exekutivausschusses zu tragen haben."

Danach hielt sich die Soldatenschaft in Troppau, dem Sitz des Kommandos, ganz genau an die herausgegebenen Vorschriften und beantragte nicht einmal — wie das sonst geschah — größere Befugnisse für den Soldatenrat. Auch aus den Berichten, die mir zukamen, geht hervor, daß die Offiziere in den meisten Volkswehrformationen der Sudetenländer eine verhältnismäßig starke Position hatten. Das Vorhandensein der Soldatenräte konnte also keineswegs die militärische Schlagfertigkeit wesentlich beeinträchtigen. Wenn nachträglich behauptet wurde, daß die Tschechen stärker gewesen seien, weil ihr Militär keine Soldatenräte gehabt habe, so ist das nichts anderes als das bei uns übliche parteipolitische Geraunze, das an allem, was geschehen ist, die Sozialdemokraten schuldig sein lassen will.

Die Wahrheit ist, daß weder hüben noch drüben die Militärs die Frage der Sudetenländer entschieden haben. Nach dem ersten Aufflammen des nationalen Geistes war eine völlige Mutlosigkeit über das deutschböhmische Volk gekommen. Wir schickten Waffen und Munition, aber man benützte sie nicht. Wir bewogen Offiziere und Unteroffiziere, als Organisatoren des Widerstandes nach Deutschböhmen und Schlesien zu gehen, aber ihre Arbeit verpuffte wirkungslos.

So konnten kleine tschechische Abteilungen, deren militärischer Wert gewiß in keinem Verhältnis zu dem stand, was sie „eroberten", kampflos eine deutsche Stadt nach der anderen „besetzen". Es getraute sich dort gar niemand, eine Parole des Widerstandes auszugeben. In der zweiten Dezemberhälfte waren die Tschechen Herren der Sudetenländer, ohne irgendwo gezwungen gewesen zu sein, eine nennenswerte militärische Macht aufzubieten. An ihrer Südgrenze, in Znaim und Nikolsburg, wo sie auf einige schwache Wiener Volkswehrformationen stießen, ließen die Tschechen an der Spitze ihrer Abteilungen Ententeoffiziere marschieren. Unsere Kommandanten hatten die Weisung, in diesem Falle kampflos zurückzugehen, weil wir selbstverständlich in keinen Konflikt mit der Entente geraten durften. Auf diese Weise konnten die Tschechen leicht „erobern", denn uns armen, der Entente wehrlos ausgelieferten Deutschösterreichern blieb ja gar nichts anderes übrig, als vor jeder tschechischen Halbkompagnie zu kapitulieren, wenn ein französischer Leutnant sich herbeiließ, an ihrer Spitze zu marschieren...

Vielleicht war es sogar besser so, denn die letzte Entscheidung fiel ja doch in Paris und jedes von unserem Volk gebrachte Opfer wäre schließlich ein vergebliches gewesen.

Einen erbitterten Kampf führten nur die beiden Abgeordneten W o l f und T e u f e l. Die standen heldenmütig — im Wiener Staatsratssaal und forderten die „Schwächlinge" Bauer und Deutsch vor die Schranken! Man mußte ihnen ihre Lebenslüge lassen.

Nach der Besitzergreifung der Sudetenländer durch die Tschechen übersiedelten die Landesregierungen nach Wien. Mit ihnen kamen auch einige hundert flüchtige Volkswehrmänner, die entweder unter den Tschechen nicht weiterdienen wollten oder die aus irgendeinem Grunde zu „kompromittiert" waren, um ohne Gefahr in ihrer Heimat bleiben zu können. Der Staatssekretär M a y e r ließ diese Leute, die sich im

bittersten Elend befanden, sammeln und zu zwei Flüchtlingsbataillonen vereinen. Daß diese Formationen nicht etwa zur Wiedereroberung Deutschböhmens bereitgestellt waren, mußte bei den gegebenen Machtverhältnissen jedem Einsichtigen klar sein. Die Tschechen stellten sich aber so an, als wären sie durch die zwei Flüchtlingsbataillone in der gefährlichsten Weise bedroht, und brachten es sogar richtig zu einem „Zwischenfall", der beinahe eine „Affäre" geworden wäre.

Vorausgeschickt muß werden, daß die deutschösterreichische Regierung von dem Tage an, an dem die Sudetenländer von den Tschechen besetzt waren, jede militärische Aktion entschieden ablehnte. Nun einmal die Tatsache der Besetzung gegeben war, wollte man sich notgedrungen mit ihr abfinden. Auf unserem Gebiet geschah also nichts mehr, was den Tschechen einen Vorwand zu einer Klage hätte bieten können. Das Staatsamt für Heerwesen hatte mit den sudetenländischen Landesregierungen nur mehr die Verbindung, daß wir ihnen Offiziere als Kuriere beistellten. Das war eine Selbstverständlichkeit, denn für uns waren die sudetenländischen Landesregierungen, solange der Friedensvertrag nicht anders entschieden hatte, die loyale Vertretung österreichischer Länder. Da sie von uns Kuriere anforderten, zögerten wir natürlich nicht, sie beizustellen.

Die Kuriere und das deutschösterreichische Flüchtlingsbataillon wurden aber eines Tages von den Tschechen in aufsehenerregender Weise zu einer Enthüllung benützt. Am 2. März 1919 veröffentlichten die Prager Zeitungen Dokumente, die eine militärische Aktion Deutschösterreichs gegen die tschechoslowakische Republik beweisen sollten. Ein Dokument handelte von der Beistellung von Offizieren zu Kurierdiensten, eine Reihe weiterer Dokumente berichtete von kriegerischen Vorbereitungen des deutschösterreichischen Flüchtlingsbataillons Nr. 1 und einer ausgedehnten Spionagetätigkeit des Staatsamtes für Heerwesen sowie anderer deutschösterreichischer Amtsstellen. Als die Veröffentlichung dieser Dokumente in Wien bekannt wurde, ließ mich Dr. R e n n e r zu sich bitten, um den Sachverhalt klarzustellen. Der Staatssekretär M a y e r war gerade von Wien abwesend. Ich konnte nur die Auskunft geben, daß die zwei deutschböhmischen Bataillone wohl existierten, aber nicht mir, sondern dem Staatssekretär Mayer unterstellt seien. Von den angeblichen Befehlen des Bataillons, die kriegerische Vorbereitungen bezweckten, sei mir nichts bekannt.

Daraufhin sprach der Staatskanzler mit T u s a r, dem er versicherte, daß die deutschösterreichische Regierung den angeblichen Machinationen gegen die tschechoslowakische Republik vollkommen fernstehe. Sollte der Staatssekretär M a y e r auf eigene Faust derartiges unternommen haben, was allerdings nicht glaubhaft sei, so würde ihn die Regierung nicht decken.

Die sofort unter meiner Leitung durchgeführte Untersuchung ergab indes in vollkommen einwandfreier Weise, daß die tschechoslowakische Regierung, was den Bericht über die Tätigkeit des Flüchtlingsbataillons anlangte, einer Mystifikation zum Opfer gefallen war. Die von ihr veröffentlichten Befehle des Bataillons existierten gar nicht, Offiziere des Namens, die die Tschechen angaben, waren in keiner unserer Standesliste zu finden.

In einer Rede, die ich am 14. März in der Nationalversammlung hielt, legte ich in eingehender Weise die Ergebnisse der Untersuchung dar und erklärte namens der Regierung, daß wir nichts sehnlicher wünschten, als daß Vertreter der alliierten Mächte selbst die von mir

vorgeführten Tatsachen überprüfen möchten. Das ist in der Tat durch den englischen Oberstleutnant Cunninghame geschehen.

Die Rede schloß mit einem versöhnlichen Wort: „Ich bin überzeugt, die tschechoslowakische Regierung wird aus dem Ergebnis dieser Untersuchung die Überzeugung schöpfen, daß uns jede militärische Aktion gegen die tschechoslowakische Republik völlig fernliegt und wir nichts sehnlicher wünschen, als mit der tschechoslowakischen Republik ebenso wie mit allen anderen Nachbarn in freundnachbarlicher Beziehung zu leben."

Die drohende Verbalnote, die die tschechoslowakische Regierung an Deutschösterreich in dieser Angelegenheit gerichtet hatte, war damit im Wesen erledigt.

Die Beziehungen zur Tschechoslowakei konnten freilich bis zu dem Abschluß des Friedensvertrages keine wirklich freundschaftlichen sein. Dazu gab es der Gegensätze zu viele. Immerhin kam es aber zu keinem offenen Konflikte mehr.

Noch bewegter gestaltete sich die Auseinandersetzung Österreichs mit Jugoslawien. Jugoslawische Truppen waren sofort nach dem Umsturz in Südsteiermark und Kärnten eingefallen. Die deutschen Städte Cilli, Marburg, Völkermarkt wurden besetzt und die jugoslawischen Linien bis dicht an die Tore Klagenfurts und Villachs herangeschoben. In der Grenzbevölkerung entstand eine lebhafte Strömung, sich der entrissenen deutschen Gebiete mit Waffengewalt wieder zu bemächtigen. Solange es galt, die Abwehr zu organisieren und einem weiteren Vormarsch der Jugoslawen entgegenzutreten, hatten wir Waffen und Munition zur Verfügung gestellt. Vor einem Angriff auf die Jugoslawen warnten wir aber sehr eindringlich, weil jeder Waffengang schließlich doch mit unserer Niederlage enden mußte. Die Regierung war deshalb ganz einverstanden, als schließlich die militärischen Befehlshaber sich auf eine vorläufige Demarkationslinie einigten, an der die Truppen beiderseits stehen blieben. Wir wollten nach Möglichkeit Kämpfe vermeiden und, an der Demarkationslinie stehen bleibend, die Entscheidung der Friedenskonferenz abwarten.

Die sich in feldmäßigen Befestigungen gegenüberstehenden Truppen blieben aber nicht untätig. Es entwickelte sich ein regelrechter Stellungskrieg, der einige Male auch Kampfhandlungen größeren Stils zeitigte. In der weitaus größeren Zahl der Fälle waren es die Jugoslawen, die angriffen. Irgendein jugoslawischer Offizier hatte den Ehrgeiz, erobernd vorzubrechen, und tat dies mit seiner Truppe auf eigene Faust, ohne sich um die Vorgesetzten sonderlich zu kümmern. Es mögen wohl auch die höheren jugoslawischen Kommanden über derartige Eigenmächtigkeiten nicht allzu böse gewesen sein, denn es konnte eine ganz erkleckliche Anzahl niederer Truppenführer solche Vorstöße wagen, ohne dafür zur Verantwortung gezogen zu werden.

Ende April 1919 führte ein solcher jugoslawischer Vorstoß zu bedeutsamen Ereignissen.

In den ersten Morgenstunden des 29. April wurde die Klagenfurter Bevölkerung durch lebhaftes Gewehr- und Geschützfeuer aus dem Schlaf geweckt. Jugoslawische Truppen hatten die an der Demarkationslinie stehenden Kärntner überrumpelt und waren im Vordrängen gegen die Stadt Klagenfurt. Da griff alles zu den Waffen, was nur eine Waffe tragen konnte. Alt und jung eilte auf den Kampfplatz, um die Stadt vor dem jugoslawischen Einfall zu erretten. Zu-

gleich entbrannte der Kampf auf der ganzen Demarkationslinie von Klagenfurt bis Villach.

Sofort, nachdem die Tatsache des Überfalls festgestellt worden war, hatte mir der Landesbefehlshaber, Oberstleutnant Hülgerth, Meldung erstattet und um Weisungen gebeten. Ich gab den Kärntner Volkswehrformationen den Befehl, mit allen Kräften Widerstand zu leisten.

Die Kärntner Volkswehr war aber allein offenbar zu schwach, um sich erfolgreich zu behaupten, und auch die ihr freiwillig aus dem Lande zuströmenden Kämpfer konnten nicht ausreichen. Freilich, wenn die jugoslawische Regierung unsere Grenzen angriff, dann war an einen Erfolg überhaupt nicht zu denken. Zu einem Krieg gegen das große Jugoslawien war Deutschösterreich viel zu schwach. Wir hatten aber guten Grund, anzunehmen, daß die Belgrader Regierung den Angriff nicht gewollt hatte, sondern vielmehr die an der Demarkationslinie stehenden Truppen auf eigene Faust den Streich geführt hatten. War dem so, dann schien es möglich, den Angriff abzuschlagen.

Es hieß, nur rasch den Kärntern Hilfe zu bringen. Nach einer Beratung mit den militärischen Fachmännern entschloß ich mich zu folgenden Maßnahmen: erstens die Kärntner ausgiebig mit Waffen und Munition zu versorgen, zweitens Wiener Volkswehr in einem vom Kärntner Landesbefehlshaber gewünschten Ausmaß an die Front zu dirigieren, und drittens dem Kabinettsrat ein Aufgebot von 22 Jahrgängen gedienter Soldaten in Kärnten vorzuschlagen.

Der Kabinettsrat beschloß noch am 29. April das Aufgebot. Am 30. April ging bereits das Klosterneuburger Volkswehrbataillon nach Kärnten ab, ihm folgten am 1. Mai zwei Wiener Volkswehrbataillone, zwei Gebirgskanonenbatterien und eine Gebirgshaubitzenbatterie zu je vier Geschützen. Drei weitere Volkswehrbataillone waren am selben Tage marschbereit und ebenso eine Abteilung von etwa 400 Unteroffizieren.

Die verlangte Artilleriemunition rollte in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai ab und am folgenden Tage wurden vom Arsenal 40 Geschütze abtransportiert.

Die von den Kärntnern verlangte Hilfe wurde also im vollen Ausmaß geleistet. Wir gingen sogar noch über das Geforderte hinaus. Wobei ich nicht umhin kann, zu bemerken, daß die Abkommandierung der Wiener Volkswehr gar keine Schwierigkeiten bereitete. Ich ließ die Soldatenräte der zum Abmarsch bestimmten Formationen kommen und setzte ihnen die Notwendigkeit der Grenzverteidigung in Kärnten auseinander. Daraufhin beschlossen die Soldatenräte, ihren ganzen Einfluß einzusetzen, daß der Abmarsch pünktlich und befehlsgemäß erfolge. Es kam auch nirgends zu einem Zwischenfall.

Über das Verhalten der Volkswehr in Kärnten haben ihre parteigemäßen Gegner einen Kübel voll Verleumdungen ausgegossen. Man erzählte, daß die Wiener Volkswehr bei ihrer Ankunft verlangte, zuerst etwas zu essen zu bekommen und dann erst ins Feuer geschickt zu werden. Wenn das tatsächlich vorgekommen ist, so scheint es mir durchaus noch nicht etwas gar so Schlimmes zu sein, denn schließlich hat doch eine Truppe nach einer langen, ermüdenden Bahnfahrt das Recht auf ein ordentliches Essen. Mit der Verpflegung und der Unterkunft schaute es aber überaus kläglich aus. Jeder, der im Felde war, weiß, wie derartige Mängel den Geist einer Truppe erschüttern. Als diese alte Erfahrung auch in Kärnten wieder gemacht wurde, schrie das

Bürgertum in allen Tonlagen über die Verderbtheit der bösen Volkswehr. Überdies mußte man den Volkswehrleuten alle Übergriffe, Brände und Plünderungen auf, die im weiteren Verlaufe der Kämpfe vorkamen, obwohl es ganz sonnenklar war, daß sich an solchen Ausschreitungen alle Kämpfer beteiligten, die nationalistisch angehauchte Heimatwehr nicht um ein Jota weniger als die Volkswehr. Dafür berichteten die dankbaren Nationalen, die jeden Heimwehrmann — gleichgültig, wo er sich während der Kämpfe befunden hatte — mit Erinnerungszeichen bedachten, kein Wort davon, daß die Volkswehr, wo sie in den Kampf eingriff, sich tapfer schlug und leider auch blutige Verluste hatte.

Eine ernste Differenz stellte sich allerdings heraus, aber an ihr waren die Volkswehrleute unschuldig. Die Verantwortung hiefür habe vielmehr ich zu tragen. Es handelte sich um folgendes:

Unmittelbar nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten aus Kärnten hatte ich mich an die ausländischen Militärmissionen gewendet, ihnen von dem jugoslawischen Überfall Mitteilung gemacht und sie um ihre Unterstützung gebeten. Sie wurde mir auch zugesagt, aber nur unter der Bedingung, daß die österreichischen Truppen die Demarkationslinie nicht überschreiten. Sollte dies im Verlaufe der Kämpfe dennoch geschehen, so müßte Österreich die volle Verantwortung für alles tragen, was daraus entstünde.

Vor dem Abmarsch der Truppen schärfte ich deshalb sowohl den Kommandanten wie den Soldatenräten ein, bei einem eventuellen Vormarsch an der Demarkationslinie — ich bezeichnete, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, die Draulinie als Grenze — unbedingt haltzumachen.

Inzwischen war es den Kärntnern in der Tat gelungen, die Jugoslawen in die Demarkationslinie, aus der sie vorgebrochen waren, zurückzudrängen. Durch ihren Mißerfolg eingeschüchtert, wichen sie sogar noch weiter zurück, wobei es mir allerdings sofort schien, als ob dieses Zurückweichen nicht zumindest deshalb erfolgte, weil der ursprüngliche Angriff eine Eigenmächtigkeit war und nun die höheren Kommanden die Unterstützung versagten. In dem Augenblick, in dem der ganze militärische Apparat Großserbiens sich gegen uns in Bewegung setzte, waren wir ja verloren. Die reguläre jugoslawische Armee *mußte* aber eingreifen, wenn wir unsern Rückstoß über die Demarkationslinie hinaus in das von den Jugoslawen offiziell besetzte Gebiet vortrugen. Alles kam deshalb darauf an, daß wir an der Demarkationslinie stehenblieben, uns durch einen weiteren Vormarsch nicht ins Unrecht setzten, und dadurch sowohl die reguläre serbische Armee als auch die übrige Entente gegen uns auf die Beine brachten. Was hatten wir denn davon, wenn wir die irregulären gegnerischen Scharen jetzt ein Stück Landes weiterjagten, wenn damit der Angriff der Regulären gegen uns um so sicherer bewirkt wurde! Wir befreiten, um einiger militärischen Lorbeeren willen, die in diesem Augenblick so billig wie Brombeeren waren, die Serben geradezu aus einer Verlegenheit.

Anderseits bedeutete die Abwehr des Angriffes, wenn wir an der Draulinie stehenblieben, für uns sehr viel. Wir hätten dann als Sieger gegolten und auch einen wichtigen Gebietsstreifen, nämlich Völkermarkt und Umgebung, den die Jugoslawen ganz widerrechtlich eine Zeitlang besetzt gehalten hatten, in unseren Besitz gebracht.

In Kärnten war man aber von dem Abwehrsieg geradezu berauscht und drängte stürmisch danach, jetzt das ganze Land mit einem Schlage zu befreien. Jeder Hinweis auf die wirklichen Machtverhält-

nisse prallte wirkungslos ab. Eine Handvoll studentischer Schreier und Reserveoffiziere terrorisierte das Land. Wer anderer Meinung war, wurde, wie immer in solchen Fällen, als Schwächling, wenn nicht gar als Verräter niedergebrüllt. Die Leute, die dieses Geschrei erhoben, waren dieselben, die einige Wochen später mit der absurden Behauptung herumliefen, die „Wiener" Regierung hätte den Jugoslawen Munition für die Kärntner Kämpfe geliefert.

Das war die Situation, als die Wiener Volkswehr eintraf. Wo sie sich noch diesseits der Demarkationslinie wähnte, tat sie in Reih und Glied ihre Pflicht. Einem Befehl, über die Demarkationslinie hinaus vorzugehen, weigerte sie sich Folge zu leisten, indem sie sich ganz mit Recht auf meine, ihres höchsten Vorgesetzten, Weisung berief. Die Kärntner gingen nun allein weiter vor. Die Wiener Volkswehr ist, mit Ausnahme der Artillerie, die noch einige Wochen dort blieb, schon in der ersten Maihälfte wieder zurückberufen worden.

Am Vormittag des 1. Mai hatte ich eine ausführliche Unterredung mit dem Chef der Waffenstillstandskommission, dem italienischen General S e g r é. Er bat mich nochmals dringend, die Demarkationslinie nicht überschreiten zu lassen, da wir dann die jetzt für Österreich günstige Position wieder verlieren müßten. Die Italiener wären bereit, uns nach Kräften zu unterstützen, doch dürften wir uns durch einen weiteren Vormarsch nicht selbst ins Unrecht setzen. Auf meine Erwiderung, daß die regulären österreichischen Truppen den Befehl erhalten hätten, nicht weiter vorzugehen, es aber möglich sei, daß das Kärntner Aufgebot den Vormarsch aus eigenem Antrieb fortsetze, wiederholte er nochmals, daß er jeden Vormarsch österreichischer Formationen, seien es nun Reichs- oder Landestruppen, als ungemein gefährlich für unser Land erachten müsse. Während zur Behauptung der Draulinie auch die aktive Unterstützung Italiens in Aussicht stünde und das vierte Armeekommando Vittorio bereits eine Infanterietruppendivision zu diesem Zwecke in den Raum Aßling-Villach vorgeschoben habe, würde im anderen Falle Österreich auf seine eigenen Kräfte allein angewiesen bleiben.

Ich berichtete den Inhalt dieser Unterredung sofort den anderen Regierungsstellen. Am nächsten Tage, als die Meldung eingetroffen war, daß Völkermarkt von unseren Truppen genommen worden sei, setzten wir uns mit der Kärntner Landesregierung in Verbindung und verlangten die Einstellung des weiteren Vormarsches. „Begnügt euch mit Völkermarkt und der Draulinie!" war unsere Mahnung.

Am zweitfolgenden Tage teilte mir General S e g r é mit, daß er in Laibach die Einstellung der Feindseligkeiten verlangt habe und das gleiche nunmehr von uns fordere, was ich wieder sofort nach Klagenfurt weitergab. Darauf kam am 5. Mai folgende Depesche der Kärntner Landesregierung an das Staatsamt für Äußeres:

„Die Äußerung des Staatssekretärs D e u t s c h, daß General S e g r é in Laibach Einstellung der Feindseligkeiten verlangt und jedenfalls das Gleiche für Deutschösterreich zugesagt habe, hat B e s t ü r z u n g u n d E r r e g u n g g e g e n W i e n hervorgerufen. Momentan gibt es keine Macht der Erde, die hier die Feindseligkeiten stoppen könnte, wenn nicht mindestens zwischen Drau und Südbahn frei wird. Bitte dringend S e g r é derzeit keine bindenden Zusagen zu machen, sie würden hier nicht honoriert werden."

Der General S e g r é hatte aber inzwischen schon den offiziellen Protest gegen die Überschreitung der Demarkationslinie vorgelegt.

Um dem ins Unglück rennenden Kärnten doch noch zu helfen, beschloß nunmehr die Regierung, offiziell an die Jugoslawen mit dem Vorschlag auf sofortigen Waffenstillstand heranzutreten. Ich war selbst

bei Pogačnik, der unseren Vorschlag sogleich weiterzuleiten versprach. An die Kärntner Landesregierung und an den Landesbefehlshaber richteten wir folgende Depesche:

„Der Chef der Ententemission, General Segré, hat soeben beim Staatsamt für Heerwesen gegen die Überschreitung der Draulinie Protest erhoben und Deutschösterreich für die Folgen dieses Bruches des Waffenstillstandsvertrages verantwortlich gemacht. Staatssekretär für Heerwesen, Dr. Deutsch, hat vorgeschlagen, daß durch Vermittlung des Generals Segré mit der jugoslawischen Regierung ein neuerlicher Waffenstillstand vereinbart werde und daß zur Festsetzung einer neuen Demarkationslinie Vertreter der Entente und der S.-H.-S.-Regierung nach Klagenfurt eingeladen werden, wohin Staatssekretär Deutsch persönlich sich begeben würde. Staatssekretär Deutsch kommt auf jeden Fall Donnerstag nach Klagenfurt. Das Weitervorrücken unserer Formationen ist bis dahin unbedingt hintanzuhalten. Die Staatsregierung sieht in dem Vorgehen Kärntens eine Gefährdung des ganzen Staates und vor allem Kärntens selbst, das bei den nahe bevorstehenden Friedensverhandlungen Gefahr läuft, zur Verantwortung gezogen zu werden. Sofortiges Einstellen jeglichen Vormarsches durchzusetzen ist Pflicht der Landesregierung.

Dr. Karl Renner. Dr. Julius Deutsch."

Bei der feindseligen Stimmung der bürgerlichen Provinzpolitiker gegen die „Wiener" Regierung schien es uns überdies notwendig, den Hauptausschuß der Nationalversammlung zur Unterstützung anzurufen. Die Sitzung fand am 7. Mai statt. Renner und ich referierten. Die Vertreter aller Parteien erklärten sich mit unserem Vorgehen einverstanden und beschlossen, folgendes Telegramm abzuschicken.

„An die Landesregierung für Kärnten,

Klagenfurt.

Sämtliche im Hauptausschuß vereinigten Parteien der Nationalversammlung bitten einstimmig ihre Angehörigen und die Landesregierung in Kärnten dringend, dahin zu wirken, daß jede weitere Vorrückung unterbleibt, da sonst die Folgen für Kärnten und Südsteiermark nicht abzusehen sind. Abgeordnete aller Parteien werden zur mündlichen Rücksprache über die hochernste Lage sogleich nach Klagenfurt entsendet.

Für den Hauptausschuß: Seitz."

Im Arbeitszimmer Renners hatten wir überdies eine gründliche Besprechung mit den Kärntner Abgeordneten, deren Ergebnis war, daß alle — auch der Deutschnationale Angerer — sich bereit erklärten, mit mir nach Kärnten zu fahren, um den Standpunkt der Reichsregierung dort durchzusetzen.

Am Abend des 7. Mai machten wir uns auf den Weg. Die Verkehrsverhältnisse waren noch die denkbar schlechtesten, fuhr doch nach Kärnten nur jeden zweiten Tag ein sehr langsamer Personenzug. Wir kamen erst am 8. Mai mittags an. Auf dem Bahnhof erwarteten mich der Landesbefehlshaber Hülgerth und sein Stab. Die Herren waren sehr erstaunt, daß ich an der Dauerhaftigkeit ihrer bisherigen Siege zweifelte. Aus ihrem Bericht war aber auch für ein weniger kritisches Gemüt der wahre Sachverhalt zu entnehmen. Nur die Kämpfe vor der Draulinie waren heftig gewesen und hatten Opfer gefordert. Als dieselbe einmal überschritten war, zogen sich die Jugoslawen widerstandslos zurück, so daß zum Beispiel auf dem ganzen Vormarsch von Völkermarkt bis zu den Karawanken die Kärntner nicht einmal ein halbes Dutzend Verwundete hatten. Da konnte man doch nicht im Ernste glauben, regulärer serbischer Militärmacht gegenübergestanden zu sein! Eine eigenmächtig vorgegangene

Truppe war geschlagen worden und hatte sich schließlich hinter ihre bisherigen Stellungen zurücktreiben lassen. Sobald man aber auf die reguläre serbische Armee stieß, mußte sich das Blatt sofort wenden.

Meine Parteigenossen hatten für den Abend eine Volksversammlung in den größten Saal der Stadt einberufen, in der ich über die durch die Ereignisse geschaffene Lage sprechen sollte. Alles, was in Klagenfurt politisch dachte, ob Freund oder Feind, war herbeigeströmt. Meine Rede war eine Warnung vor dem kärntnerischen Chauvinismus mit um so stärkerer Betonung der Einigkeit und des Zusammenschlusses aller Deutschen.

Der Chauvinismus der Kärntner Deutschnationalen war nämlich ein merkwürdiges Gewächs, durchaus partikularistisch und engstirnig. Er bewegte sich mehr oder weniger offen in den Gedankengängen eines Flugblattes, das die Parole ausgab: „Kärnten den Kärntnern!" Mit der erklärenden Ergänzung:

„Nicht den Laibachern
Und nicht den Wienern,
Nicht den Serben
Und nicht den Berlinern!"

Den Widersinn dieses sich überdies noch national gebenden Gebarens versuchte ich zu brandmarken. Nach mir sprach ein deutschnationaler Advokat, der sich so anstellte, als ob es lediglich vom guten Willen der Wiener Regierung abhänge, ob Kärnten frei würde. Es war zu lächerlich!

Während meiner Anwesenheit in Kärnten war ich mit dem Landesbefehlshaber in einem Auto nach Völkermarkt und in das Rosental gefahren. In Völkermarkt strömten, als sich die Nachricht von unserer Ankunft herumgesprochen hatte, die Bürger vor unserem Gasthaus zusammen. Ich forderte sie auf, ins Gastzimmer zu kommen, wo wir mit den Gemeinderäten der Stadt saßen, und mir dort ihre Wünsche mitzuteilen. Sie hatten nur einen Wunsch: „Bewahrt uns vor einer neuen jugoslawischen Herrschaft!"

Ich sprach tröstliche Worte, so gut ich konnte. Aber mir war weh zumute, denn ich konnte nach allem, was ich wußte, kaum mehr daran zweifeln, daß ein neuer jugoslawischer Vorstoß drohte. Die Völkermärkter hatten, wie so viele Kärntner in diesen Tagen, gar keine Vorstellung von der Stärke oder, besser gesagt, von der Schwäche unseres Landes. In ihrem Kopf spiegelte sich die Welt noch immer so, daß dem verachteten Serbien gegenüber Österreich doch auftrumpfen könnte! Warum tat es das nicht? Die aufgeregten, geängstigten Menschen verstanden die Antwort auf diese Frage nicht, konnten sie vielleicht auch gar nicht verstehen.

Aber den führenden Politikern des Landes mußte es doch möglich sein, die Wahrheit zu erfassen. In einer vertraulichen Landtagssitzung am 9. Mai hielt ich eine ausführliche Rede, die auch auf die bürgerlichen Abgeordneten nicht ohne Eindruck blieb. Der Landtag billigte meine bisherige Haltung und ging mit den unbelehrbaren deutschnationalen Heilbrüdern scharf ins Gericht. Was da, insbesondere von christlichsozialer Seite, über die während der Kämpfe verübten Gewalttätigkeiten deutschnationaler Heißsporne erzählt wurde, zerstörte vollends den Heldennimbus, mit dem sich dieselben zu umgeben versucht hatten. Aber alles, was jetzt geredet wurde, war doch nicht mehr imstande, das Geschehene ungeschehen zu machen. Die Kärntner standen bereits weit vor der Demarkationslinie, hart an der Landesgrenze, von der sie jetzt,

auch wenn sie gewollt hätten, nicht mehr zurückweichen konnten. Ein Loslösen vom Feinde hätte jetzt schwere Opfer erfordert.

Alles kam nun darauf an, im Verhandlungswege einen Ausgleich mit den Jugoslawen herbeizuführen, der ein weiteres Blutvergießen verhinderte. Am 10. Mai begannen unter meinem Vorsitz die Waffenstillstandsverhandlungen mit den Vertretern der jugoslawischen Regierung. Es waren dies einige serbische Offiziere und ein junger Jurisdoktor, der bis zum Umsturz als Reserveoffizier in der österreichischen Armee gedient hatte. Das Wort führte zumeist der junge Doktor. Er bestand darauf, daß wir miteinander französisch redeten, offenbar, weil das beiden Teilen nicht so leicht vom Munde ging wie das Deutsche...

Die Verhandlungen waren ein endloses Debattieren um Formalitäten. Der Austausch und die Prüfung der gegenseitigen Vollmachten, die Feststellung, wer an den Verhandlungen teilnehmen dürfe (die Vertreter der Kärntner Landesregierung wurden von den Jugoslawen abgelehnt, weil diese nur Vollmacht hatten, mit den Vertretern der Staatsregierung zu verhandeln) und was dergleichen diplomatische Nichtigkeiten mehr sind, vertrödelten viel Zeit. In der Sache selbst verlangten wir den Waffenstillstand auf Grund der jetzigen Frontlinie, während die Jugoslawen die vor dem 29. April von ihnen gehaltene Linie neuerdings besetzen wollten.

Als ich vorschlug, über eine neue Linie zu verhandeln, die beiden Teilen etwas entgegenkommen sollte, erklärten die Jugoslawen, nur die Vollmacht zu haben, über die Modalitäten bei der Besetzung der von ihnen verlangten Linie zu verhandeln, nicht aber über eine neue Linie selbst. Da war es denn klar, daß ein Ausgleich nicht gelingen konnte, weil die Jugoslawen ihn von vornherein ablehnten. Ich ließ deshalb die Klagenfurter Verhandlungen von dem Vertreter des Staatsamtes des Äußern, dem Konsul Dr. H o f f i n g e r, der sich als sehr geschickt und umsichtig erwiesen hatte, weiterführen, und fuhr noch in der Nacht nach Wien, um bei den dortigen Ententevertretern eine Vermittlung anzuregen.

Vor meiner Abreise machte ich über seine Einladung dem Fürstbischof Dr. H e f f t e r einen kurzen Besuch. Er erzählte mir erschütternde Details über die Ausschreitungen beider kämpfenden Teile. Die Aussichten einer befriedigenden Lösung der kärntnerischen Frage schienen auch ihm im Augenblick sehr gering zu sein.

Der weitere Gang der Ereignisse ist bekannt. Die Serben bestanden darauf, ihre durch unser Überschreiten der Demarkationslinie angeblich verletzte Waffenehre wieder herstellen. Die Kärntner mußten vor der Übermacht zurückweichen — sogar Klagenfurt ging für einige Zeit verloren — und schließlich eine neue Demarkationslinie erdulden, die für uns weitaus ungünstiger verlief als die frühere. Erst die Volksabstimmung im Herbst 1920 rettete das Land für Deutschösterreich. —

Während die Grenzfragen im Norden und Süden unserer Republik zu der Zeit, als ich diese Blätter schreibe, geregelt waren, schwebt über dem Osten noch immer Ungewißheit. Es kann nicht meine Aufgabe sein, an dieser Stelle alle Phasen der Entwicklung der westungarischen Frage zu zeichnen. Nur jene Begebenheiten, an denen ich persönlich in höherem Maße beteiligt war, seien hier festgehalten.

Schon zur Zeit der Karolyi-Regierung im Winter 1918/19 hatten deutschnationale Kreise für eine militärische Aktion zur Eroberung Westungarns Propaganda gemacht. Die deutschfühlenden Bauern dieses Gebietes sollten einen Aufstand versuchen, dem wir dann militärisch zu Hilfe kommen sollten. Deputationen von Heinzen und Heidebauern kamen nach Wien, die versicherten, daß es in Westungarn nur eines kleinen Anstoßes bedürfe, um eine mächtige Bewegung zu entfachen. Diese Deputationen haben auch auf sonst sehr kühl urteilende Männer in führender Stellung Eindruck gemacht.

Solange von Deutschösterreich die Anschlußbewegung als eine politische Propaganda betrachtet wurde, bin ich ihr sympathisch gegenübergestanden. Als aber eine militärische Aktion daraus werden sollte, habe ich mich entschieden dagegen gestellt. Wir durften nach meiner Ansicht um Westungarns willen nicht in ein kriegerisches Abenteuer verwickelt werden. Der Oberbefehlshaber, Feldmarschalleutnant Boog, nahm einen anderen Standpunkt ein, weil er die Anschlußbewegung der Westungarn für tatkräftiger und kampfbereiter erachtete als ich. Der Gegensatz unserer Anschauungen trat in den Auseinandersetzungen über die westungarische Frage oft zutage, ohne daß er aber solche Formen angenommen hätte, daß das Zusammenarbeiten wesentlich gestört worden wäre. Der von mir sehr geachtete General war von vornehmer, entgegenkommender Art und pflegte keineswegs unter allen Umständen seine Meinung durchsetzen zu wollen.

Schwieriger wurde es erst, als in Ungarn die Räterepublik proklamiert wurde. Sowjetungarn geriet sofort in einen Krieg mit der Tschechoslowakei und die gesamten ungarischen Streitkräfte schienen durch ihn gebunden zu sein. Die nationalistisch gesinnten Kreise Deutschösterreichs drängten nun, die Gelegenheit zu benützen und sich mittels eines raschen Überfalles Westungarns zu bemächtigen.

Auch diesmal wehrte ich ab. Fürs erste gebot mir mein proletarisches Gewissen, der ungarischen Arbeiterschaft, wenn sie sich auch im Augenblick auf einem von mir nicht gebilligten Weg befand, die ihrer harrenden Schwierigkeiten nicht noch zu vermehren. Ferner schätzte ich die Kampfkraft der ungarischen Roten Armee nicht so gering ein wie die nationalistischen Angriffsfreunde. Die Erfahrungen, die die Tschechen gegen die ungarische Rote Armee machen mußten, gaben mir ja bald recht. Hätten wir uns aber zu einem Angriff zur Eroberung Westungarns verleiten lassen und eine Niederlage wie die Tschechen erlitten, dann wären die innerpolitischen Rückwirkungen unermeßlich gewesen. Schließlich war auch zu bedenken, daß uns die Friedensbedingungen der Entente noch nicht bekannt waren, wir also nicht wissen konnten, ob ein österreichischer Vorstoß die westungarische Frage tatsächlich zu unseren Gunsten zu entscheiden vermochte.

Freilich bemühten sich die in Wien weilenden Ententemissionen, unsere Bedenken in diesem Punkt zu zerstreuen. Schon Mitte April hatte der Chef der englischen Militärmission, Oberst Cunninghame, meinem Verbindungsoffizier, Oberstleutnant Seiller, gesagt, daß er glaube, Österreich könne Westungarn, Südtirol und Teile des Sudetenlandes zugesprochen erhalten, wenn es auf den Anschluß an Deutschland verzichte. Das sollten die Staatssekretäre Bauer und Deutsch beherzigen!

Auf solche inoffizielle Bemerkungen, die noch dazu in diesem Fall gar nicht an die Regierung selbst, sondern nur an einige ihrer sozialdemokratischen Mitglieder als die hauptsächlichsten Träger des

Anschlußgedankens gerichtet waren, konnten wir aber unsere auswärtige Politik in einer so heiklen Situation nicht aufbauen. Das galt auch von einer späteren Mitteilung, die Cunninghame an den Oberstleutnant Seiller gelangen ließ. Am 16. Mai berichtete mir der Verbindungsoffizier, daß ihm der Chef der englischen Militärmission unter der Hand und vertraulich habe wissen lassen, daß die Entente einen eventuellen Einmarsch Österreichs in Westungarn dulden würde.

Die Vermutung war naheliegend, daß weit weniger die Sorge um eine Vermehrung des österreichischen Landbesitzes als der Wunsch, den von der Roten Armee bedrängten Tschechoslowaken zu helfen, die fremden Offiziere zu ihren vertraulichen Mitteilungen veranlaßte. Deutschösterreich sollte durch sie bewogen werden, Räteungarns Verlegenheiten zu vermehren und zu diesem Zweck an die Seite der Tschechoslowakei treten.

Als Söldner der kapitalistischen Entente gegen das sozialistische Ungarn durften wir uns natürlich erst recht nicht mißbrauchen lassen!

Wozu aber noch kam, daß wir nicht einmal eine offizielle Verständigung erhalten hatten, sondern eben nur die genannten vertraulichen Mitteilungen, die die Entente, wenn es ihr später paßte, ebensogut wieder verleugnen konnte.

Der Oberbefehlshaber Boog sah die westungarische Frage, was von seinem Standpunkt aus nur natürlich war, nur mit den Augen des Soldaten. Als er sah, daß wir es nicht zum Einmarsch kommen lassen wollten, gab er seine Demission. Es haben bei dem neuerlichen Demissionsangebot — er hatte schon früher einmal zurücktreten wollen und war damals nur auf mein persönliches Ersuchen im Amte geblieben — auch private Gründe mitgewirkt, aber entscheidend war wohl die Verschiedenheit unserer Auffassungen in der westungarischen Frage.

Nach meiner Ansicht war an eine Besetzung Westungarns erst im Augenblick des zu erwartenden Sturzes der Räteregierung zu denken und auch dann ohne eine Gefahr nur, wenn die Entente Österreich ausdrücklich mit einem Mandat betraute. Bis dahin hieß es zuzuzuwarten. War einmal infolge des Zusammenbruches der kommunistischen Herrschaft die Rote Armee in Auflösung, dann war der Weg nach Westungarn frei. Dann fielen auch die proletarisch-sozialistischen Bedenken, die bis dahin unsere Entschlüsse beeinflußt hatten.

Es schien mir eine Lebensfrage der Republik zu sein, daß sie sich nicht als Handlanger der Entente oder vielleicht gar nur als ein Werkzeug einer seiner Offizierskoterien gebrauchen ließ.

*

Als im August 1919 die Rätediktatur in Ungarn tatsächlich zusammengebrochen war, hielt ich es für meine Pflicht, die gehegte Absicht wahr zu machen und nunmehr an die Besetzung Westungarns zu schreiten. Der entscheidende Grund war, daß die „Rote Armee", deren Stärke und militärische Tüchtigkeit bisher jede Aktion gegen Westungarn zu einer lächerlichen Blamage der Angreifer gestaltet hätte, sich aufgelöst hatte. Im Augenblick des Zusammenbruches der Rätediktatur gab es in Ungarn überhaupt keine ernst zu nehmende bewaffnete Macht, so daß eine Besetzung Westungarns kaum mehr einen besonders großen militärischen Kraftaufwand erfordert hätte. Auch eine innerpolitische Rückwirkung gefährlicher Art war nun nicht mehr zu befürchten, weil die Arbeiterschaft, die einen Angriff gegen Räteungarn mit Recht nicht zugelassen hätte, einer Besetzung Westungarns

nach dem erfolgten Zusammenbruch der ungarischen Arbeiterherrschaft gewiß nicht mehr ablehnend gegenüberstand.

Ich setzte mich deshalb mit Renner, der sich in Saint-Germain befand, in Verbindung und ersuchte ihn, der Entente unsere Absicht, Westungarn zu besetzen, offiziell zu notifizieren. Renner scheint meine Telegramme nicht ganz richtig verstanden zu haben oder wollte vielleicht aus eigenem einen Schritt weitergehen, denn er erwiderte, daß er der Entente die Mitteilung gemacht habe, österreichische Truppen seien in Westungarn eingerückt.

Damit schien nun erst recht eine fertige Tatsache geschaffen zu sein und ich glaubte, die vorbereitenden Maßnahmen zur Einrückung nach Westungarn treffen zu können. Es ergaben sich aber neue Schwierigkeiten. In einer Beratung der sozialistischen Kabinettsmitglieder am 16. August machte Bauer schwere Bedenken gegen den Einmarsch geltend. Er bezweifle gar nicht, so führte er aus, daß es uns gelingen könnte, ohne große Opfer Westungarn zu besetzen. Fraglich sei dagegen, ob wir imstande wären, es auch gegen einen in kurzer Zeit zu erwartenden Angriff der Ungarn zu behaupten. Unsere Republik wäre zu schwach, kriegerische Verwicklungen zu ertragen. Deshalb rate er, vorläufig vom Einmarsch abzusehen. Seitz schloß sich dieser Ansicht an.

Es gelang mir nicht, meine Freunde von ihrem Standpunkt abzubringen. Ich machte daraufhin den Vermittlungsvorschlag, wenigstens einige nahe der Grenze liegende Ortschaften zu besetzen, wie Kittsee und den ungarischen Teil von Zillingdorf, mit welcher Besetzung auch namhafte wirtschaftliche Vorteile verbunden wären, weil im letztgenannten Dorfe die Kohlenwerke der Gemeinde Wien lägen. Aber auch dieser Vorschlag stieß auf Widerspruch. Schließlich einigten wir uns dahin, die Frage der Besetzung Westungarns dem Hauptausschuß des Parlaments vorzulegen, um vorerst die Meinung der anderen Parteien zu hören.

Die Sitzung des Hauptausschusses fand am 18. August statt. Die Christlichsozialen erklärten nach den einleitenden Berichten ohne Zögern, daß sie jede Aktion zur gänzlichen oder teilweisen Besetzung Westungarns ablehnen müßten. Sie wollten offenbar aus Parteigründen mit den neuen Machthabern Ungarns nicht in einen Gegensatz geraten. Es erübrigte sich nach der Ablehnung durch die Christlichsozialen die weitere Stellungnahme meiner Parteigenossen und damit war das Schicksal des Einmarschplanes entschieden.

5. Die Februarwahlen. Regierung Renner-Fink.

Das vorhergehende Kapitel durchbrach an einigen Stellen die chronologische Reihenfolge, um eine zusammenhängende Darstellung einiger Gebiete der auswärtigen Politik zu ermöglichen. Kehren wir nun wieder zum Gang der Ereignisse in die erste Februarhälfte des Jahres 1919 zurück.

Nach einem leidenschaftlichen Wahlkampf war die sozialdemokratische Partei mit 72 Mandaten in das Volkshaus eingezogen. Sie hatte zwar nicht die Mehrheit erlangt, war aber die stärkste Partei der Nationalversammlung. Eine rein sozialistische Regierung war auf parlamentarischer Basis nicht möglich, wohl aber eine Koalitionsregierung mit einer der bürgerlichen Parteien, wobei der Sozialdemokratie vermöge ihrer größeren Stärke die Führung zufallen mußte. Ein Zu-

sammengehen der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterpartei war so gut wie ausgeschlossen. Das Bürgertum und die Bauernschaft konnten sich keinem Zweifel darüber hingeben, daß sie trotz ihrer zahlenmäßigen Mehrheit gegen die Arbeiterklasse nicht regieren konnten. Jede Koalition gegen die Sozialdemokratie hätte binnen wenigen Tagen kläglich scheitern müssen, da alle Machtmittel des Staates, insbesondere die Wehrmacht, unter dem Einfluß der organisierten Arbeiterschaft standen.

Weit eher war der umgekehrte Fall denkbar, nämlich daß die Arbeiterklasse die Macht ergriff und versuchte, allein zu regieren. Es war niemand da, der imstande gewesen wäre, die Arbeiterschaft an dem Ergreifen der Macht zu hindern. Jeden Tag hätte die Rätediktatur proklamiert werden können. Freilich, wie es dann acht Tage später ausgeschaut haben würde, war eine andere Frage. Nicht etwa, daß sich im Inland ein ernsthafter Widerstand gegen die Arbeiterklasse hätte erheben können, aber das kapitalistische Ausland würde unweigerlich dem Sowjetstaat die Kehle zugedrückt haben. Kein Land der Welt befand sich je in einer größeren Abhängigkeit von den Siegerstaaten als das arme Deutschösterreich, das ohne Nahrungsmittelzufuhr aus dem Ausland binnen kurzem einfach verhungern hätte müssen.

So blieb denn, von allen prinzipiellen Bedenken abgesehen, bei der bloßen Beachtung der tatsächlichen Machtverhältnisse gar nichts anderes übrig, als daß die Arbeiterschaft sich mit einer anderen Klasse in der Herrschaft teilte. Es entstand die erste Koalition zwischen den Sozialdemokraten und Christlichsozialen, das Kabinett Renner-Fink.

In dieser Regierung saßen einige bewährte Beamte, wie Bratusch, Paul und Loewenfeld-Ruß, die in jeder Regierung ihre Pflicht taten, dann sozialdemokratische und christlichsoziale Parlamentarier in gleicher Zahl. Renner führte als Staatskanzler das Kabinett mit meisterhaftem Geschick. Nur ein Mann wie er, der als Staatsmann wie als Volkswirt gleichermaßen erfahren war und auch jene liebenswürdigen persönlichen Umgangsformen hatte, die so viele Gegensätze ausglichen, konnte in dieser Zeit das Staatsruder führen. Sein Stellvertreter, der Christlichsoziale Fink, war ein ruhiger, bedächtiger Mann, ein guter Bauer, erfüllt von ernstem Streben für den Staat. Die beiden verstanden sich; das sah jeder, der sie einmal an der Arbeit gesehen hatte. Wie denn überhaupt das persönliche Verhältnis der Regierungsmitglieder zueinander, trotzdem sie aus so verschiedenen Kreisen kamen und ganz entgegengesetzten Weltanschauungen huldigten, das denkbar beste war. Durch alle Erörterungen, die mitunter recht leidenschaftlich waren, zog sich stets ein Zug gegenseitiger Achtung, der in dieser schweren Zeit die gemeinsame Arbeit ja erst möglich machte.

Ich möchte hier auch ein Wort über meine beiden engeren Amtskollegen einflechten. Sowohl dem deutschnationalen Staatssekretär Mayer, der in der ersten Regierung Renner das Staatsamt für Heerwesen gemeinsam mit mir verwaltete, als auch dem christlichsozialen Unterstaatssekretär Waihs, der während der ganzen Koalitionszeit im Amte war, ist von ihren Parteigenossen der Vorwurf gemacht worden, daß sie sich mir gegenüber zu nachgiebig gezeigt haben sollen. Ich glaube, daß man beiden mit diesem Vorwurf unrecht getan hat. Sie konnten in Wirklichkeit nicht viel anderes tun, als mich gewähren lassen, weil die tatsächliche Macht beim sozialdemokratischen Unterstaatssekretär lag, dem allein die Soldaten gehorchen wollten.

Ich erinnere mich da, daß, als einmal Ententeoffiziere das Arsenal besichtigen wollten, der Staatssekretär Mayer mich um die Unterfertigung der Eintrittsscheine bat, weil er nicht sicher sei, ob die Soldaten seine Unterschrift respektierten und er sich vor Fremden nicht blamieren wolle. So ging es in vielen Fällen. Die beiden bürgerlichen Staatssekretäre waren einsichtig genug, persönliche Empfindlichkeiten zurückzustellen, sofern sie ein Hindernis der friedlichen Entwicklung zu werden drohten.

Eine persönliche Enttäuschung war eigentlich nur der neue Staatssekretär für Finanzen, Dr. Josef Schumpeter, und auch er vielleicht nur deshalb, weil wir zu hohe Erwartungen auf ihn gesetzt hatten. Ich hatte vordem einiges von ihm gelesen und war gespannt, seine Bekanntschaft zu machen. Er machte mir aber schon von der ersten Sitzung des Kabinettsrates an keinen guten Eindruck. Er wußte sich allerdings sehr gewählt auszudrücken und war in jeder Diskussion ein gewandter Gegner. Je öfter ich ihn aber nun sah, um so mehr verwunderte ich mich über die Raschheit, mit der er seinen Standpunkt zu wechseln vermochte. Er war so geistreich, alle Dinge von allen Seiten sehen zu können, bis er schließlich keine mehr sah, sondern nur sich selbst, die eigene Person, die sich über jeden Standpunkt erhob. Zur Zeit, als wir im heftigsten Kampfe gegen die Errichtung einer Rätediktatur standen, hielt er im Favoritner Arbeiterheim vor einer sozialdemokratischen Vertrauensmännerversammlung eine überaus radikale Rede, die ungefähr auf den Ton gestimmt war, in dem er kurze Zeit darauf zu mir sagte:

„Ich verstehe gar nicht, warum Sie sich so heftig gegen die Rätediktatur wenden. An sich ist das doch ein durchaus mögliches Regierungssystem ..."

Einige Wochen später wußte er dagegen Otto Bauer nichts Schlimmeres vorzuwerfen, als daß er mit dem Kommunismus kokettiere . . . So war er in allem und jedem: ein geistreicher, sehr wandelbarer Intellektueller, aber ebendarum ein unmöglicher Staatsmann.

Der neuen Regierung gehörte kein Vertreter der deutschnationalen Partei an. Auch mein bisheriger Vorgesetzter, der Staatssekretär Mayer, war aus dem Amte geschieden und ich hatte seine Stelle übernommen. Einige Tage nach dem Amtsantritt hielt ich im Reichsvollzugsausschuß der Soldatenräte eine Rede über die nächsten Aufgaben der Volkswehr, in der ich ausführte:

„Die Wehrmacht, die wir wollen, ist wesentlich verschieden vom alten Militarismus. Der Militarismus war ein Herrschaftsinstrument der herrschenden Klassen. Wir erstreben die freie, demokratische Wehr eines freien, demokratischen Volkes. Nicht auf den Kadavergehorsam, sondern auf die freiwillige Unterordnung und Disziplin soll die Manneszucht gestellt werden. Wir wissen sehr genau, daß ohne Ordnung und Manneszucht keine Wehrmacht imstande sein kann, ihre Aufgaben zu erfüllen. Deshalb wird unser Bestreben sein, die Disziplin zu heben und dadurch den inneren Gehalt unserer Wehrmacht zu stärken.

Die Form der Wehrmacht läßt sich im Augenblick noch nicht endgültig festlegen. Prinzipiell sind wir für die allgemeine Volksbewaffnung, die Miliz, können aber diese jetzt nicht erreichen, weil wir einerteils abhängig sind von den Bedingungen, die uns die Entente vorschreibt, und weil wir anderenteils keine definitive Entscheidung ohne das Einvernehmen mit dem Deutschen Reiche treffen dürfen. Wir

müssen uns also darauf einrichten, daß wir für die nächste Zeit bei der Volkswehr bleiben."

Ich dankte hierauf den Volkswehrmännern für die Hilfe, die sie bisher geleistet hatten, um den Bürgerkrieg zu vermeiden, und forderte sie auf, mitzuwirken, daß die Mängel, die sich in der bisherigen Organisation gezeigt hatten, möglichst rasch überwunden werden. Nochmals wies ich auf das große Ziel hin, das wir erstreben:

„Wir wollen verhüten, daß die Klassenkämpfe mit den Waffen in der Hand ausgetragen werden. Wir wollen verhüten, daß aus der Auseinandersetzung der Klassen, die notwendig ist, ein blutiger Bürgerkrieg werde.

Das wird uns am ehesten gelingen, wenn die Volkswehr bleibt, was sie ist: die kraftvolle Verteidigung der Republik, die beste Schutzwehr des Volkes, von der es sich niemals trennt."

Zum Amtsleiter des Staatsamtes bestimmte ich den Generalstabsobersten Theodor K ö r n e r, einen der besten Offiziere der alten Armee. K ö r n e r war aber nicht allein fachlich eine von allen Seiten anerkannte erste Kraft, sondern, was in diesen schweren Zeiten vielleicht noch wertvoller schien, ein Mann von echtem Schrot und Korn. Politisch ein unbeschriebenes Blatt, wußte er sich alsbald gegen rechts wie gegen links durch seine unbeirrbare Objektivität durchzusetzen. Wenn in den stürmischen Tagen die Arbeit des Amtes ihren ruhigen, vorschriftsmäßigen Gang ging, so ist das vor allem seiner festen, zielsicheren Hand zu danken, die den bürokratischen Apparat zu meistern verstand.

Die Aufnahme, die die neue Regierung in der Öffentlichkeit fand, war eine sehr geteilte. Breite Massen begrüßten sie mit hochgespannten Erwartungen, die unmöglich zu erfüllen waren. In der Arbeiterschaft hatte insbesondere der Sozialisierungsgedanke tiefe Wurzeln geschlagen. Sie glaubte an die Möglichkeit rascher und großzügiger Sozialisierung. Als die neue Regierung mit der Vorlage umfassender sozialer Reformgesetze begann, blieb die Arbeiterschaft, die vor wenigen Jahren noch jede derartige Errungenschaft mit lautem Jubel begrüßt hätte, fast teilnahmslos. Die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, das Urlaubsgesetz, der Heimarbeiterschutz, der Angestelltenschutz, der Ausbau der Arbeiterversicherung und was sonst noch alles an sozialen Reformen geschaffen wurde, machte verhältnismäßig wenig Eindruck. Nicht einmal das Gesetz über die Betriebsräte, das der Arbeiterschaft eine bedeutsame Mitbestimmung im Betrieb sicherte, wurde auch nur halbwegs in seiner großen Bedeutung erfaßt.

Die nach den Februarwahlen mit gesteigerter Heftigkeit einsetzende kommunistische Agitation trug das ihre dazu bei, manche Teile der Arbeiterschaft mit unmöglichen Vorstellungen über die Aussichten der nächsten Zukunft zu erfüllen. Alles, was an sozialer Reform und an Verankerung der jungen Freiheit geschah, wurde von den Kommunisten als geringfügig hingestellt. Die sozialdemokratischen Führer wurden beharrlich als Verräter an der Arbeitersache gebrandmarkt, die nichts anderes im Sinne hätten, als sich irgendeine Pfründe auf Kosten des Proletariats zu sichern. Natürlich wurde an der neuen Regierung kein gutes Haar gelassen. Weil in der Steiermark von der Landesregierung ein paar Kommunisten verhaftet worden waren, die sonst überall eine unbeschränkte Aktionsfreiheit genossen, wurde die Regierung R e n n e r mit der Ära S t ü r g k h auf eine Stufe gestellt. In einer Wiener Kommunistenversammlung sprachen die führenden Redner mit Vorliebe davon, daß eine „Kosakenherrschaft" in Österreich etabliert sei!

Mit großer Wucht warf sich die kommunistische Agitation auf die Soldaten. Ihr konnte nur durch rastlose Agitation für die Sozialdemokratie mit Aussicht auf Erfolg entgegengewirkt werden. Wenn das Bürgertum hinterher zeterte, die Armee sei politisiert worden, so muß an die — ach so rasch vergessenen — Zustände der ersten Revolutionsmonate erinnert werden, in denen wir keineswegs zwischen einer politischen oder einer unpolitischen Armee frei wählen konnten. Die einzige Entscheidung, die damals zu treffen war, war die, ob wir die Soldaten den Kommunisten überlassen oder versuchen wollten, aus ihnen Sozialdemokraten zu machen. Eine andere Wahl gab es nicht.

Natürlich entschieden wir uns für das letztere. Schon in den ersten Umsturztagen hatten wir eine Soldatenzeitung, „Der freie Soldat", gegründet, die unter Braunthals vortrefflicher Redaktion einen immer wachsenderen Einfluß auf die Soldaten gewann. Im Frühjahr 1919 konnte der Soldatenzeitung auch eine kleine Kunstzeitschrift, „Licht übers Land", beigelegt werden, die den Bildungsaufgaben der Soldatenräte eine sehr große Unterstützung verlieh.

Die Pflege der Bildungsbestrebungen unter der Soldatenschaft sah ich als eine der ernstesten Aufgaben meines Amtes an. Unter der Leitung Josef Luitpold Sterns wurde eine großzügige Bildungsorganisation für die Soldaten geschaffen, die bemüht war, aus den Kasernen Stätten der Volksbildung zu machen, was bis zu einem hohen Grade gelang. Die Erfüllung der Mannschaft mit wahrer Bildung sollte sie gegen die zersetzenden Einflüsse extremer Schlagworte widerstandsfähiger machen. Wir fanden auch bei diesen Bestrebungen wenig Verständnis in den Kreisen des Bürgertums. Es erblickte in allem, was wir taten, nur das verhaßte Rot der sozialistischen Fahne, was ihm genügte, um in leidenschaftliche Empörung über unser Tun auszubrechen. Die Kampfmittel waren dabei die gleichen wie die der Kommunisten: man schimpfte.

Während Renner — wenigstens in den ersten Monaten — noch halbwegs glimpflich behandelt wurde, fielen die bürgerlichen Zeitungen über Bauer und mich ohne jede Anstandspause her. Eigentlich begann diese Fehde sogar schon vor der Bildung der Regierung, denn bereits am 20. Februar brachte das „Deutsche Volksblatt" eine bewegliche Warnung. In dem gegen mich gerichteten Leitartikel heißt es am Schluß: „Unbedingt aber müssen alle bürgerlichen Parteien zusammenstehen, um die Besetzung dieses wichtigen Postens (Heerwesen) durch einen Sozialdemokraten zu verhindern. Lieber Opfer in anderer Richtung, nur dieses eine nicht."

Als diese Warnung aber doch nichts gefruchtet hatte und die Sozialdemokratie sich stark genug erwiesen hatte, sowohl Bauers als mein Ressort zu behaupten, klagte dasselbe Blatt: „Daß es den Christlichsozialen nicht möglich war oder daß es ihnen nicht nötig erschien, gegen die neuerliche Berufung dieser beiden jüngeren Mitglieder der sozialdemokratischen Partei ein Veto einzulegen, muß erstaunen."

Dieses Erstaunen war zwecklos. Die tatsächlichen Machtverhältnisse sicherten uns sowohl bei der Besetzung der Ressorts als auch sonst im Schoße der Regierung eine Überlegenheit. Noch waren die revolutionären Kräfte zu stark, als daß unsere Klassengegner es hätten wagen können, unsere Position ernstlich anzugreifen. Sie mußten sich damit begnügen, an Einzelheiten herumzunörgeln.

Besonders viel Ärger bereitete damals dem Bürgertum der Kampf, den die Arbeiterräte und ihnen folgend auch die

Soldatenräte gegen den Schleichhandel führten. Es wurden Bahnhöfe besetzt, um Hamsterer abzufangen, Automobile aufgehalten und durchsucht, schließlich auch Hausdurchsuchungen in Gastwirtschaften sowie in Privathäusern reicher Leute veranstaltet. Diese Hausdurchsuchungen wurden zum Schrecken des Bürgertums. Wer eine wohlgefüllte Speisekammer hatte, zitterte bei dem Gedanken, daß die Volkswehr kommen und ihn der schmackhaften Herrlichkeiten berauben könnte. Eine wahre Panikstimmung brach aus. Ich wurde täglich mit Zuschriften und — soweit man meiner habhaft wurde — mit mündlich vorgebrachten Bitten bestürmt, die Volkswehr von ihrem Tun abzuhalten.

Ich hielt allerdings die von Arbeiterräten und den Angehörigen der Volkswehr angewendeten Kampfmethoden gegen den Schleichhandel für durchaus unzweckmäßig, aber einige Wochen lang war gegen sie einfach nicht aufzukommen. Die angehäufte Wut des vom Hunger geplagten Volkes gegen jene, die während des Krieges und nun auch nach dem Umsturz noch herrlich und in Freuden leben konnten, machte sich in elementarer Weise Luft. Es war bereits ein Fortschritt, als ich die Volkswehrleute dazu bewog, nicht mehr allein eine Beschlagnahme vorzunehmen, sondern die Polizei amtshandeln zu lassen, während die Soldaten nur als Begleitmannschaft, allerdings als eine sehr genau kontrollierende Begleitmannschaft, mitgingen.

Schließlich gelang es aber doch, die Hausdurchsuchungen auf eine gesetzlich einwandfreie Form zu bringen. Es wurden nämlich Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrates in das Kriegswucheramt der Polizei dirigiert, das nunmehr den erstatteten Anzeigen nachging und, wo es nötig schien, die Hausdurchsuchungen vornehmen ließ.

Soviel Aufregungen dieser Schleichhandelskrieg auch hervorgerufen hatte, trat er aber im Bewußtsein der Menschen alsbald völlig zurück, als die im Gefolge der ungarischen und bayrischen Umwälzung heranstürmenden Gefahren das ganze Gefüge des Staates bis in seine Grundfesten erschütterten.

Die Unruhe, die die Massen ergriffen hatte, äußerte sich bei jeder politischen Angelegenheit. Sehr stark hat auf die Phantasie des Volkes der Aufenthalt des früheren Kaisers K a r l in Eckartsau gewirkt. Immer wieder trat die Forderung an uns heran, den Exkaiser zur definitiven Abdankung zu zwingen und dann auszuweisen. Als diesem Verlangen nicht mit der erwarteten Raschheit entsprochen werden konnte, hörten wir aus radikalen Kreisen Drohungen, daß sie sich des Exkaisers zu bemächtigen wissen würden. Angehörige der ehemaligen Roten Garde waren wiederholt in Eckartsau gesehen worden. Mehrmals war auch der Wagen, der dem Hofhalt die Lebensmittel von Wien zuführte, aufgehalten und beschlagnahmt worden. Ich ließ einige Soldatenräte des Volkswehrbataillons Nr. 41 kommen, um von ihnen zu erfragen, was da geplant war. Sie machten kein Hehl daraus, daß Angehörige des Bataillons entschlossen seien, sich des Kaisers zu bemächtigen, falls er nicht bald das Land verlasse. Ich hielt es für meine Pflicht, den Kanzler auf die dem Exkaiser drohende Gefahr aufmerksam zu machen, wobei ich hinzufügen mußte, daß nach meiner Ansicht weder die Wehrmacht noch die Polizei imstande wären, die frühere kaiserliche Familie zu schützen. R e n n e r hatte aber inzwischen bereits aus allgemeinen politischen Gründen Verhandlungen über die Entfernung des Exkaisers angeknüpft, der dann am 23. März unter dem Schutze der britischen Militärmission tatsächlich das Land verließ. Es war höchste Zeit, denn zwei Tage vorher war in Budapest die Rätediktatur aus-

gerufen worden und es war nicht abzusehen, inwieweit dieses Ereignis auf Österreich zurückwirken und auch sein Verhältnis zur früheren kaiserlichen Familie zuspitzen konnte.

6. Die Rückwirkung der ungarischen und bayrischen Räteherrschaft.

Am 21. März 1919 wurde in Budapest die Rätediktatur proklamiert. Durch die Straßen der Stadt zogen zehntausende Proletarier in revolutionärer Kampfesstimmung, aber auch die Stätten, in denen sich das Bürgertum zusammenzufinden pflegte, hallten von begeisterten Kundgebungen wider. In den Kaffeehäusern, Theatern und Konzertsälen wurde der Räteherrschaft als der noch einzig möglichen Form des Widerstandes gegen den siegreichen Ententeimperialismus zugejubelt. Ein nationaler Rausch in bolschewistischem Gewande hatte das ganze Volk ergriffen.

In Wien wurde der nationalistische Hintergrund des ungarischen Kommunismus von den Massen nicht gesehen. In seinem leidenschaftlichen Sehnen nach der sozialistischen Befreiung sah das Wiener Proletariat nur die Tat der Ungarn, nicht aber ihre Beweggründe. Es achtete kaum darauf, daß der Kommunismus in Ungarn die Antwort auf eine von den Siegern diktierte neue Festsetzung der Grenzen war. Nicht die nationale Abwehr, sondern der sozialistische Angriff befeuerte den revolutionären Schwung der österreichischen Arbeitermassen.

Am Abend des Tages, an dem die Nachricht von der Errichtung der ungarischen Rätediktatur in Wien eingetroffen war, kamen die sozialistischen Mitglieder der Regierung und einige andere Führer der Partei bei R e n n e r zusammen. Nach einer längeren Aussprache waren sich alle darüber klar, daß es ein geradezu wahnwitziges Abenteuer wäre, wenn Deutschösterreich versuchen wollte, dem Beispiel Ungarns zu folgen. Der würgende Griff der Entente bedrohte das ausgehungerte Industrieland Österreich ungleich stärker als das agrarische Ungarn. Ohne viel auf theoretische Auseinandersetzungen über Demokratie und Diktatur einzugehen, war es diese einfache, praktische Erwägung, die in jenen Stunden unseren Entschluß bestimmte. Wir wußten uns gegen die nichtproletarischen Klassen des Inlandes stark, kannten aber die Abhängigkeit des Landes vom Ententekapitalismus zu gut, als daß wir blind in das Abenteuer einer Diktatur gerannt wären.

Freilich, über die Aussichten unseres Widerstandes gegen die Räteherrschaft waren die Meinungen geteilt. Einige waren sehr pessimistisch und meinten, es werde zumindest nichts anderes übrig bleiben, als eine rein sozialistische Regierung einzusetzen, die aber das Parlament beibehalten müßte.

Viel Begeisterung fand dieser Ausweg nicht, denn es war jedem klar, daß eine rein sozialistische Regierung in Österreich sich nicht lange würde halten können und überdies, da das wirtschaftliche Elend nicht zu bannen war, den Sozialismus in den Massen schwer diskreditieren mußte. Vielleicht war eine solche Regierung auch nur die Vorstufe zur Räteherrschaft — und hinter der lauerte die Reaktion...

Es wurde auch der Gedanke besprochen, eine Regierung zu bilden, in der die Vertreter der Arbeiterräte sich mit Vertretern von Bauernräten, gleichgültig, ob sich dieselben zum Sozialismus bekannten oder

nicht, zusammenfanden. Das hätte an dem bestehenden Zustand, der im Wesen eine Koalition zwischen Arbeitern und Bauern war, noch am wenigsten geändert. Ob die Regierung sich auf Räte oder Parlamente stützte, mochte unter Umständen nicht so wichtig sein, wenn nur die wirklichen Machtverhältnisse der Klassen ihre Berücksichtigung fanden. Die Gefahr lag in dem Versuch, die Diktatur einer Klasse gegen eine andere aufrichten zu wollen, denn das Scheitern eines solchen Versuches konnte kaum länger als ein paar Wochen auf sich warten lassen.

Mochten aber auch die Aussichten unseres Widerstandes gegen die Errichtung einer Rätediktatur in unserem Kreise verschieden beurteilt werden, über die Notwendigkeit, einen solchen Widerstand zu leisten, bestand keine Meinungsverschiedenheit. Wir gingen mit dem Vorsatz auseinander, das Abenteuer abzuwehren, solange uns das möglich war.

Am folgenden Morgen brachte die „Arbeiter-Zeitung" an leitender Stelle einen von Friedrich Adler und Josef Benisch gezeichneten Aufruf des Reichsvollzugsausschusses der Arbeiterräte, der die Stellung der österreichischen Arbeiterschaft zur neuen Lage bereits deutlich aussprach. Nach einer Begrüßung des revolutionären ungarischen Proletariats wurde dort gesagt:

„Ihr habt an uns den Ruf gerichtet, eurem Beispiel zu folgen. Wir täten es vom Herzen gern, aber zur Stunde können wir das leider nicht. In unserem Lande sind keine Lebensmittel mehr. Selbst unsere karge Brotversorgung beruht nur auf den Lebensmittelzügen, die die Entente uns schickt. Dadurch sind wir völlig Sklaven der Entente. Wenn wir heute eurem Rate folgen würden, dann würde uns der Ententekapitalismus mit grausamer Unerbittlichkeit die letzte Zufuhr abschneiden, uns der Hungerkatastrophe preisgeben. Wir sind überzeugt davor, daß die russische Räterepublik nichts unversucht lassen würde, uns zu helfen. Aber ehe sie uns helfen könnte, wären wir verhungert. Wir sind daher in einer noch wesentlich schwierigeren Lage als ihr. Unsere Abhängigkeit von der Entente ist eine vollständige.

Wohl aber ist es unsere heiligste Pflicht, für alle Fälle gerüstet zu sein. Darum hat die Reichskonferenz unserer Arbeiterräte vor drei Wochen den Ausbau der Räteorganisation beschlossen. Wir haben an das arbeitende Volk den Appell gerichtet, überall Arbeiterräte einzusetzen, die Gründung von Bauernräten zu fördern sowie Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte mit den bestehenden bewährten Organisationen zusammenzufassen, um alles vorzubereiten, was die Stunde gebietet.

Neuerdings ergeht der Ruf an die Arbeiter aller Orte, die Räteorganisation schleunigst auszubauen. Wir haben auch bereits gefordert, daß der in den Beschlüssen der Reichskonferenz vorgesehene Zentralrat in den nächsten Tagen zusammentrete.

All unsere Wünsche sind bei euch. Mit heißem Herzen verfolgen wir die Ereignisse und hoffen, daß die Sache des Sozialismus siegen wird. Kampfbereit stehen auch wir, gewillt zu erfüllen, was die geschichtliche Notwendigkeit fordern wird.

Es lebe die internationale Arbeitersolidarität!

Es lebe der Sozialismus!"

Den Kommunisten machte die Untersuchung der tatsächlichen Machtverhältnisse nicht viel Kopfzerbrechen. Sie sahen die Weltrevolution bereits vor der Tür. In dem Leitartikel ihres Zentralorgans „Die soziale Revolution" vom 26. März wurde verkündet:

„Die Revolution marschiert. In Ungarn haben die vereinigten Kommunisten und Sozialdemokraten die Regierung übernommen. Die Sowjettruppen rücken unaufhaltsam vor und wir dürfen hoffen, daß es ihnen bald gelingen wird, eine Verbindung mit der ungarischen Räterepublik

herzustellen. Galizien ist in Aufruhr. In Lemberg haben die Arbeiter den Generalstreik proklamiert und im Petroleumgebiet hat die Arbeiterschaft die Macht an sich gerissen. In der österreichischen Ukraine ist die Räterepublik ausgerufen worden. Von den tschechischen Arbeitern darf man schon heute erwarten, daß sie sich zu keinem imperialistischen Krieg mißbrauchen lassen werden und die rührige Arbeit der Kommunisten in Böhmen eröffnet uns noch ganz andere Aussichten. Die italienische Partei ist aus der alten sozialistischen Internationale ausgetreten und hat sich der kommunistischen angeschlossen. In England wird es immer deutlicher, daß die Proletarier nicht gewillt sind, dem Bürgertum noch länger Gefolgschaft zu leisten; schwere Kämpfe bereiten sich dort vor."

Jeder Versuch, diese Hirngespinste als das aufzuzeigen, was sie tatsächlich waren, scheiterte an den krampfhaften Bemühungen der Kommunisten, die Wirklichkeit nicht sehen zu wollen. Für sie war Deutschösterreich reif zur Diktatur und das verkündeten sie beharrlich jeden Tag in ihren Zeitungen und Versammlungen, unbeirrt um alle Wirklichkeit. Nicht einmal der Hinweis auf die so offenkundige Abhängigkeit der österreichischen Ernährung von den Ententezuschüben vermochte sie zu stören. In der vorhin erwähnten Nummer des kommunistischen Zentralorgans wurde mit großem Ernst auseinandergesetzt, daß Österreich die Lebensmittel der Entente gar nicht brauche, denn es könnte sie ja aus — Ungarn beziehen. Von eben diesem Ungarn, das schon einige Tage nach der Ausrufung der Rätediktatur selbst in die allergrößten Ernährungsschwierigkeiten geriet!

Der ungarischen Räterepublik waren von allem Anfang an keine friedlichen Tage beschieden. Die Entente begann sofort mit militärischen Drohungen, die in die Tat umzusetzen sie ihren Vasallenstaaten auftrug. Schon am 27. März meldete das tschechoslowakische Preßbüro aus der Umgebung Preßburgs: Heute früh um 2 Uhr griffen die Magyaren unsere Wachtposten auf der Brücke über die Donau an und schossen aus einem Maschinengewehr.

Die Ungarn behaupteten umgekehrt, daß die Tschechen zuerst angegriffen hätten, was übrigens auch mehr Wahrscheinlichkeit für sich hat. Aber sei dem wie immer gewesen; die Kämpfe hatten nun einmal begonnen, ein neuer Krieg war entbrannt.

In diesem Krieg hat sich die Rote Armee Ungarns glänzend geschlagen. Trotzdem sie in wenigen Tagen aus dem Boden gestampft werden mußte, offenbarte sie eine Kraft und eine Schlagfertigkeit, die denen der tschechischen Legionäre, die sich soviel auf ihren Kriegsruhm zugute getan hatten, überlegen war. Die Tschechen machten nicht nur keine Fortschritte, sondern wurden weit zurückgeworfen. Große Teile der Slowakei wurden von den Ungarn erobert.

Auf die revolutionären Arbeiter und Soldaten Wiens machten die Siege der Roten Armee natürlich einen starken Eindruck. Die ehemalige Rote Garde, das nunmehrige Volkswehrbataillon 41, stellte das Ansinnen an mich, in kriegsmäßiger Ausrüstung an die ungarische Front abgehen zu dürfen. Ich lehnte das ab, weil ich es für selbstverständlich hielt, daß das arme, schwache Deutschösterreich in dem tschechisch-ungarischen Krieg strenge Neutralität bewahren mußte. Mit Wissen und Willen der Regierung durfte die Neutralität nicht gebrochen werden. Ein ander Ding war es, wenn Freiwillige entgegen dem Willen der Regierung nach Ungarn gingen.

Als ich einige Tage später die Meldung bekam, daß eine größere Anzahl Soldaten, von denen die meisten vom Volkswehrbataillon 41 waren, unter der Führung Leo Rothziegels nach Ungarn abgehen

wollten, mußte ich mir vor allem die Frage vorlegen, ob ich die Macht hatte, einen solchen Abzug gewaltsam zu hindern. Ohne schwere Kämpfe wäre es gewiß nicht möglich gewesen. Darauf wollte und konnte ich es aus guten Gründen nicht ankommen lassen. In diesen kritischen Tagen wäre es von den schwersten Folgen gewesen, den nach Ungarn abziehenden Soldaten eine Truppe entgegenzustellen. Sie hätte sich kaum ihrer Aufgabe mit Erfolg entledigt. Und schließlich mußte ich mir doch auch sagen, daß es vielleicht besser für uns war, wenn einige hundert der unruhigsten Menschen dieser Stadt nach Ungarn gingen, als wenn sie hier blieben und die ohnedies so große Unruhe noch vermehrten. Mochten sie sich, da sie nun einmal nicht zu halten waren, in Ungarn so revolutionär betätigen, als ihren heißen Gefühlen entsprach, wenn sie dabei nur unser armes Österreich nicht in Brand steckten. Wobei ich schließlich auch nicht umhin konnte, für jene Männer, die als Revolutionäre in den Kampf gegen Sowjetungarns Gegner zogen, im tiefsten Herzen Sympathie zu empfinden — mochten und konnten ihre Wege auch nicht die meinen sein!

In größeren und kleineren Abteilungen überschritten einige hundert Soldaten die ungarische Grenze. Sie wurden in Budapest mit großem Jubel empfangen. Man schickte sie sogleich an die rumänische Front, wo es ihnen leider sehr schlecht erging. Sie hatten bedeutende Verluste. Auch ihr braver, tapferer Führer R o t h z i e g e l fiel.

Bei diesem einmaligen Versuch blieb es. Ich habe wenigstens nichts mehr davon gehört, daß auch später noch eine größere Anzahl Soldaten nach Ungarn gegangen wäre.

Nach Wien kamen indes Scharen ungarischer Emissäre, die für die Unterstützung der ungarischen Räterepublik warben. Es kam ihnen nach dem ersten fehlgeschlagenen Versuch nicht mehr darauf an, österreichische Soldaten zum Übertritt in die ungarische Armee zu bewegen, vielleicht auch deshalb, weil sie schließlich Soldaten auch im eigenen Lande zur Genüge ausheben konnten. Ihre Tätigkeit setzte sich vielmehr folgende zwei Ziele: Fürs erste versuchten sie, Waffen und Kriegsmaterial aller Art, woran es in Ungarn mangelte, über die Grenze zu bringen. Zweitens — und darauf konzentrierten sie alsbald die ganze Wucht einer großangelegten Agitation — versuchten sie, Österreich zur Ausrufung der Rätediktatur und damit zum Anschluß an Ungarn zu bewegen.

Was die erstgenannte Tätigkeit anbelangt, so ist darüber schon viel geschrieben worden. Man hat mir von bürgerlicher Seite mehrmals vorgeworfen, daß ich den Waffenschmuggel nach Räteungarn zumindest geduldet hätte, während umgekehrt die Kommunisten behaupteten, ich hätte nach der Tschechoslowakei Kriegsmaterial liefern lassen. Das eine ist so falsch wie das andere. Nun muß man sich freilich vergegenwärtigen, daß die Schiebungen mit Waffen und Munition seit dem Ende des Krieges auch bei der größten Wachsamkeit einfach nicht zu vermeiden waren. Die großen Summen, die für Kriegsmaterial bezahlt wurden, führten immer wieder dazu, daß Durchstechereien bald für dieses und bald für jenes Land vorkamen. Zur Zeit der ungarischen Räteherrschaft ist es vorgekommen, daß revolutionär gesinnte Kreise aus ideellen Gründen den Waffenschmuggel nach Ungarn förderten. Ich versuchte aber, jeden Waffenschmuggel hintanzuhalten, wenn mir das auch, wie ich offen ausspreche, gegenüber den kämpfenden ungarischen Proletariern nicht leicht fiel. Es seien an dieser Stelle einige Befehle zum Abdruck gebracht, die meine Haltung in der Waffenfrage beleuchten.

Schon am 25. März 1919 schrieb ich an den Kommissär des Artilleriearsenals:

„Wie ich höre, bemühen sich Abgesandte der ungarischen Regierung, in Österreich Waffen, Munition und Ausrüstungsgegenstände unter der Hand aufzukaufen. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Beziehungen der ungarischen Regierung zur Entente so gespannt sind, daß jeden Tag der Kriegszustand eintreten kann. Die derzeitige Lage des deutschösterreichischen Staates gebietet uns, neutral zu bleiben. Infolgedessen dürfen wir keiner der beiden Machtgruppen eine Unterstützung zuteil werden lassen. Falls aus unserem Gebiet Waffen, Munition oder Ausrüstungsgegenstände ausgeführt werden würden, würde die Entente dies zweifelsohne als einen feindseligen Akt betrachten. Jede derartige Handlung eines deutschösterreichischen Organs ist deshalb streng zu vermeiden.

Dr. Julius Deutsch m. p."

Unmittelbar danach erging folgender Erlaß:

„Sts. Adj.-Z. 1003. An die Amtsleitung des deutschösterreichischen Staatsamtes für Heerwesen. Wien, 27. März 1919. Um einem Waffenschmuggel nach Ungarn vorzubeugen, haben sofort zwei Offiziere nach Wiener-Neustadt abzugehen und im Einvernehmen mit dem dortigen Volkswehrkommandanten die strengsten Maßnahmen zu treffen.

Dr. Julius Deutsch m. p."

Am 19. April wurde folgender telegraphischer Befehl an die Landesbefehlshaber in Wien und Graz erlassen:

„D.-ö. Staatsamt für Heerwesen, Abteilung 7, Z. 2821.

Laut hieher gelangten Gerüchten soll versucht werden, Waffen, und zwar nicht nur Gewehre und Maschinengewehre, sondern auch Geschütze nach Ungarn zu schmuggeln. Ich mache die Landesbefehlshaber für die sichere Verwahrung der Waffen persönlich haftbar. Sollten Waffen nach Ungarn geschmuggelt werden, werden die Schuldtragenden strengstens zur Verantwortung gezogen. Verfügtes telegraphisch melden.

Staatssekretär Dr. Deutsch m. p."

Von Amts wegen wurden den Ungarn also keine Waffen geliefert. Wir waren es unserem schwachen Staat schuldig, ihn vor internationalen Verwicklungen zu bewahren, und danach hielten wir uns. Anders als die Organe des Staates konnten sich aber selbstverständlich die Arbeiter verhalten. Revolutionär gesinnte Proletarier haben es sich nicht nehmen lassen, den kämpfenden ungarischen Genossen Waffen zuzuführen, soweit das bei der bestehenden Grenzabsperrung möglich war. Darüber dürfen sich am allerwenigsten diejenigen aufregen, die seelenruhig dem Waffenschmuggel der Reaktionäre aller Länder ihre wohlwollende Unterstützung leihen. Von Amts wegen war die Grenze gegen Ungarn sowohl wie gegen die Tschechoslowakei abgesperrt.

Mit größerer Begeisterung als gegen Ungarn ist von den Organen der Wehrmacht natürlich die Absperrung gegen die Tschechoslowakei durchgeführt worden. Ihr keine Waffen gegen Ungarn zu liefern, war ja nicht nur eine staatliche, sondern auch eine revolutionäre Pflicht.

Die Entente, die uns dazu verhielt, den Ungarn keine Waffen zu liefern, weil das einen Bruch der Neutralität bedeutet hätte, war gegenüber Waffenlieferungen an die Tschechoslowakei ganz gegenteiliger Meinung. Nicht nur daß sie uns nicht zur Neutralität verhielt, sie versuchte, uns sogar zum Bruch der Neutralität zu bewegen. Es wäre deshalb beinahe zu einem ernsten Konflikt gekommen.

Die ausländischen Militärmissionen stellten, geführt von den Franzosen, das Ansinnen an mich, den Tschechen Gewehrmunition zu liefern. Auf meinen Einwand, daß das einem Bruch unserer Neutra-

lität gleichkäme, da zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn der Kriegszustand bestehe, wurde mir erwidert, daß die Lieferung trotzdem erfolgen müsse. Ich verständigte nun die Vertrauensmänner der Arbeiter, die die Munition verladen sollten, und die der Eisenbahner. Beide Gruppen erklärten, Verladung und Transport mit einem Streik beantworten zu wollen. Daraufhin weigerte ich mich neuerdings, den Lieferungsbefehl anzunehmen. Nun wurde mir ein Ultimatum bis 6. Juni um 12 Uhr mittags gestellt, an welchem Zeitpunkt mit der Verladung der Munition begonnen werden müsse. Sonst....

Pünktlich zur angegebenen Stunde erschien ein französischer Oberst, um sich die Antwort zu holen. Eingefügt muß werden, daß gerade in diesen Tagen ein Streik auf der Pariser Untergrundbahn ausgebrochen war, dessen die französische Regierung anfangs nicht Herr zu werden vermochte. Als der französische Oberst eingetreten war, hatte ich ihn sehr höflich ersucht, Platz zu nehmen, und setzte ihm nun auseinander, daß ich, abgesehen von allen völkerrechtlichen Bedenken, gar nicht in der Lage wäre, die gewünschte Waffenlieferung durchzuführen, weil ich der Force majeure eines Streiks gegenüberstünde.

Das wollte er nicht gelten lassen. Die Munition müsse verladen werden, und zwar sofort, denn jede Stunde sei kostbar.

Das wüßte ich sehr genau, war meine Antwort, aber den Auftrag auszuführen wäre die österreichische Regierung ebensowenig in der Lage, wie etwa die französische Regierung heute imstande sei, die Pariser Métropolitain in Gang zu bringen. Tableau! Der Offizier entfernte sich, nicht ohne seinen Ärger offensichtlich zur Schau zu tragen.

Die Munition ist natürlich nicht verladen worden. Die gegen das revolutionäre Ungarn kämpfende Tschechoslowakei erfuhr von Österreich keine Unterstützung, so sehr sich auch die Ententevertreter darum bemühten.

Schon wenige Tage nach der Proklamierung der Rätediktatur in Ungarn waren führende Genossen nach Wien gekommen, um uns zu informieren. Ich erinnere mich, daß Wilhelm Böhm, Diner-Dénes, Pogany und mehrere jüngere Leute bei mir waren. Auch mit Garami, der die Proletarierdiktatur für seine Person nicht mitmachen wollte, sondern lieber die Heimat verließ und freiwillig ins Ausland übersiedelte, sprach ich. Gegenüber den Sozialdemokraten, die ich bereits von früher her kannte, machte ich aus meinem Herzen keine Mördergrube. Ich hielt die Teilnahme der Sozialdemokraten an der Diktatur für ein Unglück, das allerdings unter den gegebenen Verhältnissen kaum vermeidbar gewesen war.

Während des Wahlkampfes im Herbst 1920 veröffentlichten christlichsoziale Wiener Zeitungen in sensationeller Aufmachung einen Brief Diner-Dénes' an Bela Kun, in dem erzählt wird, daß ich mich über die ungarische Räteherrschaft nicht so prinzipiell ablehnend geäußert hätte wie Otto Bauer, woran dann allerlei Schlüsse über das Weitergreifen der Bewegung nach Deutschösterreich geknüpft wurden. Ein solcher Bericht kann natürlich nichts anderes als eine subjektive Beobachtung wiedergeben. In diesem Falle muß sie allerdings schon sehr subjektiv gefärbt gewesen seien. Diner-Dénes bestreitet übrigens, einen solchen Bericht geschrieben zu haben, und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß das Ganze nur eine Zeitungsmache, „Marke Ungarische Gesandtschaft — Preßdepartement", gewesen ist.

Alle ungarischen Genossen, die zu mir kamen, bat ich auf das nachdrücklichste, uns durch eine kommunistische Propaganda die ohnedies so großen Schwierigkeiten nicht noch zu erhöhen. Ohne Erfolg

freilich, denn diese Propaganda wurde schließlich zur Hauptbetätigung der in Wien weilenden Ungarn. Was sich da alsbald herumtrieb, waren nicht die bewährten Sozialdemokraten, die wir von früher her kannten, sondern zumeist neue Leute, Abenteurer mit den konfusesten Vorstellungen. Einer drohte mir einmal, daß er die Tunnels der Semmeringbahn in die Luft sprengen werde, weil er sichere Nachricht habe, Ententetruppen seien auf der österreichischen Südbahn im Anrollen. Der junge Mann bekam freilich eine Antwort, die er sich nicht auf den Hut steckte. Natürlich ließ ich ihn fortan auch gründlich überwachen.

Bezeichnend für die Tätigkeit der ungarischen Emissäre und ihrer Wiener kommunistischen Helfer ist ein damals verbreitetes Flugblatt, das nicht allein zum Eisenbahnerstreik, sondern auch zur Zerstörung der Schienen- und Eisenbahnanlagen aufforderte. Es heißt dort:

„Ihr werdet keine Verräter der internationalen Proletarierrevolution sein. Ihr werdet dazu keine Hilfe leisten, daß die Truppen der Ententeimperialisten ihre kotigen Stiefel die ungarische revolutionäre Arbeiterschaft fühlen lassen.

Die Zeit der Erlösung naht heran für die Proletarier der ganzen Welt!

Die russische Rote Garde kämpft in Galizien für uns alle! Die ungarische Rote Armee entfesselte die Ketten der rumänischen Proletarier! Die Fackel der Proletarierrevolution wurde überall angezündet!

Österreichische Eisenbahnerbrüder!

Proklamiert sofort den Eisenbahnerstreik!

Der Kampf des ungarischen Proletariats ist auch euer Kampf, der Sieg ist der Sieg des internationalen Proletariats. Die ungarischen Brüder werden euch Nahrungsmittel in Hülle und Fülle beschaffen und teilen Leid und Freud mit euch. Ihr müßt sofort den Streik proklamieren!

Zerstöret die Schienen und Eisenbahnanlagen, sprenget jede Munition in die Luft, gebet nicht zu, daß eure ungarischen Proletarierbrüder hingeschlachtet werden.

Hoch die Weltrevolution!

Es lebe die Proletarierdiktatur in Österreich!

Hoch die russischen und ungarischen kriegführenden Proletarierrevolutionäre!"

Mit seinen erfundenen Meldungen über die Siege der Russen, den lächerlichen Versprechungen über die Nahrungsmittelhilfe Ungarns und den selbstmörderischen blutrünstigen Tiraden, die zum sofortigen Losschlagen aufforderten, reiht sich dieses Flugblatt würdig den anderen Kundgebungen an, mit denen wir damals von den Kommunisten heimgesucht wurden.

Zwischen den ungarischen Propagandisten und der österreichischen kommunistischen Partei hatten sich sofort sehr enge Beziehungen entwickelt. Davon wird später noch die Rede sein. Aber nicht nur an erklärte Kommunisten wandten sich die Ungarn, sondern sie versuchten auch, Sozialdemokraten, die am linken Flügel der Partei standen, ihren Zwecken dienstbar zu machen. Von Soldatenräten wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß insbesondere Frey einen regen Verkehr mit den Ungarn unterhalte und seine Stellungnahme mehr und mehr zweideutig werde. Bei der ganzen Veranlagung dieses Mannes schien mir ein Hinüberschwenken in das kommunistische Lager

in der Tat durchaus möglich zu sein. Ich muß aber gestehen, daß ich persönlich viel länger an die Zuverlässigkeit Freys geglaubt habe als meine Mitarbeiter. Am frühesten hatte sich Braunthal gegen ihn gestellt. Er kannte ihn freilich genauer als ich, weil er regelmäßig an den Sitzungen der Soldatenräte teilnahm, während ich nur in Ausnahmsfällen hinkam. In diesen Sitzungen hat sich viele Monate lang ein zäher, leidenschaftlicher Kampf abgespielt. Von ihm muß an dieser Stelle gesprochen werden, weil er von der allergrößten Bedeutung für die Entwicklung der weiteren Ereignisse gewesen ist.

Braunthal hielt in allen Wirrnissen der Revolution an der Überzeugung fest, daß die Errichtung einer proletarischen Diktatur in Deutschösterreich zum Unglück für die Arbeiterklasse werden müßte. Frey spielte dagegen fortwährend mit überradikalen Redensarten, ließ durchblicken, daß er eigentlich doch für eine Diktatur sei, und er wollte gerade in der kritischesten Zeit sich zu keiner offenen Stellungnahme entschließen. Ein wilder Antikommunist ist er — wenigstens für einige Zeit — erst dann geworden, als die Rätediktatur in Ungarn am Zusammenbrechen war. Solange das Experiment zweifelhaft schien, war er wohl auch innerlich unentschlossen, wohin er sich wenden solle.

Frey, der ein gewandter Redner ist, beherrschte die Vollversammlung der Wiener Soldatenräte. Sie war das Forum, vor das er jede Streitfrage zu bringen suchte, weil er hier seines Sieges sicher war. Braunthal zwang seinen Gegner in kleinere Sitzungen, wo es weniger auf die rhetorischen Floskeln als auf die geistige Überlegenheit ankam. In den zwei Revolutionsjahren hat Braunthal auf die Politik der Soldatenräte mindestens ebenso nachhaltig gewirkt wie Frey, mochte sich dieser auch noch so oft dagegen auflehnen. Es dürfte kaum eine einzige Resolution von Bedeutung, kaum ein Flugblatt und kaum einen Aufruf geben, die nicht aus Braunthals Feder stammten. In einer unsäglich mühevollen Arbeit mußte Woche um Woche — man kann es nicht gut anders sagen — um die Vernunft in der Volkswehr gerungen werden, was vor allem Braunthal und seine engeren Freunde Leo Deutsch, Karl Weiß, Hofmann, Köhler und Schubauer besorgten. Ich konnte ihnen dabei meistenteils nur von außenher helfen, denn bei der Fülle der mir gestellten Aufgaben blieb mir für die so wichtige interne Führung der Soldatenräte nur eine verhältnismäßig geringe Spanne Zeit.

In ihren Sitzungen, vor allem in denen des Vollzugsausschusses der Wiener Volkswehr, fielen aber sehr oft politische Entscheidungen von der allergrößten Tragweite. Um das zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, daß der Vollzugsausschuß der Volkswehr lange Zeit die tatsächliche Kommandogewalt besaß. Nur seine Anordnungen wurden von der Mannschaft pünktlich befolgt. Die Offiziere konnten nichts anderes tun, als sich den Anordnungen des Vollzugsausschusses unterwerfen und sie als militärische Befehle weitergeben. Auch ich wandte mich, wenn eine Anordnung von größerer Tragweite zu treffen war, gewöhnlich vorerst an den Vollzugsausschuß, um nicht durch seinen eventuellen Widerstand die reibungslose Durchführung meiner Befehle zu gefährden. Nur im Zusammenarbeiten mit dem Vollzugsausschuß war es möglich, in der Volkswehr gedeihlich zu wirken.

Dieses Zusammenarbeiten war in der Zeit, da Frey der Vorsitzende des Vollzugsausschusses war, keine leichte Sache. Frey war ein Mann von ganz ungewöhnlichem Ehrgeiz. Es gab keinen Menschen in Österreich, dem er sich in Gedanken nicht gleich, wenn

nicht gar überlegen gefühlt hätte. Dabei war er von einer Rücksichtslosigkeit im persönlichen Verkehr, die schwer zu ertragen war. Sein Wesen war überdies gekennzeichnet durch ein stark entwickeltes Mißtrauen, das hart an Verfolgungswahn grenzte und zweifellos einer krankhaften Veranlagung entsprang. Er witterte fortwährend Verschwörungen und fühlte sich ständig bedroht. Obwohl ich mich der größten Vorsicht im Verkehr mit ihm befleißigte, konnte ich es doch nicht verhüten, sein Mißtrauen in hohem Grade zu erwecken. Dabei kam ich aber noch immer besser weg als die Männer, die dazu verurteilt waren, mit ihm täglich beisammen zu sein, wie Braunthal, Leo Deutsch, Köhler und andere.

Wären diese Braven der Partei nicht so unbedingt ergeben und so vom Herzen anständige Menschen gewesen, so hätte ein schwerer persönlicher Streit schließlich die Einheit der Volkswehr zerreißen müssen. Sie aber schluckten das viele Ungemach, das ihnen Frey zufügte, immer wieder hinunter, um nur die Einheit der Volkswehr nicht zu gefährden. Auch diese Selbstüberwindung war revolutionäre Hingabe.

Nach der Proklamierung der Rätediktatur in Ungarn hatten sich die innerpolitischen Verhältnisse Österreichs fast sofort bedrohlich zugespitzt. Das trat schon in den letzten Märztagen bei einem Streik der Eisenbahner zutage, der die Lebensmittelzufuhr abschnitt und damit die ganze Arbeiterschaft mit dem Hunger bedrohte. In einer großen Vertrauensmännerversammlung der Streikenden im Favoritner Arbeiterheim wiesen Renner und ich auf die politischen Gefahren für die Republik hin, die das Verharren im Streik mit sich bringen müßte. Es war eine stürmische Versammlung, weil ein Teil der Vertrauensmänner ohne Rücksicht auf die bedrängte Lage des Staates und seiner Bewohner auf der sofortigen Erfüllung aller aufgestellten Forderungen bestand, während wir zu zeigen versuchten, daß es im Interesse der Eisenbahner wie aller anderen Arbeiter gelegen sei, sich auf das im Augenblick Mögliche zu beschränken. Schließlich willigten die Vertrauensmänner aber doch in die Einsetzung eines Komitees, das sofort Verhandlungen mit der Regierung beginnen sollte.

Diesen Beschluß, der bedeutete, daß man bei Berücksichtigung der tatsächlichen Lage wieder vernünftig miteinander reden wollte, konnten sich die Vertrauensmänner deshalb so schwer abringen, weil ihnen immer wieder das Phantom einer neuerlichen großen politischen Umwälzung den Blick trübte. Noch deutlicher kam mir das zum Bewußtsein, als ich zwei Tage später nach Wiener-Neustadt fuhr, um die dortigen Eisenbahner zur Annahme der inzwischen zustande gekommenen Vereinbarung zu bewegen. Ich referierte zuerst in einer Vertrauensmännerversammlung der Partei und Gewerkschaften über die durch den Eisenbahnerstreik geschaffene Lage. Ich versuchte zu zeigen, daß die Eisenbahner von der übrigen Arbeiterschaft verpflichtet werden müßten, die Vereinbarung anzunehmen, weil ihr Streik doch nicht eine interne Angelegenheit einer Arbeitergruppe, sondern die Sache der gesamten arbeitenden und hungernden Menschen der Republik sei. Die radikalen Redner folgerten daraus freilich umgekehrt, daß eben auch die übrige Arbeiterschaft in den Generalstreik treten müsse! Danneberg, der als Abgeordneter dieses Kreises mit zur Versammlung gekommen war, und ich konnten aber die Mehrheit der Vertrauensmänner schließlich doch von der Unsinnigkeit eines solchen Generalstreiks überzeugen. Gegen wen sollte er sich denn richten? Und wofür sollte er geführt werden, da es offensichtlich war, daß wir nicht die

Kraft hatten, „die Revolution weiter zu treiben", wie uns das die Radikalen empfahlen?

Noch in derselben Nacht ging ich zu den streikenden Eisenbahnern, die sich im Heizhaus, das außerhalb der Stadt lag, versammelt hatten. Hier erlebten wir nun das schon gewohnte Schauspiel: Die alten, bewährten Gewerkschaftsmitglieder sahen die Notwendigkeit einer gütlichen Verständigung ein und stellten sich auf unsere Seite, während die neuen, eben erst zur Gewerkschaft gestoßenen Mitglieder gar nicht fassen konnten, weshalb man nicht bis zur restlosen Erfüllung auch der letzten Forderung streiken sollte. Sie versuchten uns mit großem Lärm und wütenden Beschimpfungen ihren jungen Radikalismus aufzuzwingen. Der Vizebürgermeister Püchler, selbst ein Eisenbahner, fuhr den Krakeelern aber so derb über den Mund, daß sie schließlich klein beigeben mußten.

Von der Eisenbahnerversammlung fuhr ich in den ersten Morgenstunden mit dem Auto nach Wien zurück. In meinem Amt angekommen, fand ich die Verständigung vor, daß mich der englische Militärbevollmächtigte um eine dringende Unterredung bitten lasse. Ich konnte mir bereits denken, welcher Art die Mitteilung sein werde, und ich hatte nicht fehl geraten: Drohung, daß bei weiterem Eisenbahnerstreik der Lebensmittelkredit gefährdet sei, dagegen ködernde Versprechungen, wenn wir uns endlich entschließen würden, im Innern eine starke Hand zu zeigen und in der auswärtigen Politik gegen Räteungarn aufzutrumpfen.

Am Nachmittag war im Hause der „Arbeiter-Zeitung" eine Sitzung des Arbeiterzentralrates, das war die provisorische Leitung der österreichischen Arbeiterräte. In ihr deklamierten die Kommunisten, unbekümmert um den gerade in diesen Tagen so greifbaren Jammer unseres armseligen Staatsgebildes, von der sofort auszurufenden Rätediktatur. Der Gegensatz zwischen der trüben Wirklichkeit und diesen aufgedonnerten Redensarten war grotesk. Mein übermüdetes Gehirn reagierte nicht mehr, und ich verließ vorzeitig die Sitzung. —

Am 6. April war München dem Beispiel Budapests gefolgt. Wir waren nun zwischen zwei Räterepubliken eingekeilt und unsere Lage schien hoffnungsloser denn je. In den Tagen des Münchner Ereignisses fand die zweite Reichskonferenz der Soldatenräte im Gebäude des Wiener Volkswehrkommandos statt, auf der es natürlich ebenfalls zu einer Aussprache über die Rätediktatur kam. Ich sagte unter anderem:

„Über die ganze Welt geht eine große Welle des Radikalismus. Sie hat die besiegten Länder stärker ergriffen als die siegreichen. Die Weltrevolution ist vorläufig nur eine halbe, sie ist die Revolution der Besiegten. Solange die Revolution nicht alle Länder, auch die siegreichen, ergriffen hat, werden wir schwach sein. Unsere Stärke wächst mit dem Fortschreiten der Revolution in der ganzen Welt. Gegenwärtig ist die Lage für uns Deutschösterreicher so, daß wir bei jeder Handlung auf die außenpolitische Lage Rücksicht nehmen müssen..."

„... Jede Taktik, sei sie innerpolitisch noch so wünschenswert, die uns außenpolitisch Gefahren bringt, muß vermieden werden. Wir sind die Besiegten und müssen uns deshalb, ob wir wollen oder nicht, dem Sieger fügen."

Die Soldatenräte teilten diese Gedankengänge und faßten sinngemäße Beschlüsse.

Es wäre aber ein Fehler gewesen, sich über die Bedeutung dieser Beschlüsse einer Täuschung hinzugeben. Die Soldatenräte standen allerdings unter unserem geistigen Einfluß und ließen sich schließlich immer wieder von dem, was im Augenblick notwendig war, überzeugen. Aber von den Soldatenräten bis zu den Soldaten war noch ein weiter Weg. In der Bataillonsversammlung ging es ungleich radikaler zu als in der Sitzung des Soldatenrates. Oft kam es vor, daß die Beschlüsse der Soldatenräte von den Soldatenversammlungen nicht anerkannt wurden. Es war dann recht mühevoll und aufreibend, die entstandenen Differenzen auszugleichen. Diesmal hatten wir es überdies nur mit den Delegierten einer Reichskonferenz zu tun gehabt, also den abgeklärtesten und besonnensten unter den Soldatenräten.

Schon in der Vollversammlung der Wiener Soldatenräte war es viel schwieriger, einem uferlosen Radikalismus zu steuern. In der letzten Wiener Vollversammlung, die einige Tage vor der Reichskonferenz stattgefunden hatte, war es deutlich geworden, daß der Einfluß der Kommunisten seit der Proklamierung der ungarischen Räteherrschaft ganz bedeutend zugenommen hatte. Mit Mühe und Not gelang es, die Soldaten so weit bei der Stange zu halten, daß durch eine dehnbare radikale Fassung der sozialdemokratischen Anträge die Annahme kommunistischer Anträge unterblieb.

Was aber bei den Soldaten gerade noch gelang, scheiterte bei den Heimkehrern, Invaliden und Arbeitslosen. Diese ließen sich, von den Kommunisten geführt, zu immer unmöglicheren Forderungen verleiten. Die Invaliden und Arbeitslosen verlangten eine höhere staatliche Unterstützung, die von den letzteren mit mindestens 25 Kr. im Tag — eine für die damalige Zeit bereits sehr erhebliche Summe — beziffert wurde. Überdies sollte ihnen ein einmaliger Anschaffungsbeitrag von 1000 Kr. ausbezahlt werden. Die Heimkehrer verlangten eine Abfertigung von 5000 Kr. Alles in allem hätte die Erfüllung dieser Forderung viele Milliarden erfordert, die die Staatskassen technisch gar nicht aufzubringen in der Lage gewesen wären. Das wußten die Kommunisten sehr gut, aber eben darum schürten sie das Feuer. Die Heimkehrer, Invaliden und Arbeitslosen waren zu Sturmtruppen der Revolution ausersehen, und sie eigneten sich, ihrer psychischen Verfassung gemäß, zweifelsohne am besten dazu, der Republik Verlegenheiten zu bereiten.

Am 12. April fand eine Versammlung der Heimkehrer und Invaliden statt, an die sich eine stürmische Demonstration vor meinem Amte anschloß. Am nächsten Vormittag, es war ein Sonntag, sammelten sich wieder einige hundert Heimkehrer und Invalide vor dem Amte an. Ich war gerade in einer Versammlung des Arbeiter-Abstinentenbundes im Favoritner Arbeiterheim, wo ich von dem Stattfinden der Demonstration telephonisch verständigt wurde. Eine Deputation war in meiner Adjutantur erschienen und hatte mich zu sprechen verlangt. Als die Adjutanten mitteilten, ich sei nicht im Amte, gab es einen großen Spektakel, den auch der rasch herbeigerufene Unterstaatssekretär Waihs nicht zu dämpfen vermochte. Die Führer der Demonstration stießen wilde Drohungen aus. Einer von ihnen, ein — wie sich später herausstellte — mehrfach abgestrafter Schwerverbrecher, feuerte vom Balkon meines Arbeitszimmers aus Revolverschüsse ab, mit der Drohung, man werde nunmehr auf diese Art mit mir reden. Am drohendsten gebärdeten sich einige Ungarn, die zwar nur gebrochen deutsch redeten, aber als ihren unerschütterlichen Entschluß verkündeten, daß sie es als ihre Aufgabe erachteten, nun einmal hierzulande „Ordnung zu machen“.

Die Szenen in meinem Staatsamt waren nur ein Vorspiel. Am Gründonnerstag, dem 18. April, setzten sie sich in einer Tragödie fort.

Die Tage vorher waren mit wilden Gerüchten erfüllt.

Diesmal zitterte die Stadt in der Tat mit vollem Grund, denn die für den Gründonnerstag angekündigte Demonstration war von innerlich verzweifelten, maßlos erbitterten Menschen getragen, die überdies von der rücksichtslosen kommunistischen Agitation förmlich vorwärtsgepeitscht wurden.

Am meisten Grund zur Sorge schien aber die Volkswehr zu bieten. Die kommunistische Agitation ging von Bataillon zu Bataillon und manch eines schien schwankend zu werden. Gelang es aber den Kommunisten, die Volkswehr nur so weit in ihren Bann zu ziehen, daß sie sich im entscheidenden Augenblick abseits stellte — sie brauchte gar nicht offen auf die Seite der Kommunisten zu treten — dann war unsere Sache verloren. Die sozialdemokratischen Soldatenräte eilten in den Tagen vor dem Gründonnerstag von einer Kaserne zur anderen, um die Soldaten über die wirkliche Lage der Republik aufzuklären. Der Empfang, der ihnen zumeist zuteil wurde, war aber ein solcher, daß selbst die Besten unter ihnen anfingen, verzagt zu werden. Die zweideutige Haltung Freys, der Vorsitzender des Vollzugsausschusses der Soldatenräte war, trug das ihre dazu bei, die Verwirrung zu erhöhen. Die Soldaten kannten sich nicht mehr aus. Sie waren nicht imstande, die feinen Unterscheidungen zu erkennen, die Freys Reden noch von denen der Kommunisten trennten, und sie folgten deshalb gutgläubig jedem, der so ungefähr in die gleiche Kerbe hieb.

Dem mußte ein Ende gemacht werden! Sollten wir nicht jeden Boden unter den Füßen verlieren, dann mußte zwischen uns und den Kommunisten ein klarer, deutlicher Trennungsstrich gezogen werden. Ich wollte den Stier bei den Hörnern packen und verlangte die sofortige Einberufung einer Vollversammlung der Wiener Soldatenräte, um vor jenem Forum, das Frey bisher souverän beherrscht hatte, die notwendige Trennung sichtbarlich zu vollziehen. Die Versammlung wurde für den 16. April einberufen, aber am Tage vorher gab Frey seine Demission. Das war deutlich genug.

Die Versammlung, an der Frey nicht teilnahm, fand in einer Militärbaracke im Döblinger Truppenlager statt und war außerordentlich stark besucht. Sämtliche Wiener Bataillone hatten Vertreter entsendet. In einer ausführlichen Rede kennzeichnete ich die Lage: Österreich lebe unter ganz anderen Bedingungen als Rußland oder Ungarn. Die dortigen Kampfmethoden des Proletariats auf unsere Verhältnisse anzuwenden müßte zu einer Katastrophe des deutschösterreichischen Proletariats führen. Wir würden in einen Krieg mit der Entente verwickelt werden, in dem uns weder Rußland noch Ungarn helfen könnten. Der Radikalismus würde zum Totengräber der Revolution! Darum gelte es jetzt, kaltes Blut zu bewahren und strenge Disziplin zu halten, die Sache der Soldaten nicht von der der übrigen Arbeiterschaft zu trennen! Zum Schlusse stellte ich die Vertrauensfrage: Wenn die Soldaten nicht länger mehr zu mir stehen wollten, dann mögen sie es klar heraussagen!

Die eindeutigen Worte wirkten wie ein reinigendes Gewitter. Jetzt wußten die Soldaten, woran sie waren, und sie zögerten nicht, sich zu erklären. Unter großer Begeisterung wurde einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

„Die Vollversammlung der Soldatenräte nimmt die Ausführungen des Staatssekretärs, Dr. Julius Deutsch, zur Kenntnis und spricht ihm, als

dem Vertrauensmann der Arbeiterschaft im Staatsamt für Heerwesen, das vollste Vertrauen aus."

Ich hielt es für notwendig, an diesem Tage auch noch zu den Offizieren zu sprechen. In einer großen Offiziersversammlung im Militärkasino forderte ich die Offiziere zur Mitarbeit an der Festigung der Republik auf und warnte sie, putschistischen Einflüsterungen, kämen sie nun von der oder jener Seite, Gehör zu schenken. Ich rief ihnen zu: „Wir brauchen Ordnung und Ruhe, um leben zu können. Helfen Sie mit, das drohende Chaos zu vermeiden!"

Selbstverständlich begnügte ich mich in diesen Tagen nicht damit, nur als Redner gegen die drohenden Wirren zu kämpfen, sondern traf auch alle notwendigen militärorganisatorischen Vorkehrungen zur Abwehr.

Am Nachmittag des Gründonnerstag trat der Kabinettsrat zu seiner gewöhnlichen Sitzung zusammen. Die Sitzung hatte noch nicht lange gedauert, als die Meldung kam, Demonstranten zögen vor das Parlament und verlangten dort, von einem Mitglied der Regierung empfangen zu werden, um ihre Forderungen zu überreichen. Der Kabinettsrat ersuchte zuerst mich, ins Parlament hinüberzufahren. Als ich eben im Begriff war, wegzugehen, überlegte man es sich aber wieder, weil die Angelegenheiten der Arbeitslosen und der Invaliden nicht in mein Ressort fielen. Es erschien deshalb zweckmäßiger, daß der Staatskanzler selbst oder der Staatssekretär für soziale Verwaltung mit der angekündigten Deputation verhandelte. Dr. Renner machte sich auf den Weg.

Er war kaum einige Minuten fort, als die Meldung kam, die maßlos erregten Menschen versuchten, das Parlament zu stürmen. Die dort aufgestellte Polizeimannschaft, so wurde wieder berichtet, hätte einen schweren Stand. Auf beiden Seiten sei bereits geschossen worden. Die Sitzung wurde nun aufgehoben. Ich blieb in der Staatskanzlei, um von hier aus gemeinsam mit dem Polizeipräsidenten, mit dem ich durch eine direkte Telephonleitung verbunden war, die notwendigen Maßnahmen zu treffen. Die Polizei brachte alles, was sie an Mannschaft zur Verfügung hatte, vor das Parlament. In den Kasernen stand seit drei Uhr nachmittags die Volkswehr bereit.

Nachdem sich die erste Aufregung gelegt und die von den Demonstranten entsendete Deputation mit dem Staatskanzler verhandelt hatte, schien es, als ob das Polizeiaufgebot allein ausreichen würde, die Ordnung wieder herzustellen. Es waren aber inzwischen zahlreiche dunkle Elemente, wie sie in jeder Großstadt zu finden sind, in die Innere Stadt geströmt, die die hereinbrechende Dunkelheit benützten, um den Wirbel zu vergrößern. Ein Teil dieser Leute war bewaffnet und machte alsbald von den Feuerwaffen gegen die Polizei Gebrauch. Von mehreren Seiten wurde behauptet, die Schüsse seien von kommunistischen Volkswehrmännern abgegeben worden. Dafür fehlt aber jeder Beweis, denn es ist auch nicht ein einziger Volkswehrmann in einer verdächtigen Lage getroffen worden. Es ist möglich, daß der Umstand zu diesem Gerücht Anlaß gegeben hat, daß unter den Demonstranten viele ehemalige Soldaten waren, die mangels einer anderen Kleidung noch immer in ihrer alten Uniform herumliefen. Die Volkswehr trug damals auch noch die Uniform der alten Armee und deshalb konnte in der Dunkelheit wohl da und dort eine Verwechslung mit abgerüsteten Soldaten geschehen.

In dem Kampf um das Parlament geriet die Polizei in eine immer schwierigere Lage. Sie hatte bereits blutige Verluste zu be-

klagen und es war nicht abzusehen, was im Laufe des Abends noch weiter geschehen würde. Wir entschlossen uns deshalb, die Volkswehr zur Hilfeleistung heranzuziehen. Zuerst dirigierten wir zwei Kompagnien aus der Roßauer Kaserne und eine Kompagnie der Staatsamtswache vor das Parlament.

Etwas nach sieben Uhr abends wurde mir berichtet, das Parlament sei angezündet worden. Ich eilte zu einem nach dem Ring gewendeten Fenster des Hauses und erblickte zu meinem Entsetzen das Volkshaus in eine dichte Rauchwolke gehüllt, aus der Flammen herausblitzten. Es hatte den Anschein, als ob das ganze Haus in Flammen stünde. Zugleich krachte Schuß auf Schuß herüber.

Wir schickten nun einige weitere Volkswehrformationen unter dem Kommando des bewährten Oberstleutnants Stößel-Wimmer auf die Ringstraße. Es schien mir auch praktischer, jetzt meinen Sitz von der Staatskanzlei in das Landesbefehlshaberamt zu verlegen, um dem Schauplatz der Ereignisse näher zu sein. Das war auch schon deswegen nötig, weil aus dem Hause der Staatskanzlei alles davongelaufen war. Nicht einmal die Telephonzentrale des Hauses war mehr besetzt. Ich saß nur mit dem Unterstaatssekretär Waihs, den Offizieren des Befehlsstabes und einigen Soldatenräten dort. Vom Beamtenstab harrte allein die Sekretärin des Staatskanzlers unentwegt bei uns aus.

Als wir zum Landesbefehlshaberamt hinüberfuhren, war die Volkswehr im Aufmarsch. Vom Volksgarten her und von der Gegend des Schmerlingplatzes kam lebhaftes Gewehrfeuer, das aber nach dem Eingreifen der Volkswehr allmählich abflaute. Die Polizei wurde abgezogen, die Volkswehr sperrte alle Straßenzüge ab und besetzte das Parlament. Nun erst trat Ruhe ein.

Der traurige Tag hatte an Opfern gefordert: Sechs Polizeileute tot, zehn Volkswehrleute, einige Polizisten und etwa dreißig Demonstranten verwundet. In Anbetracht der völligen Sinnlosigkeit des Exzesses ein doppelt betrübendes Ergebnis.

Weil nach wenigen Wochen auch über die Ereignisse am Gründonnerstag und die Haltung der Volkswehr allerlei böswillige Fabeleien kolportiert wurden, sei es mir gestattet, zwei einwandfreie Zeugnisse hier festzuhalten.

Die christlichsoziale „Reichspost“, eine ansonsten unentwegte Hasserin der Volkswehr, pries unter dem unmittelbaren Eindruck dieses Tages die „korrekte Haltung der Wiener Volkswehr“. Sie schrieb:

> „Es ist bekannt, daß sich unter den Wiener Volkswehrformationen auch solche befinden, die dem radikalen sozialistischen Flügel angehören. Zwei Kompagnien der „Roten Garde“ aus der Roßauer Kaserne machten heute in ebenso tadelloser Weise zur Erhaltung der Ruhe Dienst wie andere Volkswehrgruppen, zum Beispiel das 26. Bataillon. Gegen die bolschewikischen Haufen nahm die Volkswehr entschieden Stellung, gegenüber dem Publikum verhielt sie sich im allgemeinen anerkennenswert taktvoll. An mehreren Stellen machten Volkswehrleute gegen die Plünderer von der Feuerwaffe Gebrauch. In den Abendstunden unternahm die Volkswehr die Säuberung des Ringes und führte die Aufgabe restlos durch.“

An diese Anerkennung knüpfte die „Reichspost“ zwar die Behauptung, daß unter den feuernden Demonstranten auch Angehörige des Volkswehrbataillons Nr. 41 gewesen seien, ohne hiefür jedoch einen Beweis erbringen zu können. Sämtliche Wiener Zeitungen fanden nur Worte des Lobes für die Haltung der Volkswehr.

In einem Bericht des Verbindungsoffiziers, Oberstleutnants Seiller, vom 22. April wurde mitgeteilt: Oberstleutnant Cuninghame betont, „daß er die Lage jetzt, nachdem die Volkswehr am Gründonnerstag die Feuerprobe ihrer Verläßlichkeit und Tüchtigkeit so vortrefflich abgelegt hat, viel zuversichtlicher beurteile. Nicht unerwähnt möchte er lassen, daß zwei englische Journalisten, welche Gelegenheit hatten, die Volkswehr am letzten Donnerstag in Aktion zu sehen, sich über ihr ebenso tüchtiges als maßvolles Verhalten in kritischen Situationen sehr lobend geäußert haben“.

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn ich behaupte, daß damals Wien wie von einem Alpdruck befreit aufatmete, als sich herausgestellt hatte, daß die Volkswehr um so vieles besser war als ihr von der bürgerlichen Presse mißhandelter Ruf.

Auch für die innere Entwicklung der Volkswehr hatte dieser Tag heilsame Folgen. Der Großteil der Mannschaft wurde sich seiner Aufgabe klarer bewußt und ließ die kommunistische Putschagitation nicht mehr in dem Maße an sich heran wie vor dem Gründonnerstag. Es entstand eine reinliche Scheidung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, bei der sich herausstellte, daß die letzteren nur ein Bataillon, das Volkswehrbataillon Nr. 41, auf ihrer Seite hatten, in den anderen Formationen aber nur hie und da verstreut einige vereinzelte Anhänger. Auch Frey fand nun wieder den Weg zu uns zurück und bekleidete seine frühere Stelle.

Die mit den Ereignissen am Gründonnerstag zusammenhängende günstige Entwicklung innerhalb der Volkswehr wurde noch einige Male unterbrochen, aber trotz der großen Anstrengungen, die die Kommunisten insbesondere in den Monaten Mai und Juni machten, nicht mehr zur Gänze aufgehalten.

7. Der Kommunistenputsch am 15. Juni.

Schon im Jänner 1919 hatte der Vorsitzende der italienischen Waffenstillstandskommission, General Segré, in einer Note an das Staatsamt für Heerwesen die Einhaltung des Waffenstillstandsvertrages verlangt, der Österreich nur eine Wehrmacht von 12.000 Mann gestattete. Ich erhob gegen diese Note Einwendungen, die zur Folge hatten, daß sich die Entscheidung bis zum März hinauszog. Dann kam wieder eine Aufforderung, den Vertrag zu erfüllen, und im April folgte eine im Tone bereits schärfer gehaltene neuerliche Mahnung. Ich glaubte, nun wenigstens teilweise nachgeben zu müssen, und ordnete die Herabsetzung des Standes der Volkswehr um ein Viertel an. Nach den Berechnungen meines Amtes war es möglich, die vorgeschriebene Zahl der Entlassungen zu erreichen, wenn nur junge Leute, Ledige und solche, die wegen gerichtlicher Vorstrafen ohnedies ausgeschieden werden mußten, zum Abbau kamen. Die sozial ungünstigen Wirkungen des Abbaues wurden bei der Anwendung dieser Methode auf ein Minimum reduziert.

Nach meiner Ansicht sollte nach der Entlassung des ersten Viertels mit weiteren Ausscheidungen innegehalten werden, bis die Ententevertreter neue Beschlüsse gefaßt hatten. Es bestand Aussicht, die Verhandlungen so lange hinzuziehen, bis der Friedensvertrag eine vollständige Klärung der Sachlage herbeiführte.

In den ersten Wochen nach Hinausgabe des Abbauerlasses schien es nicht, daß seine Durchführung auf ernstere Schwierigkeiten stoßen

würde. Weder die Soldatenräte noch die vom Abbau betroffenen Soldaten verschlossen sich der Notwendigkeit, der Forderung der Entente in dem von mir vorgesehenen Ausmaß Rechnung zu tragen. Wir verhandelten verschiedentlich um die Details der Durchführung des Abbaues und um die Unterbringung der zu Entlassenden in anderen Berufen, wofür ausreichende Vorkehrungen getroffen wurden, aber damit schien für die beteiligten Kreise die Angelegenheit erledigt zu sein.

Da begannen gegen Ende Mai die Kommunisten sich der Sache zu bemächtigen. In Wien hatte ein kommunistisches Direktorium, das mit außerordentlichen Vollmachten und noch außerordentlicheren Geldmitteln ausgestattet war, die Führung der kommunistischen Bewegung an sich gerissen. Dieses Direktorium steuerte zielbewußt und planmäßig auf einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden staatlichen Ordnung hin. Durch einen Putsch sollte die Regierung gestürzt, die Rätediktatur proklamiert und der sofortige Anschluß an Ungarns Räterepublik vollzogen werden. An der Spitze des Direktoriums, das im geheimen wirkte und zur Zeit der Aktion nur von wenigen gekannt war, stand ein Ungar, namens Ernst B e t t e l h e i m. Er und seine Mitarbeiter meinten, durch eine geschickte Ausnützung des Abbauerlasses einen großen Teil der Volkswehrmänner auf ihre Seite ziehen zu können. Gelang dies, dann verfügten die Putschisten über eine bewaffnete Macht, die ihnen bisher gefehlt hatte, und der geplante Anschlag war dem Gelingen um ein großes Stück nähergebracht.

Die kommunistische Aktion begann mit einer Protestversammlung am 27. Mai im Drehersaal. Dort wurden, begleitet von den dazugehörigen Pfuirufen, wilde Reden gegen mich gehalten, die die bürgerliche Presse höchlichst ergötzten. Sowohl in der Versammlung wie in einem Flugblatt der kommunistischen Soldatenzeitung „Der rote Soldat" wurde behauptet, daß der Abbau in Wirklichkeit gar nicht von der Entente gefordert worden wäre, sondern nur von der deutschösterreichischen Bourgeoisie, deren willfähriges Organ ich sei. In diesem Aberwitz lag Methode. Man wollte mich in den Augen der Soldaten, die bisher Vertrauen zu mir gehabt hatten, herabsetzen, als Verräter brandmarken, um für den vorbereiteten Putsch die notwendige Disziplinlosigkeit in der Volkswehr zu erreichen.

Ich trat dem Kesseltreiben in einer Vollversammlung der Wiener Soldatenräte am folgenden Tag entgegen. Nach einer gründlichen Aussprache wurde der Antrag des Kommunisten Fritz G r u b e r, der erklärte, „den auf Betreiben der kapitalistischen Ausbeuter von oben ergangenen Befehl zum Abbau der Volkswehr n i c h t zur Kenntnis" zu nehmen, mit 174 gegen 71 Stimmen abgelehnt. Meine Anträge, die dahin zielten, einen kleinen Teil der Volkswehr zu opfern, um das Ganze zu retten, wurden mit 200 gegen 25 Stimmen angenommen.

Die Kommunisten veranstalteten daraufhin in allen Bataillonen Versammlungen, in denen sie jene Soldatenräte, die gegen ihre Anträge gestimmt hatten, zu stürzen versuchten. Am 1. Juni fand eine Protestversammlung der kommunistischen Arbeiterschaft im großen Konzerthaussaal statt, der am 5. Juni eine Demonstration der Volkswehrleute vor dem Parlament folgte. An der Volkswehrdemonstration vor dem Parlament nahmen auch viele hundert Sozialdemokraten teil, die sich in der Angst vor dem drohenden Abbau unter kommunistische Führung gestellt hatten. Als die Sprecher der Demonstranten im Parlament erschienen, nahm ich die Gelegenheit wahr, um

den sachlichen Inhalt des Kampfes von den kommunistischen Parteibedürfnissen loszulösen. In meiner Erwiderung auf die Reden der Kommunisten Toman und Koritschoner erklärte ich, daß ich die Demonstration als eine Unterstützung meines Kampfes gegen den Abbaubefehl der Entente auffasse. Zwischen meinen Bestrebungen und denen der gegen den Abbau Demonstrierenden bestehe keine Differenz! Ich wehre mich gegen den Abbau nicht minder als die Volkswehrleute selbst!

Diese Erklärung entzog der kommunistischen Agitation, die ja eine mehr inner- als außenpolitische Spitze hatte, den Boden.

Inzwischen hatte ich mich neuerdings an den General Segré mit dem Ersuchen gewandt, den verlangten Abbau der Volkswehr zu verlangsamen, und erhielt daraufhin die Verständigung, daß der Termin der Entlassung des ersten Viertels bis zum 15. Juni verschoben werde. Dieser Tag wurde nun zum Stichtag des kommunistischen Putschversuches. Das geheime Direktorium meinte offenbar, die um ihre Existenz besorgten Volkswehrmänner würden sich nicht zum Schutze der demokratischen Republik gebrauchen lassen, sondern im Gegenteil mit den Putschisten gemeinsame Sache machen. Gerade am 15. Juni sollte deshalb der entscheidende Streich geführt werden.

Die Voraussetzung, auf der der Plan des Direktoriums aufgebaut war, bestand aber in Wirklichkeit gar nicht. Schon in der ersten Juniwoche hatte es sich nämlich herausgestellt, daß sich der notwendige Abbau bereits von selbst und ohne jede Schwierigkeit vollzog, ja zum größten Teil schon vollzogen hatte. Die Zahl der Abzubauenden war nach den Anträgen, die ich der Vollversammlung der Soldatenräte am 28. Mai vorgelegt hatte, ja an und für sich nicht groß, weil die abzubauenden 25 Prozent vom Stande des 10. April gerechnet wurden. Es waren von diesem Tage bis anfangs Juni so viele Volkswehrleute freiwillig ausgetreten, daß nun gar kein nennenswerter Zwangsabbau mehr notwendig war. Es brauchten nunmehr nur noch jene Leute, die sich im Dienste etwas zuschulden hatten kommen lassen, aus der Volkswehr entfernt zu werden und die von der Entente geforderte Entlassungsziffer war schmerzlos erreicht. In der ersten Juniwoche brauchten nur mehr ganz wenige und schon in der zweiten Juniwoche brauchte überhaupt niemand mehr entlassen zu werden. Und nun ließ auch die Entente wieder mit sich reden, hatten wir doch den guten Willen gezeigt, ihrer Forderung, soweit es unter den gegebenen Verhältnissen möglich war, zu entsprechen. Am 12. Juni konnte der Staatssekretär Bauer den fremden Militärmissionen mitteilen, daß die deutschösterreichische Regierung zu ihrem Bedauern nicht in der Lage sei, „den seinerzeit über Initiative der italienischen Waffenstillstandskommission eingeleiteten Abbau der Volkswehr fortzusetzen", ohne daß dagegen ein Einspruch erfolgte. Ja die französische Militärmission erklärte sogar ausdrücklich, daß sie auf einem weiteren Abbau nicht bestehen werde.

Am 15. Juni war also kein Volkswehrmann mehr vom Zwangsabbau bedroht. Soweit das kommunistische Direktorium seine Rechnung auf die Entlassungsfurcht der Volkswehrleute gestellt hatte, war sie falsch geworden.

Die Vorbereitungen zum Putsch waren aber inzwischen schon so weit gediehen, daß die Kommunisten trotzdem nicht mehr zurückweichen wollten oder daß zumindest ein Teil von ihnen auf der Durchführung des Putschplanes bestand.

Am Nachmittag des 13. Juni trat der Wiener Kreisarbeiterrat zu seiner ersten Sitzung zusammen. Friedrich Adler erklärte, daß der wahre Wille des Wiener Proletariats durch den Kreisarbeiterrat verkörpert sei und deshalb einzig und allein nur dieser das Recht habe, über das Schicksal der Wiener Arbeiterschaft zu entscheiden. Er richte die öffentliche Frage an die Kommunisten, ob sie bereit wären, klar und deutlich über ihre Absichten für den kommenden Sonntag Aufschluß zu geben.

Die Kommunisten gaben auf diese Frage, obwohl sie noch von mehreren folgenden Rednern wiederholt wurde, keine Antwort. Sie bestritten dagegen, daß der Kreisarbeiterrat kompetent sei, über das Schicksal des Wiener Proletariats zu entscheiden, denn es mangle ihm an revolutionärem Willen! Mit anderen Worten, sie anerkannten die Macht des Arbeiterrates nur dann, wenn er von ihnen beherrscht wurde — sonst galt er ihnen als reaktionär und hatte nichts mehr dreinzureden.

Diese Haltung der Kommunisten war deutlich genug. Am nächsten Tag brachte wohl der „Abend", der zu dieser Zeit enge Verbindungen mit den Kommunisten unterhielt, die Nachricht, daß die kommunistische Parteileitung auf eine Anfrage erklärt habe, „daß sie nicht beabsichtige, morgen etwas zu unternehmen, was zu einem Putsch führen könnte". Aber diese Meldung war von der kommunistischen Parteileitung nicht unterzeichnet und konnte also ebensogut richtig wie unrichtig sein. Für das letztere sprach der Umstand, daß gerade in diesen entscheidenden Stunden Flugblätter verteilt wurden, die „zur Tat" aufriefen. Der an die Soldaten gerichtete Aufruf hatte folgenden Wortlaut:

Soldaten!

Die Stunde der Befreiung des Proletariats ist da!

Unsere Genossen in der Internationale kämpfen mit allen Mitteln gegen unsere Versklavung durch die Ententebourgeoisie. Unsere ungarischen und russischen Brüder haben den Militarismus der Entente besiegt! Von uns hängt es ab, ob die Weltrevolution jetzt zum Siege schreiten wird.

Genossen!

Wir haben nichts zu verlieren! Ausgebeutet und ausgehungert durch die Bourgeoisie, sollen wir nun aufs neue unters Joch kriechen, uns wieder für ewige Zeiten an die Maschine fesseln lassen, zu Nutz und Frommen unserer Feinde, der Kapitalisten! Genossen, das darf nicht sein! Entweder wir zerschmettern unsere Gegner oder wir gehen zugrunde! Wir haben keine Wahl!

Sonntag den 15. Juni, 10 Uhr vormittags, demonstriert die revolutionäre Arbeiterschaft Wiens für die Errichtung der Rätediktatur, gegen Hunger und Ausbeutung, für die soziale Revolution!

Jeder Volkswehrmann hat die Pflicht, mit der Waffe in der Hand an dieser Demonstration teilzunehmen.

Volkswehrmänner, heraus!

Heraus auf die Straße für die Befreiung des Proletariats! Heraus auf die Straße für die Zukunft der Arbeiterschaft, für die Weltrevolution!

!! Es lebe die Räterepublik Deutschösterreich!!

Das geheime Direktorium hatte zur Leitung der militärischen Aktion ein eigenes Initiativkomitee eingesetzt, das seinen Sitz in der

Kaserne des Volkswehrbataillons Nr. 41 in der Selzergasse hatte. Dieses Initiativkomitee gab am Vorabend des kritischen Tages folgende Anleitung zur Durchführung des Putsches aus:

Rundstampiglie:
Revolutionäres Soldatenkomitee,
D.=ö. Sekretariat.

Direktiven.

Was macht das J. K.?

a) Wenn die Soldaten auf Kampf zwischen Proletariern und Polizei ꝛc. stoßen, so entfaltet der schon jetzt vom J. K. bestimmte Genosse die rote Fahne und ruft ein Hoch auf die Diktatur ꝛc. aus. Die anderen Vertrauensmänner stimmen begeistert ein, setzen alles daran, um die ganze Abteilung mitzureißen und sie schließen sich den Arbeitern an. Seite an Seite mit den Brüdern im Arbeiterrock kämpfen die Volkswehrleute gegen den gemeinsamen Feind, ob es sich nun um Polizei, Offiziersbaone oder reaktionäre Studenten handelt.

b) Und wenn die Soldaten auf Gebäude stürmende Proletarier stoßen, so entfalten sie (wie bei Punkt a) die rote Fahne, rufen „Hoch!", schließen sich an die Arbeiter an und das Gebäude wird Hand in Hand mit dem Proletariat genommen. Die Abteilung besetzt das betreffende Gebäude und handelt laut Punkt c.

c) Und die Abteilung, die den Auftrag erhält, irgendein Gebäude ꝛc. zu besetzen, ohne auf Kämpfende ꝛc. zu stoßen, hißt die rote Fahne am Gebäude und die Soldaten verlangen, daß das Kommando über das Gebäude in die Hände eines zu ernennenden Gebäudekomitees übergeht, das zu gleichen Teilen aus Kommunisten und Sozialdemokraten (Soldatenräte oder Mannschaft, aber keine Offiziere!) zusammengesetzt ist.

Bitte fortwährend Berichte schicken!!!

Besonders nach jeder wie immer gearteten Aktion."

Für mich hätte es freilich dieser gedruckten Beweise des Putschplanes nicht bedurft. Von den sozialdemokratischen Vertrauensmännern, die ich in der ehemaligen Roten Garde hatte, kamen alarmierende Berichte über die dortigen Vorgänge. Ich erfuhr, daß das Initiativkomitee eine fieberhafte Tätigkeit entfalte, daß eine Menge Ungarn mit allerlei geheimen Aufträgen in der Kaserne in der Selzergasse aus- und einging, daß alles, was in der kommunistischen Partei waffenfähig sei, in Bereitschaft gesetzt werde, und daß der treibende Geist des Ganzen nach wie vor das geheimnisvolle Direktorium sei, mit dem noch geheimnisvolleren Bettelheim an der Spitze.

Die Vertrauensmänner teilten mir ferner mit, daß allerdings unter den Führern Streitigkeiten entstanden seien. Nach dem Eingreifen des Kreisarbeiterrates hätten sich die Stimmen gemehrt, die den geplanten Putsch nun für ein gefährliches Abenteuer erachteten und die deshalb dringend abrieten. Aber der ungarische Emissär Bettelheim, durch keinerlei Kenntnisse der österreichischen Verhältnisse angekränkelt, beharrte auf „seinem" Putsch.

Am Vormittag des 14. Juni kamen zwei Soldatenräte des Volkswehrbataillons Nr. 41 zu mir. Sie erklärten, daß durch die Beschlüsse des Arbeiterrates ihr proletarisches Gewissen geweckt worden sei und sie sich deshalb bestimmt sähen, mir wichtige, vertrauliche Mitteilungen zu machen. Den morgigen Putsch hielten sie für ein irrsinniges, von weltfremden Verschwörern ausgehecktes Abenteuer, das zu vereiteln ihnen im Interesse der Arbeiterschaft so wichtig erscheine, daß sie sich

in letzter Stunde entschlossen hätten, zu mir zu kommen. Von ihnen erhielt ich die Bestätigung dessen, was meine Vertrauensleute schon berichtet hatten, vermehrt durch wertvolle Details über die für den kommenden Tag geplanten taktischen Maßnahmen der Verschwörer.

Als die beiden sich entfernen wollten, bat der eine mich um ein Wort unter vier Augen. Er glaube, sagte er, als wir allein waren, daß die mein Amt umgebenden kommunistischen Spione ihn und seinen Kameraden hätten eintreten sehen. Sei dies der Fall, dann ginge es um ihr Leben. Sollte ihm etwas zustoßen, dann möge ich nachher seiner Frau und seiner Kinder gedenken. . . Ich drückte dem braven Mann zustimmend die Hand. Glücklicherweise hat sich seine Befürchtung nicht erfüllt; aber für den fiebrigen Geist jener Tage ist es bezeichnend, daß solche Befürchtungen gehegt wurden und daß sie nur zu ernst genommen werden mußten.

Wie das Beispiel dieser zwei Soldatenräte, die zwischen ihrer Parteigesinnung und ihrem proletarischen Verantwortlichkeitsgefühl schwankten, zeigt, gab es auch unter den Kommunisten Männer von tiefem, sittlichem Ernst. Ich schätze sogar, daß es ihrer nicht wenige waren. In den Tagen des Umsturzes haben tausende wackerer Arbeiter mit tiefer Leidenschaft an den kommunistischen Ideen gehangen, weil sie ihrem revolutionären Tatendrang am besten zu entsprechen schienen. Es tat uns, die wir erkannten, daß der von ihnen eingeschlagene Weg falsch war, und daß sie zeitweise einer geradezu irrsinnigen Führung ausgeliefert waren, herzlich weh, sie nicht an unserer Seite zu sehen. Aber ich setzte während der ganzen Zeit meines Wirkens den höchsten Ehrgeiz darein, auch den kommunistischen Arbeitern und Soldaten zu beweisen, daß das revolutionäre Wollen der Sozialdemokraten nicht minder ehrlich sei als das ihre. Trennten uns die Fragen des Tageskampfes, so sollte darob doch die Überzeugung von der Gemeinsamkeit des Endzieles nicht verlorengehen. Auch in den kritischesten Tagen bemühte ich mich, die persönliche Verbindung mit den Kommunisten nicht abreißen zu lassen. Waren es auch irrende Proletarier, so waren es doch Proletarier. —

Doch kehren wir zu dem Gang der Ereignisse zurück:

Der Vollzugsausschuß der Soldatenräte hatte sich an das Volkswehrbataillon 41 gewandt und mitgeteilt, daß die ganze Volkswehr ab 5 Uhr nachmittags in den Kasernen konsigniert werden würde. Das Volkswehrbataillon 41 möge erklären, ob es sich der angeordneten Konsignierung unterwerfe oder nicht. Es kam zu Verhandlungen, bei denen es sich zeigte, daß die kommunistischen Soldaten klüger waren als die kommunistischen Führer. In meinem Arbeitszimmer wurden die Verhandlungen mit folgender Erklärung der Soldatenräte, Bataillons- und Kompagnieführer des Volkswehrbataillons 41 zum Abschluß gebracht:

„Das Bataillon 41, seine Soldatenräte, Bataillons- und Kompagnieführer erklären, daß sie, um die proletarische Einheitsfront der Soldaten zu erhalten, mit den übrigen Bataillonen der Garnison Wiens bereit sind, die vom Vollzugsausschuß angeordnete Konsignierung strikte zu halten."

Diese Erklärung war von der allergrößten Wichtigkeit — wenn sie eingehalten wurde. Auf meine, an die Soldatenräte des Bataillons gerichtete Frage, ob wir jetzt des Bataillons wirklich sicher seien, getrauten sie sich keine eindeutige Antwort zu geben. Sie sagten nur, daß sie hofften, das Bataillon in der Hand zu behalten!

Am Abend war eine Beratung bei S e i t z, in der ich über die Situation in der Volkswehr Bericht erstattete. Ich erklärte, aller Volkswehrformationen mit Ausnahme des Bataillons 41 sicher zu sein. Auch die Einundvierziger würden aber von vornherein mit den Kommunisten nicht gemeine Sache machen, denn sonst wäre es gewiß nicht gelungen, ihre Soldatenräte zur Abgabe der obigen Erklärung zu veranlassen. Immerhin dürfe die Gefahr nicht außer acht gelassen werden, daß in einem kritischen Augenblick das ganze Bataillon 41 oder einige seiner Teile es versuchen könnten, die Waffen gegen uns zu erheben. Für diesen Fall habe ich Vorsorge getroffen, indem eine starke Volkswehrabteilung unter dem Befehl des Hauptmannes M a r e k in der unmittelbaren Nähe der Selzergasse auf dem Westbahnhof Aufstellung nehmen werde. Sollten Angehörige des Bataillons 41 versuchen, ihre Kaserne zu verlassen, dann würde befehlsgemäß die Abteilung Marek mit Waffengewalt gegen sie vorgehen. Zur Unterstützung dieser Abteilung stünden überdies mit Maschinengewehren armierte Panzerautos den ganzen morgigen Tag im Arsenal fahrbereit.

Die übrige Volkswehr werde zum Teil in den Kasernen konsigniert bleiben, zum Teil schon am frühen Morgen sämtliche wichtigen Gebäude, ferner die hauptsächlichsten Straßenzüge und Plätze der Inneren Stadt besetzen.

Diese Anordnungen wurden einhellig gebilligt. Schwieriger war die Beurteilung der augenblicklichen politischen Situation. War die Ausführung des Putschversuches tatsächlich für morgen zu erwarten oder lenkten die Kommunisten nicht doch im letzten Augenblick ein?

Die Nachricht des „Abend" vom Unterbleiben des Putsches wurde von keinem der Anwesenden als ein genügender Beweis erachtet. Dies um so weniger, als im Laufe des Tages noch zahlreiche Meldungen eingelaufen waren, die durchaus nicht auf ein Aufgeben der Putschabsichten hindeuteten. Aus Wiener-Neustadt wurde berichtet, daß der Kommunist K o r i t s c h o n e r dort weile und die sofortige Ausrufung der Räterepublik betreibe. Eine weitere Nachricht meldete, daß ein Abgesandter der ungarischen Gesandtschaft noch am Samstag versucht habe, mit Beamten der Polizei in Verbindung zu treten, um sie für den Anschluß an die Kommunisten zu gewinnen. Dabei sei auch mit der Zusicherung hoher Geldsummen nicht gekargt worden. Wieder andere Meldungen wußten von einem drohenden Aufmarsch ungarischer Rotgardisten an unserer Grenze zu berichten und von einem Plane, in der kommenden Nacht die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder gefangenzusetzen.

Wenn auch nur ein Bruchteil dieser Meldungen der Wirklichkeit entsprach, war ein Einlenken der Kommunisten gewiß nicht zu erwarten. Deshalb mußte sich unsere Beratung wieder den Maßnahmen zuwenden, die zur Verteidigung gegen den kommunistischen Anschlag notwendig erschienen. Die Polizei mußte selbstverständlich mit der Volkswehr kooperieren. Bei der Besprechung der Polizeimaßnahmen warf E l d e r s c h die Frage auf, ob ein behördliches Verbot der Versammlung nicht am ehesten dazu beitragen würde, Zusammenstöße größeren Stils zu vermeiden. Er erwähnte dabei auch, daß die Verhaftung einiger kommunistischer Führer allenfalls dazu beitragen könnte, die Gefahren zu mindern. Führerlos und in kleineren Gruppen aus den einzelnen Bezirken herankommend, wären die Demonstranten am wenigsten imstande, eine einheitliche, große Aktion durchzuführen.

Am nächsten Tag, wenn die Gefahr vorüber sei, könnte man ja die Verhafteten wieder freilassen. Ihre Anhaltung und Verwahrung wäre aber in dieser ernsten Stunde eine zweckmäßige Vorbeugungsmaßregel.

In der weiteren Beratung wurde über die Verhaftung der kommunistischen Führer nicht mehr gesprochen, das Versammlungsverbot aber ausdrücklich abgelehnt. Die Mehrzahl von uns war wohl der Meinung, mit der Ablehnung des Versammlungsverbotes auch die Verhaftung der Führer abgelehnt zu haben. Eldersch teilte aber diese Meinung, wie sich nachträglich herausstellte, nicht. Er glaubte vielmehr, nachdem sein Vorschlag nicht ausdrücklich abgelehnt worden war, zumindest freie Hand in diesem Punkte zu haben. Er erhob deshalb keinen Einwand, als die Polizei während der Nacht zur Verhaftung schritt. Auch die Polizei dachte freilich nur daran, einige Leute zu verhaften. Als die Polizeimannschaft aber in das Redaktionslokal der „Sozialen Revolution" eindrang, fand sie dort nicht, wie sie erwartet hatte, einige, sondern 115 Vertrauenspersonen. Eine Auswahl zu treffen, war in der späten Nachtstunde nicht mehr möglich, weshalb alle Angehaltenen in polizeilichem Gewahrsam bleiben mußten.

Die Kommunisten haben sich über die Verhaftung ihrer Vertrauensleute auch nach dem 15. Juni sehr aufgeregt gezeigt. Wie mir scheint, mit Unrecht. Glaubte die Polizei, Grund zur Annahme zu haben — und den hatte sie zweifelsohne mit vollem Recht — daß am kommenden Tag ein Gewaltstreich versucht werde, dann mußte sie alles tun, was in ihrer Macht stand, um ihm zuvorzukommen. In einer solchen Stunde konnte es keine andere Überlegung geben als die, sich vor der drohenden Gewalttat des Gegners zu schützen. Die Kommunisten hatten an die Gewalt appelliert und es stand ihnen schlecht an, zu schreien, als die Gewalt sich schließlich gegen sie wandte.

Eine andere Frage ist es, ob die Verhaftung eine zweckmäßige Maßregel gewesen ist. Darüber zu streiten halte ich indes für völlig müßig, da niemand zu sagen vermag, wie es geworden wäre, wenn die kommunistischen Führer in Freiheit geblieben wären.

In den frühen Morgenstunden des Putschtages fuhr ich zum Landesbefehlshaberamt, wo der Befehlsstab etabliert war. Auf den zum Ring führenden Straßen begegnete ich den heranmarschierenden Volkswehrabteilungen. In guter Ordnung aufziehend, machten sie einen zufriedenstellenden Eindruck. Eine Stunde später glich die Ringstraße einem Heerlager. Wo mich die Soldaten erblickten, gab es eine herzliche Begrüßung. Es herrschte eine ernste, entschlossene Stimmung in der Truppe, was ich auch den Gesprächen entnehmen konnte, die ich mit Soldaten führte.

„Der heutige Dienst ist kein angenehmer," meinte einer, „aber was soll man tun, da die Leute anders nicht Vernunft annehmen wollen?"

Ein anderer ergänzte: „Wir können doch die Republik nicht von einer Handvoll Narren zugrunde richten lassen."

Im Befehlshaberamt angekommen, erwarteten mich bereits einige Soldatenräte des Bataillons 41. Sie waren sehr erbittert über die in der Nacht erfolgte Verhaftung der kommunistischen Vertrauensleute und forderten die sofortige Freilassung. Falls die Enthaftung nicht sogleich erfolge, würde das Bataillon 41 zu ihrer gewaltsamen Befreiung ausrücken. Ich erwiderte, daß ich jeden Versuch einer Ausrückung des Bataillons 41 mit dem Befehl zum Angriff auf das Bataillon beantworten würde. Das Bataillon sei bereits durch Volks-

mehr zerniert, es brauchte den Ausmarsch nur zu versuchen, dann wäre das Signal zum Kampfe gegeben! Also keine Drohungen, denn wir fühlten uns stark genug, auch mit den Einundvierzigern fertig zu werden!

Ich fügte aber hinzu, daß ich gern bereit sei, in der Frage der Enthaftung, die ja nicht in meinem Wirkungskreis zu entscheiden sei, zu vermitteln. Telephonisch setzte ich mich mit Eldersch in Verbindung und riet zur Freilassung, denn ich hatte nunmehr den Eindruck, daß die Kommunisten eingeschüchtert seien und zumindest an diesem Tage kaum mehr imstande wären, eine größere Aktion zu unternehmen. Eldersch gab zu bedenken, daß die Freilassung in diesem Augenblick als ein Zeichen der Schwäche aufgefaßt werden könnte. Deshalb hielte er es für unrichtig, jetzt schon die Enthaftung anzuordnen, sondern wolle damit warten, bis die Demonstration zu Ende sei.

Die Soldatenräte des Volkswehrbataillons 41 entfernten sich in großer Erregung und erklärten, daß es nun fraglich sei, ob die Mannschaft ihrer Formation nicht einfach aus eigener Machtvollkommenheit ausrücken werde. Inzwischen wurde ich auch von Soldatenräten des in der Siebenbrunnenkaserne liegenden Volkswehrbataillons, das immer rege Beziehungen zu den Kommunisten unterhalten hatte, aufgerufen und um die Enthaftung der kommunistischen Vertrauensleute ersucht. Ich konnte ihnen keine andere Antwort geben als den Soldatenräten der Einundvierziger.

Die Verhandlungen hatten sich so lange hinausgezogen, bis die ersten Demonstranten auf dem Platze waren. Vom Rathausplatz, auf dem die Versammlung stattfand, zogen sie zum Landesgericht, um die Freilassung der Verhafteten zu erzwingen. Als einer Deputation dort mitgeteilt wurde, daß die Verhafteten gar nicht im Landesgericht seien, zogen sie zur Polizeidirektion.

Ich stand auf einem Balkon des Landesbefehlshaberamtes, der auf den Platz zur Votivkirche hinausging, als die Demonstration vorüberzog. Es dürften nicht mehr als fünf- bis sechstausend Menschen gewesen sein. Sie stießen fortwährend erregte Rufe aus, drängten und schoben nach vorwärts, als hätten sie Eile, weiterzukommen.

An der Spitze gingen zuerst Invalide. Da ertönte plötzlich der Ruf: „Jugendliche vor! Soldaten vor!“ Eine Anzahl junger Leute, die bisher im Zuge marschiert waren, trat aus der Reihe und lief auf dem Gehsteig dem Zuge entlang nach vorn. Ich sah deutlich darunter einige, die Gewehre trugen.

Rote Fahnen leuchteten in der hellen Sonne. Die wahnsinnig erregten Menschenmassen, ihre Rufe und die leidenschaftlichen Gebärden stachen seltsam von dem ruhigen, strahlenden Sommermorgen ab, der sich in klarer Schönheit über uns breitete. Der grelle Gegensatz tat schier den Augen weh.

Der Zug war kaum vorbei und ich hatte einige Schritte zurück ins Zimmer gemacht, als ein harter, zischender Knall die Luft durchschnitt.

Ein Schuß!

Ich sprang zurück zum Fenster und schon krachte Schuß auf Schuß. Das ging so rasch, daß nur einige Sekunden zwischen dem ersten Schuß und den ihm folgenden vergangen sein konnten. Im nächsten Augenblick erdröhnte die Gasse von lauten durchdringenden Schreien. Entsetzte Menschen liefen in regelloser Hast zurück. Verwundete, mit Blut bedeckt, wankten vorbei. Das Unglück war geschehen.

Eine Stadtschutzabteilung, die in der Hörlgasse den Zugang zur Polizeidirektion absperrte, hatte sich, als sie von der Menge angegriffen wurde, mit der Schußwaffe in der Hand zur Wehr gesetzt. Zwanzig Tote und achtzig Verwundete waren die Opfer.

Der Volkswehr war es glücklicherweise erspart geblieben, die Gewehre gegen Proletarier gebrauchen zu müssen. Nicht zumindest dürfte dies dem Umstand zuzuschreiben gewesen sein, daß die Massen in ihrem Herzen der Volkswehr weit weniger feindlich gesinnt waren als der Polizei und deshalb gegen sie mit ungleich geringerer Erbitterung andrängten. Vielleicht hat auch der Umstand mitgewirkt, daß die Volkswehr in so großer Zahl auf dem Platze war, daß die vorstürmende Menge die Aussichtslosigkeit eines Durchbruches der Volkswehrreihen erkannte und deshalb von ihr abließ. Die Volkswehrmannschaft hielt sich auch an diesem Tage sehr gut. Sie bewahrte in der größten Aufregung ihre Ruhe und Besonnenheit.

Auch ein Zusammenstoß mit den Einundvierzigern konnte vermieden werden. Als Nachrichten von den blutigen Vorgängen in der Innern Stadt, vermehrt durch die bei solchen Anlässen unvermeidlichen Übertreibungen, in die Selzergasse-Kaserne drangen, ergriffen die Soldaten ihre Gewehre und stürmten zum Kasernentor.

Sie wollten an den Polizei- und Stadtschutzleuten, die geschossen hatten, Rache nehmen.

Die Torwache schlug das Kasernentor zu, Soldatenräte stellten sich mit erhobenem Revolver den Soldaten entgegen und erklärten, jedem eine Kugel in den Kopf zu jagen, der eigenmächtig die Kaserne verlasse. Diese Drohung wirkte. Sie verhütete, daß das Unglück dieses Tages noch größer geworden ist.

Wer an diesem Tag den ersten Schuß abgegeben hat, wird niemals erforscht werden. Die Demonstranten behaupteten, die Polizei habe zuerst geschossen und diese erklärte umgekehrt jene für die Angreifer. Für die Beurteilung der Schuld an dem Unglück ist aber die Frage, wer den ersten Schuß abgegeben hat, gar nicht das Entscheidende. Die Verantwortung tragen vielmehr jene, die durch eine wahnwitzige Agitation einige tausend Menschen mit der absurden Idee erfüllten, daß es möglich sei, durch den Gewaltstreich einer kleinen Minderheit der Mehrheit des Volkes die Diktatur aufzuzwingen. Ein halbes Jahr später haben die Kommunisten das selbst recht eindeutig ausgesprochen. In einem Artikel der „Roten Fahne" vom 21. November 1919 wurde auseinandergesetzt, daß die putschistische Taktik, „die Bettelheimerei" mit Stumpf und Stiel aus der kommunistischen Bewegung ausgerottet werden müsse. Es hieß da:

„Die Arbeiter sind nicht dazu da, um irgendeinen Führerehrgeiz zu befriedigen. Es kann auch nicht ihre Absicht sein, für Leute, die für ihre Nerven eine Anregung brauchen, ab und zu einen kleinen Putsch zu versuchen. Auch das Revolutionspielen ist nun lang genug betrieben worden. Den Leuten, die da glauben, daß man mit hölzernen Säbeln und Kindergewehren Revolution machen kann und daß Bleisoldaten eine rote Armee bilden können, wird man endlich begreiflich machen müssen, daß sie gründlich umlernen müssen, wenn sie der Arbeiterbewegung nützen wollen."

Nicht minder scharf hat bekanntlich Karl Radek (in der „Kommunistischen Internationale", Nr. 9) den Wiener Putsch gekennzeichnet, indem er ihn als einen Beweis für „den Kretinismus der Putschtaktik" erklärte.

Die Worte des kommunistischen Zentralorgans sowie die des einflußreichen kommunistischen Schriftstellers sind eine eindrucksvolle Rechtfertigung unseres Handelns am blutigen Junisonntag des Jahres 1919. Wir haben an diesem Tage die Revolution, das Proletariat, verteidigen müssen — leider gegen Proletarier.

8. Entscheidende Kämpfe.

Nach dem Fehlschlagen des Putschversuches war in einem Teil der österreichischen kommunistischen Partei Ernüchterung eingekehrt. Leider nur in einem Teil, die Mehrheit blieb ihrer bisherigen Taktik treu. Vielleicht konnte sie auch nicht gut anders, weil sie von den ungarischen Emissären immer wieder vorwärts getrieben wurde. Die Ungarn glaubten, durch einen Anschluß Österreichs die Lage ihrer Räterepublik verbessern zu können, wenn nicht gar, die Weltrevolution einen entscheidenden Schritt nach vorwärts zu führen. Deshalb setzten sie alle Hebel in Bewegung, um in Österreich dem Kommunismus zum Siege zu verhelfen. Die österreichische kommunistische Partei war ideell sowohl als materiell, was mindestens gleich wichtig war, von den Ungarn abhängig. Sie durfte in Österreich keine österreichische Politik mehr machen, sondern nur eine ungarische. Trotz aller warnenden Stimmen im eigenen Lager wurde die Taktik so geführt, als ob Österreich vollständig reif zur Rätediktatur sei und nur durch die abgrundtiefe Schlechtigkeit der verruchten Sozialdemokraten daran gehindert werde, diese „historische Notwendigkeit" zu erfüllen.

Auf der zweiten Reichskonferenz der Arbeiterräte Deutschösterreichs, die Ende Juni in Wien stattfand, stellten die Kommunisten folgenden Antrag:

„1. Deutschösterreich wird als Räterepublik erklärt.

2. Mit der Durchführung aller hiezu notwendigen Maßnahmen wird der Reichsvollzugsausschuß der Arbeiterräte betraut."

Die Reden der Toman und Friedländer, die diesen Antrag begründeten, liefen alle in den weltfremden, wirklichkeitsscheuen Resolutionsbahnen der Kommunisten, die da lauten: Die Weltrevolution braucht gar nicht erst erwartet zu werden, sie ist schon da — und Österreich ist reif zur Räterepublik!

Über diese kindliche Betrachtung des Weltgeschehens durfte auf dieser Reichskonferenz beileibe nicht befreiend aufgelacht werden. Die Kommunisten traten ungemein selbstbewußt auf, getragen von einer stürmischen Begeisterung ihrer Anhänger, die auch die Galerie des Saales besetzt hielten und mehrmals lärmend in die Beratungen eingriffen. Es gelang den Kommunisten, sogar auf einen Teil der sozialdemokratischen Arbeiterräte Einfluß zu gewinnen, was sich zwar nicht bei der Abstimmung über die obigen Anträge, aber bei denen auf Abänderung des Organisationsstatuts deutlich zeigte. Mit Hilfe sozialdemokratischer Radikaler vermochten die Kommunisten mehrmals, die Mehrheit auf der Reichskonferenz bei der Abstimmung nicht unwichtiger Organisationsbestimmungen zu erreichen. Die Zeit der zweiten Reichskonferenz der Arbeiterräte dürfte wohl den Höhepunkt des kommunistischen Einflusses auf die österreichische Arbeiterbewegung darstellen.

Auch mit der Opposition der antiputschistischen Elemente im eigenen Lager gelang es den kommunistischen Führern damals noch

leicht fertig zu werden. Auf der kommunistischen Vertrauensmännerkonferenz am 6. und 7. Juli gelang es dem putschistischen Direktorium, mit Zweidrittelmehrheit ein Vertrauensvotum für sich zu erreichen.

Diese Erfolge des radikalen Flügels bewirkten, daß die Agitation der Kommunisten sich zu rücksichtsloser Heftigkeit steigerte. Die Sozialdemokratie hatte große Mühe, den Ansturm abzuschlagen. Es waren entscheidende Kämpfe um die Herzen und Gehirne der Arbeiter, die in diesen Wochen ausgefochten wurden.

Das Ansehen und das überlegene taktische Geschick Friedrich Adlers trugen nicht wenig dazu bei, daß die Sozialdemokratie siegreich blieb. Friedrich Adler tat den Gegnern freilich nicht den Gefallen, sich unter allen Umständen gegen den Strom zu stemmen. Er wußte mehrmals im richtigen Augenblick geschickt nachzugeben, um durch diese Nachgiebigkeit der kommunistischen Agitation den Wind aus den Segeln zu nehmen. Auf diese Weise umschifften wir auch die gefährliche Klippe des 21. Juli, für welchen Tag die Kommunisten einen Generalstreik propagierten. Es sollte eine große internationale Kundgebung der Arbeiterschaft der ganzen Welt für die kämpfenden Proletarier Rußlands und Ungarns stattfinden. Welcher Art diese Kundgebung sei, wurde den einzelnen Parteien der Internationale überlassen. Die österreichische Sozialdemokratie war der Meinung, daß es genüge, am 20. Juli, der ein Sonntag war, mächtige Kundgebungen zu veranstalten. Die Kommunisten dagegen traten für einen Generalstreik am Montag, den 21. Juli, ein. Der Wiener Kreisarbeiterrat entschied mit 105 gegen 76 Stimmen gegen den kommunistischen Vorschlag. Daraufhin setzten die Kommunisten mit einer leidenschaftlichen Agitation für den Generalstreik ein, die durch Nachrichten über ein angebliches Anschwellen der revolutionären Bewegung in den Ententeländern gewaltig gesteigert werden konnte. Diese Agitation nahm so große Formen an, daß Friedrich Adler neuerdings den Kreisarbeiterrat einberief, um ihn nochmals zu befragen. Nun entschied der Arbeiterrat nach einem sehr maßvollen, vorsichtigen Referat Adlers mit einer schwachen Mehrheit für die Veranstaltung des Generalstreiks am 21. Juli.

An diesem Tage ruhte die Arbeit in Österreich vollkommen. Es war wohl der vollständigste Streik, den dieses Land je gesehen. Nicht nur die Fabriken und Werkstätten standen still, auch die Kaufläden waren geschlossen, die Ämter feierten, die Straßenbahnen und Fuhrwerke verkehrten nicht, der Post- und Telegraphenbetrieb war ausgeschaltet.

Die österreichische Arbeiterschaft hatte sich als die am besten organisierte der ganzen Internationale erwiesen, denn kein anderes demonstrierendes Land vermochte seine Kundgebung auch nur annähernd auf die Höhe der österreichischen zu bringen. Die maßgebenden Weststaaten brachten sogar eine große Enttäuschung. Frankreich, das sich zuerst für den Generalstreik erklärt hatte, sagte in der letzten Stunde ab, in England begnügte man sich mit einer sonntägigen Demonstration und in Amerika wurde ebenfalls nicht gestreikt. So blieb die Streikbewegung im wesentlichen auf Mitteleuropa beschränkt und auch hier trat sie in sehr verschiedenartiger Stärke auf den Plan.

Innerpolitisch war der Generalstreik am 21. Juli für die österreichischen Arbeiter sehr lehrreich. Er zeigte ihnen, daß wohl im eigenen Lande die revolutionäre Begeisterung hohe Wellen warf, daß aber in den anderen Ländern, und vor allem in denen der siegreichen Entente,

von einer Entschlossenheit der Arbeitermassen zur Weltrevolution noch recht wenig zu verspüren war. Die von den Kommunisten gehegte Zuversicht auf eine unmittelbar bevorstehende Aktion des Ententeproletariats war eitel. Das österreichische Proletariat sah immer deutlicher, daß es sich nur auf seine eigene Kraft verlassen könne.

Die geringe Schlagkraft des Ententeproletariats ermöglichte der europäischen Reaktion, Position auf Position zurückzuerobern. Am 4. August rückten rumänische Truppen in Budapest ein. Die Rätediktatur war zu Ende!

Nach einem kurzen demokratischen Zwischenspiel begann die scheußliche Gewaltherrschaft der adeligen Oligarchie, die in einer grauenvollen Orgie blindwütiger Verfolgung sowohl der kommunistischen als auch der sozialdemokratischen Arbeiter sich nicht genugtun konnte. —

Auf die politischen Verhältnisse Österreichs hatte der Zusammenbruch der ungarischen Rätediktatur die Wirkung, daß die Reaktion unverhüllter ihr Haupt zu erheben versuchte. Anderseits war die Arbeiterschaft durch den ungarischen Anschauungsunterricht gründlich über die tatsächlichen Machtverhältnisse belehrt worden. Die Schlagworte der Kommunisten büßten in der nun so deutlich sichtbaren rauhen Wirklichkeit zusehends von ihrem Zauber ein. An beiden Fronten wurde der Feind nunmehr in seiner ganzen Gefährlichkeit erkannt. Gegen rechts wie gegen links energischer noch als bisher zu kämpfen, ward zur Aufgabe der nächsten Zukunft.

Aus den Kreisen der sozialdemokratischen Volkswehrmänner kam der Wunsch, durch eine große Demonstration der ganzen bewaffneten Macht die Entschlossenheit zum Kampfe für die demokratische Republik gegen rechts wie links zu bezeugen. Insbesondere F r e y setzte sich mit dem ihm eigenen Eifer dafür ein, daß ein solcher Aufmarsch erfolge. Seine politische Wirkung war in der Tat einleuchtend. Die Reaktionäre mußten in der in diesem Aufmarsch bekundeten Einigkeit und Diszipliniertheit der bewaffneten Macht erkennen, daß ihre Hoffnungen auf einen Zusammenbruch der Demokratie eitel seien, wie anderseits auch die Kommunisten an einer solchen Demonstration nicht blind vorübergehen konnten.

Am 13. August marschierte unter wehenden roten Fahnen Bataillon auf Bataillon der Volkswehr am Parlament vorüber. Ihnen schlossen sich die Abteilungen der Polizei und Stadtschutzwache an. Ein Redner von jeder Gruppe der Bewaffneten versicherte, die demokratische Republik verteidigen zu wollen, komme, was da wolle. Als Vertreter der Regierung nahmen F i n k, W a i h s und ich an der erhebenden Kundgebung teil. S e i tz hielt als Präsident der Republik eine prächtige Ansprache.

In allen Garnisonsstädten des Landes fanden gleichartige Kundgebungen der gesamten bewaffneten Macht statt, die auch dort ihre Wirkung nicht verfehlten.

Die Wirkung dieser Kundgebungen auf die öffentliche Meinung war eine überaus bedeutende. Auch die Gegner der Republik beugten sich der sinnfällig demonstrierten Tatsache, daß die materielle Gewalt des Staates in den Händen von Republikanern lag, die entschlossen waren, sie, wenn nötig, auch zu gebrauchen. Eine Ausnahme machten nur wieder die Kommunisten, die auch in diesem Falle zeigten, daß sie am wenigsten von allen Parteien imstande waren, die realen Tatsachen des politischen Lebens zu erkennen.

Nach dem Sturze der ungarischen Räterepublik mußte es jedem, dem das Schicksal der Revolution am Herzen lag, in erster Linie darum zu tun sein, die Geschlossenheit der Revolutionäre zu erhöhen. Die Kommunisten taten aber alles, um den Gegensatz zwischen sich und den Sozialdemokraten auch in dieser kritischen Zeit zu vergrößern. Sie führten in ihren Versammlungen und in ihrer Presse eine Sprache, als ob nicht die Reaktion, sondern die Sozialdemokratie der Feind sei, den es unter allen Umständen zu bekämpfen gelte.

Was insbesondere ihre Tätigkeit unter den Soldaten anlangte, so war sie darauf gerichtet, die gerade jetzt so notwendige Disziplin zu untergraben. Im Laufe der letzten Monate hatten wir immer wieder die Einigkeit der Volkswehr als ein kostbares Gut gehütet. Sofern die kommunistischen Soldaten sich keinen Bruch der Disziplin zuschulden kommen ließen, waren sie in der Volkswehr unangefochten geblieben. Wer seinen Dienst ordentlich versah, dem widerfuhr ob einer von der Mehrheit der Soldatenschaft abweichenden politischen Meinung kein Ungemach. Es gab auch da und dort kommunistische Soldatenräte. Ich verhandelte mit ihnen in vielen hunderten Fällen, wobei ich gerne konstatiere, daß die meisten kommunistischen Soldatenräte ernste Menschen waren, die sich dienstlich durchaus korrekt verhielten. Nur wenige von ihnen waren Putschisten. Die meisten kämpften im Rahmen ihrer Partei gegen den Putschismus. Weil ich das wußte, verband mich mit ihnen oft auch in taktischen Fragen ein gemeinsames Ziel. Hätten die kommunistischen Soldatenräte über die Taktik ihrer Partei zu entscheiden gehabt, dann wäre, wie ich glaube, so manches ganz anders gekommen. Daß ich mit ihnen besser auskam als mit den kommunistischen Parteiführern mag überdies auch dem Umstand zuzuschreiben sein, daß fast alle Soldatenräte mit mir der festen Überzeugung waren, daß das nach außenhin einige und geschlossene Auftreten der Volkswehr die vielleicht bedeutsamste Sicherung der Revolution sei.

Auch das zum größten Teil aus Kommunisten bestehende Bataillon Nr. 41 hatte, wie schon in den früheren Kapiteln dieses Buches gezeigt wurde, bisher den erteilten Befehlen im großen und ganzen Gehorsam geleistet. Es war ihm ja mitunter schwer gefallen, aber es hatte sich schließlich doch immer wieder gefügt, sofern der Befehl nur vom Vollzugsausschuß der Soldatenräte, der auch von den Kommunisten anerkannten Vertretung der gesamten Mannschaft, gedeckt wurde. Schließlich mußte es ja auch dem einfachsten naiven Gemüt allgemach klar sein, daß die gegensätzlichen politischen Anschauungen nicht so weit getrieben werden durften, daß sie die Geschlossenheit eines militärischen Körpers zerstörten. Mochte der einzelne Soldat der oder jener politischen Meinung sein, die militärische Formation durfte nur einem einzigen Willen gehorchen, sonst hörte sie eben auf, einen militärischen Wert zu besitzen. In dem Augenblick, in dem die Kommunisten nicht mehr gewillt waren, die militärischen Notwendigkeiten der Revolution zu achten, mußte der Entscheidungskampf gegen sie bis zum bitteren Ende durchgefochten werden.

Seit dem Beginn des unheilvollen Wirkens des geheimen kommunistischen Direktoriums mehrten sich die Schwierigkeiten mit dem Bataillon 41. Am 15. Juni, dem Tag der stärksten Belastungsprobe, befolgte das Bataillon zwar die erhaltenen Befehle, oder richtiger gesagt, die Soldatenräte dieses Bataillons wurden mit den Widerspenstigen unter ihrer Mannschaft noch innerhalb der Abteilung fertig. Nach dem fehlgeschlagenen Putsch wurden aber die Schwierigkeiten

nicht, wie man hätte erwarten sollen, geringer, sondern größer, weil sich im Bataillon 41 deutlich Zersetzungserscheinungen zeigten. Die gemäßigt kommunistischen Soldatenräte, die bisher auf die Befolgung der erhaltenen Befehle gedrungen hatten, verloren an Boden. Das Bataillon geriet in die Hände von mehr als unsicheren Kantonisten.

Unter dem Einfluß des Direktoriums bildete sich eine Fraktion kommunistischer Soldatenräte, die nicht eine bloße Agitationsgruppe sein wollte, sondern die die abenteuerliche Vorstellung hegte, sich die Verfügung über die Waffengewalt anmaßen zu können. In ihrem Statut hieß es: „Die Fraktion ist verpflichtet, auch die ihr zur Verfügung stehende Waffengewalt der Bewegung zur Verfügung zu stellen bei allen Situationen, in denen die kommunistische Partei in konsequenter Verfolgung ihrer politischen Tätigkeit auf die Unterstützung des bewaffneten Proletariats unausweichlich angewiesen ist."

Es blieb nicht beim bloßen Wort. Die Kommunisten versuchten, das Wort in die Tat umzusetzen. Schon anläßlich des Generalstreiks am 21. Juli hatten sie einen argen Disziplinbruch verübt, indem die Fraktion kommunistischer Soldatenräte erklärte, sich der angeordneten Konsignierung der Volkswehr nicht zu fügen. Dafür befahl sie einige Tage später auf eigene Faust eine Konsignierung des Bataillons 41, um den von der Polizei verhafteten Sekretär des revolutionären Soldatenkomitees, Haller, mit Waffengewalt zu befreien. Dieser Haller war ein polnischer Staatsbürger, der, wiederholt polizeilich ausgewiesen, immer wieder zurückkam, um an der kommunistischen Bewegung auf ihrem radikalsten Flügel teilzunehmen. Er hatte auch an dem Putschversuch des 15. Juni sehr aktiv mitgewirkt. Es war ihm deshalb noch immer keinerlei Freiheitsstrafe zugedacht. Er sollte nur wieder einmal über die Grenze geschafft werden, welches Vorhaben jedoch die Fraktion der kommunistischen Soldatenräte durch ihre eigenmächtig angeordnete Konsignierung des Bataillons 41 zu vereiteln suchte. Es gelang ihr nicht.

Aber wieder einige Tage später, am 9. August, leistete sie sich ein neues Stückchen. Die Kommunisten hatten für den folgenden Tag wieder eine ihrer Demonstrationen auf dem Rathausplatz angesagt und dazu die Arbeiter in ihrem Zentralorgan mit dem Ruf aufgefordert:

„Genug der Demonstrationen und Verhandlungen! Die Stunde der Tat ist gekommen!"

In den Werbeversammlungen für diese Demonstration hatten einzelne Redner die Arbeiter aufgefordert, sich Waffen und Handgranaten zu besorgen. Aus dem Bataillon 41 kamen vertrauliche Nachrichten, die erkennen ließen, daß die Kommunisten trotz des Sturzes der Räteregierung und der infolgedessen so bedeutend geänderten politischen Situation schon wieder einmal die Stunde für gekommen erachteten, einen bewaffneten Aufmarsch mit allen seinen Gefahren zu versuchen. Diesmal sollten die Einundvierziger bewaffnet die Demonstration begleiten.

Als diese Nachricht kam, war ich gerade in einer Sitzung mit den anderen sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern bei Eldersch im Staatsamt des Innern. Ich setzte den Genossen auseinander, daß nach meiner Ansicht das Maß nun voll sei. Es sei unausweichlich, jetzt einmal Ernst zu machen, denn sonst würden wir mitschuldig an der Reaktion, die als Folge der kommunistischen Wahnsinnstaktik unausweichlich hereinzubrechen drohe. Ich verlangte die Vollmacht zu einem noch in der Nacht durchzuführenden Aufmarsch

der Volkswehr gegen die Einundvierziger. Wenn sich diese nicht sofort fügten, müßten sie mit Gewalt aus ihrer Kaserne, in der sie sich wie in einer Festung verschanzt hatten, hinausgeworfen werden.

Die anderen sozialdemokratischen Regierungsmitglieder konnten sich zu dem von mir geforderten Vorgehen lange nicht entschließen. Sie scheuten in begreiflicher Sorge vor dem, wie sie meinten, unvermeidlichen Blutbad zurück. Ich vertrat hingegen die Ansicht, daß es zum Waffengebrauch gar nicht kommen werde, weil das Bataillon sich in einem inneren Zersetzungsprozeß befinde, der es unfähig mache, Widerstand zu leisten. Man wollte mir das aber nicht recht glauben.

Inzwischen war im Landesbefehlshaberamt der Vollzugsausschuß der Wiener Soldatenräte zusammengerufen worden. Ich frug Frey telephonisch um seine persönliche Meinung. Er erwiderte, daß diesmal nichts anderes übrig bleibe, als Gewalt anzuwenden. Die Einundvierziger müßten erfahren, daß wir gewillt waren, Ernst zu machen, sonst verlören wir jeden Boden unter den Füßen. Als ich meinen Genossen in der Regierung mitteilen konnte, daß auch Frey meine Ansicht teile, wurde ihr Widerstand schwächer, ohne daß sie freilich die Sorge über den Ausgang unserer Unternehmung ganz unterdrücken konnten.

Es kam schließlich eine Einigung auf einer mittleren Linie zustande. Es sollte das Volkswehrbataillon 41 nicht angegriffen und ausgehoben, sondern so wie am 15. Juni zerniert werden. Nur falls es ausrückte, um an der kommunistischen Demonstration teilzunehmen, sollte der Angriff erfolgen. In den ersten Morgenstunden rückten ein Bataillon Volkswehr, ein Panzerauto und ein Zug Artilleristen, aber ohne Geschütze, vor die Kaserne des Bataillons 41. Der Kommandant der Volkswehr, Hauptmann Marek, begab sich in die Kaserne und verlangte von den Soldatenräten das Versprechen, daß das Bataillon nicht ausrücken werde. Ein Soldatenrat erwiderte: „Dieses Versprechen können wir nicht geben.“ Daraufhin blieb das Bataillon bis zum Ende der kommunistischen Demonstration zerniert. Es durfte die Kaserne nicht verlassen.

Das Volkswehrbataillon 41, das bisher ungemein selbstbewußt aufgetreten war, fühlte sich tief gedemütigt. Daß es kampflos sich nun zum zweitenmal in eine Art Internierung hatte fügen müssen, erschütterte die Zuversicht seiner Soldaten. Die Folge war, daß Entzweiungen innerhalb des Bataillons eintraten, die es in kurzer Zeit vollständig aktionsunfähig machten. Ein Teil der Mannschaft wollte jetzt sogar aus der kommunistischen Partei austreten und schickte seine Mitgliedskarten zurück. Eine Deputation von Einundvierzigern brachte mir selbst einige Dutzend Mitgliedskarten, wobei erklärt wurde, daß schon gut die Hälfte der Mannschaft von den Kommunisten abgefallen sei. Das wird wohl übertrieben gewesen sein. Tatsache war indes, daß das bisher einheitliche Bataillon sich in immer mehr Gruppen zersetzte. Je mehr es mit dem Bataillon zu Ende ging, um so mehr kamen nun jene Soldaten dort zu Einfluß, die sich lediglich um die wirtschaftlichen Interessen der Mannschaft zu kümmern versprachen. Alsbald verlegten sich alle Gruppen mehr oder weniger auf das Bitten um die Erhaltung ihrer Existenz. Die einen baten um die Zuteilung zu einer anderen Volkswehrformation, die anderen um eine höhere Abfertigung im Falle der Entlassung, und wieder andere, die sich kompromittiert fühlten, erklärten, mit der normalen Abfertigung zufrieden zu sein. Man möge sie nur nicht strafweise entlassen, war ihr Ersuchen.

Die Erhaltung der Einheitlichkeit und Disziplin der Volkswehr gebot uns, diese Situation zu benützen. Wir mußten mit den Einundvierzigern Schluß machen! Erholten sie sich wieder, dann war es um die Geschlossenheit der Volkswehr geschehen. Die von den Einundvierzigern in den Wochen vor dem 10. August verübten Disziplinarwidrigkeiten waren so zahlreich und ernst, daß sie Gründe genug waren, das Bataillon nunmhr aufzulösen.

In einer leidenschaftlichen Rede stellte Frey die disziplinarwidrigen Tatsachen in der nächsten Vollversammlung der Wiener Soldatenräte fest. Seine Rede klang in die Drohung aus:

„Bis hieher und nicht weiter! Die Worte sind gewechselt, seit Wochen, seit Monaten, sie haben nichts genützt. Wir müssen handeln! Nicht mehr nach den Worten werden wir die Kommunisten beurteilen, sondern nach ihrem tatsächlichen Verhalten, und danach werden wir unser eigenes Verhalten einrichten."

Die von Frey vorgeschlagene und schließlich bei Stimmenenthaltung der Kommunisten einstimmig angenommene Resolution verlangte:

„Kein Volkswehrmann, kein Soldatenrat, kein Bataillonssoldatenrat, kein Kreissoldatenrat, auch der Vollzugsausschuß nicht, darf mit dem revolutionären Soldatenkomitee oder der Fraktion kommunistischer Soldatenräte oder einem ähnlichen Gebilde in irgendwelche Verhandlungen treten. Die sogenannten Bataillonsausschüsse, die das revolutionäre Soldatenkomitee ins Leben gerufen hat, um die Stellung der Bataillonssoldatenräte zu untergraben, sind sofort aufzulösen und jeder Versuch, sie in irgendeiner Form wieder ins Leben zu rufen, ist sofort mit Ausschluß zu ahnden."

Als trotz dieses Beschlusses das revolutionäre Soldatenkomitee für den 23. August eine Sitzung der kommunistischen Fraktion der Soldatenräte einberief und auch sonst noch einige Tatsachen bekannt wurden, die zeigten, daß die Führer der Einundvierziger noch immer nicht an den Ernst der Lage glaubten, entschlossen wir uns nunmehr, ein Ende zu machen. Der Vollzugsausschuß stellte den Antrag, das Bataillon aufzulösen. Ich entsprach diesem Antrag sofort und gab am 27. August folgenden Befehl heraus:

„Die beim Volkswehrbataillon 41 in Wien herrschenden Mißstände haben den Staatssekretär für Heerwesen zu folgenden Maßnahmen bestimmt:

1. Das Volkswehrbataillon 41 wird aufgelöst.

2. Die vom Vollzugsausschuß namentlich bezeichneten Angehörigen des Volkswehrbataillons 41, welche sich grobe Disziplinarwidrigkeiten zuschulden kommen ließen, sind aus dem Verband der deutschösterreichischen Volkswehr auszuscheiden.

3. Die übrig gebliebene Mannschaft des Volkswehrbataillons 41 wird nach einem vom Landesbefehlshaberamt in Wien auszugebenden Schlüssel auf eine Anzahl Wiener Volkswehrbataillone verteilt."

Noch an demselben Tage wurde die Kaserne der Einundvierziger von anderen Volkswehrabteilungen besetzt. Der größte Teil der Mannschaft wurde mit Abfertigung entlassen und der Rest auf mehrere Volkswehrabteilungen verteilt.

Der Vollständigkeit halber will ich anführen, daß Frey unmittelbar nach seiner vorhin zitierten Rede gegen das Bataillon 41 einen längeren Urlaub angetreten hatte. Die Durchführung der Auflösung erfolgte in seiner Abwesenheit.

Sang- und klanglos endete somit auf die oben geschilderte Weise die Rote Garde, die einst so felsenfest geglaubt hatte, zu großen Dingen auserſehen zu sein. Sie ging zugrunde, nicht weil sie, wie ihre Wortführer gern glauben machen möchten, der Revolution stärkste Stütze war, sondern umgekehrt, weil ihre Tätigkeit der Konterrevolution nützlicher zu werden drohte als der Revolution.

Mit dem Untergang der Roten Garde verlor der putschistische Flügel der kommunistischen Partei seinen entscheidenden Stützpunkt. Die Drohungen der Putschisten waren von nun an nicht mehr ernst zu nehmen, konnten sie doch nicht mehr darauf pochen, daß eine Gruppe Bewaffneter versuchen würde, ihnen Nachdruck zu verleihen. Die Gefahr eines Zusammenstoßes bewaffneter Formationen, eines Kampfes staatstreuer Truppen mit kommunistischen Abteilungen der Wehrmacht war endgültig beseitigt. Dieses Ereignis mußte die innerpolitische Lage bedeutsam beeinflussen. Innerhalb der kommunistischen Partei konnte nun erst der vordem vergeblich versuchte Läuterungsprozeß erfolgreich weitergeführt werden. Die Abkehr vom Putschismus hielt in der kommunistischen Partei freilich nicht lange vor. Aber eine Zeitlang bewahrte eine antiputschistische Führung immerhin die kommunistische Partei vor neuen Abenteuern.

Außerhalb der kommunistischen Partei machte die von manchen Kreisen absichtlich betriebene geflissentliche Überschätzung der terroristischen Gefahren von nun an immer weniger Eindruck.

Es war nun den bürgerlichen Zeitungen doch nicht mehr so leicht als bisher möglich, jedes abgeschmackte Drohwort eines kommunistischen Redners durch absichtliche Übertreibung so zu vergröbern, daß es sich wie eine ernste Gefahr ausnahm. Die Reaktion verlor den grellroten Hintergrund, der ihr vor den angstvollen Gemütern eine heldenhafte Pose verliehen hatte.

Anderseits bedeutete das Ende der Roten Garde, daß die Arbeiterbewegung sich von jenem Scheinradikalismus befreit hatte, der den alten militaristischen Geist in roter Verkleidung neu aufleben lassen wollte und dessen Ziel es schließlich werden mußte, den Glauben an die Gewalt zum Fetisch jedes proletarischen Fortschrittes zu erheben.

III. Im Kampfe gegen die Reaktion.

1. Weltreaktion statt Weltrevolution.

Das Ende des Weltkrieges war der Beginn der Weltrevolution. Ein besiegtes Land nach dem anderen wurde von einer gewaltigen Umwälzung ergriffen. Staaten zerfielen. Throne barsten; es war, wie wenn ein Gewittersturm sondergleichen die Welt erzittern machte.

Aber die Revolution hatte nur die eine Hälfte der Welt ergriffen, die Welt der Besiegten. Die andere Hälfte, die Welt der Sieger, erlebte wohl einige heftige Erschütterungen, aber die große Umwälzung blieb vorläufig aus.

In den Novembertagen des Jahres 1918 war in den Ländern der Revolution die Meinung verbreitet gewesen, daß die in den besiegten Ländern begonnene Umwälzung in kurzer Zeit, vielleicht in Monaten, vielleicht schon in Wochen, auch die siegreichen Länder erfassen werde. Das war ein zu großer Optimismus, dem die nachfolgenden Ereignisse nicht entsprachen. Während sich die Mitte und der Osten Europas zu einer ernsten Bedrohung der kapitalistischen Weltordnung erhoben, brachte es der Westen nur zu vereinzelten Vorstößen gegen den Kapitalismus. In den Tagen der Demobilisierung der Armeen und der danach eintretenden Arbeitslosigkeit kam es auch dort zu Unruhen. Die Umstellung der Industrie auf die Friedensproduktion erzeugte manchen Zündstoff. Es kam in Frankreich und in England zu großen Streiks, die bei uns zulande als Feuerzeichen nahender Revolution gedeutet wurden. Sie waren es nicht. Das Gefüge des kapitalistischen Machtapparats blieb in den Ländern der Sieger ungelockert.

Das Proletariat Italiens vermochte noch die meiste Kraft gegen die ihr gegenüberstehende Bourgeoisie aufzubringen. Italien gehörte zu jenen Ländern, die trotz des Sieges die Folgen des Krieges viel rascher und bitterer zu spüren bekamen als die ungleich reicheren Alliierten. Die italienische Arbeiterschaft war deshalb schon wenige Monate nach dem Krieg ernüchtert und führte einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Herrschenden ihres Landes. Freilich ohne allzu großen Erfolg. Die Bourgeoisie saß noch zu fest im Sattel.

Wie denn erst die Bourgeoisie Frankreichs, Englands oder Amerikas! Das Proletariat dieser Länder, zu einem erheblichen Teil noch in einem nationalistischen Taumel befangen, vermochte seine Klasseninteressen nicht wirksam zur Geltung zu bringen. Es blieb im Aufmarsch zur Weltrevolution vorerst weit zurück.

Die Schwäche der Arbeiterschaft in den siegreichen Staaten lähmte die Kraft der Revolution in Mittel- und Osteuropa. Ein vollständiger Sieg des Proletariats in einem oder in mehreren Ländern ist unmöglich, solange die ökonomisch und politisch entscheidenden Staaten der Welt von der Umwälzung freibleiben. Es kann die Revolution

nicht an Ländergrenzen haltmachen, ohne an ihnen zu zerschellen. Deshalb mußte die in Mitteleuropa begonnene Revolution nach ihren ersten Siegen innehalten. Es bedeutete schon ungeheuer viel, wenn es gelang, das, was im ersten Ansturm erreicht wurde, festzuhalten. Ein „Weitertreiben der Revolution" innerhalb der besiegten Länder allein war ein Unding. Die Revolution konnte nur weitergetrieben werden, indem sie nunmehr auf die Siegerstaaten übergriff. War dies nicht der Fall, dann mußte das Proletariat der besiegten Staaten froh sein, das im ersten Anlauf Eroberte zu behaupten. Es mußte jetzt, anstatt weiter vorwärts zu marschieren, die eroberte Position zu halten suchen, bis die langsamer nachkommende Arbeiterschaft der Siegerstaaten auf ihrem Vormarsch ungefähr in gleicher Höhe hielt. Dann erst konnte es wieder weiter vorwärts gehen.

Nach dem Sturze der Räterepublik in Ungarn und der Entwaffnung der Arbeiterschaft in Deutschland durch die Truppen Noskes war der Höhepunkt der mitteleuropäischen Revolution überschritten. In Ungarn richtete Horthy sein Schreckensregiment auf, das nicht allein die ungarische Arbeiterschaft niederhielt, sondern auch die der Nachbarländer bedrohte. In Deutschland war die bewaffnete Macht dank der Kurzsichtigkeit der Noskeschen Politik, wie nicht minder dank der inneren Zerrissenheit des Proletariats wieder in die Hände der alten monarchistischen Offiziere gelangt.

Die führenden Militärs in Deutschland und in Ungarn hatten den größten Teil der tatsächlichen Macht in diesen Ländern an sich gerissen. Sie wurden zu den stärksten Stützen der Reaktion in Mitteleuropa, denen sich bei aller sonstigen Gegnerschaft die reaktionären Kräfte Polens, Rumäniens und Jugoslawiens anschlossen. Nur in der Tschechoslowakei hielt sich eine gemäßigte bürgerliche Demokratie als die notwendige und natürliche Gegnerschaft des tschechischen Volkes gegen monarchistische Restaurationsgelüste. Aber auch diese gemäßigte bürgerliche Demokratie verschmähte es nicht, in deutschen Gebieten durch tschechische Legionäre eine Willkürherrschaft aufzurichten und in der Slowakei mit dem Standrecht zu regieren.

Alle Nachbarländer Deutschösterreichs blieben in der freiheitlichen Entwicklung weit hinter dem bettelarmen Alpenland zurück. Diese Tatsache mußte die österreichische Arbeiterschaft in ihrer ganzen ausschlaggebenden Bedeutung erkennen, sonst drohte ihr die Gefahr des Unterganges. Das Proletariat Österreichs hat in der Tat rechtzeitig die seit den Novembertagen geänderte Weltlage, vor allem die geänderte Lage in seinen Nachbarstaaten, erkannt. Die Machtverhältnisse der Klassen außerhalb der Republik wirkten auf ihre innerpolitischen Verhältnisse entscheidend zurück.

Betrachten wir die politische Stellung und die Machtverhältnisse der Klassen Österreichs im Herbst des Jahres 1919, so ergibt sich folgendes Bild:

Die Bourgeoisie, an Zahl gering, in mehrere sich befehdende Gruppen zerfallen, verfügte über keine große Macht. Sie hätte aus eigener Kraft ein Weiterschreiten der Revolution kaum ernstlich aufhalten können. Sie mußte sich damit begnügen, die Arbeiterbewegung in den großen Zeitungen, die ihr ja fast ausschließlich zur Verfügung standen, auf das hämischeste zu bekämpfen. Zu viel mehr reichte es nicht.

Dagegen wuchs die Bauernschaft zu einem immer bedeutenderen Machtfaktor heran. Ökonomisch ungemein gekräftigt und politisch einheitlich organisiert, wurde sie neben der Arbeiterschaft zur stärksten Macht des Landes. Ihr Ziel war allerdings nicht geradezu die

Beseitigung der Republik, weil diese sie ja zu einem erheblichen Teile saturiert hatte, sondern vielmehr die Behauptung ihres erworbenen Besitzes. Der erschien ihnen bedroht, wenn in den Städten eine radikalere sozialistische Richtung sich durchsetzte. Aus Angst vor dem Sozialismus wurden die Bauern, die am Beginn der Revolution der politischen Entwicklung in den Städten ziemlich gleichgültig gegenübergestanden waren, nunmehr reaktionär. Sie stellten sich politisch unter die Führung städtischer reaktionärer Kreise, deren weitgehende Ziele sie ansonsten ziemlich kühl ließen, die aber den Abwehrkampf gegen den „Bolschewismus" auf ihre Fahnen geschrieben hatten. Bolschewismus war für den Eigentumsfanatismus aber alsbald alles, was den Besitz bedrohte.

Noch eine weitere Erscheinung beunruhigte die Bauern. Auf dem Lande, wo man bisher keine besonders schroffen Klassengegensätze gekannt hatte, konnten als eine Folge der rasch angewachsenen Grundrente und der allgemeinen Preisrevolution keine neuen Bauerngüter erworben werden. Die Knechte, die vormals kleine Bauern werden konnten, mußten nun ewig Knechte bleiben. Diese Erkenntnis brachte sie dazu, sich als Arbeiter zu organisieren, wodurch sie in einen immer schrofferen Gegensatz zur Bauernschaft gerieten. Der Klassengegensatz erfaßte jedes Dorf.

Hatten sich die Bauern politisch unter die Führerschaft städtischer Reaktionäre begeben, stellten sie sich nun militärisch unter das Kommando ehemaliger Offiziere. In allen österreichischen Ländern, mit Ausnahme von Niederösterreich und Oberösterreich, entstanden bewaffnete bäuerliche Organisationen, ähnlich wie die Einwohnerwehren Bayerns. Die Reaktion wurde allmählich zu einer auch militärisch nicht unbeträchtlichen Macht.

Die pflichtgemäße Verwaltung meines Ressorts brachte es mit sich, daß ich gegen die Bauernbewaffnung einen zähen Kampf führen mußte. Immer wieder wies ich darauf hin, daß die Bauernbewaffnung notwendigerweise die Arbeiterbewaffnung nach sich ziehen müsse. Stünden aber einmal die beiden Klassen kampfgerüstet einander gegenüber, dann sei der Tag nicht mehr ferne, an dem die geladenen Gewehre losgingen. Der Bürgerkrieg in seiner blutigsten Form wäre da. Meine Warnungen nützten freilich nicht viel. Auch die Versuche, den Bauern die Waffen wegzunehmen, erzielten keine großen Erfolge, weil die christlichsozialen Landesregierungen jede darauf abzielende Anordnung beharrlich sabotierten.

Die Tatsache, daß die Reaktion auf dem Lande sich gekräftigt und zum Teil sogar bewaffnet hatte, wirkte natürlich wieder auf die Verhältnisse in den Städten und Industrieorten zurück. Aktive Offiziere, die aus dem Heeresverband entlassen werden mußten, und Studenten, die in der alten Armee als Reserveoffiziere gedient hatten, taten sich zu Kampforganisationen gegen die Arbeiterschaft zusammen. An Zahl wurden diese Vereinigungen nicht groß, sie waren jedoch zweifellos die aktivsten Elemente der Reaktion. In erster Linie richtete sich ihre Aktivität gegen die Wehrmacht, wobei natürlich auch meine Person ihren vollgemessenen Anteil abbekam.

Was speziell die Offiziere anbelangt, war ihre Erregung verständlich, weil sie vor dem „Abbau", also vor dem definitiven Zusammenbruch ihrer Existenz standen. Ich konnte die Gefühle dieser Offiziere verstehen und nahm ihnen die Unruhe, die sich ihrer bemächtigt hatte, nicht übel. Wo es mir möglich war, versuchte ich zu helfen, aber es war von allem Anfang an klar, daß

diese Hilfe nicht so ausgiebig sein konnte, um die Offiziere wirklich zufriedenzustellen. Wozu noch kam, daß eine demagogische Agitation reaktionärer Kreise alles, was für die Offiziere bisher geschehen war, entstellte und verzerrte, wodurch die Stimmung immer gereizter wurde.

Je näher der Termin des Abbaues heranrückte, um so schwieriger war es, mit den Offizieren auszukommen. Im Juli 1919 gab es sogar eine regelrechte Streikbewegung der Offiziere des Staatsamtes für Heerwesen. Die Angestellten der Liquidierung hatten es verstanden, außer ihren normalen Bezügen einige Zulagen zu erlangen. Die Offiziere der Heeresverwaltung, die infolge meiner Bemühungen den Zivilstaatsbeamten gleichgestellt waren, wollten darüber hinaus die gleichen Zulagen wie die Liquidierungsangestellten haben. Das war aber nicht möglich, denn es gab schlechterdings keinen Grund, die Offiziere anders zu entlohnen als die in der gleichen Rangsklasse stehenden zivilen Beamten des Staates. Die Offiziere taten sich nun mit den Vertragsangestellten des Staatsamtes, die zu neun Zehnteln radikale Sozialisten, wenn nicht gar Kommunisten waren, zu einer — wie sie es nannten — „gewerkschaftlichen Koalition" zusammen.

Eines Tages erschienen die Vertreter der beiden politisch so verschiedenartig gerichteten Gruppen miteinander bei mir und überreichten mir ihre Forderungen. Ich machte sehr erstaunte Augen ob dieser eigenartigen Kampfgemeinschaft. Es fing nun ein langes Verhandeln an, das sich tagelang hinzog. Ohne Erfolg, denn die Offiziere, gestützt auf ihren neuen gewerkschaftlichen Bundesgenossen, drohten mit dem Streik, wenn ihre Forderungen nicht erfüllt werden würden. Es blieb schließlich nichts anderes übrig, als grobes Geschütz auffahren zu lassen.

Ich ließ die Vertreter der Offiziere und Unteroffiziere kommen, versuchte ihnen nochmals klarzumachen, daß der Staat sie nicht anders bezahlen könne als die Zivilbeamten, und erklärte dann, daß ich entschlossen sei, jeden Offizier oder Unteroffizier aus den Listen der festangestellten und pensionsberechtigten Staatsbediensteten zu streichen, wenn er zu den allgemein gültigen Staatsbeamtenbedingungen nicht arbeiten wolle. Er sei dann fortan eben nur ein Vertragsangestellter, dem gegenüber der Staat nicht die gleichen Verpflichtungen habe wie gegenüber seinen Beamten. Das wirkte. Die Unteroffiziere erklärten noch am selben Tage ihren Austritt aus der sonderbaren Koalition und die Offiziere folgten ihnen.

Daß die Offiziere soeben selbst an einer Streikbewegung teilgenommen hatten und das noch dazu als Bundesgenossen sozialistischer Angestellter, hinderte sie aber gar nicht, politisch nach wie vor der Arbeiterbewegung spinnefeind zu sein. Es darf nicht verschwiegen bleiben, daß sie sich nach allen Seiten um Hilfe wandten und schließlich sogar in Verbindung mit den in Wien befindlichen fremden Militärmissionen traten. Die ausländischen Offiziere, deren eine erhebliche Anzahl schon knapp nach dem Umsturz nach Wien gekommen war, begannen um diese Zeit eine immer bedeutsamere Rolle im innerpolitischen Leben Österreichs zu spielen. Sie waren in so großer Zahl nach Wien gekommen, um angeblich die Durchführung der Abrüstung zu überwachen. Es gab dabei nicht viel zu tun, denn wir hatten durchaus nicht die Absicht, den Friedensvertrag nicht einzuhalten, sondern bemühten uns vielmehr aufrichtig, ihn korrekt durchzuführen. Aber die fremden Offiziere, denen es in Wien dank ihrer hohen, in ausländischen Währungen gezahlten Gehälter ausnehmend behagte,

machten sich stets aufs neue irgend etwas zu schaffen, um noch länger am Donaustrand bleiben zu können. Als nach wenigen Wochen militärisch nichts mehr zu tun war, begannen sie, den politischen Verhältnissen des Landes ihr Augenmerk zuzuwenden. Ermuntert wurden sie zu diesem Beginnen durch die Aristokratie und die reiche Bourgeoisie, in deren Salons sie verkehrten. Die gesellschaftlichen Beziehungen der fremden Offiziere wurden zu mannigfachen politischen Intrigen ausgesponnen, an denen sich, wie wiederholt in der Nationalversammlung nachgewiesen wurde, auch führende Politiker beteiligten.

Kein Wunder, daß auch österreichische Offiziere, vor allem jene, die infolge des Abbaues den Dienst verlassen mußten, in Beziehungen zu ihren einflußreichen ausländischen Kameraden zu kommen trachteten. Auf diese Weise erklärt sich wohl die wiederholt von den ausländischen Offizieren an mich gerichtete Anregung, eigene Offiziersformationen aufzustellen, obwohl die offiziell von den Siegern vertretene Militärpolitik die Zahl der Offiziere in unserer Wehrmacht begrenzte.

Weit wichtiger war es indes, daß die fremden Militärmissionen auf die innere Gestaltung der Wehrmacht Einfluß zu nehmen suchten. Es war ihnen nicht recht, daß die Soldaten politische Rechte hatten. Sie wußten sich ferner nicht genug über die Soldatenräte zu entsetzen, die ihnen als der leibhaftige Gottseibeiuns erschienen. Sie wendeten sich gegen die Soldatenräte wohl deshalb so beharrlich, weil sie sich davor fürchteten, daß ihre eigenen Armeen der Ansteckung dieser demokratischen Einrichtung erliegen könnten. Ich wies natürlich jede Einmischung in die inneröstcrreichischen Angelegenheiten energisch zurück.

Zu den reaktionärsten der fremden Offiziere gehörten zweifelsohne die Franzosen. Sie wollten den Sinn des Umsturzes in Mitteleuropa einfach nicht zur Kenntnis nehmen, noch weniger aber den Gedanken ertragen, daß eine ähnliche Entwicklung vielleicht auch Frankreich beschieden sein könnte. Als ich einmal einem französischen General klarzumachen suchte, daß der Umsturz in Mitteleuropa der Beginn einer großen sozialen Revolution sei, die über kurz oder lang, sei es in den oder in jenen Formen, auch die Weststaaten ergreifen müsse, war er geradezu empört. Er behauptete steif und fest, das könne nicht sein. Auf meine Frage, warum er denn das für so ganz und gar ausgeschlossen hielte, antwortete er:

„Parce que nous avons eu déjà la révolution.“

Als ich weiter fragte, welche Revolution er denn damit meine, sagte er: „Celle de 1789.“

Mit dieser Revolution war für ihn wie für die meisten seiner Kameraden die politische Entwicklung Frankreichs abgeschlossen. Darüber hinaus gab es für diese Herren nichts mehr, was einem Fortschritt gleichsah, noch gleichsehen sollte.

Die Bedrohung unserer demokratischen Einrichtungen durch die fremden Offiziere durfte nicht gering eingeschätzt werden. Was sie in unserem Lande von der Arbeiterbewegung erspähten, sahen sie lediglich mit den Augen der erbittertsten Widersacher des Proletariats. Der gesellschaftliche Kreis, in dem sie ausschließlich verkehrten, ließ ihnen ein Zerrbild als Wirklichkeit erscheinen. Die Berichte, die sie an ihre Regierungen schickten, müssen wohl das Schiefste und Unmöglichste gewesen sein, was in politischer Beziehung über unser Land geschrieben wurde. Wir sahen das nur zu deutlich an dem Niederschlag dieser Berichte, die in der Form von Noten wieder den Weg zu uns

zurückfanden. In einer dieser Noten, die allerdings erst einlangte, als die Sozialdemokraten bereits aus der Regierung ausgetreten waren, wurde Österreich „la suppression des sowjets" in seiner Wehrmacht empfohlen, womit man offenbar die Unterdrückung der Soldatenräte meinte. Daß man unsere Soldatenräte als Sowjets ansah, entsprach durchaus der Verständnislosigkeit, mit der die fremden Offiziere unsere Verhältnisse betrachteten. In der gleichen Note wurde übrigens auch die „Abschaffung des Achtstundentages in der österreichischen Wehrmacht" angeraten, weil die fremden Offiziere offenbar der Meinung waren, daß eine Begrenzung der militärischen Beschäftigungszeit, die der von der Arbeiterschaft seit Jahren geforderten und nunmehr gesetzlich festgelegten Arbeitszeit in den Fabriken entsprach, schon etwas ungemein Revolutionäres sei.

Die erwachende Reaktion in Österreich fand in den ausländischen Militärmissionen eine starke Stütze. An jeder Intrige gegen die Republik hatten sie ihren gemessenen Anteil. Von den Salons der vornehmen Welt spannen sich die Fäden der Konterrevolution, an denen Aristokraten und Plutokraten, schöne Frauen und fremde Offiziere mit Eifer spannen.

Das Proletariat setzte diesem Treiben die Wucht seiner Zahl und die Entschlossenheit zum Abwehrkampf entgegen. An ihnen sind schließlich auch alle Intrigen gescheitert. Daß aber die Machtverhältnisse sich nichtsdestoweniger zuungunsten des Proletariats verschoben hatten, war nicht zu verkennen. Es erhob sich deshalb in der zweiten Hälfte des Jahres 1919 immer öfter die Frage, ob es noch zweckmäßig sei, daß die Sozialdemokratie in der Regierung bleibe. Bei den geänderten Machtverhältnissen vermochten die sozialdemokratischen Minister nicht mehr, einen so großen Einfluß auf den Gang der Regierungsgeschäfte auszuüben wie bisher. Die Vertreter des Bürgertums gewannen sichtlich an Einfluß, der zumindest so weit reichte, daß er die von uns gewollten Reformen immer erfolgreicher zu sabotieren vermochte. War aber einmal ein Zustand eingetreten, in dem die Vertreter der Arbeiterklasse durch ihre Teilnahme an der Regierung keine genügenden Erfolge für das Proletariat erzielen konnten, dann war es zwecklos, sich weiterhin mit Regierungsgeschäften zu belasten.

Zu einem sozialistischen Feigenblatt für eine im Wesen bürgerliche Regierung waren wir nicht gewillt, uns herzugeben.

Freilich, noch war der Augenblick des Austrittes nicht gekommen, weil vor allem eine bedeutende Aufgabe unserer noch harrte: wir mußten die Republik gegen reaktionäre Anschläge sichern. Eine der wichtigsten Sicherungen war, die nach dem Friedensvertrag notwendig gewordene Umformung der Wehrmacht so zu gestalten, daß das stärkste Machtmittel des Staates zu keinem Werkzeug der Reaktion werden konnte.

2. Der Friede von Saint-Germain.

Am 20. Juli 1919 wurde der von Renner geführten österreichischen Abordnung im Schlosse von Saint-Germain das Friedensdiktat der Entente überreicht. Es war ebenso wie das Deutschland auferlegte Friedensdiktat auf wenige Tage befristet. Mit Mühe und Not erreichte die österreichische Delegation einen kurzen Aufschub, der es ermöglichen sollte, den umfangreichen Band wenigstens einigermaßen zu studieren.

Österreich war im Friedensvertrag womöglich noch schlechter behandelt worden als Deutschland. Die reichsten deutschen Gebiete des alten Österreich wurden den anderen Nachfolgestaaten der Monarchie zugesprochen. Die deutschen Teile Böhmens, Mährens und Schlesiens fielen an die Tschechoslowakei, das schöne Südtirol kam an Italien, wertvolle Gebiete der Untersteiermark mußten an Jugoslawien abgetreten werden. Diesen großen Einbußen an deutschem Land und deutschem Volk standen nur geringe Gewinne gegenüber. Ein Teil von Westungarn wurde Österreich zugesprochen, während Kärnten sich einer Volksabstimmung unterziehen sollte.

Womöglich noch schlimmer als bei der Festsetzung der Grenzen wurde Österreich in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht behandelt. Der lebensunfähige Torso wurde mit Lasten überhäuft, die ihn vollends erdrücken mußten. In der Fiktion der Westmächte waren Österreich und Ungarn die traurigen Erben der alten Monarchie, die alle ihre Verfehlungen büßen sollten, während die anderen Nachfolgestaaten zu den Siegern über eben dieses Reich gezählt wurden, dem sie bisher angehört und das sie bis zum Ende des Krieges mitverteidigen geholfen hatten. Zur wirtschaftlichen und finanziellen Niederwerfung gesellte sich der Verlust der Selbständigkeit des Landes. Es wurde unter die Kontrolle der Reparationskommission gesetzt, womit es schlechterdings aufhörte, als ein wirklich selbständiger Staat zu gelten.

Die militärischen Bedingungen des Friedensvertrages für Österreich waren denen des Vertrages für Deutschland angepaßt. Sie lassen sich in die Formel zusammenfassen: Verbot jeder Art von Volksbewaffnung, Erlaubnis zur Aufstellung eines kleinen Söldnerheeres.

In der österreichischen Antwortnote vom 6. August bemühten wir uns, was die militärischen Bedingungen anbelangte, eine Abänderung zugunsten der Miliz zu erreichen. Die einleitenden Sätze dieses Abschnittes kennzeichnen am besten unseren Gedankengang. Die entscheidenden Stellen lauteten:

„Der Militarismus entspricht in keiner Weise dem Geist unseres Landes; nur in friedlicher Arbeit sieht das so schwer geprüfte deutschösterreichische Volk in seiner verzweifelten wirtschaftlichen Lage die Möglichkeit einer Genesung und einer besseren Zukunft.

Die wirtschaftliche Lage Deutschösterreichs und die Unzulänglichkeit seiner finanziellen Mittel werden ihm nicht erlauben, den Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes gemäß, eine Berufsarmee zu organisieren und zu unterhalten, wie sie für die obbezeichneten Zwecke unumgänglich notwendig wäre; denn eine nur auf der freiwilligen Verpflichtung gegründete militärische Organisation ist das allerteuerste aller hiefür in Betracht kommenden Systeme. Es wäre daher in der Praxis unmöglich, mittels des genannten Systems eine Organisation zustande zu bringen, die die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und den Schutz der Grenzen zu sichern fähig wäre.

Im übrigen würde eine auf der freiwilligen Verpflichtung gegründete militärische Organisation sowohl den besonderen Verhältnissen Deutschösterreichs als den demokratischen Prinzipien, auf denen dieser neue Staat aufgebaut ist, widersprechen. Die militärische Organisation in Deutschösterreich muß im Volke selbst wurzeln. Denn nur das Volk selbst und nicht eine Söldnerschar kann die Erfüllung der obbezeichneten Aufgaben sicherstellen. Eine Armee von Söldnern indes würde nur zu leicht eine Kaste im Staat, ein Werkzeug in den Händen einer politischen Partei, ja sogar ein Element der Unsicherheit und der Unordnung bilden.

In Berücksichtigung dieser Umstände bittet die deutschösterreichische Delegation, die Hohe Konferenz wolle nicht auf der Abschaffung des obli-

gatorischen Militärdienstes bestehen und Deutschösterreich ermächtigen, eine Armee auf Grund des Milizsystems zu schaffen und zu unterhalten.

Hingegen nimmt Deutschösterreich die Herabsetzung der Stände bis zum Höchstausmaß von 30.000 Mann, inbegriffen die Offiziere und die Ersatzkaders, an, jedoch mit dem Vorbehalt, daß die verbündeten und assoziierten Hauptmächte und späterhin der Völkerbund darüber wachen, daß die uns auferlegte Abrüstung nicht einen Angriff seitens eines benachbarten Staates zur Folge haben könne."

Diese Einwände wurden von den Ententemächten nicht beachtet. Die Aufstellung einer Miliz wurde uns verwehrt. Es mußte also beim Söldnersystem, mit dem wir uns schon seit dem Umsturz beholfen hatten, bleiben.

Es war allerdings nicht möglich, einfach die Volkswehr beizubehalten, weil der Friedensvertrag eine Reihe organisatorischer Bestimmungen enthielt, die zumindest eine Umgestaltung der Volkswehr erforderlich machten. Insbesondere nötigte die Vorschrift einer sechs-, beziehungsweise zwölfjährigen Dienstzeit zu einer Entlassung vieler Volkswehrmänner, die einen so langfristigen Vertrag nicht schließen wollten. Diese und andere Gründe sprachen dafür, keine halbe Arbeit zu tun, sondern sogleich an die Aufstellung einer neuen Wehrmacht zu schreiten.

Im nächsten Kapitel werden wir von der Lösung dieser Aufgabe zu erzählen haben. An dieser Stelle seien nur noch die innerpolitischen Wirkungen des Friedensvertrages kurz angedeutet. Als sein Inhalt bekannt wurde, bemächtigte sich der österreichischen Öffentlichkeit eine große Bestürzung. Auf diese grausamen Härten, auf diese jede Hoffnung zerstörenden Zweckwidrigkeiten war man nicht gefaßt gewesen. In den letzten Monaten vor der Überreichung des Friedensdiktates hatten die in Wien weilenden französischen Diplomaten und Offiziere, wie übrigens auch die Vertreter anderer Ententestaaten, geflissentlich die Meinung verbreitet, daß die Entente mit Österreich glimpflicher verfahren werde als mit Deutschland. Im Mittelpunkt dieser Stimmungsmache stand der französische Gesandte A l l i z é. Den gläubigen Österreichern wurde erzählt, daß sie von der Entente gewiß Friedensbedingungen erhalten würden, die es ermöglichten, daß das Land leben und sich entwickeln könne. Nötig wäre nur, daß sich die Österreicher des Gedankens eines Anschlusses an das Deutsche Reich entschlügen. Es gab nicht wenige, die diesen Lockungen Glauben schenkten. Vor allem ließen sich die Christlichsozialen, deren Ideologie ja das alte Österreich noch immer viel näher stand als das neue Deutsche Reich, gerne einlullen.

Sie wollten den Franzosen glauben und deshalb glaubten sie. Ihre Bereitwilligkeit, den Anschluß preiszugeben, hat aber nichtsdestoweniger das Friedensdiktat nicht gemildert.

Es zeigte sich, daß die Entente viel zu sehr unter dem Einfluß der Deutschösterreich gehässigen Nachfolgestaaten stand, als daß sie irgendeine Milderung hätte gewähren können, die jene nicht wollten. Die innerpolitischen Strömungen Österreichs übten gar keinen mäßigenden Einfluß aus. Weder die Anschlußfreundlichkeit der einen, noch die Anschlußfeindlichkeit der anderen vermochte das Geschick zu wenden.

An dem Tage, an dem das Friedensdiktat in Österreich bekannt wurde, brach jede Hoffnung nicht etwa nur auf die Gnade, sondern auch auf die Einsicht der Sieger zusammen. Österreich war zu dauern-

dem elendiglichem Siechtum verurteilt, von dem es sich aus eigener Kraft nicht mehr erholen zu können schien.

Den beiden in der Regierung vertretenen Parteien war es von vornherein klar gewesen, daß sie genötigt sein würden, jeden Friedensvertrag, und wäre er auch noch so schlimm, zu unterschreiben, weil auch nicht die leiseste Möglichkeit bestand, sich zur Wehr zu setzen. Die deutschnationale Partei dagegen war klein genug, um sich den Scherz einer Opposition, die niemand ernst nahm, leisten zu können.

Im Schoße der Regierung vollzog sich als Folge des Vertragsschlusses insofern eine Änderung, als Otto Bauer von der Leitung des Staatsamtes für Äußeres zurücktrat. Er war der energischeste Vertreter des Anschlußgedankens gewesen. Das Friedensdiktat begrub für absehbare Zeit den Anschluß an Deutschland und zwang, da unser kleines Land nicht isoliert bleiben konnte, zu einer westlichen Orientierung. Bauer anerkannte vollständig die Notwendigkeit dieser Wendung unserer Außenpolitik, aber er wollte sie als Staatssekretär für Äußeres nicht mitmachen. Er blieb wohl vorläufig noch in der Regierung, aber nur mehr als Vorsitzender der Sozialisierungskommission. Es war indes klar, daß das nicht von langer Dauer sein konnte und daß nunmehr mit dem völligen Ausscheiden Bauers aus der Regierung gerechnet werden mußte.

Sein Rücktritt vom Staatsamt für Äußeres war von den Reaktionären in Österreich, die mit denen der Weststaaten zusammenspielten, nicht nur als eine Niederlage des Anschlußgedankens, sondern auch als ein Erfolg der europäischen Reaktion gewertet worden. Man hatte sich daran gewöhnt, im Ausland, und vor allem in Frankreich, Bauer als eine Art alldeutschen Bolschewisten hinzustellen. Mich zählte man zu seiner treuesten Gefolgschaft, weshalb nach seinem Rücktritt auch sogleich meine Demission von den Reaktionären sehr sehnlich erwartet wurde. Ein Wiener bürgerliches Blatt, das stets sehr intime Beziehungen zu den Ententemissionen unterhielt, brachte in fetten Lettern die Nachricht:

„Wie in Prag verlautet, soll auch der Staatssekretär für Heerwesen, Dr. Deutsch, binnen kurzem sein Amt niederlegen, der in Bezug auf das Verhältnis zur ungarischen Räteregierung dieselben Ansichten vertritt wie Dr. Bauer."

Und der Pariser „Temps" frug in seinem Leitartikel vom 3. August ungeduldig, wo der Rücktritt Deutsch' bleibe, „des Staatssekretärs für Heerwesen, der der alldeutschen Politik des Dr. Bauer gänzlich ergeben („inféodé") zu sein schien?"...

Wenn es nach meinen persönlichen Wünschen gegangen wäre, hätte ich den Herrschaften ja gern den Gefallen getan! Aber die Politik frägt nicht nach den persönlichen Wünschen der Politiker. Es war für mich noch eine Aufgabe zu lösen, nämlich die Aufstellung der neuen Wehrmacht zu leiten, und deshalb mußte mein Platz behauptet werden.

Am 10. September wurde der Friedensvertrag unterzeichnet. Der Trauertag der jungen Republik fand das Land in einer wahrhaft verzweifelten Stimmung. Das wirtschaftliche Elend war größer denn je und ließ jede Hoffnung auf eine Besserung als eitel erscheinen. Der Geldwert sank von Tag zu Tag und schon glaubten viele die Zeit nicht fern, da die Auslandsmärkte die österreichische Krone vom Kurszettel streichen würden. Die staatliche Ernährungspolitik trieb einer Katastrophe zu. Der Kohleneinlauf wurde von Woche zu Woche geringer,

so daß die Industrie in eine schwere Krise geriet. Die Wiener Elektrizitätswerke und das Wiener Gaswerk fristeten sich nur dadurch von einem Tag zum andern mühselig fort, daß sie den Strom für die Industrie und das Licht stark drosselten. In der letzten Septemberwoche mußte sogar die Wiener Straßenbahn wegen Kohlenmangels für einige Tage ganz eingestellt werden.

Die verzweifelte Stimmung der Arbeitermassen suchten Reaktionäre und Kommunisten für Putschzwecke auszunützen. Den geänderten Zeitverhältnissen entsprechend, gelang jetzt den Reaktionären öfter ein Rummel als den Kommunisten. Ihrer Hetze war es zuzuschreiben, daß einige Tage vor der Unterzeichnung des Friedensvertrages ein Streik der Eisenbahner die Ost- und die Südbahn lahmlegte. Bald darauf begannen sie mit der Veranstaltung lärmender Demonstrationen, angeblich gegen die Ostjuden, in Wahrheit gegen die ruhige Entwicklung der Republik. Ebenso wie im Frühjahr dieses Jahres kommunistische Putschgerüchte die Stadt in Atem gehalten hatten, taten es nun im Herbst die monarchistischen.

In diesen trüben Tagen erwiesen sich die Christlichsozialen als eine sehr merkwürdige Koalitionspartei. Die christlichsozialen Zeitungen machten in hämischer Weise täglich gegen die Regierung Front, in der die christlichsozialen Parlamentarier die Hälfte der Portefeuilles innehatten. Unter solchen Umständen konnte die Regierung in der bisherigen Form nicht fortgeführt werden. Die Christlichsozialen mußten vor die Frage gestellt werden, ob sie weiter mittun wollten oder als Oppositionspartei anzusehen wären.

Sie entschieden sich für die weitere Teilnahme an der Regierung.

Es kam nun zu Verhandlungen, die schließlich das Ergebnis zeitigten, daß die beiden Parteien, die bisher nur auf Grund loser Vereinbarungen gemeinsam die Regierung geführt hatten, ein festes, bindendes Aktionsprogramm für die Koalitionsregierung aufstellten. Über das Heerwesen wurde beschlossen:

> „Die neue Wehrmacht soll eine demokratische, republikanische Armee sein. Die Armee ist auf die demokratische Republik zu vereidigen. Alle, die in die neue Wehrmacht aufgenommen werden wollen, müssen sich ehrenwörtlich verpflichten, die demokratische Republik zu verteidigen und an politischen Aktionen, die gegen die demokratische Republik gerichtet sind, nicht teilzunehmen.
>
> Die neue Wehrmacht wird die Wehrmacht der Republik, aber nicht die Wehrmacht einer einzelnen Partei sein.
>
> Die Wehrmacht als solche wird an den politischen Kämpfen nicht teilnehmen. Dagegen werden die einzelnen Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten im vollen Genuß ihrer staatsbürgerlichen Rechte bleiben; es wird ihnen nicht verwehrt sein, außerhalb des Dienstes am politischen Leben teilzunehmen.
>
> Die Offiziers- und Unteroffiziersstellen in der neuen Wehrmacht werden mit Offizieren und Unteroffizieren der österreichisch-ungarischen Armee besetzt werden; doch sollen auch die seit dem Umsturz zu Offizieren ernannten Mannschaftspersonen bei sonstiger Eignung als Offiziere übernommen werden. Ein Vorrecht auf die Besetzung von Mannschaftsstellen in der neuen Wehrmacht kann den Offizieren und Unteroffizieren der österreichisch-ungarischen Armee nicht zugestanden werden. Doch können sich Offiziere und Unteroffiziere der österreichisch-ungarischen Armee ebenso wie alle anderen Staatsbürger bei der Besetzung der Mannschaftsstellen anmelden und unter denselben Voraussetzungen wie alle anderen Staatsbürger aufgenommen werden, wobei sie jedoch hinsichtlich der Besoldung, Wohnung, Verpflegung und des Dienstes nicht anders behandelt werden können als alle anderen

Mannschaftspersonen. Für die Offiziere und Unteroffiziere der österreichisch-ungarischen Armee, die nicht in die neue Wehrmacht aufgenommen werden können, ist möglichst schnell in anderer Weise vorzusorgen. Sie sind insbesondere bei der Durchführung der Vermögensabgabe, der Anforderung von Gold und Juwelen, den agrarischen Operationen und der Volkszählung zu verwenden.

Die neue Wehrmacht ist den verfassungsmäßigen Behörden der Republik zu unterstellen. Vertrauensmänner der Mannschaft (Soldatenräte) haben die wirtschaftlichen Interessen und vertraglichen Rechte der Mannschaft zu vertreten; eine Beeinträchtigung der Kommandogewalt durch diese Vertrauensmänner darf nicht stattfinden.

Die in den einzelnen Ländern aufzustellenden Truppenkörper werden aus Landesangehörigen zusammengesetzt; nur wenn sich geeignete Landesangehörige in genügender Zahl nicht melden, können Landesfremde zur Ergänzung herangezogen werden."

Dieses Programm enthält, wenn auch nur im Keime, die hauptsächlichsten Gesichtspunkte des späteren Wehrgesetzes. Die Ausführung blieb der neuen Regierung vorbehalten, die auf Grund der Koalitionsvereinbarungen nunmehr gewählt wurde. Am 17. Oktober fand die Wahl statt. Die bedeutsamste Änderung in der Zusammensetzung der neuen Regierung war, daß Bauer endgültig ausschied. Mit ihm verließ die stärkste geistige Kraft, über die die österreichische Sozialdemokratie verfügte, die Regierungsbank. Ein Symptom dafür, daß trotz der eben getroffenen Vereinbarung die Koalition nur noch eine begrenzte Lebensdauer haben konnte.

Von den sonstigen Veränderungen des Kabinetts Renner war nur noch die Ersetzung Schumpeters durch Dr. Reisch von Bedeutung. Mit Reisch kam ins Finanzamt an die Stelle des geistreichen Luftschlösserbaues seines Vorgängers wieder eine ernste, vorsichtige Arbeit, die sich freilich durchaus im Gedankenkreis kapitalistischer Politik bewegte.

Zur Überwachung des militärischen Teiles des Friedensvertrages war in ihm eine aus Offizieren aller Großmächte der Entente zusammengesetzte Kommission vorgesehen. An die Stelle der bisherigen fremden Militärmissionen trat der „Interalliierte Heeresüberwachungsausschuß", mit dem ich nun sehr viel zu tun hatte. Der Vorsitzende dieser Kommission war der italienische General Zuccari, ein alter Herr, der beim besten Willen nicht mehr imstande war, sich in der neuen Zeit zurechtzufinden. Die Verhandlungen mit ihm waren aber auch deshalb schwierig, weil er von einem einmal eingenommenen Standpunkt nur sehr schwer abging und an ihm auch dann noch festhielt, wenn er selbst schon seine Fehlerhaftigkeit eingesehen hatte. Der höchste französische Offizier blieb weiterhin der General Hallier, der schon bisher Frankreichs militärische Interessen in Wien vertreten hatte. Seine glatte Liebenswürdigkeit verhüllte nur schlecht die Abneigung gegen das Deutschtum, die ihm die Bekämpfung des Anschlusses nicht allein zu einer Sache des Amtes, sondern zu einer seines Herzens machte. Der bisherige Vertreter Englands, Oberstleutnant Cunninghame, siedelte als Militärattaché in die britische Gesandtschaft über, während im Interalliierten Heeresüberwachungsausschuß an seiner Statt der Oberst Gosset zu wirken begann.

Mein Verkehr mit allen diesen Offizieren ging über den Rahmen der rein dienstlichen Angelegenheiten nur selten hinaus. Ich war bemüht, die Tätigkeit der fremden Offiziere nicht über das im Friedensvertrag begrenzte Gebiet hinausgreifen zu lassen, was mich immer wieder in

einen Gegensatz zu ihnen bringen mußte, weil sie diese Begrenzung als eine Einengung empfanden. Die meisten fremden Offiziere waren von der Vorstellung erfüllt, daß Deutschösterreich, das der Entente auf Gnade und Ungnade ausgeliefert war, keinen Eigenwillen geltend machen dürfe. Gegen diese Auffassung wehrte ich mich, so gut ich konnte. Die Möglichkeit, es erfolgreich zu tun, war freilich um so geringer, je mehr das reaktionäre Bürgertum die militärischen Vertreter der Entente als Helfer im Kampfe gegen die Arbeiterklasse umschmeichelte.

3. Das neue Wehrgesetz.

Im September 1919 begann ich mit einer Rundreise durch die Hauptstädte der österreichischen Bundesländer, um die Landesregierungen mit den Grundzügen der beabsichtigten neuen Wehrverfassung bekanntzumachen. Meine Absicht war, nicht allein das Wehrgesetz, sondern auch die hauptsächlichsten Maßnahmen zu seiner Durchführung zu besprechen, als welche mir einerseits die Werbung der Mannschaft und anderseits der Abbau der bisherigen Berufsmilitärs auf die im Friedensvertrag festgesetzte Zahl erschien.

Es sei hier vorweggenommen, daß ich das Wehrgesetz selbst, so wichtig es war, für weniger entscheidend hielt als die technischen Maßnahmen zur Aufstellung der Wehrmacht. Es schien mir möglich zu sein, daß ein reaktionärer Verwaltungsapparat auch ein fortschrittliches Wehrgesetz so umbiegen könne, daß trotz aller demokratischen gesetzlichen Sicherungen schließlich eine reaktionäre Wehrmacht entstehe. Umgekehrt schien es mir, als ob ein auch nicht ganz befriedigendes Gesetz durch seine Handhabung imstande wäre, die freiheitliche Entwicklung ein Stück weiter nach vorwärts zu führen. Deshalb begnügte ich mich nicht damit, bloß einen Gesetzentwurf vorzulegen, sondern arbeitete zugleich einen Aufstellungsplan für die neue Wehrmacht aus. Beide Entwürfe unterbreitete ich gleichzeitig allen Stellen, die zur Stellungnahme befugt waren, wobei ich nicht engherzig war, sondern alle interessierten Kreise zur Beratung heranzog.

Die Grundzüge des Wehrgesetzes waren im Koalitionsprogramm festgelegt worden. Auf unser Verlangen mußten die Christlichsozialen die Einrichtung der Soldatenräte ausdrücklich anerkennen, den Soldaten die vollen politischen Rechte gewähren und zugestehen, daß die künftige Offiziersergänzung aus dem Mannschaftsstande erfolge.

Wir brauchten hingegen eigentlich nur ein wichtiges Zugeständnis zu machen, und zwar eine Anerkennung des Ländersep aratismus, dergestalt, daß die Truppen jedes Landes aus Landesangehörigen bestehen und nur in Ausnahmefällen durch Landesfremde ergänzt werden sollten. Die Christlichsozialen legten überdies viel Wert darauf, festzustellen, daß den Soldatenräten keine Kommandogewalt zustehen sollte. Rechtlich hatten die Soldatenräte ja auch bisher die Kommandogewalt nicht besessen, wenn sie auch faktisch in den entscheidenden Augenblicken über die Mannschaft verfügten. Gegen die neuerliche Deklarierung des ohnedies bestehenden Rechtszustandes im Wehrgesetze war nichts einzuwenden. Wir konnten uns überdies auch der Tatsache nicht verschließen, daß die Kommandogewalt von den Soldatenräten mangels der notwendigen Fachkenntnisse gar nicht dauernd ausgeübt werden konnte. In den ersten Revolutionsmonaten übten die Soldatenräte, unbekümmert um alle Vorschriften, aus revolutionärer Kraft eine Befehlsgewalt aus.

Diese Befehlsgewalt war aber auch damals nicht derart, daß jede einzelne militärische Maßnahme von den Soldatenräten angeordnet wurde. Diese übten vielmehr eine Aufsicht über die Offiziere aus, die aber die fachlichen Anordnungen selbst trafen. Nun die Zeiten ruhiger geworden und die Republik auch schon etwas gefestigter schien, war es möglich, zuzugestehen, daß dieses Aufsichtsrecht der Soldatenräte in einer anderen Form ausgeübt werde. Worauf es ankam war, daß die Einrichtung der Soldatenräte erhalten blieb und die Mannschaft ihrem moralischen und materiellen Einfluß unterstand, mochte auch die Befehlsgebung den Offizieren zustehen. Diese konnten, selbst wenn sie wollten, von ihr keinen reaktionären Gebrauch machen, wenn sie sich von Soldatenräten überwacht wußten.

Wurde das neue Wehrgesetz auf den Grundsätzen des Koalitionsprogramms aufgebaut, dann konnten wir billigerweise zufrieden sein. Es handelte sich mir aber vor allem darum, daß es nicht bei dem bloßen Buchstaben des Gesetzes bleibe, sondern daß er in die lebendige Wirklichkeit umgesetzt werde.

Bei der Werbung sollte nach meinem Plan das Schwergewicht darauf gelegt werden, daß die Soldatenräte einen bestimmenden Einfluß auf die Aufnahme der Mannschaft erhielten. Nur auf diese Weise schien es mir möglich zu sein, eine Auswahl von Männern mit zuverlässiger, republikanischer Gesinnung zu erlangen. Überließen wir dagegen die Werbung etwa Offizieren oder Beamten, dann war es gewiß, daß in die neue Wehrmacht allerlei unzuverlässige Elemente, wenn nicht gar ausgesprochene Monarchisten Aufnahme fänden. Die Gewinnung wirklicher Republikaner für das neue Heer erschien mir als das wichtigste. Ich ließ mich in den vielen Dutzenden Besprechungen und Sitzungen über den Aufstellungsplan von diesem Grundgedanken nicht abbringen. Der Kampf begann schon im Heeresamt. Die Referenten hätten gar zu gerne die Werbung für die neue Wehrmacht von der bisherigen Volkswehr völlig losgelöst und den reaktionären Offizieren in die Hände gespielt. Sie hatten mit diesen Vorschlägen kein Glück. Weder bei mir noch bei den leitenden Beamten des Heeresamtes verfing das fachliche Mäntelchen, mit dem sie ihre reaktionären Pläne zu drapieren suchten.

Der Amtsleiter, Oberst K ö r n e r, erwog meine Aufstellungspläne vom rein militärfachlichen Gesichtspunkt. Als er sie für richtig befunden hatte und zur Erkenntnis gekommen war, daß sie sich dazu eigneten, die Aufstellung einer konsolidierten brauchbaren Wehrmacht anzubahnen, verfocht er sie mit bewunderungswürdiger Zähigkeit. Seiner überlegenen Fachkenntnis mußten sich schließlich die Widersacher beugen.

Nachdem die ersten Entwürfe für die Werbung im Heeresamt fertiggestellt waren, mußte mit den Vertretern der anderen Ministerien das Einvernehmen gepflogen werden. Dann wandte ich mich an die einzelnen Landesregierungen. Selbstverständlich war es nötig, zu gleicher Zeit mit den Soldatenräten ausführliche Beratungen zu pflegen.

Der gleiche Vorgang war bei der Behandlung des zweiten Teiles der Durchführungsmaßnahmen, beim Abbau der Offiziere und Unteroffiziere, einzuhalten. Auch zu diesem Zweck gab es eine schier endlose Zahl von Besprechungen. Im Wesen gingen aus allen diesen Beratungen über die beiden Anfangsmaßnahmen meine ursprünglichen Pläne als Ergebnis hervor. Danach sollten drei Kommissionen gebildet werden:

eine für die Werbung der Mannschaftspersonen, in der die Soldatenräte die Mehrheit hatten, dann eine für den Abbau der Offiziere, in der den Offiziersvertretern, und schließlich eine für den Abbau der Unteroffiziere, in der den Unteroffiziersvertretern das zahlenmäßige Übergewicht zufiel. In jeder Kommission saßen Vertreter des Staatsamtes sowie Vertreter der drei Gruppen, aus denen die Wehrmacht bestand, aber die Beteiligten einer Gruppe hatten in ihrer Kommission stets die Mehrheit. Dadurch war erreicht, daß sich eigentlich jede Gruppe demokratisch selbst bestimmte, aber von den Vertretern der anderen Gruppen sowie vom Staatsamt kontrolliert wurde.

Die Kommissionen sollten nicht endgültig entscheiden, sondern nur Vorschläge an den Staatssekretär erstatten, dem die letzte Entscheidung zustand. In unserer bürokratisch festgefahrenen Verwaltung bedeutete diese Methode der Auswahl der Bewerber eine grundsätzliche Neuerung. Zum erstenmal war den an einer wichtigen staatlichen Maßnahme beteiligten Personen das Recht in die Hand gegeben, sich innerhalb eines gewissen Rahmens selbst zu bestimmen.

Als ich mit den Grundzügen des Wehrgesetzes und des Aufstellungsplanes in die Hauptstädte der Bundesländer kam, war die Aufnahme sehr zwiespältig. Schon mein bloßes Erscheinen in den Ländern hatte die Provinzpresse zu Tobsuchtsanfällen gebracht. Der ganze Haß des Spießbürgers gegen die Revolution und ihren sichtbarsten Ausdruck, die Volkswehr, brauste in wilden Beschimpfungen gegen mich auf. Die bürgerlichen Mitglieder der Landesregierungen wahrten die Form weit besser, und ich muß gerechterweise zugestehen, daß sie die Achtung vor dem freigewählten Minister des Volkes nicht einen Augenblick vermissen ließen. In der Sache selbst strebten die Landesregierungen danach,, eigene Landesheere aufzustellen, über die der Bund nur eine Art Oberkommando führen sollte. Als ihnen dieser Plan nicht gelang und die Aufstellung eines Bundesheeres beschlossen war, kämpften sie in erster Linie um die Anstellung ihrer engeren Landsleute und um die Fernhaltung der „Fremden" von ihren Gebieten. So nebenher liefen überdies die üblichen reaktionären Bestrebungen, die dahin zielten, die Soldatenräte auszumerzen und den Soldaten keine politischen Rechte zu gewähren.

In Bregenz führte der christlichsoziale Landeshauptmann Doktor Ender die Verhandlungen. In der Form glatt und verbindlich, in der Sache eigentlich nur darum besorgt, daß keine Fremden ins „Ländle" kämen. Gegen diese Zusicherung schien er sogar bereit, sich mit den Soldatenräten abzufinden, wenn es eben nur Vorarlberger und keine „Ausländer" wären. Einigermaßen komisch kam mir der Eifer vor, mit dem sich die Mitglieder der Vorarlberger Landesregierung gegen die Zumutung wehrten, daß das für ihr Land bestimmte kleine Detachement dem Brigadekommando in Innsbruck unterstellt werden sollte. Einige Landesräte sagten ganz unverhohlen, da sei ihnen sogar eine Unterstellung unter ein Kommando in Wien lieber. Mit Innsbruck wollten sie nun einmal keinerlei Gemeinsamkeit haben, auch nicht auf militärischem Gebiet...

Als ich am nächsten Tag in Innsbruck war, leuchtete mir der gleiche Kantönligeist in einer anderen Farbe entgegen. Nur keine Gemeinsamkeit mit den anderen Bundesländern! Tirol den Tirolern! — Das war die Parole.

Das große Wort bei den Verhandlungen führte der Landesrat Dr. Steidle, ein junger, energischer Mann, der, wie

mir schien, auch seinen eigenen Parteigenossen mitunter etwas zu energisch dünkte. Die ruhiger erwägenden bäuerlichen Politiker machten seine gewalttätige Art nicht mit ganzem Herzen mit. Sie ließen ihn aber schließlich gewähren, weil er — ein ehemaliger Militärauditor — ihnen gewissermaßen als eine Art militärischer Fachmann erschien. Was sie alle miteinander wollten, war, die Herren im Lande Tirol zu sein. Wer nicht aus alter Tiroler Familie stammte, war ein „Zugereister", ein „Fremder", den sie nur gnadenhalber dulden wollten. Offiziere, die jahrzehntelang in Tirol seßhaft waren und im Kriege für Tirol gefochten und geblutet hatten, wurden von ihnen noch immer als lästige Fremde betrachtet. Wie nun erst die Mannschaftspersonen, die nicht das Glück hatten, über etliche Tiroler Ahnen zu verfügen! Tüchtigkeit, Fleiß, Hingabe galten nichts, der Standort der Wiege galt alles! Gegen diese verbissene Engstirnigkeit war jedes Argument vergebens. Es war schade um jedes Wort.

Freilich darf nicht vergessen werden, daß sich hinter diesem Kantönligeist auch ein gutes Stück bewußter Reaktion verbarg. Die konservativen Politiker glaubten, mit dem „roten Wien" am ehesten fertig zu werden, wenn sie sich hermetisch von ihm abschlossen. Die Arbeiterschaft des eigenen Landes glaubten sie aus eigener Kraft niederhalten zu können, wenn dieselbe nur keine Unterstützung von der Hauptstadt erhielt. Das war ein Hauptgrund für die demagogische Hetze, die damals gegen Wien im Schwange war und die das lockere Gefüge unseres armseligen Staatswesens beinahe um den letzten Rest seines inneren Haltes brachte.

Von Innsbruck ging es nach Salzburg, wo sich im Wesen das gleiche Bild ergab wie in den vorher besuchten Städten. Der maßgebende Führer der Christlichsozialen, Dr. R e h r l, war verreist, so daß ich nur mit den anderen Mitgliedern der Landesregierung in Verbindung treten konnte, die aber über die Stimmung dieses Kreises erschöpfend Aufschluß gaben. Der Salzburger Partikularismus unterschied sich in nichts von dem der anderen Länder. Wie überall, so war auch hier an die Spitze der konservativen Bauernschaft ein behender Advokat als politischer Führer getreten, dessen bewußte Reaktion die Absperrung des Landes als oberste Weisheit betrachtete.

Nur Oberösterreich machte eine rühmliche Ausnahme. Der kluge, welterfahrene Prälat H a u s e r war der einzige klerikale Führer der Alpenländer, der sich von den jungen Heißspornen das Heft nicht hatte aus den Händen winden lassen.

Er war der einzige, der weitblickend genug war, eine ehrliche Koalitionspolitik mit der Arbeiterschaft führen zu wollen, und der auf diese Weise erheblich dazu beitrug, daß sein Land trotz bedeutender innerer Schwierigkeiten sich ohne große Erschütterungen entwickelte. Die Verhandlungen in Linz führte freilich nicht H a u s e r selbst, der gerade krank war, sondern ebenso wie in den anderen Ländern ein klerikaler Advokat, der Landesrat Dr. S c h l e g e l. Dieser hatte aber nicht den großen Einfluß wie seine Kollegen in den anderen Alpenländern und gab sich deshalb vorsichtiger.

Nach einem kurzen Aufenthalt in Wien reiste ich in die beiden südlichen Alpenländer, nach Kärnten und Steiermark. In Kärnten war als fossiler Rest längst entschwundener Herrlichkeit der Deutschnationale Dr. L e m i s c h nur noch deshalb Landeshauptmann, weil Kärnten infolge der teilweisen jugoslawischen Besetzung keine Landtagswahlen hatte durchführen können. Der „freiheitliche" Dr. L e-

misch war um nichts weniger konservativ und partikularistisch wie seine klerikalen Amtsgenossen, obwohl er die meisten in der allgemeinen Bildung überragte. Kärnten führte an der Seite Tirols am längsten den Kampf gegen die Aufstellung eines Bundesheeres. Es wollte ein eigenes Landeskontingent haben, das vom Bund (in der Landesterminologie hieß es natürlich auch dort: vom „roten Wien") unabhängig sein sollte.

Das Graz der Landeshauptleute Dr. Rintelen und Doktor Ahrer stieß in das gleiche Horn, zeigte aber insofern eine andere Nuance, als es noch um einige Grade reaktionärer war als die übrigen Länder. Seine partikularistische Praxis war mit einer immer ungeschminkter auftretenden monarchistischen Ideologie verbrämt. Graz, das Pensionopolis der alten Monarchie, bewahrte sich auch in der Republik seinen Ruf als nörgelndes Greisenasyl. Zu den alten Pensionisten war eine erkleckliche Anzahl junger abgedankter Offiziere getreten, die nun erst den richtigen monarchistischen Ton angaben. Die Stadt, soweit sie bürgerlich und pensionistisch dachte, war ein einziges zänkisches Belfern gegen die Republik.

Allerdings, soweit die Stadt proletarisch war, stand sie im sozialistischen Lager und hatte eine gute Organisation. Trotzdem war aber ihr Einfluß auf die Landesregierung verhältnismäßig gering. Bei der Beratung des Aufstellungsplanes konnte Dr. Ahrer als Anwalt jeder reaktionären Offiziersforderung auftreten. Am liebsten hätte er nur Offiziersformationen aufgestellt oder, wenn schon das nicht anging, die Offiziere in der Gendarmerie angestellt, um sie mit guten Posten zu versorgen.

Das Wehrmachtsproblem löste sich für ihn sehr einfach als eine Frage der Beschaffung von Offiziersposten. Außer diesem Gesichtspunkt gab es dann nur noch die Bewahrung der von Gott gewollten steirischen Landeshoheit.

Eine Wehrmacht mit Mannschaftspersonen, von denen zu befürchten war, daß sie nicht klerikal gesinnt und dem steirischen Landeshauptmann nicht völlig ergeben seien, erschien dem christlichsozialen Landesregenten schier als ein Übermaß menschlicher Verworfenheit...

In jeder Stadt, die ich besucht hatte, nahm ich auch die Gelegenheit wahr, die lokalen Vertreter der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten zu hören. Im Wesen deckte sich ihre Stellungnahme mit der ihrer Zentralorganisationen. Nur die Offiziere betonten stärker die geforderte länderweise Zusammensetzung ihres Korps, wobei es unerfindlich blieb, wie dann in den kleinen Länderchen überhaupt eine Armee zustandekommen sollte. Würde man das Offizierskorps des einen Landes von dem der anderen absperren, dann wäre ja gar keine Fortentwicklung des einzelnen Offiziers möglich. Diese Methode bedeutete die lächerlichste Krähwinkelei, die denkbar war.

Ungleich reifer erwiesen sich die Soldatenräte. Sie hatten volles Verständnis für die Notwendigkeit eines einheitlichen Aufbaues der Wehrmacht, der ihnen zudem noch mit Recht als der einzig wirksame Schutz vor der föderalistischen Reaktion erschien. In jeder Beratung mit den Soldatenräten trat zutage, daß in den Ländern mehr noch wie in Wien die Sozialdemokratie die einzige verläßliche Stütze der Republik war. Wäre die Wehrmannschaft der Länder von der Sozialdemokratie nicht erfaßt und zu Trägern des republikanischen Gedankens gemacht worden, dann hätte längst ein erbitterter Kampf zwischen der bewaffneten Reaktion und der Arbeiterschaft entbrennen

müssen. Bisher hatte die Wehrmannschaft die Reaktionäre in Schach gehalten und dadurch am meisten dazu beigetragen, den Zusammenstoß zu verhindern. Diese Tatsache führte mich immer wieder zu der unter diesen Umständen einzig möglichen Taktik: auch die künftige Wehrmacht muß so aufgebaut sein, daß das bewußt-proletarische Element stark genug in ihr vertreten ist, um die Republik schützen zu können.

Mitte November waren sowohl der Entwurf des Wehrgesetzes als auch die Durchführungsbestimmungen endgültig fertiggestellt. Am 27. November fand die erste Sitzung des Koalitionsausschusses statt, dem, einer Vereinbarung der beiden koalierten Parteien gemäß, die Entwürfe noch vor ihrer Beratung im Kabinettsrat unterbreitet werden mußten. Von den Sozialdemokraten waren anwesend: Seitz, Bauer, Adler, Eldersch, Deutsch; von den Christlichsozialen: Weiskirchner, Seipel, Stöckler, Waihs. Wir kamen an diesem Tage über einige allgemeine Bemerkungen nicht hinaus.

Die nächste Sitzung sollte am 2. Dezember stattfinden. Bevor wir aber an diesem Tage mit der Beratung begannen, erklärte Seipel, daß die Christlichsozialen vorläufig über die Wehrvorlage nicht verhandeln könnten, weil zwei Tage vorher eine Versammlung des Bürger- und Ständerates durch Wehrleute gestört worden sei, was in der christlichsozialen Partei eine so große Erregung verursacht habe, daß sich ihre Vertreter nunmehr vollständig freie Hand in der Wehrvorlage vorbehalten müßten.

Wir ließen die Christlichsozialen ruhig ziehen, da wir wußten, daß sich ihre Aufregung über den an sich unbeträchtlichen Vorfall schon wieder legen würde. Einige Tage später konnte dann auch in der Tat die Beratung wieder aufgenommen werden. An ihr nahmen auf christlichsozialer Seite an Stelle Stöcklers der Vizekanzler Fink und bei den späteren Beratungen auch Kunschak teil.

Zuerst wurde eine Diskussion über die Frage abgeführt, ob wir überhaupt eine Wehrmacht brauchten, und dann darüber, ob der Friedensvertrag uns dazu verhalte, schon jetzt eine Entscheidung zu treffen. Die erste Frage wurde von allen bejaht. Bei der Beratung der zweiten Frage machten Bauer und ich geltend, daß wir gar nichts dagegen hätten, vorläufig keine neue Wehrmacht aufzustellen, denn dann bliebe es eben bei der jetzigen Volkswehr. Für diese Eventualität hatten aber die Christlichsozialen noch weniger übrig als für eine neue, unter unserer Leitung aufzustellende Wehrmacht. Deshalb entschlossen sie sich schließlich doch, in die Beratung der Detailbestimmungen meiner Entwürfe einzutreten. Bei den Detailberatungen zeigte es sich alsbald, daß wir den Christlichsozialen militärisch-fachlich überlegen waren. Sie hatten keinen Soldaten unter sich. Weder Seipel noch die anderen kannten sich in den militärischen Dingen aus, so daß Bauer und ich als gewesene Offiziere ihnen gegenüber von vornherein eine günstige Position hatten. Die Christlichsozialen waren übrigens unter sich nicht immer ganz einig, besonders nicht in den staatsrechtlichen Fragen. Der Ländersepartismus ging den Wienern zu weit, Weiskirchner und Kunschak näherten sich da mehrmals unserem Standpunkt. Von Kunschak, der in seinem öffentlichen Auftreten stets sehr aggressiv gegen uns war, fiel mir auf, daß er sich am Verhandlungstisch entgegenkommender zeigte, als man nach seinen Versammlungsreden hätte annehmen müssen.

Die Beratungen zogen sich bis über Weihnachten hin. Dann kamen die Entwürfe in den Kabinettsrat. Am 14. Jänner 1920 legte ich sie der Nationalversammlung vor. Die Aufnahme, die sie fanden, war nicht gerade ermutigend.

Im Parlament war ich von den bürgerlichen Abgeordneten kühl, wenn auch nicht ohne Aufmerksamkeit angehört worden. Aber die bürgerliche Presse tobte. Da war kein Unterschied zwischen den liberalen, christlichsozialen oder deutschnationalen Zeitungen. Aus allen Spalten schrillte im Chor ihr „Unannehmbar" dem Reformwerk entgegen. Das Geschrei der Zeitungen fand sein Echo in den Versammlungsreden der nichtsozialistischen Parteien, die sich in der Bekämpfung des Gesetzentwurfes überboten. Als einige Tage später im Parlament die erste Lesung stattfand, waren es allein die sozialdemokratischen Abgeordneten, die den Entwurf verteidigten. Wir standen in dieser Frage einer neuen Koalition gegenüber, einer rein bürgerlichen Koalition, die ganz bewußt und zielklar gegen die von der organisierten Arbeiterschaft gestützte Wehrmacht Front machte.

Im sozialdemokratischen Klub der Nationalräte hatte die schroffe Ablehnung der Wehrvorlage durch die bürgerlichen Parteien die Hoffnung auf ihr Zustandekommen sehr herabgestimmt. Man vertraute um so weniger auf einen guten Ausgang, als wir schon bei der ersten Kraftprobe, bei der Bestellung des Referenten, unterlagen. Wir schlugen Leuthner als Referenten vor, die Christlichsozialen den von der Arbeiterschaft bitter gehaßten Dr. Mataja. In manchem unserer Kreise wurde der christlichsoziale Vorschlag als eine Herausforderung aufgefaßt. Es war aber gegen ihn nicht aufzukommen, sollte der Gesetzentwurf nicht schon an dieser Frage scheitern. Ich setzte mich deshalb im Klub dafür ein, in der Frage der Referentenbestellung nachzugeben, weil ich glaubte, daß, wenn einmal die sachliche Beratung des Entwurfes begonnen habe, es uns schließlich auch trotz des christlichsozialen Referenten gelingen werde, die hauptsächlichsten Bestimmungen meiner Vorlage durchzudrücken. Nach meiner Meinung war es vor allem nötig, unverzüglich an die Beratung der Wehrvorlage zu schreiten, weil jedes Zögern sie notwendigerweise gefährden mußte.

Wir hatten ja wieder gegen zwei Fronten zu kämpfen. Auf der einen Seite stand das gesamte Bürgertum in unbedingter Ablehnung gegen den Entwurf, während auf der anderen Seite die Kommunisten sich gleichfalls höchst unzufrieden gebärdeten. Sie hielten Protestversammlungen gegen die „reaktionäre" Wehrvorlage ab und drohten, wie gewöhnlich, mit allerlei Gewaltmaßnahmen. Es war auch nicht zu verkennen, daß die Agitation der Kommunisten in der Volkswehr auf einen günstigen Boden fiel. Der Aufbau der neuen Wehrmacht gefährdete ja die wirtschaftliche Existenz vieler Volkswehrmänner, die nun endgültig ausgeschieden werden mußten. Es war nicht ausgeschlossen, daß die Agitation der Kommunisten einen Teil dieser Leute zu irgendeinem Handstreich verleitete. Was sich daraus entspinnen konnte, war nicht abzusehen. Jedenfalls hatten wir allen Grund, vorsichtig zu sein.

Auch Frey und sein Anhang machten Schwierigkeiten. Frey stellte unerfüllbare Forderungen auf. Als ich sie nicht durchsetzen konnte, machte er mich persönlich verantwortlich. Er stellte sich so an, als ob er glaube, daß seine Forderungen nicht an dem Widerstand der Bürgerlichen scheiterten, sondern an meinen geheimen, reaktionären Gelüsten, was wieder Stoff dazu bot, mich bei der Volkswehrmannschaft anzuschwärzen.

Ich sah immer deutlicher, daß nur eine rasche Verabschiedung die Vorlage vor dem völligen Scheitern bewahren konnte, weshalb ich immer nachdrücklicher drängte, die parlamentarische Beratung zu beschleunigen. Die Christlichsozialen hatten es begreiflicherweise weniger eilig. Sie hatten nur widerwillig die das Heerwesen betreffenden Vereinbarungen des Koalitionsprogramms über sich ergehen lassen und zogen sich nun, da es galt, den damals unterschriebenen Wechsel einzulösen, mit allerlei Ausflüchten zurück.

Die Beratungen des Heeresausschusses gingen nur sehr langsam vorwärts. Fürs erste ließ sich Mataja mit der Erstattung seines Berichtes reichlich Zeit. Als ich ihn mahnte, erklärte er zunächst, die Meinungsäußerungen seiner Parteigenossen in den Ländern abwarten zu müssen. Er fuhr in die Landeshauptstädte und hielt dort eine Reihe von Besprechungen ab. Natürlich hörte er von den christlichsozialen Landesräten nicht viel anderes, als ich bei meiner seinerzeitigen Rundreise. Er brachte aber fixe Marschrouten bezüglich des Länderseparatismus und der Behandlung der Offiziersfragen mit heim. Dazu kamen dann noch einige Abänderungsanträge, die er sich selbst ausgeheckt hatte. Er wollte vor allem die Bestimmungen über den Wirkungskreis der Soldatenräte abschwächen, die republikanische Erziehungstätigkeit in der Wehrmacht möglichst ausschalten und überdies war es ihm darum zu tun, daß dem „zivilistischen" Staatssekretär ein militärischer Oberbefehlshaber beigeordnet — nicht untergeordnet! — werde.

Um diese Gegenvorschläge begann nun im Heeresausschuß ein zähes Ringen. Die christlichsozialen Abgeordneten hielten sich nicht im entferntesten an das Koalitionsprogramm. Ja sie taten so, als existiere es gar nicht. Alles, was in ihm festgelegt worden war, wurde in den Beratungen des Heeresausschusses wieder auf das heftigste bestritten. Was da von den bäuerlichen Abgeordneten, die von keines Gedankens Blässe angekränkelt waren, über das System der Soldatenräte und die politischen Rechte der Wehrmänner zusammengeredet wurde, entsprang unmittelbar und ursprünglich dem Dunstkreis engstirniger Bierbankweisheit. Wir empfanden es in dem monotonen Einerlei des Geschimpfes über die Volkswehr schließlich beinahe als eine Erleichterung, daß Mataja zur Stelle war, mit dem sich doch wenigstens ein ernsthaftes Gespräch über das führen ließ, was uns trennte.

Es wurde aber immer offensichtlicher, daß die Ausschußberatungen zu keinem Resultat führen konnten. Mataja und ich vereinbarten deshalb, daß wir uns allein, nur begleitet von einigen Referenten des Heeresamtes, zusammensetzen sollten, um eine Einigung zu versuchen. Mataja war klug genug, zu begreifen, daß die innerpolitische Lage um so gespannter werden müßte, je länger sich die parlamentarische Beratung hinzog. Die extremen Richtungen rechts und links waren im Begriff, sich der Wehrvorlage als eines Zündstoffes zu bemächtigen, der möglicherweise das ganze Haus in Brand stecken konnte. Vor einer schweren politischen Krise schreckten damals die klügeren Christlichsozialen zurück. Es gelang ihnen aber nicht, ihre Parteigenossen zur gleichen Ansicht zu bringen. Es läßt sich nachträglich nicht sagen, ob die Wehrvorlage überhaupt Gesetz geworden wäre und welche Verschlechterungen sie erfahren hätte, wenn nicht ein von außen kommendes Ereignis die Entscheidung gebracht hätte.

Tatsache ist, daß unsere Hoffnungen bereits auf dem Gefrierpunkt angelangt waren, als sich plötzlich unter dem unmittelbaren Eindruck des Kapp-Putsches neue Aussichten eröffneten.

Die Wirkung des Kapp-Putsches auf die politischen Verhältnisse in Österreich muß zusammenhängend erzählt werden:

Am Morgen des 13. März war die Nachricht vom Berliner Einmarsch der Döberitzer Truppen nach Wien gelangt. Niemand konnte voraussehen, wie sich nun die Dinge in Österreich gestalten würden. Es war möglich, daß bewaffnete Reaktionäre sofort einen Handstreich versuchen würden, welche Gefahr insbesondere in den Provinzstädten mit ihren zahlreichen gewesenen Offizieren sehr groß erschien. Es war aber auch möglich, daß die österreichische Reaktion erst den weiteren Verlauf des deutschen Militärputsches abwarten würde, bevor sie losschlug.

Auf alle Fälle mußten Vorkehrungen getroffen werden, um eine Überraschung zu verhüten. Je schneller wir auf den Beinen waren, um so eher war damit zu rechnen, daß wir unseren Gegnern „die Schneid abkauften".

Ich hielt noch am Vormittag eine Besprechung mit dem Reichsvollzugsausschuß der Soldatenräte ab, in der ich zwei Maßnahmen vorschlug: Erstens sollte im ganzen Lande die Volkswehr sogleich konsigniert werden. Die Soldatenräte mußten selbst die Aufgabe übernehmen, sich von der strengen Bereitschaft der Formationen zu überzeugen und zu diesem Zwecke einen kontinuierlichen Kontrolldienst einrichten. Zweitens wäre ein bewaffneter Aufmarsch der ganzen Volkswehr zu erwägen — ähnlich wie nach dem Sturze der ungarischen Rätediktatur — um den Reaktionären unsere Macht anschaulich vor Augen zu führen und ihnen die Lust zum Angriff zu nehmen. Beide Vorschläge wurden von den Soldatenräten angenommen.

Eine Stunde später waren alle Garnisonsstädte des Landes alarmiert. Aus den einlangenden Nachrichten entnahm ich, daß eine erhebende Begeisterung für den Kampf gegen die Reaktion die ganze Mannschaft erfaßt hatte und unsere Anordnungen zur strengsten Wachsamkeit überall mit Eifer befolgt wurden.

Mittags fuhr ich ins Parlament, wo ich den sozialdemokratischen Abgeordneten und Regierungsmitgliedern von den bereits getroffenen Maßnahmen berichtete und die Frage des Aufmarsches der Volkswehr zur Erwägung stellte. Mit dem, was ich bisher getan hatte, war man einverstanden. Bezüglich des Aufmarsches der Volkswehr tauchte der Plan auf, daß nicht allein die Soldaten, sondern auch die Arbeiter demonstrieren sollten. Die Nachricht von den Vorgängen in Deutschland hatte in den Wiener Proletarierbezirken eine ungeheure Erregung ausgelöst und die Entschlossenheit der Massen kundgetan, sich sogleich zur Abwehr zu erheben. Der Eindruck einer Kundgebung gegen die Reaktion mußte noch größer werden, wenn nicht allein die Soldaten, sondern auch die Arbeiter über die Ringstraße marschierten.

Es wurde also im Prinzip beschlossen, daß sowohl die Soldaten wie die Arbeiter schon am folgenden Tag aufmarschieren sollten. Die Einzelheiten des Aufmarsches, insbesondere die Frage, ob beide Gruppen gemeinsam oder hintereinander demonstrieren sollten, wurde mir überlassen. Ich entschied mich für eine getrennte Demonstration, weil ich durch eine Vermengung von Volkswehrformationen und Arbeitermassen eine Beeinträchtigung des geschlossenen militärischen Aufmarsches befürchtete, und auch deshalb, weil ich in diesen kritischen Tagen auch nicht ein Volkswehrbataillon aus der Hand geben wollte. Die Truppen mußten beisammenbleiben, um schlagfertig zu sein. Nach der Besprechung im Parlament informierte ich den Polizeipräsidenten Schober von dem, was geplant war,

fuhr dann ins Heeresamt, um die Einzelheiten des morgigen Aufmarsches anzuordnen, und von dort in das Parteihaus, wohin inzwischen eine erweiterte Sitzung der Leitung des Wiener Kreisarbeiterrates einberufen worden war.

Als ich in die Sitzung kam, war bereits eine lebhafte Diskussion im Gange. Ein kommunistischer Redner verlangte gerade die Bewaffnung des Proletariats und die Permanenzerklärung des Arbeiterrates. Ich kam gleich darauf zum Wort und versuchte, den Kommunisten klarzumachen, daß die von ihnen geforderte Arbeiterbewaffnung militärisch so gut wie wertlos sei. In den kritischen Stunden, die wir jetzt durchlebten, käme es nicht darauf an, ob einige tausend Gewehre unter der Arbeiterschaft verteilt würden, denn auch bewaffnete Arbeiter ergäben noch keine schlagfertige Macht, sondern darauf, daß der militärische Apparat, über den wir verfügten, fest und sicher in unserer Hand bleibe. Ein Bataillon geschulter Soldaten habe im Kampf mehr Wert als mehrere Tausende bewaffneter Arbeiter, die doch in diesem Augenblick nicht mehr als einen regellosen Haufen bilden könnten. Was die Permanenzerklärung des Arbeiterrates anbelange, scheine es mir, daß jetzt nicht die Permanenz eines Komitees, sondern die Permanenz der Tat des Entscheidende wäre.

Nach dieser Erwiderung auf die kommunistischen Vorschläge setzte ich auseinander, welche Maßnahmen wir, ohne viel zu reden, inzwischen getroffen hätten, was auch auf die Kommunisten den Eindruck nicht verfehlte. Man merkte ihnen an, daß sie, die bis dahin ziemlich ratlos gewesen waren, nun wieder Vertrauen zur Lage gewannen. Sie brachten es freilich nicht übers Herz, ganz ohne einen Sondervorschlag zu bleiben, weshalb in ihrem Namen S t e i n h a r d t beantragte, daß die morgige Demonstration dergestalt zu arrangieren sei, daß am Beginn und am Ende des Arbeiterzuges einige Bataillone Volkswehr als „Schutzgarde" marschieren sollten. Ich fand diesen Vorschlag unpraktisch, weil wir die Volkswehrbataillone nach der Beendigung ihres Aufmarsches zum Bereitschaftsdienst in den Kasernen benötigten, ja sogar einigermaßen lächerlich, weil die über die Ringstraße marschierenden Arbeitermassen doch in diesem Augenblick eines Schutzes am wenigsten bedurften. Dagegen sei es bedenklich, den ganzen Vormittag eine Anzahl Kasernen ohne genügende Bedeckung zu lassen.

Die Kommunisten gaben sich zufrieden, weil sie offenbar froh waren, daß wir die nötigen Verteidigungsmaßnahmen bereits getroffen hatten und ihnen nur mehr die offensichtlich leichtere Last des Redens überließen.

Die Demonstrationen am 14. März verliefen programmgemäß. Um 9 Uhr morgens marschierten die Bataillone der Volkswehr vor dem Parlament vorbei, eine Stunde später trafen die ersten Züge der Arbeiterschaft dort ein. Die ganze Stadt stand unter dem Eindruck des raschen und geschlossenen Aufmarsches der revolutionären Kräfte. Die Reaktion wagte sich nicht hervor, sondern wartete vorsichtigerweise ab, wie sich die Dinge in Deutschland gestalten würden. Die Nachrichten, die in den nächsten Tagen von dort kamen, ließen immer klarer erkennen, daß der Militärputsch am Erlöschen sei. Durch die Arbeiterschaft Deutschlands ging eine mächtige Bewegung, die erhoffen ließ, daß wirksame Vorkehrungen getroffen werden würden, um die Republik künftighin vor derartigen Anschlägen zu sichern.

In Deutschland ist das leider nicht gelungen. Aber in Österreich, dessen Arbeiterschaft von einem ähnlichen Gedanken beherrscht war,

gelang, was in Deutschland fehlschlug. Hier hatte das Proletariat ein unmittelbar zu verwirklichendes Ziel vor sich, den Aufbau einer demokratischen Wehrmacht, die imstande war, die Republik wirksam zu schützen. Dieses Ziel zu erreichen war das Gebot der Stunde.

Am 16. März trat der Heeresausschuß neuerlich zur Beratung der Wehrvorlage zusammen. Der Referent Dr. Mataja wäre beinahe verhindert worden, an dieser Sitzung teilzunehmen. Tags zuvor war mir nämlich aus Salzburg vom dortigen Soldatenrat telephoniert worden, daß Mataja mit einigen bekannten Reaktionären eine vertrauliche Besprechung abhalte, welche die durch den Kapp-Putsch erregte Arbeiterschaft beunruhigte.

Der Soldatenrat, in der Meinung, es handle sich um einen Anschlag gegen die Republik, verlangte die Ermächtigung, die ganze Gesellschaft zu verhaften. Ich glaubte aber annehmen zu dürfen, daß Mataja nur in Salzburg sei, um mit einigen seiner dortigen Parteigänger und Offizieren die Wehrvorlage zu beraten, und klärte den Soldatenrat demgemäß auf. Daraufhin konnte der Berichterstatter unangefochten seine Reise fortsetzen und am nächsten Tag im Heeresausschuß seinen Bericht erstatten. Die Beratung bewegte sich aber auch an diesem Tage in dem schon geschilderten Rahmen ödesten Geschimpfes.

Meine Parteifreunde zweifelten, daß es gelingen könnte, die christlichsozialen Abgeordneten, die sich in der Ablehnung der Wehrvorlage nicht genug erhitzen konnten, dazu zu bewegen, einen Tag später für dieselbe zu stimmen.

Am nächsten Morgen fand eine Klubsitzung des Sozialdemokratischen Verbandes statt, an der auch der Reichsvollzugsausschuß der Soldatenräte teilnahm. Ich referierte über den Stand der Angelegenheit und verlangte die Ermächtigung, die Verhandlungen mit den Christlichsozialen zum Abschluß zu bringen, die Abstimmung im Ausschuß noch heute vornehmen zu lassen und bereits am folgenden Tag die Vorlage im Plenum des Hauses zur Verabschiedung zu bringen.

Gegen diesen Plan wurden von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben. Die Soldatenräte befürchteten, daß die rasche Erledigung nur mit schweren Einbußen an den demokratischen Bestimmungen des Gesetzentwurfes zu erlangen sein werde, was sie nicht verantworten könnten. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Heeresausschusses bezweifelten, daß es überhaupt gelingen werde, im Ausschuß eine Mehrheit für die Vorlage zustande zu bringen. Der Vorsitzende Seitz machte darauf aufmerksam, daß nach der Geschäftsordnung der gedruckte Ausschußbericht dem Hause mindestens 24 Stunden vor der Verhandlung im Plenum vorliegen müsse, welche Frist nur auf besonderen Beschluß der Nationalversammlung nicht eingehalten zu werden brauche. Eine sofortige Erledigung der Vorlage, wie ich sie vorschlug, sei nicht unbedenklich.

Ich hielt diesen Einwänden entgegen, daß nach meiner Überzeugung die Wehrvorlage entweder von heute bis morgen erledigt werden müsse oder überhaupt kaum mehr zu machen sei. Sobald sich unsere Klassengegner von dem ersten Schrecken erholt haben würden, in den sie das Scheitern des deutschen Militärputsches und des darauffolgenden Vorstoßes der Arbeiterschaft versetzt habe, sei an ein Gelingen der Wehrvorlage nicht mehr zu denken.

Der Klub gab mir die gewünschte Ermächtigung.

Ich hatte dann eine Auseinandersetzung mit Mataja über einige umstrittene Bestimmungen des Entwurfes. Im Anschluß daran

wurde der modus procedendi besprochen. Ich schilderte hiebei sehr nachdrücklich die Erregung in der Arbeiterschaft und in Teilen der Volkswehr. Jedes weitere Hinausschieben der Wehrvorlage müsse den Eindruck verstärken, daß die bürgerlichen Parteien diesen Gesetzentwurf sabotierten, weil sie der Republik den nötigen Schutz nicht geben wollten. Die Folgen, die daraus entstünden, würde schließlich das ganze Volk tragen müssen. Falls die Vorlage nicht heute im Ausschuß und morgen im Hause verabschiedet werde, müßten wir Sozialdemokraten jede Verantwortung für die weiteren Ereignisse ablehnen..... Mataja erklärte, seinen Klubvorstand befragen zu müssen. Ich erwiderte, daß wir uns noch im Laufe des Vormittags die Antwort erbäten.

Bald darauf teilte er mir mit, daß die Christlichsozialen für die Wehrvorlage in der jetzigen Fassung stimmen werden, die gegenüber meinem ursprünglichen Entwurf nur in der Frage des Länderseparatismus erheblichere Konzessionen gemacht hatte.

Wir gingen daraufhin in den Heeresausschuß, wo nun keine weitere Debatte abgeführt wurde. Bei wichtigen Bestimmungen, wie denen über die Soldatenräte und die politischen Rechte der Wehrmänner, stimmte unter dem Druck der Ereignisse jetzt sogar der Vertreter der Deutschnationalen, Dr. Angerer, für die Vorlage. Bis zum nächsten Tage hatten es sich die Deutschnationalen freilich wieder überlegt und sie stimmten im Plenum in allen Punkten gegen den Entwurf.

Am folgenden Tage erstattete Mataja im Hause einen mündlichen Bericht. Die Nationalversammlung beschloß, von der Vorlage eines gedruckten Berichtes abzusehen und den Gesetzentwurf sofort in Beratung zu ziehen. Nach einer kurzen Debatte wurde abgestimmt. In zwei Stunden war die Wehrvorlage verabschiedet.

Das Zustandekommen dieses Gesetzes war ein revolutionärer Sieg. Die Arbeiterschaft hatte in glücklicher Ausnützung der durch den Kapp-Putsch gegebenen Situation dem Bürgertum die Zustimmung zum Aufbau einer Wehrmacht abgerungen, der die Fähigkeit und Kraft innewohnt, den reaktionären Gelüsten einen festen Riegel vorzuschieben.

4. Das Ende der Koalition.

Die Christlichsozialen packte alsbald eine Abstimmungsreue:

„Doch dem war kaum das Wort entfahren,
Möcht er's im Busen gern bewahren."

Aber die nachträglichen Klagelieder ihrer Zeitungen vermochten das Geschehene nicht ungeschehen zu machen. Das Wehrgesetz war nun einmal da.

Die politische Entwicklung war indes sowohl in Deutschland wie in Österreich nicht weiter nach links gegangen, sondern hatte im Gegenteil wieder eine reaktionäre Wendung genommen. Das ließ im österreichischen Bürgertum die Hoffnung aufkeimen, daß es vielleicht doch noch gelingen könnte, den Aufbau der demokratisch-republikanischen Wehrmacht zu hindern. Zu diesem Zwecke erfanden die Christlichsozialen jede Woche eine andere List, um die vom Heeresamt in Angriff genommenen Aufstellungsarbeiten zu stören. Wir hatten für die Zeit vom 1. bis 15. April die erste Werbung ausgeschrieben. Die Christlichsozialen wollten in dieser Terminsetzung irgendeine geheimnisvolle Tücke erkennen, die abzuwehren sie mit schwerem Geschütz auffuhren.

Die „Reichspost" leitartikelte in aufgeregter Weise, daß der Werbetermin mit Absicht so kurzfristig gewählt sei, um nur Sozialdemokraten den Eintritt in die Wehrmacht zu ermöglichen. Im Kabinettsrat verlangten die Christlichsozialen stürmisch eine Verlängerung des Werbetermins. Ich hatte gegen eine solche Verlängerung nicht das mindeste einzuwenden. Vom reinen Parteistandpunkt gesehen, war sie sogar für die Sozialdemokraten von Vorteil, weil nur dann erst ihr Werbeapparat voll zur Entfaltung kommen konnte. Der ursprünglich kurzfristig bemessene Termin hatte mit der Bevorzugung einer Partei gar nichts zu schaffen.

Die Christlichsozialen merkten, daß dieser Angriff in einer falschen Richtung erfolgt war, und setzten nun mit einem anderen ein. Ich hatte für die Werbeaktion selbstverständlicherweise die voraussichtlichen Gebühren der Wehrmänner bekanntgeben müssen, weil sich sonst kein Mensch hätte anwerben lassen. Wer sich auf eine so große Anzahl Jahre verpflichten sollte, mußte doch die Bedingungen kennen, unter welchen er zu dienen hatte. Das war so selbstverständlich, daß auch die christlichsozialen Regierungsmitglieder in einer Sitzung des Kabinettsrates am 15. März dem von mir vorgelegten Gebührenerlaß ihre Zustimmung erteilt hatten. Eine Woche später drechselte die christlichsoziale Abgeordnetenvereinigung aus eben diesem Gebührenerlaß eine Haupt- und Staatsaktion. K u n s c h a k und Genossen brachten in der Nationalversammlung einen Antrag ein, der unter scharfen Ausfällen gegen meine Person verlangte, daß den Bestimmungen des Wehrgesetzes gemäß ein eigenes Gebührengesetz geschaffen werde. Daß ein solches Gesetz geschaffen werden mußte, hatte natürlich niemand bestritten. Die Frage war nur, ob das Staatsamt für Heerwesen die Werbungen ohne jede Angabe der voraussichtlichen Gebühren führen konnte, was wohl jeder Billigdenkende verneinen mußte.

Ich legte daraufhin am 13. April den Entwurf des verlangten Gebührengesetzes dem Kabinettsrat vor, während die Werbungen inzwischen unter den Angaben des bestrittenen Erlasses weitergeführt wurden. Bei der Beratung des Gebührengesetzes trat der Gegensatz zwischen den beiden koalierten Parteien scharf zutage.

Ich hatte in mühseligen Verhandlungen die Soldatenräte zu bewegen gesucht, daß sie einer verhältnismäßig geringen Abfertigungsgebühr für die ausscheidenden Volkswehrmänner zustimmten. Die Geringfügigkeit der Abfertigung sollte den Volkswehrmännern den Anreiz nehmen, nunmehr die bisherige Wehrmacht zu verlassen, während die gleichzeitige Gewährung höherer Gebühren für die Bleibenden sie veranlassen sollte, den Übertritt zur neuen Wehrmacht zu vollziehen. Ich hielt es für ungemein wichtig, daß die tauglichen und unbescholtenen Volkswehrmänner der neuen Wehrmacht zugeführt würden, weil auf diese Weise am raschesten ein Stock verläßlicher Republikaner in den aufzustellenden Formationen bereitgestellt würde. Deshalb war das Leitmotiv des Gebührenerlasses ebenso wie des nunmehr eingebrachten Gesetzentwurfes: Geringe Abfertigung für die austretenden — Verbesserung der Gebühren für die bleibenden Volkswehrmänner.

Das war natürlich nicht nach dem Geschmack jener Volkswehrleute, die entweder aus eigenen Stücken nicht bleiben wollten oder jener, die wir nicht behielten. Es sammelte sich wieder ein Kreis Unzufriedener, der stürmisch eine höhere Abfertigung begehrte. Vom Standpunkt der Erhaltung revolutionärer Kräfte in der Wehrmacht mußte dieser Kreis besiegt werden, denn er trieb — wenn auch unbewußt

und aus kurzsichtigem Egoismus — der Reaktion Wasser auf ihre Mühlen.

Da stellte sich Frey, der schon halb und halb ins kommunistische Lager übergegangen war und nun jede Gelegenheit benützte, um der sozialdemokratischen Partei Schwierigkeiten zu bereiten, an die Spitze der Unzufriedenen. Er zog von Sitzung zu Sitzung und zeterte dagegen, daß brave, verdiente Volkswehrmänner nun ohne eine entsprechend hohe Abfertigung den Abschied bekämen....

Diese wüste Demagogie hätte verfangen und einen gefährlichen Sturm heraufbeschworen, wenn mir nicht ein Glücksfall zu Hilfe gekommen wäre. Dieser Glücksfall war die Haltung der Christlichsozialen. Ihre Zeitungen, die die Volkswehrmänner bisher auf das unflätigste beschimpft hatten, entdeckten mit einem Male ihr Herz für jene — die austraten. Sie verlangten höhere Abfertigungssätze für die Austretenden, welches Verlangen von den christlichsozialen Regierungsmitgliedern auch im Kabinettsrat rührig verfochten wurde. Von Frey bis Funder standen wir einem gleichgerichteten Kesseltreiben gegenüber.

Die Folge war, daß den Soldatenräten die Augen aufgingen. Daß die Christlichsozialen mit Frey an einem Strange zogen, machte sie sehend für den Unterschied zwischen einer kurzsichtigen Politik des Egoismus und der weiterblickenden Verfechtung revolutionärer Interessen.

Es gelang nun, mit beiden Gegnern fertig zu werden und ein Gebührengesetz zu schaffen, das wohl noch lange kein Ideal war, aber die bisherigen Volkswehrbezüge doch um ein Namhaftes verbesserte. Damit war eine wichtige Vorbedingung für den Erfolg der Werbeaktion gegeben.

Die Christlichsozialen waren wütend. Ihr Plan, trotz des Wehrgesetzes die Aufstellung der neuen Wehrmacht zu verhindern, wurde immer aussichtsloser. Daraufhin begann ihr Angriff von Woche zu Woche persönlicher zu werden. Die christlichsozialen Führer mochten vielleicht denken, daß, wenn es gelang, mich vom Staatsamt für Heerwesen zu verdrängen, die Aufstellung der neuen Wehrmacht doch noch erheblich erschwert werden könnte, oder daß sich wenigstens ihre Anhänger wieder beruhigten, wenn ich dem rasenden See zum Opfer gebracht sei.

Man warf mir vor, daß ich die Aufnahme von Sozialdemokraten in die neue Wehrmacht organisiere, wodurch dieselbe ebenso wie die bisherige Volkswehr anstatt ein Instrument des Staates zu einem Werkzeug einer Partei werde. Dieser Vorwurf verwechselt die Begriffe. Richtig ist, daß ich von allem Anfang an bestrebt war, verläßliche Republikaner in die neue Wehrmacht einzureihen und Antirepublikaner fernzuhalten. Daraus habe ich nie ein Hehl gemacht, im Gegenteil, ich habe es vielmehr immer betont. Daß unter den Sozialdemokraten unseres Landes die verläßlichsten Republikaner sind, ja daß vielfach „Sozialdemokrat“ und „Republikaner“ identische Begriffe wurden, erleichterte natürlich ihre Einreihung in die Wehrmacht. Meldete sich aber ein Christlichsozialer oder ein Deutschnationaler, der sich mit seinem Manneswortе zur demokratischen Republik bekannte, dann wurde er gleichfalls aufgenommen.

Worauf es indes bei der Aufstellung der neuen Wehrmacht in erster Linie ankam, war die Fähigkeit einer Partei, ihre Anhänger zum Eintritt in die Wehrmacht zu veranlassen. Darin war nun die sozialdemokratische Partei allen anderen Parteien weitaus überlegen.

Für sie wirkte schon der Umstand, daß bei den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen vor allem beschäftigungslose Arbeiter das Reservoir waren, aus dem die Werbeaktion schöpfen konnte, ferner die gute sozialdemokratische Organisation. Es haben alle Parteien die Werbetrommel gerührt, aber keine mit dem Erfolg wie die Sozialdemokratie. Zum nicht geringen Teil erklärt sich der Erfolg der sozialdemokratischen Werbung auch daraus, daß sie zum Eintritt in die Wehrmacht als einer Tat zur Verteidigung der Republik aufforderte. Die Sozialdemokratie warb den Wehrmann als Kämpfer gegen die Reaktion. Sie löste ein ethisches Gefühl in den Massen aus, einen revolutionären Willen, der ihnen gebot, selbst die Unannehmlichkeiten des militärischen Lebens und seine noch immer nicht genügende Entlohnung mit in den Kauf zu nehmen, um der Sache des gesamten arbeitenden Volkes zu dienen.

Wäre es nicht gelungen, die Mehrzahl der Wehrmänner aus der durch und durch republikanischen Arbeiterklasse zu gewinnen, dann wäre Deutschösterreich unweigerlich in die größten Wirnisse gestürzt worden, weil die Republik keinen Machtapparat gehabt hätte, sich zu verteidigen. Der Mangel eines verläßlichen Machtapparates hätte die Monarchisten auf den Plan gerufen, zumindest zu einem Versuch, sich der Herrschaft wieder zu bemächtigen. Allerdings wurde von den Reaktionären ihr Kampf gegen die Wehrmacht mit allerlei Redensarten verbrämt, deren platteste übrigens die von der Schaffung einer „unpolitischen" Wehrmacht war. Wenn die bürgerlichen Politiker von der Notwendigkeit einer sogenannten unpolitischen Wehrmacht faselten, verbarg sich darunter ja nichts anderes als der Wunsch, die Wehrmannschaft jeder eigenen politischen Meinung zu berauben, um sie um so sicherer zum Werkzeug politisierender Offiziere zu machen.

Bevor noch die neue Wehrmacht ins Leben trat, hatten wir Vorbereitungen getroffen, um eine Gewerkschaft der Soldaten zu gründen.

Da wir damit rechnen mußten, daß in der neuen Wehrmacht die Soldatenräte nicht mehr den gleichen Einfluß haben konnten wie in der Volkswehr, mußte danach getrachtet werden, der Mannschaft auf eine andere Weise einen festen inneren Zusammenschluß zu verschaffen, der sie vor einem Mißbrauch durch die Reaktion bewahrte. Der Plan, eine Soldatengewerkschaft zu gründen, war erst nach langen Verhandlungen von den Soldatenräten angenommen worden. Es gab eine Gruppe, die opponierte und mir entgegenhielt, daß zwischen der neu zu gründenden Gewerkschaft und den Soldatenräten leicht Reibungen entstehen könnten, weshalb wir es doch lieber bei der bisherigen Form der losen Soldatenorganisation und ihrer Vertretung durch die Soldatenräte bewenden lassen sollten.

Ich hielt dem entgegen, daß die kommenden Kämpfe eine straffere Organisation erforderten, als es das Soldatenratssystem — wie es im Wehrgesetz vorgesehen war — ermöglichte. Es sei nötig, die Soldatenschaft ebenso gut zu organisieren und für die Verfechtung ihrer eigenen Interessen schlagfertig zu machen, wie das etwa bei den Eisenbahnern oder anderen Gruppen staatlicher Angestellter der Fall sei.

Als schließlich der Gründung der Gewerkschaft zugestimmt worden war, galt es, eine neue Schwierigkeit zu überwinden: Es erschien F r e y auf dem Plan, der inzwischen eine Gruppe innerhalb der Partei, die sich „Linke" nannte, gegründet hatte, und verlangte, daß die Ge-

werkschaftsleitung zur Hälfte aus seinen Vertrauensmännern und nur zur anderen Hälfte aus Leuten der „Deutsch-Richtung“ bestehen solle. Darauf gingen wir nicht ein. Wir beharrten darauf, drei Fünftel der Mandate mit zuverlässigen Parteigenossen zu besetzen und überließen den Kommunisten und „Linken“ miteinander nur zwei Fünftel der Mandate. Die Verteilung der Gewerkschaftsleitungsmandate entsprach dem Kräfteverhältnis in der Wehrmannschaft nicht, denn tatsächlich hatte Frey um diese Zeit auch in der Mannschaft bereits abgewirtschaftet. Aber um die Gründung der Soldatengewerkschaft nicht zu verzögern, entschlossen wir uns, seinen Anhängern mehr Vorstandsmandate abzutreten, als ihnen dem Kräfteverhältnis nach eigentlich gebührt hätte. Zum Sekretär der Militärgewerkschaft wurde Max Wagner bestellt, ein vollständig verläßlicher Parteigenosse, und zum Redakteur des „Freien Soldaten“, der nun Gewerkschaftsblatt wurde, der ebenso bewährte Volkswehrleutnant Stransky.

Als die Christlichsozialen von der Gründung der Militärgewerkschaft hörten, verstärkten sie ihre Angriffe. Es war klar, daß es bei der nächsten Gelegenheit zu einem schweren Zusammenstoß kommen mußte. Ob den die Koalition, die ohnedies bereits aus vielen anderen Gründen brüchig geworden war, aushalten würde, war fraglich. Eine verhältnismäßig geringfügige Ursache brachte schließlich die Lawine ins Rollen.

In Ausführung des Wehrgesetzes hatte ich am 25. Mai 1920 einen Erlaß herausgegeben, der die Befugnisse der Soldatenräte behandelte. Bevor der Erlaß herausgegeben wurde, waren lange Verhandlungen mit den Soldatenräten nötig gewesen. Es gelang mir aber nicht, von ihnen eine restlose Zustimmung zu erzielen, weil auch die Gemäßigteren meinten, die Herausgabe des Erlasses werde eine wüste Agitation der Radikalen auslösen, die kaum eindämmbar erschiene. Schließlich mußte ich den Erlaß, ohne die Zustimmung der Soldatenräte in allen Punkten erlangt zu haben, herausgeben. Als ich den Soldatenräten den definitiven Wortlaut des Erlasses bereits mitgeteilt und ihn der Druckerei des Verordnungsblattes zur Drucklegung übergeben hatte, kam der christlichsoziale Unterstaatssekretär Dr. Waihs, der bereits vorher gegen einige Bestimmungen des Erlasses opponiert hatte, und erhob neuerlich Vorstellungen. Ich nahm sie nicht sehr ernst, wozu ich um so mehr berechtigt zu sein glaubte, weil die Einwände auch keineswegs in einer dringlichen Form vorgebracht worden waren, die darauf hätte schließen lassen, daß just dieser Erlaß den Christlichsozialen besonders auf dem Herzen liege. Es kam aber anders. Die Christlichsozialen glaubten, eine Handhabe gegen mich gefunden zu haben, und rüsteten zu einem entscheidenden Vorstoß.

In der Sitzung der Nationalversammlung am 10. Juni brachten die Großdeutschen eine Anfrage wegen des Soldatenratserlasses ein, die behauptete, daß der Erlaß im Widerspruch zum Wehrgesetz stehe und eine Eigenmächtigkeit des Staatssekretärs für Heerwesen bedeute. Nach einer Begründungsrede des Abgeordneten Dr. Straffner versuchte ich in ruhiger, sachlicher Weise den Tatbestand klarzustellen und vor allem zu beweisen, daß der Inhalt des Erlasses sich durchaus im Einklang mit dem Wehrgesetz befinde. Darauf antwortete Kunschak, daß die Christlichsozialen die Anschauungen der Deutschnationalen in dieser Angelegenheit teilten und verlangte unter groben Beschimpfungen die sofortige Zurückziehung des Erlasses.

Das konnte sich die Sozialdemokratie nicht bieten lassen. Leuthner erwiderte, daß sich da offenbar eine neue Koalition ge-

bildet habe, die den Zweck verfolge, einen der sozialdemokratischen Staatssekretäre, der bei den bürgerlichen Parteien besonders verhaßt sei, zu stürzen. Das könne man sich nicht gefallen lassen. Die Zurückziehung des Erlasses dürfe jetzt erst recht nicht geduldet werden!

Als Kunschak daraufhin nochmals das Wort ergriff und in einer Redewendung mit dem Ende der Koalition drohte, erhoben sich die sozialdemokratischen Abgeordneten zu einem demonstrativen Beifall. Von ihren Bänken ertönte der stürmische Ruf: „Schluß mit der Koalition!" Die Regierungskrise war da.

In der Klubsitzung der sozialdemokratischen Abgeordneten, die unmittelbar nach der Haussitzung stattfand, wurde die Demission der sozialdemokratischen Minister beschlossen. Diese Demission wurde von uns schon am nächsten Morgen überreicht.

Es war klar, daß nunmehr die Nationalversammlung aufgelöst werden mußte und das Volk in einer Neuwahl über die künftige Zusammensetzung der Regierung zu entscheiden hätte. Bis dahin mußte ein Provisorium geschaffen werden. Es fragte sich nun, ob und unter welchen Formen die Sozialdemokraten an einer solchen provisorischen Regierung teilnehmen konnten. Es tauchten vielerlei Pläne zur Regierungsbildung auf, die den Zeitungen während der nächsten Wochen Stoff zu zahlreichen Sensationsmeldungen gaben. Es war wieder einmal so wie zur Zeit einer Regierungskrise im alten Österreich. Die Zeitungen hatten eine „Lage", über die sie nach Herzenslust Meldungen bringen konnten. Täglich gab es neue parlamentarische Gerüchte und die führten zu einer Fülle mehr oder minder geistreicher Kombinationen. Sie waren zumeist alle miteinander falsch.

In den Beratungen unseres Klubs vertrat ich die Meinung, daß die Sozialdemokraten bis zur Neuwahl die Regierungsgeschäfte fortführen sollten. Diese Haltung schien mir von meinem Ressortstandpunkt deshalb geboten, weil die Aufstellung der neuen Wehrmacht erst vor wenigen Wochen begonnen hatte und ich noch einige Monate brauchte, um sie halbwegs zu vollenden. Solange der Aufbau der republikanischen Wehrmacht aber nicht vollendet war, schien mir unser Werk zur Sicherung der Staatsform nur halb getan. Erst wenn die republikanische Wehrmacht fest und sicher dastünde, wären die Errungenschaften der Revolution so weit gesichert, als sie durch militärische Macht überhaupt gesichert werden konnten.

Es wurde in der Tat der Beschluß gefaßt, an der Übergangsregierung, die unter dem Vorsitz des Christlichsozialen Dr. Mayr gebildet wurde, teilzunehmen. Zugleich drangen wir darauf, daß sofort die Wahlen ausgeschrieben würden.

Es setzte nun der Wahlkampf ein, der von allen Parteien mit einer großen Leidenschaft geführt wurde. Das Bürgertum bildete in diesem Wahlkampf eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie. Die Waffen, deren sich die bürgerlichen Parteien bedienten, waren älteste Wahlschlager in neuzeitlichem Gewande. Von einer prinzipiellen Stellungnahme zu den Fragen der Republik war keine Spur, dafür aber eine um so hitzigere Verunglimpfung der sozialdemokratischen „Führer". Es war ganz so wie in der guten alten Zeit, da die Ehre eines Sozialdemokraten jedem Bierwitz der Spießer zur Zielscheibe diente. Sie haben nur die alten Schlager für den Gebrauch in der Republik ein wenig umgestülpt. Die Autos der sozialdemokratischen Staatssekretäre, das „Vermögen" der Arbeiterführer und was dergleichen geistvolle Argumente mehr waren, spielten in diesem Wahlkampf so ziemlich die größte Rolle.

Ich kann es mir nicht versagen, bei dieser Gelegenheit ein Wort über meine Einkünfte zur Zeit der Amtstätigkeit als Staatssekretär zu sagen. Es ist so viel darüber geredet und geschrieben worden, daß es wohl erlaubt sein muß, aus der Reserve, in der wir uns bisher in allen persönlichen Angelegenheiten gehalten haben, herauszutreten: Als ich mein Amt antrat, war das Monatsgehalt mit 2500 Kr. festgesetzt, eine auch für die damaligen Verhältnisse sehr bescheidene Summe. Meinen Gehalt als Parteisekretär bezog ich selbstverständlich während meiner Amtsführung als Staatssekretär nicht und auch die bisherigen Einkünfte aus meiner literarischen Tätigkeit fielen aus, weil mich das Amt so vollständig in Anspruch nahm, daß ich zu keiner schriftstellerischen Arbeit Zeit fand. So bestand also mein ganzes Einkommen in dem Gehalt, das ich zuerst als Unterstaatssekretär und später als Staatssekretär bezog. Die 2500 Kr., die in den ersten Monaten mein Gehalt ausmachten, erhöhten sich im Laufe der Zeit insofern, als die Staatssekretäre den Staatsbeamten der zweiten Rangsklasse gleichgestellt wurden. Wie wenig das bedeutete, geht daraus hervor, daß ich am Ende meiner Amtstätigkeit, nachdem die Teuerung bereits riesige Dimensionen angenommen hatte, ein Monatseinkommen von insgesamt 8000 bis 9000 Kr. hatte, also etwa soviel wie ein kleiner Buchhalter eines beliebigen Wiener Geschäftes. Von meinem Gehalt mußte ich aber überdies noch alle Trinkgelder bestreiten, deren es bei der Ausübung meiner Funktion nicht wenige gab.

Aus diesen Ziffern mag man ermessen, wie kläglich das Leben eines österreichischen Ministers in den Umsturztagen verlaufen mußte, der über kein privates Vermögen verfügte. Das war bei mir der Fall. Ich hatte kein Vermögen und mußte mit meinen Gebühren auskommen. Das war freilich nur möglich, wenn man seine persönlichen Bedürfnisse auf ein Mindestmaß reduzierte. Ich habe in den zwei Jahren meiner Amtsführung als Minister gewiß bescheidener gelebt und leben müssen als irgendein kleiner Beamter. Nur beim strengsten Festhalten an dieser Lebensweise war es mir möglich, ohne Schulden zu machen — von denen ich ja nicht gewußt hätte, wie ich sie später würde bezahlen können —, meine Ministerschaft zu überdauern.

Dafür konnte ich mich jeden Tag während des Wahlkampfes an Zeitungen und Flugbättern erbauen, die dem staunenden Volk von meinem Rieseneinkommen und meiner feudalen Lebensführung allerlei detaillierte Berichte zu geben wußten ..... Ich habe es mit Humor ertragen.

Das Ergebnis des Wahlkampfes war für die bürgerlichen Parteien nicht so günstig, als sie es gehofft hatten. Trotz der Entfesselung aller Instinkte des Unverstandes gegen die Sozialdemokratie vermochten wir unsere Position fast ungeschmälert zu behaupten. Die Arbeiterschaft ließ sich weder durch die Lockungen der Kommunisten noch durch die Schlagworte der Reaktionäre dazu verführen, die Sozialdemokratie zu verlassen. Dagegen trat in den Kreisen der Besitzenden eine namhafte politische Verschiebung ein. Die Großdeutsche Partei erlitt eine schwere Niederlage, die es den Christlichsozialen ermöglichte, nunmehr als die stärkste Partei in das Parlament einzuziehen. Es lag nun auch an ihr, die Regierung zu übernehmen.

Wir hatten keineswegs das Bedürfnis, auch nur einen Tag länger in der Regierung zu bleiben, als es unsere demokratische Pflicht erforderte. Da die Christlichsozialen durch den Ausgang der Wahlen zur stärksten Partei geworden waren, räumten wir sofort unsere Plätze auf der Ministerbank, froh, daß nun gerade jene Partei der Regierungs-

sorgen teilhaftig werden sollte, die ihrer so oft gespottet hatte, als sie uns drückten.

Wir konnten um so leichter aus der Regierung scheiden, als wir uns bewußt waren, den größten Teil dessen durchgesetzt zu haben, was in diesen schweren Jahren überhaupt durchsetzbar war. Was mein Ressort anbelangt, konnten wir als das Ergebnis der sozialdemokratischen Verwaltung feststellen: Der alte Militarismus war mit allen seinen Wurzeln ausgetilgt worden. Eine neue Wehrmacht stand an seiner Stelle, auf die sich die Republik verlassen konnte. Mit der organisierten Arbeiterschaft verband die Angehörigen der Wehrmacht ein festes Band gemeinsamer Überzeugung, das auch eine Regierung der Christlichsozialen nicht mehr zu zerreißen vermochte. Einem freien demokratischen Volke stand eine freie demokratische Armee zur Seite!

So konnten wir beruhigt unsere Ämter verlassen, wohl wissend, daß das, was die Sozialdemokratie in den zwei Jahren der Revolution geschaffen hatte, um die Republik zu festigen, nun nicht mehr zu beseitigen war.

Die Tatsachen sprachen ein beredtes Wort.

Die Kraft des Proletariats war durch seine Teilnahme an der Regierung nicht gemindert, sondern — gestärkt worden. Deshalb konnte die österreichische Arbeiterschaft ungleich dem Proletariat anderer Länder, das seine zeitweise Teilnahme an der Regierung mit schweren Einbußen bezahlen mußte, rühmlich von sich sagen: Nicht als Besiegte, als Sieger verlassen wir das Kampffeld der Koalition.

Personenverzeichnis.



